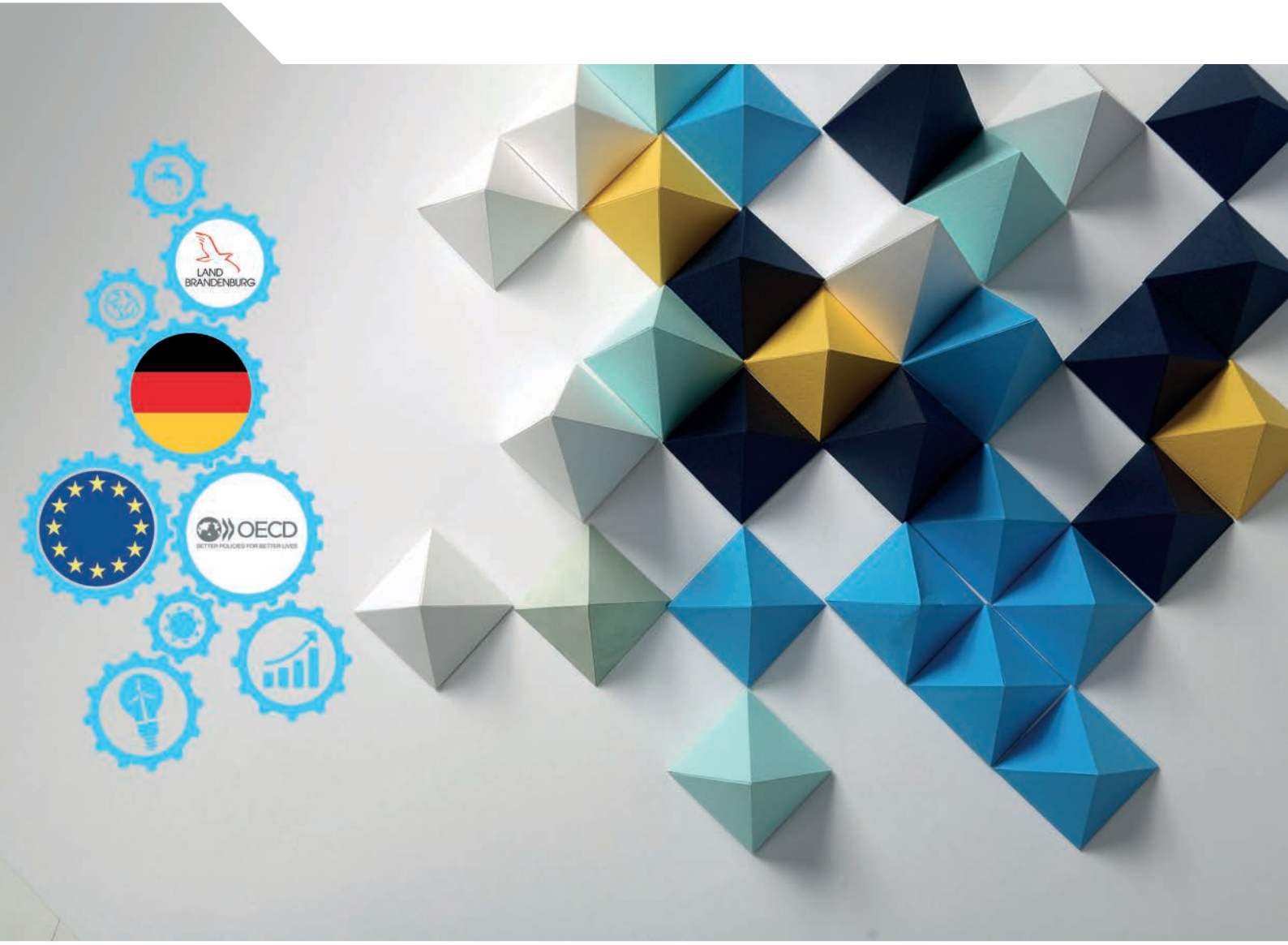
Zugang zu Hochschulbildung im Bundesland Brandenburg



OECD

Zugang zu Hochschulbildung im Bundesland Brandenburg

OECD

BESSERE POLITIK FÜR
EIN BESSERES LEBEN

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der Mitgliedstaaten der OECD wider.

Das Projekt „Analyse und Rat für eine erneuerte Strategie für Hochschulbildung für Brandenburg und Empfehlungen für die Kategorisierung Wissenschaftlicher Weiterbildung“ (Analysis and advice for a renewed tertiary education strategy for Brandenburg and guidance on categorisation of scientific continuing education) wurde von der Europäischen Union aus dem Programm zur Unterstützung von Strukturreformen (REFORM/IM2020/004) finanziert. Diese Veröffentlichung wurde ebenfalls mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt.

Die darin zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind keine offiziellen Verlautbarungen der Europäischen Union.

Dieses Dokument sowie die darin enthaltenen Daten und Karten berühren weder den völkerrechtlichen Status von Territorien noch die Souveränität über Territorien, den Verlauf internationaler Grenzen und Grenzlinien sowie den Namen von Territorien, Städten oder Gebieten.

Bitte zitieren Sie diese Publikation wie folgt:
OECD (2022), *Zugang zu Hochschulbildung im Bundesland Brandenburg*, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/bc20edb6-de.

ISBN 978-92-64-35342-8 (Print)
ISBN 978-92-64-93712-3 (PDF)
ISBN 978-92-64-83298-5 (HTML)
ISBN 978-92-64-50016-7 (epub)

Originaltitel: *Accessing Higher Education in the German State of Brandenburg*
Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Bei Unstimmigkeiten zwischen der deutschen und der englischen Fassung der Veröffentlichung „Zugang zu Hochschulbildung im Bundesland Brandenburg“ ist die englische Fassung maßgebend.

Foto(s): Deckblatt © Titelbild: Christophe Brilhault; elettaria/Shutterstock.com .

Korrigenda zu Veröffentlichungen sind verfügbar unter: www.oecd.org/about/publishing/corrigenda.htm.

© OECD 2022

Die Verwendung dieser Arbeiten, sei es in digitaler oder gedruckter Form, unterliegt den Nutzungsbedingungen unter: https://www.oecd.org/termsandconditions.

Vorwort

Die Wirtschaft Brandenburgs, eines der 16 Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland, unterliegt einem tiefgreifenden Strukturwandel, der neue Perspektiven für hochqualifizierte Arbeitskräfte eröffnet. Im Zuge dieses Prozesses hat das Land seine Anstrengungen zur Diversifizierung der Wirtschaft hin zu saubereren und wissensintensiveren Wirtschaftszweigen verstärkt. Dazu gehören die Entwicklung einer modernen Produktion, die Nutzung der Strahlkraft der Berliner Startup-Szene, die Förderung unternehmerischer Aktivitäten an den eigenen Hochschulen, die Förderung innovativer Orte zum Arbeiten und Leben sowie die Umstellung von der Kohleproduktion auf Technologien der nächsten Generation. Als Motor der Kompetenzentwicklung und Forschung wird das brandenburgische Hochschulsystem daher eine wichtige Rolle beim Aufbau von Humankapital und Innovationskapazitäten spielen und damit zur Wahrnehmung dieser Chancen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes beitragen.

Der brandenburgische Hochschulsektor entwickelt eine starke Humankapital- und Forschungsbasis für die Wirtschaft des Landes. Dazu gehört das Angebot von Studiengängen und Fachrichtungen, die Qualifikationen und Kompetenzen für den Arbeitsmarkt vermitteln, die Gewinnung internationaler Studierender, insbesondere in den Bereichen Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften und Technik (MINT), und die Steigerung der Attraktivität des Studiums durch eine umfassendere Unterstützung für Studierende sowie mehr Flexibilität.

Trotz seiner vielen Stärken steht das brandenburgische Hochschulsystem auch vor Herausforderungen. Diese reichen von Prognosen über rückläufige Studienanfängerzahlen bis hin zu finanziellen Problemen, die sowohl die Studierenden als auch die Hochschulen selbst betreffen.

Der vorliegende Bericht beinhaltet eine Bewertung der aktuellen politischen Lage in Bezug auf die Hochschulbildung und Kompetenzentwicklung, einschließlich der Zugangsmöglichkeiten zur Hochschulbildung, Studierendenprofile und Absolventenlaufbahnen im Land Brandenburg. Er enthält Empfehlungen an die Landesregierung für die Stärkung des Strategierahmens und an die Akteure der Hochschulbildung für die Verbesserung ihrer Praktiken zugunsten einer stärkeren Entwicklung und Bindung von Humankapital im Land.

Die in dem Bericht enthaltenen Analysen und Empfehlungen stützen sich auf Analysen des brandenburgischen Hochschulsystems, auf internationale Beispiele für Strategien und Praktiken, die für Brandenburg von Relevanz sind, sowie auf die Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Akteuren. Dazu gehörten Interviews, Gruppendiskussionen und Workshops mit Landesministerien, öffentlichen Einrichtungen, Hochschulen, staatlichen Schulen und Wirtschaftsvertretern.

Der Bericht ist Ergebnis des Projekts „Analysis and advice for a renewed tertiary education strategy for Brandenburg and guidance on categorisation of scientific continuing education“, das durch das Programm zur Unterstützung von Strukturreformen der Europäischen Union finanziert wurde. Es wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung, und Kultur des Landes Brandenburg, den Hochschulen des Landes und der Generaldirektion Unterstützung von Strukturreformen der EU-Kommission durchgeführt.

Danksagungen

Diese Publikation ist Teil des OECD-Arbeitsprogramms zur Hochschulpolitik und wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt.

Das OECD-Projektteam dankt Thomas Pritzkow von der Generaldirektion für die Unterstützung von Strukturreformen (DG REFORM) der Europäischen Kommission, Joscha Dapper und Dr. Marko Müller vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) des Landes Brandenburg sowie Rainald Wurzer von der Fachhochschule Potsdam (FH Potsdam) für ihre Unterstützung. Zusammen mit dem OECD-Projektteam bildeten die Teams der GD REFORM, der FH Potsdam und des MWFK die Beratungsgruppe für das Projekt "Analyse und Beratung für eine erneuerte Hochschulstrategie für Brandenburg und Anleitung zur Kategorisierung wissenschaftlicher Weiterbildung", die die Richtung für das Projekt vorgab und die Projektarbeit durch regelmäßige Beratung und entsprechendes Feedback unterstützte.

Ein besonderer Dank gilt Dr. Manja Schüle, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Tobias Dünow, Staatssekretär für Wissenschaft, Forschung und Kultur, und Steffen Weber, Leiter der Abteilung für Wissenschaft und Forschung beim MWFK, die das Projekt unterstützt und sich die Zeit genommen haben, ihre Ansichten und Visionen hinsichtlich der Hochschulpolitik des Landes darzulegen.

Ein herzliches Dankeschön geht auch an Dr. Katja Böhler, Dr. Sonja Rademacher, Dr. Jan-Hauke Plaßmann, Dr. Matthias Kandziora, Marlen Lünsdorf, Falk-Florian Hoene, Bettina Bauer, Susanne Voß und Volker Herrmann, leitende Amtsträger des MWFK, die ihre Zeit und ihre Erfahrungen in die Interviews, Workshops und schriftlichen Feedback-Runden des Projekts eingebracht haben. Ihr Fachwissen lieferte dem OECD-Team wertvolle Informationen, die in die Analyse und die Empfehlungen in diesem Bericht eingeflossen sind.

Dieser Bericht hat zudem in hohem Maße von den Interviews mit anderen Landesministerien, öffentlichen Einrichtungen und Schulen aus Brandenburg profitiert. Das OECD-Projektteam möchte sich bei dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS), dem Ministerium für Wirtschaft und Energie (MWAE) und der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WFBB) sowie der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit (BA) bedanken. Besonderer Dank gebührt den Schulleiterinnen und Schulleitern, den für die Studien- und Berufsorientierung zuständigen Lehrkräften und ihren Kolleginnen und Kollegen sowie den Schülerinnen und Schülern von acht Gymnasien und Gesamtschulen in Brandenburg: Albert-Schweitzer-Gymnasium Eisenhüttenstadt, Bertold-Brecht-Gymnasium Brandenburg an der Havel, Flämig-Gymnasium Bad Belzig, Gesamtschule Zossen, Leonardo-da-Vinci-Campus Nauen Gesamtschule und Gymnasium, Marie-Curie-Gymnasium Wittenberge, Niedersorbisches Gymnasium Cottbus und Theodor-Fontane-Gymnasium Strausberg. Alle Interviews mit Schulen wurden vom MBJS genehmigt und vom Netzwerk Studienorientierung Brandenburg organisiert, dem das OECD-Projektteam zu großem Dank verpflichtet ist.

Besonderer Dank gebührt auch den Präsidentinnen und Präsidenten, Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten der acht öffentlichen brandenburgischen Hochschulen – der Brandenburgischen

Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf, der Universität Potsdam, der Fachhochschule Brandenburg, der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, der Fachhochschule Potsdam und der Technischen Fachhochschule Wildau – sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Studierenden, für ihre aktive Teilnahme an den im Rahmen der Untersuchung organisierten Interviews und Workshops.

Das OECD-Projektteam möchte außerdem den Wirtschaftsvertretern für ihre Teilnahme an den Interviews und Workshops danken, einschließlich den Vertretern von den Industrie- und Handelskammern (IHK) Potsdam, Ostbrandenburg und Cottbus, den Handwerkskammern (HWK) Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, der Arbeitgeberverbände (Landesverband Freie Berufe Land Brandenburg e.V., Unternehmerinnennetzwerk Brandenburg und Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.); der Industriegewerkschaft (IG) Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen; sowie Arcelor-Mittal Eisenhüttenstadt GmbH, BASF Schwarzheide GmbH, Induka Service GmbH, IOI Oleo GmbH, Leipa Group GmbH, PCK Raffinerie GmbH, Phoebus IT Consulting GmbH, QCW QualifizierungsCentrum der Wirtschaft GmbH, voestalpine Wire Germany GmbH. Sämtliche Interviews mit Wirtschaftsvertretern wurden von Manuela Wehrle von Region + Projekt organisiert, der das OECD-Projektteam zu großem Dank verpflichtet ist.

Der vorliegende Bericht wurde vom OECD Directorate for Education and Skills mit Beiträgen von externen Experten (Roger Smyth und Manuela Wehrle) erstellt. Margarita Kalamova war die für die Koordinierung der Untersuchung verantwortliche Projektleiterin sowie die Hauptautorin des Berichts. Die Kolleginnen Hannah Ulferts und Mila Staneva vom Directorate for Education and Skills haben zu den Kapiteln 3 und 5 bzw. 4 und 6 beigetragen, Clara Krämer leistete erste Recherchehilfe und Shizuka Kato erstellte eine vergleichende Studie über politische Maßnahmen und institutionelle Initiativen, die für das brandenburgische Hochschulsystem von Relevanz sind. Manuela Wehrle hat an den Kapiteln 2 und 7 mitgewirkt und Roger Smyth lieferte wertvolle Hinweise und Rückmeldungen zu der gesamten Publikation. Die Autoren danken darüber hinaus Andrea-Rosalinde Hofer und Nora Brüning (Directorate for Education and Skills) für ihre Beiträge und Empfehlungen.

Thomas Weko, Senior Analyst und Team Lead of Hochschulpolitik, Paulo Santiago, Head of the Policy Advice and Implementation Division im Directorate for Education and Skills und Andreas Schleicher, Direktor für Education and Skills haben diese Publikation geprüft.

Mark Foss redigierte den Bericht; Anne-Kathrin Ende übersetzte den Bericht aus dem Englischen ins Deutsche; Cécile Bily, Cassandra Morley, Marika Prince und Stephen Flynn haben das Projekt in administrativer Hinsicht unterstützt. Cassandra Morley und Rachel Linden halfen bei der Redaktion und Veröffentlichung.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 3

Danksagungen 5

Überblick 11

1 Einführung 15
- Der Untersuchungsrahmen 16
- Zur Untersuchung 16
- Zusammenfassung der Erkenntnisse 18
- Zusammenfassung der Politikempfehlungen 20

2 Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Brandenburg 25
- Der demografische Hintergrund 26
- Der wirtschaftliche Hintergrund 27
- Wirtschaftliche Chancen 29
- Der Arbeitsmarkt 35
- Die Fachkräfteproblematik 39
- Die wirtschaftliche Entwicklung durch Hochschulbildung ermöglichen 44
- Quellennachweise 46
- Endnoten 49

3 Das brandenburgische Hochschulsystem 51
- Die Governance des Hochschulsystems 52
- Der Aufbau des Hochschulsystems 55
- Hochschulprogramme 60
- Die Hochschulfinanzierung durch öffentliche Gelder 64
- Auswertung und Politikempfehlungen 66
- Quellennachweise 72
- Endnoten 75

4 Leistung des Hochschulsystems: Zugang zur Hochschulbildung 77
- Der Übergang von der Schule in die Hochschulbildung in Brandenburg 78
- Die Einschreibequoten an Brandenburger Hochschulen 86
- Die Motivation von Schulabgängern zur Aufnahme eines Studiums 87
- Auswertung und Politikempfehlungen 105
- Quellennachweise 114

5 Leistung des Hochschulsystems: Studierenden-Erfolg 117
Die Studierendenschaft in Brandenburg 118
Die Studienfinanzierung 122
Auswertung und Politikempfehlungen 125
Quellennachweise 136
Endnoten 137

6 Leistung des Hochschulsystems: Absolventenlaufbahnen 139
Qualifikationen und Berufserfahrung 140
Die beruflichen Werdegänge der Hochschulabsolventen 143
Die Problematik der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte 150
Auswertung und Politikempfehlungen 152
Quellennachweise 160

7 Strategien und Maßnahmen zur Fachkräftesicherung 161
Strategische Planung und Koordinierung 162
Gewinnung und Bindung von Fachkräften 169
Auswertung und Politikempfehlungen 173
Quellennachweise 176
Endnoten 178

Tabellen

Tabelle 2.1. Breitbandversorgung in den neuen Bundesländern in Prozent der Haushalte (2020) 29
Tabelle 3.1. Hochschulautonomie in Brandenburg 54
Tabelle 3.2. Beschäftigte und Studierende an Hochschulen in Brandenburg 56
Tabelle 3.3. Hauptunterschiede zwischen Universitäten und Fachhochschulen in Brandenburg 57
Tabelle 3.4. Forschungs- und Lehrprofile der Hochschulen in Brandenburg 58
Tabelle 3.5. Arten dualer Studiengänge und Anzahl der Studierenden in Brandenburg 60
Tabelle 3.6. Internationale Kooperationen der Hochschulen in Brandenburg 64
Tabelle 4.1. Umfang der von der Schule angebotenen Unterstützung bei der Berufs- und Studienorientierung 100
Tabelle 5.1. Einnahmequellen zur Finanzierung des Studiums 122
Tabelle 5.2. Gründe für die Ablehnung des BAföG-Antrags 123
Tabelle 5.3. Anzahl der Stipendiaten nach Begabtenförderungswerken (2010–2019) 124
Tabelle 6.1. Mobilitätsverhalten frischgebackener Hochschulabsolventen 150
Tabelle 7.1. Bezug zur Hochschulbildung in den Masterplänen der Cluster 168

Abbildungen

Abbildung 2.1. Altersverteilung innerhalb der brandenburgischen Bevölkerung (2019 und 2030) 26
Abbildung 2.2. Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftszweigen (2018) 28
Abbildung 2.3. Beschäftigungsquote nach Bildungsniveau (2018) 35
Abbildung 2.4. Indikatoren für die Arbeitslosigkeit (2000–2019) 36
Abbildung 2.5. Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen und Stundenlohn in Brandenburg verglichen mit den übrigen Bundesländern 37
Abbildung 2.6. Anteil der Landkreise an der Beschäftigung in Brandenburg nach Wirtschaftszweig (2018) 38
Abbildung 2.7. Beschäftigung pro Landkreis nach Wirtschaftszweig (2018) 38
Abbildung 2.8. Stellenausschreibungen nach Berufen in Brandenburg und Deutschland 40
Abbildung 2.9. Abschlüsse von Brandenburger Hochschulen nach Fachrichtung (1995–2019) 42
Abbildung 2.10. Teilnahme an lebenslangem Lernen nach Bildungsniveau (2014–2018) 44
Abbildung 4.1. Studienanfängerquote, Studienberechtigungsquote und Übergangsquoten zur Hochschule (2018) 86
Abbildung 4.2. Mobilität der Studienanfänger zur Aufnahme eines Studiums (2018) 88

Abbildung 4.3. Studien- und Berufsausbildungsabsichten von Schülern nach sozioökonomischem Status (SoS) und Geschlecht 89
Abbildung 4.4. Zusammenhang zwischen Bildungszielen und späterem Bildungsverhalten 90
Abbildung 4.5. Angestrebter Hochschultyp der Schulabgänger nach sozioökonomischem Status (SoS) und Geschlecht 91
Abbildung 4.6. Angestrebte Fachrichtung der Schulabgänger nach sozioökonomischem Status (SoS) und Geschlecht 92
Abbildung 4.7. Kosten und Nutzen der Hochschulausbildung nach sozioökonomischem Status (SoS) und Geschlecht 94
Abbildung 4.8. Erwartungen der Schulabgänger in Bezug auf einen erfolgreichen Hochschulabschluss 96
Abbildung 4.9. Anteil der Schulabgänger, die sich gut über Bildungsmöglichkeiten informiert fühlen 96
Abbildung 4.10. Informationsquellen der Schulabgänger für postsekundäre Bildungsgänge 98
Abbildung 4.11. Schwierigkeiten bei der Wahl des postsekundären Bildungsganges 99
Abbildung 4.12. Wer unterstützt Schulabgänger bei ihrer Berufs- und Studienwahl? 100
Abbildung 4.13. Erwartungen anderer Personen an Schulabgänger, eine Hochschulausbildung zu absolvieren 101
Abbildung 4.14. Einflussfaktoren auf die Studienentscheidung 102
Abbildung 4.15. Aufschlüsselung der sozioökonomischen und geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bezug auf die Studienabsicht 104
Abbildung 5.1. Entwicklung der Studierendenzahlen in Brandenburg (2010–2019) 118
Abbildung 5.2. Abschlussquoten in Brandenburg und Deutschland nach Jahrgang (2018) 121
Abbildung 5.3. Bedarf und Inanspruchnahme von Beratungsangeboten nach Problembereichen 129
Abbildung 6.1. Arbeitsmarktbezogene Erfahrungen frischgebackener Absolventen nach Fachrichtung und Bildungsniveau 142
Abbildung 6.2. Zusammenhang zwischen arbeitsmarktbezogener Erfahrung während des Studiums und NEET oder Gelegenheitsarbeit nach dem Studium 143
Abbildung 6.3. Beschäftigungsstatus von Hochschulabsolventen nach Art des Hochschulabschlusses und Fachrichtung 144
Abbildung 6.4. Dauer der Arbeitsplatzsuche von Hochschulabsolventen nach Art des Hochschulabschlusses und Fachrichtung 146
Abbildung 6.5. Methode der zu einer ersten Anstellung führenden Arbeitsplatzsuche nach Art des Hochschulabschlusses 147
Abbildung 6.6. Wirtschaftszweig der beruflichen Tätigkeit der frischgebackenen Hochschulabsolventen nach Fachrichtung 148
Abbildung 6.7. Hochschulabsolventen mit qualifikationsadäquater Beschäftigung nach Fachrichtung und Art des Hochschulabschlusses 149
Abbildung 6.8. Faktoren im Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, im Bundesland zu bleiben, in dem das Studium abgeschlossen wurde 151

Kasten

Kasten 2.1. Brandenburgs Innovations- und Nachhaltigkeitspolitik 30
Kasten 2.2. Brandenburgs strategische Ziele für die Strukturentwicklung der Lausitz 32
Kasten 3.1. Die Rolle des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in der Hochschulbildung 52
Kasten 3.2. Brandenburgs Rechtsrahmen für die Hochschulbildung 53
Kasten 3.3. Gründe für den Ausbau dualer Studiengänge 61
Kasten 3.4. Ein möglicher europäischer Ansatz für Mikroabschlüsse 69
Kasten 3.5. Politikempfehlungen zur Gewährleistung eines Hochschulsystems mit einem breiten Qualifikationsspektrum und zur Förderung von Um- und Höherqualifizierung 70
Kasten 4.1. Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung 78
Kasten 4.2. Die aktualisierte Landesstrategie zur Berufs- (und Studien)orientierung 80
Kasten 4.3. MWFK-Maßnahmen zur Gewinnung von Studierenden für Brandenburg 82
Kasten 4.4. Das digitale Angebot des Netzwerkes Studienorientierung 83
Kasten 4.5. Präsenzstellen der Hochschulen in Brandenburg 84
Kasten 4.6. DZHW-Studienberechtigtenpanel 2012 89
Kasten 4.7. Initiativen der Studienstiftung des deutschen Volkes, um mehr Schulen zu motivieren, ihr Vorschlagsrecht für Absolventen zu nutzen 95
Kasten 4.8. Das irische Karriereportal CareersPortal: die zentrale Anlaufstelle für alle, die Studien- und Berufsorientierung in Irland benötigen bzw. anbieten 107

Kasten 4.9. Österreichs politische Agenda zur Förderung des Hochschulzugangs für unterrepräsentierte Gruppen 110
Kasten 4.10. *Campus connectés*: Studienorte zur Erleichterung des Zugangs zur Hochschulbildung im ländlichen Frankreich 111
Kasten 4.11. Politikempfehlungen zur Gewährleistung, dass Studieninteressierte über strukturierte Informationen verfügen, um fundierte Entscheidungen zu treffen, und bei der Studienorientierung angemessen unterstützt werden 112
Kasten 5.1. Ausgewählte Maßnahmen an Brandenburgs Hochschulen zur Verbesserung der Studienvorbereitung 126
Kasten 5.2. Bundespolitik zur Erleichterung des Zugangs von Geflüchteten zum deutschen Hochschulsystem 127
Kasten 5.3. Maßnahmen zur Steigerung der Studienabschlussquote in Österreich 130
Kasten 5.4. Norwegens staatlicher Bildungskreditfonds 132
Kasten 5.5. National Survey of Student Engagement (NSSE) in den Vereinigten Staaten 134
Kasten 5.6. Politikempfehlungen zur Verbesserung der Vorbereitung von Studierenden auf ein Hochschulstudium und zur Gewährleistung, dass es abgeschlossen wird 135
Kasten 6.1. Informationen über die frischgebackenen Absolventen der brandenburgischen Hochschulen 140
Kasten 6.2. Zusammenarbeit zwischen Hochschulen sowie Handels- und Handwerkskammern in Brandenburg 154
Kasten 6.3. Maßnahmen zur Bindung internationaler Hochschulabsolventen innerhalb der EU 157
Kasten 6.4. Politikempfehlungen zur Förderung von praxisorientiertem Lernen und Unternehmertum im Hochschulsystem und zur Optimierung der Rahmenbedingungen für die Internationalisierung des Hochschulsystems 158
Kasten 7.1. Strategische Themenfelder der brandenburgischen Hochschulpolitik 162
Kasten 7.2. Brandenburgs strategische Agenda zur Fachkräftesicherung seit 2012 166
Kasten 7.3. Initiativen zur Förderung von MINT-Berufen und MINT-Studiengängen 171
Kasten 7.4. Entwicklung einer Kompetenzstrategie in Norwegen 174
Kasten 7.5. Politikempfehlungen zur Koordinierung der Kompetenzentwicklung innerhalb der gesamten Landesregierung und zur Entwicklung von Strategien zur Maßnahmenbewertung 175

Folgen Sie OECD-Veröffentlichungen auf:

http://twitter.com/OECD_Pubs

http://www.facebook.com/OECDPublications

http://www.linkedin.com/groups/OECD-Publications-4645871

http://www.youtube.com/oecdilibrary

http://www.oecd.org/oecddirect/

Dieser Bericht enthält...

StatLinks
Ein Service für OECD-Veröffentlichungen, der es ermöglicht, Dateien im Excel-Format herunterzuladen

Suchen Sie die StatLinks rechts unter den in diesem Bericht wiedergegebenen Tabellen oder Abbildungen. Um die entsprechende Datei im Excel-Format herunterzuladen, genügt es, den jeweiligen Link, beginnend mit *https://doi.org*, in den Internetbrowser einzugeben.

Überblick

Brandenburg gehört zu den 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Seine Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in einem starken Wandel, wodurch sich neue Perspektiven für hochqualifizierte Arbeitskräfte eröffnen. Im Zuge dessen hat das Bundesland seine Bemühungen um eine Diversifizierung der Wirtschaft in Richtung saubererer und stärker wissensintensiver Branchen intensiviert. Dazu gehören die Entwicklung moderner Fertigungsverfahren, die Förderung unternehmerischer Aktivitäten an landeseigenen Hochschuleinrichtungen sowie innovativer Arbeits- und Lebensorte und der schrittweise Ausstieg aus der Kohleförderung zugunsten von Technologien der nächsten Generation. Dies wird ergänzt durch Spillover-Effekte aus der Berliner Startup-Szene. Als treibende Kraft in der Kompetenzbildung und Forschung innerhalb des Landes wird der Hochschulbereich eine wichtige Rolle in der Herausbildung von Arbeitskräften und Innovationskapazitäten spielen, um dem Land zu helfen, diese Chancen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu nutzen.

Brandenburgs Hochschulbereich bildet hochqualifizierte Arbeitskräfte aus und schafft eine solide Forschungsbasis für die Wirtschaft des Landes. Gewährleistet wird dies u. a. durch das Angebot von Fachrichtungen, die arbeitsmarktrelevante Kompetenzen vermitteln, die Schaffung von Anreizen für internationale Studierende, besonders in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), und die Steigerung der Studienattraktivität, insbesondere durch eine bessere Unterstützung der Studierenden und durch flexiblere Angebote. Die Stärken des Brandenburger Hochschulsystems lassen wie folgt sich zusammenfassen:

- Die Lehr- und Forschungsprofile der acht staatlichen Hochschulen in Brandenburg ergänzen sich. Jede Hochschule hat sich auf bestimmte Fachrichtungen spezialisiert, in denen sie über einen exzellenten Ruf verfügt. Daraus ergibt sich, dass die Absolventen von Brandenburger Hochschulen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, sei es in Brandenburg selbst oder über die Landesgrenzen hinaus, gute Beschäftigungsergebnisse erzielen.
- Die Hochschulen können immer mehr internationale Studierende für Programme gewinnen, für die ein besonders hoher Bedarf am Arbeitsmarkt besteht, insbesondere in den Bereichen der Wirtschaftswissenschaften und der MINT-Fächer. Diese Studierenden verfügen über großes Potenzial, nach ihrem Abschluss einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu leisten.
- Durch verbesserte Beratungs- und Unterstützungssysteme und flexiblere Studienangebote und Zugangsmöglichkeiten ebnen die Hochschulen den Studierenden den Weg zu größerem Erfolg im Studium. So wurden zusätzliche Orientierungsprogramme zur Förderung der erfolgreichen Beendigung des Studiums geschaffen, und die Studierenden nutzen diese gut. Auch die Studienangebote und Zugangsmöglichkeiten fallen flexibler aus, sodass auch verstärkt Menschen ohne Abitur von einer Hochschulbildung profitieren können.
- Die Landesregierung bemüht sich zudem, Studierende zu gewinnen und ihren Bedürfnissen in zunehmendem Maße gerecht zu werden. Das für die Hochschulbildung zuständige Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) hat zwei Strukturen geschaffen, die eine wichtige Rolle in der Gewinnung von Studierenden für ein Hochschulstudium in Brandenburg spielen. Das

ist zum einen das Netzwerk Studienorientierung, ein Kooperationsprojekt der staatlichen Brandenburger Hochschulen. Als größter Anbieter von Berufs- und Studienberatung in Brandenburg ist es an den Hochschulen vertreten und Ansprechpartner für alle brandenburgischen Schulen. Jedes Jahr organisiert das Netzwerk rund 1.000 Veranstaltungen, von denen viele pandemiebedingt inzwischen online stattfinden. Zum anderen gibt es die Präsenzstellen, die Studieninteressierten und Unternehmen in nicht metropolnahen Gebieten des Landes die Hochschulen näherbringen.

- Die Verbesserung von Bildungsmöglichkeiten in MINT-Fächern hat sowohl bei der Regierung als auch bei den Hochschulen einen hohen Stellenwert. In diesem Bereich liegt ein besonderer Schwerpunkt auf dem Ingenieurwesen, für das in Brandenburg besonders hoher Bedarf herrscht. Brandenburgs technische Hochschulen haben ihr Studienangebot umstrukturiert und ihren Forschungsschwerpunkt neu ausgerichtet, um attraktiver für Studierende zu werden und besser mit der Wirtschaft vernetzt zu sein. Darüber hinaus werden in zunehmendem Maße duale Studiengänge angeboten, in denen die akademische Lehre mit der praktischen Erfahrung in einem Unternehmen sowie der Ausbildung an einer Berufsschule kombiniert wird. Diese sind ein vielversprechender Weg, um mehr Jugendliche für eine Hochschulausbildung zu gewinnen und qualifizierte Arbeitskräfte an Brandenburgs Wirtschaft zu binden.

Trotz zahlreicher Stärken steht das brandenburgische Hochschulsystem aber auch vor Herausforderungen. Diese reichen von Prognosen über sinkende Einschreibungen bis hin zu Finanzierungsschwierigkeiten, die sich sowohl auf die Studierenden als auch auf die Hochschulen selbst auswirken. Es folgt eine Zusammenfassung dieser Herausforderungen:

- Es wird geschätzt, dass die Landesbevölkerung über die kommenden 20 Jahre schrumpft und altert, was wahrscheinlich zu einer niedrigeren Teilnahme an der Hochschulbildung führen wird.
- Unter allen Bundesländern fällt der direkte Übergang von der Sekundarbildung in die Tertiärbildung in Brandenburg am niedrigsten aus. Nur knapp zwei Drittel der Hochschulzugangsberechtigten vollziehen tatsächlich den Schritt in den tertiären Bildungsbereich.
- Die Teilnahme der Brandenburger Jugendlichen an der Hochschulbildung wird durch mehrere Faktoren beeinflusst: So werden potenzielle Studierende, darunter insbesondere weibliche und benachteiligte Studierende, von der Aufnahme eines Hochschulstudiums abgehalten, da sie die Kosten für eine solche als hoch und gleichzeitig den Nutzen einer Berufsausbildung als vergleichsweise höher empfinden. Auch die relativ niedrigen Erwartungen der Schulabgänger und ihrer Eltern über den Abschluss der tertiären Bildung stellen ein Hindernis dar. Und schließlich wird die Teilnahme an der Hochschulbildung durch die räumliche Distanz zu den Hochschulen aufgrund der ländlichen Struktur des Landes und der Standorte der Hochschulen erschwert.
- Dass die Kosten einer Hochschulbildung als hoch wahrgenommen werden, hat verschiedene Ursachen. Zum einen bieten Schulen nicht ausreichend Beratung über Studienfinanzierungsmöglichkeiten. Zum anderen machen viele Schulen keinen Gebrauch von ihrem Recht, Studieninteressierte für ein Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes zu nominieren.
- Das starre Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) behindert sowohl die Aufnahme als auch die Beendigung eines tertiären Bildungsprogrammes in Brandenburg. Im Durchschnitt sind die Studierenden in Brandenburg älter und benötigen mehr Zeit für den Abschluss ihres Studiums als in anderen Bundesländern. Dadurch verringert sich ihr Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch den Bund. Studierende mit niedrigem sozioökonomischem Status befinden sind in einer besonders schwierigen Situation: 41 % dieser Studierenden in Brandenburg (gegenüber nur 16 % in ganz Deutschland) haben keinen Anspruch auf BAföG, weil sie länger als die für ihren Studiengang vorgeschriebene Regelstudienzeit eingeschrieben sind.

- Unsicherheiten im Hinblick auf Finanzierungsmöglichkeiten beeinflussen das Weiterbildungsangebot der acht staatlichen Hochschulen.
- An der Kompetenzentwicklung sind verschiedene Landesministerien beteiligt, aber ihre Bemühungen sind nicht vollständig aufeinander abgestimmt. Ein leistungsfähiges Hochschulsystem trägt zur Entwicklung von Kompetenzen und zum Ausbau der Forschungs- und Innovationskapazität bei, die für eine wissensintensivere Wirtschaft innerhalb des Landes notwendig sind. Allerdings verweisen die Strategien für die Entwicklung von Kompetenzen und der Wirtschaft nur im begrenzten Maße auf die Hochschulbildung.

Für eine bessere Sichtbarkeit des Studienangebotes an Brandenburger Hochschulen und dessen Anpassung an den Kompetenz- und Innovationsbedarf innerhalb des Landes sowie für die Gewinnung von Studieninteressierten aus Brandenburg und anderen (Bundes-)Ländern werden der Landesregierung im Bericht v.a. die folgenden Empfehlungen gegeben:

- **Erhaltung der Vielfalt und Förderung von Spitzenleistung in Forschung und Lehre** durch Investitionen in die Exzellenzbereiche der Hochschulen, sodass sie die Ranglisten in den Bereichen Forschung, Lehre, Studienbedingungen, Studierendenunterstützung und Arbeitsmarktergebnisse anführen können; durch die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit und Qualität der Hochschulen, während sie wachsen (z. B. durch die Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte bei steigenden Studierendenzahlen); und schließlich durch die Gewinnung internationaler Spitzenforschenden.
- **Förderung von Um- und Höherqualifizierung** anhand verbesserter Studienangebote und Zugangsmöglichkeiten, der Sicherung von staatlicher Förderung der Hochschulen und der Wiedereinführung des Bildungsschecks zur Unterstützung von Weiterbildungsmaßnahmen.
- **Ausgeprägte Unterstützung bei der Studien- und Berufsorientierung**:
  - **Im Hochschulbereich**: durch die Bewerbung der Exzellenzbereiche in Forschung und Lehre, um das Interesse von Studieninteressierten und Spitzenforschenden zu wecken, die Leistung dieser Forschungsgruppen noch zu erhöhen und weitere Möglichkeiten des Wissenstransfers zu erkunden; durch die Einbindung von studentischen Botschaftern und Alumni, die über ihre eigenen sozialen Medienkanäle Werbung für ihre Alma Mater machen; durch die verbesserte Sichtbarkeit des Informations- und Beratungsangebotes an den Hochschulen und durch die gezielte Ansprache von Studieninteressierten aus anderen (Bundes-)Ländern (insbesondere aus Berlin), um sie zu motivieren, in Brandenburg zu studieren, zu arbeiten und zu leben.
  - **An allen Sekundarschulen**: durch die Bereitstellung von umfangreichen Informationen über Studien- und Berufswege, Programmoptionen, Finanzierungsmöglichkeiten (einschließlich Stipendien) für die verschiedenen Bildungswege sowie immaterielle Unterstützungsmechanismen für Schüler; durch die individuelle Beratung von Schülern und Eltern und durch die aktive Nominierung talentierter Schüler für ein Stipendium bei einer Stiftung.
- **Gewährleistung von Inklusivität beim Zugang zur Hochschulbildung und bei der Teilnahme am Unterricht** durch die Bereitstellung von individueller Beratung und von *Peer-Support,* insbesondere für benachteiligte Schüler, über das Netzwerk Studienorientierung und die Präsenzstellen; durch die Einführung eines Studierenden-Mentoren-Programms zwischen Schülern und Hochschulstudierenden; durch den Ausbau und eine erhöhte Sichtbarkeit von *Peer-Support*-Programmen an den Hochschulen; durch die umfangreiche, grundsätzliche Überprüfung der Ausbildungsförderungssysteme; durch die Beibehaltung flexibler Lehrformate, in denen der Unterricht teils virtuell, teils in Präsenz stattfindet und durch die Nutzung von Präsenzstellen als Studienstandorte.
- **Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und lokalen Arbeitgebern** durch Fortführung des Förderprogramms „Innovationsfachkräfte“ für die Beschäftigung von Absolventen

sowie von Werkstudierenden; durch das erweiterte Angebot von praxisorientierten Lernmöglichkeiten für Studierende innerhalb des Bereichs der staatlichen Verwaltung; durch die aktive Förderung von Zusammenarbeit zwischen den klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU), damit diese sich die Verwaltungskosten teilen und mit den Hochschulen bei Praktika und Forschungsprojekten zusammenarbeiten können; durch die Aufrechterhaltung der Fähigkeit der Hochschulen, über Transfer- und Präsenzstellen eine maßgeschneiderte Beratung und Betreuung für lokale KMU anzubieten; durch die Bereitstellung passender Möglichkeiten für mehr Forscher-Unternehmer-Paare durch das Programm „PerspektivWechsel"; durch die verstärkte finanzielle Unterstützung für unternehmerische Aktivitäten der Hochschulen im Rahmen der Transferstrategie, der staatlichen Innovationsstrategien und der regionalen Wirtschaftsstrukturen, sowie des leistungsorientierten Finanzierungsmodells.

- **Koordinierung der Kompetenzentwicklung innerhalb der Landesregierung** durch die Beauftragung des MWFK und weiterer zuständiger Ministerien und Akteure mit der Gründung eines Landesrates für Kompetenzentwicklung. Dieser wäre für die Erstellung eines Zukunftsbildes von Brandenburg als Forschungs- und Innovationsstandort und für die Beratung der Landesregierung hinsichtlich einer Strategie zur Verwirklichung dieses Bildes zuständig. Der Rat würde auch enge Verbindungen zu öffentlichen Einrichtungen und sozialen Partnern pflegen, um die einzelnen qualifikationstechnischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der verschiedenen Regionen zu bewältigen.

1 Einführung

In diesem Kapitel wird Brandenburgs Situation innerhalb der Bundesrepublik Deutschland beschrieben. Zudem werden die Gründe für die Untersuchung kurz dargestellt, bevor die Art der Zusammenarbeit zwischen der OECD, der Europäischen Kommission und der Landesregierung skizziert wird. Darüber hinaus wird der Aufbau der Untersuchung dargestellt und die Thematik der nachfolgenden Kapitel beleuchtet. Das Kapitel endet mit einer ausführlichen Zusammenfassung der Erkenntnisse und Empfehlungen.

Der Untersuchungsrahmen

Brandenburg ist eines der 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland. Es umschließt vollständig das Bundesland Berlin und grenzt an die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (im Norden), Sachsen (im Süden), Sachsen-Anhalt (im Westen) sowie an die Republik Polen (im Osten). Brandenburg gehört zu den Ostbundesländern, den sogenannten neuen Ländern. Die Landeshauptstadt Potsdam liegt südwestlich von Berlin.

Die Nähe zur Bundeshauptstadt macht Brandenburg zu einem attraktiven Sitz für Gesellschaften, unternehmerisch Tätige und Fachkräfte die von der Wirtschaftsleistung Berlins profitieren und gleichzeitig die Standortkosten der Hauptstadt vermeiden möchten. Doch diese Nähe zu Berlin ist Segen und Fluch zugleich, denn die in Brandenburg herangezogenen Talente – Hochschulabsolventen und ausgebildete Fachkräfte – wandern in die Hauptstadt ab. Brandenburgs Herausforderung besteht darin, Nutzen aus seinen Stärken zu ziehen und ein ansprechendes Umfeld für die vor Ort ausgebildeten Fachkräfte zu schaffen, damit diese auch im Land verbleiben.

Mit 2,5 Millionen Menschen macht Brandenburgs Bevölkerung 3 % der Gesamtbevölkerung Deutschlands aus. Experten schätzen, dass sie in den nächsten 20 Jahren schrumpfen wird. Die Bevölkerung gehört deutschlandweit schon jetzt zu den ältesten und laut Schätzungen wird das Durchschnittsalter noch weiter ansteigen. Dieser demografische Wandel hat Auswirkungen auf das Qualifikationsprofil der Bevölkerung und damit auf den regionalen Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig befindet sich die Brandenburger Wirtschaft in einem starken Wandel, wodurch sich neue Perspektiven für hochqualifizierte Arbeitskräfte eröffnen. Im Zuge dessen hat das Bundesland seine Bemühungen um eine Diversifizierung der Wirtschaft in Richtung saubererer und stärker wissensintensiver Branchen intensiviert. Dazu gehören die Entwicklung moderner Fertigungsverfahren, die Förderung unternehmerischer Aktivitäten an landeseigenen Hochschuleinrichtungen sowie innovativer Arbeits- und Lebensorte und der schrittweise Ausstieg aus der Kohleförderung zugunsten von Technologien der nächsten Generation. Dies wird ergänzt durch Spillover-Effekte aus der Berliner Startup-Szene.

Als treibende Kraft in der Kompetenzbildung und Forschung wird der Hochschulbereich dem Land helfen, wirtschaftliche Chancen zu nutzen und Fachkräfteengpässe zu überwinden.

Zur Untersuchung

Diese Untersuchung soll die Brandenburger Behörden, insbesondere das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK), und Hochschulen bei der Verbesserung der Bildungsergebnisse und des Qualifikationsniveaus der jungen Brandenburger sowie bei der Um- und Höherqualifizierung von älteren Lernenden unterstützen. Letztlich soll dies der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Inklusion im Land dienen. Zu den wichtigsten beteiligten Behörden gehört das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (MWFK).

Die OECD sollte Analysen durchführen, Beispiele bewährter Praktiken anderer Rechtsordnungen sammeln und Politikempfehlungen aussprechen, um das MWFK bei der Erstellung einer neuen Hochschulentwicklungsplanung zur besseren Angleichung des Hochschulangebotes an den aktuellen und zukünftigen Bedarf der Brandenburger Wirtschaft zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat die OECD:

- anhand zahlreicher verfügbarer Dokumente sowie vergleichbarer internationaler und deutschlandspezifischer Informationen folgende Aspekte im Land Brandenburg analysiert und ermittelt: die aktuelle politische Lage in Bezug auf Hochschulbildung und Kompetenzentwicklung, Zugangsmöglichkeiten zur Hochschulbildung, Studierendenprofile und Absolventenlaufbahnen.

- ausgewählte (inter-)nationale Beispiele empfehlenswerter Praktiken analysiert, um die Handlungsempfehlungen an staatliche Behörden, Hochschulen und andere wichtige Akteure, wie Brandenburger Schulen und Unternehmen, zu unterstreichen.
- sich per Videoschaltung mit wichtigen Brandenburger Akteuren (staatliche Einrichtungen, Hochschulen, Studierende, Schulen und Unternehmen) beraten, um die Hintergründe des Vorhabens besser zu verstehen und Handlungsansätze zu besprechen.

Die Untersuchung wurde im Rahmen des Projekts „Analyse und Rat für eine erneuerte Strategie für Hochschulbildung für Brandenburg und Empfehlungen für die Kategorisierung Wissenschaftlicher Weiterbildung“ (*Analysis and advice for a renewed tertiary education strategy for Brandenburg and guidance on categorisation of scientific continuing education*) durchgeführt und von der Europäischen Union mittels des Programmes zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP) finanziert. Dafür arbeitete das MWFK eng mit den Brandenburger Hochschulen und der Generaldirektion Unterstützung von Strukturreformen (GD REFORM) der Europäischen Kommission zusammen.

Daraus ist dieser Bericht entstanden, anhand dessen die Brandenburger Behörden und Hochschulen einen aktuellen, zusammenhängenden und wirksamen Handlungsrahmen für die Hochschulbildung entwickeln werden, der als Grundlage für eine neue Hochschulbildungsstrategie in Brandenburg dienen soll.

- In **Kapitel 2** wird der Rahmen für die Untersuchung des Hochschulsystems in Brandenburg gesteckt. Darin werden die *wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen* in Brandenburg unter Berücksichtigung demografischer Trends und daraus resultierender wirtschaftlicher Veränderungen erörtert. Mit dem Rückgang des Kohleabbaus und dem Aufschwung wissensbasierter Branchen (z. B. moderne Produktion und Gesundheitswesen) wird der Qualifikationsbedarf auf dem Arbeitsmarkt steten Veränderungen unterliegen. Diese Veränderungen werden sich stark auf das Brandenburger Hochschulsystem auswirken. In diesem Kapitel wird ebenfalls verdeutlicht, welchen Beitrag Brandenburgs Hochschulsystem zu weiteren wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten im Land leisten kann.
- In **Kapitel 3** geht es um die *Organisation des Hochschulsystems*. Im Einzelnen werden die Hochschulgesetzgebung, die Steuerung und Finanzierung des Hochschulsystems durch die Landesregierung und die Governance- und Managementkonzepte der einzelnen Hochschulen betrachtet. Darüber hinaus werden die verschiedenen Studiengänge aufgeführt und die Schwierigkeiten geschildert, die das Hochschulsystems überwinden muss.
- In **Kapitel 4** wird erörtert, wie Brandenburg jungen Leuten den *Zugang* zu seinem Hochschulsystem ermöglicht. Dabei geht es um den Übergang vom sekundären in den tertiären Bildungsbereich, Berufs- und Studienberatung und -orientierung von Sekundarschülern und den Trend unter Brandenburgs Schulabgängern, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Im Vordergrund stehen die Entscheidungen der Schulabgänger und die Faktoren, die bei der Wahl des Studienortes eine Rolle spielen.
- In **Kapitel 5** werden die Leistungen der Studierenden an den brandenburgischen Hochschulen betrachtet. Der Schwerpunkt liegt auf dem Profil der Studierendenschaft im Land Brandenburg einschließlich der internationalen Studierenden. Dafür werden Erfolgsmaßstäbe des Brandenburger Hochschulsystems – wie Abschlussquoten und die benötigte Semesteranzahl bis zum Qualifikationsabschluss – mit denen anderer Bundesländer verglichen. Darüber hinaus wird das Finanzierungssystem zur Unterstützung von Hochschulstudierenden betrachtet.
- In **Kapitel 6** wird beleuchtet, wie sich das Studium an Brandenburgs Hochschulen auf den *beruflichen Werdegang* der Absolventen auswirkt. Es wird deutlich, dass die Beschäftigungsquote der Brandenburger Hochschulabsolventen im Vergleich zu jenen anderer Regionen hoch ausfällt. Allerdings finden viele unter ihnen Anstellung in einem anderen Bundesland. Dieses Kapitel beschäftigt sich zudem damit, wie internationale Studierende mit einem Abschluss von

brandenburgischen Hochschulen dazu beitragen können, Lücken auf dem Arbeitsmarkt im Land Brandenburg zu schließen.

- In **Kapitel 7** werden die Hochschulbildungsstrategien und -maßnahmen der Landesregierung vorgestellt. Es wird erörtert, welche Rolle das Hochschulsystem bei der Anpassung dieser Strategie spielen kann.

In den Kapiteln 2 bis 7 wird eine Situationsanalyse vorgenommen. Darin werden zunächst die gegenwärtigen Regelungen und Trends beschrieben. Im Anschluss erfolgt eine Leistungseinschätzung anhand von Betrachtungen von Herangehensweisen an ähnliche Herausforderungen in anderen OECD-Ländern. Die Kapitel 3 bis 7 geben zudem Hinweise darüber, wie Brandenburgs Hochschulsystem diese Herausforderungen in Zukunft angehen könnte.

Zusammenfassung der Erkenntnisse

Brandenburgs Hochschulbereich bildet hochqualifizierte Arbeitskräfte aus und schafft eine solide Forschungsbasis für die Wirtschaft des Landes. Gewährleistet wird dies u. a. durch das Angebot von Fachrichtungen, die arbeitsmarktrelevante Kompetenzen vermitteln, die Schaffung von Anreizen für internationale Studierende, besonders in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), und die Steigerung der Studienattraktivität, insbesondere durch eine bessere Unterstützung der Studierenden und durch flexiblere Angebote. Die Stärken des Brandenburger Hochschulsystems lassen wie folgt sich zusammenfassen:

- Die Lehr- und Forschungsprofile der acht staatlichen Hochschulen in Brandenburg ergänzen sich. Jede Hochschule hat sich auf bestimmte Fachrichtungen spezialisiert, in denen sie über einen exzellenten Ruf verfügt. Daraus ergibt sich, dass die Absolventen von Brandenburger Hochschulen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, sei es in Brandenburg selbst oder über die Landesgrenzen hinaus, gute Beschäftigungsergebnisse erzielen.
- Die Hochschulen können immer mehr internationale Studierende für Programme gewinnen, für die ein besonders hoher Bedarf am Arbeitsmarkt besteht, insbesondere in den Bereichen der Wirtschaftswissenschaften und der MINT-Fächer. Diese Studierenden verfügen über großes Potenzial, nach ihrem Abschluss einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu leisten.
- Durch verbesserte Beratungs- und Unterstützungssysteme und flexiblere Studienangebote und Zugangsmöglichkeiten ebnen die Hochschulen den Studierenden den Weg zu größerem Erfolg im Studium. So wurden zusätzliche Orientierungsprogramme zur Förderung der erfolgreichen Beendigung des Studiums geschaffen, und die Studierenden nutzen diese gut. Auch die Studienangebote und Zugangsmöglichkeiten fallen flexibler aus, sodass auch verstärkt Menschen ohne Abitur von einer Hochschulbildung profitieren können.
- Die Landesregierung bemüht sich zudem, Studierende zu gewinnen und ihren Bedürfnissen in zunehmendem Maße gerecht zu werden. Das für die Hochschulbildung zuständige Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) hat zwei Strukturen geschaffen, die eine wichtige Rolle in der Gewinnung von Studierenden für ein Hochschulstudium in Brandenburg spielen. Das ist zum einen das Netzwerk Studienorientierung, ein Kooperationsprojekt der staatlichen Brandenburger Hochschulen. Als größter Anbieter von Berufs- und Studienberatung in Brandenburg ist es an den Hochschulen vertreten und Ansprechpartner für alle brandenburgischen Schulen. Jedes Jahr organisiert das Netzwerk rund 1.000 Veranstaltungen, von denen viele pandemiebedingt inzwischen online stattfinden. Zum anderen gibt es die Präsenzstellen, die Studieninteressierten und Unternehmen in nicht metropolnahen Gebieten des Landes die Hochschulen näherbringen.

- Die Verbesserung von Bildungsmöglichkeiten in MINT-Fächern hat sowohl bei der Regierung als auch bei den Hochschulen einen hohen Stellenwert. In diesem Bereich liegt ein besonderer Schwerpunkt auf dem Ingenieurwesen, für das in Brandenburg besonders hoher Bedarf herrscht. Brandenburgs technische Hochschulen haben ihr Studienangebot umstrukturiert und ihren Forschungsschwerpunkt neu ausgerichtet, um attraktiver für Studierende zu werden und besser mit der Wirtschaft vernetzt zu sein. Darüber hinaus werden in zunehmendem Maße duale Studiengänge angeboten, in denen die akademische Lehre mit der praktischen Erfahrung in einem Unternehmen sowie der Ausbildung an einer Berufsschule kombiniert wird. Diese sind ein vielversprechender Weg, um mehr Jugendliche für eine Hochschulausbildung zu gewinnen und qualifizierte Arbeitskräfte an Brandenburgs Wirtschaft zu binden.

Trotz zahlreicher Stärken steht das brandenburgische Hochschulsystem aber auch vor Herausforderungen. Diese reichen von Prognosen über sinkende Einschreibungen bis hin zu Finanzierungsschwierigkeiten, die sich sowohl auf die Studierenden als auch auf die Hochschulen selbst auswirken. Es folgt eine Zusammenfassung dieser Herausforderungen:

- Es wird geschätzt, dass die Landesbevölkerung über die kommenden 20 Jahre schrumpft und altert, was wahrscheinlich zu einer niedrigeren Teilnahme an der Hochschulbildung führen wird.
- Unter allen Bundesländern fällt der direkte Übergang von der Sekundarbildung in die Tertiärbildung in Brandenburg am niedrigsten aus. Nur knapp zwei Drittel der Hochschulzugangsberechtigten vollziehen tatsächlich den Schritt in den tertiären Bildungsbereich.
- Die Teilnahme der Brandenburger Jugendlichen an der Hochschulbildung wird durch mehrere Faktoren beeinflusst: So werden potenzielle Studierende, darunter insbesondere weibliche und benachteiligte Studierende, von der Aufnahme eines Hochschulstudiums abgehalten, da sie die Kosten für eine solche als hoch und gleichzeitig den Nutzen einer Berufsausbildung als vergleichsweise höher empfinden. Auch die relativ niedrigen Erwartungen der Schulabgänger und ihrer Eltern über den Abschluss der tertiären Bildung stellen ein Hindernis dar. Und schließlich wird die Teilnahme an der Hochschulbildung durch die räumliche Distanz zu den Hochschulen aufgrund der ländlichen Struktur des Landes und der Standorte der Hochschulen erschwert.
- Dass die Kosten einer Hochschulbildung als hoch wahrgenommen werden, hat verschiedene Ursachen. Zum einen bieten Schulen nicht ausreichend Beratung über Studienfinanzierungsmöglichkeiten. Zum anderen machen viele Schulen keinen Gebrauch von ihrem Recht, Studieninteressierte für ein Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes zu nominieren.
- Das starre Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) behindert sowohl die Aufnahme als auch die Beendigung eines tertiären Bildungsprogrammes in Brandenburg. Im Durchschnitt sind die Studierenden in Brandenburg älter und benötigen mehr Zeit für den Abschluss ihres Studiums als in anderen Bundesländern. Dadurch verringert sich ihr Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch den Bund. Studierende mit niedrigem sozioökonomischem Status befinden sind in einer besonders schwierigen Situation: 41 % dieser Studierenden in Brandenburg (gegenüber nur 16 % in ganz Deutschland) haben keinen Anspruch auf BAföG, weil sie länger als die für ihren Studiengang vorgeschriebene Regelstudienzeit eingeschrieben sind.
- Unsicherheiten im Hinblick auf Finanzierungsmöglichkeiten beeinflussen das Weiterbildungsangebot der acht staatlichen Hochschulen.
- An der Kompetenzentwicklung sind verschiedene Landesministerien beteiligt, aber ihre Bemühungen sind nicht vollständig aufeinander abgestimmt. Ein leistungsfähiges Hochschulsystem trägt zur Entwicklung von Kompetenzen und zum Ausbau der Forschungs- und Innovationskapazität bei, die für eine wissensintensivere Wirtschaft innerhalb des Landes notwendig sind. Allerdings verweisen die Strategien für die Entwicklung von Kompetenzen und der Wirtschaft nur im begrenzten Maße auf die Hochschulbildung.

Zusammenfassung der Politikempfehlungen

Gewährleistung eines Bildungssystems mit einem breiten Qualifikationsspektrum und Förderung der Um- und Höherqualifizierung

Vielfalt und Exzellenz

- Aufrechterhaltung der Spezialisierung von Hochschulen und Investition in Exzellenzbereiche anhand von Rahmenverträgen mit den Hochschulen und gestützt durch den ständigen Dialog zwischen der Hochschulrektorenkonferenz, dem MWFK, weiteren staatlichen Behörden und den Arbeitgeberverbänden.
- Umfangreiche Bewerbung der Exzellenzbereiche (einschließlich über Online-Marketing), um das Interesse von Studieninteressierten und Spitzenforschenden zu wecken, die Leistung dieser Forschungsgruppen noch zu erhöhen und weitere Möglichkeiten des Wissenstransfers zu erkunden.

Studienangebote, Zugangsmöglichkeiten und Akkreditierung

- Angesichts der erwarteten verstärkten Notwendigkeit zur Höher- und Umqualifizierung erwerbstätiger Personen und der Studienabbruchproblematik aufgrund von Beschäftigungsmöglichkeiten oder aus finanziellen Gründen: Gewährleistung einer strukturierten und zeitlich angepassten Vermittlung von Studieninhalten (z. B. durch hybride Lehrformate und das sogenannte *Blended Learning*, bei denen Online- und Präsenzunterricht im Wechsel stattfindet, und durch Abendkurse). Nur so lassen sich Nachteile für Teilzeitstudierende abbauen und Studienpläne besser mit der Erwerbstätigkeit vereinbaren.
- Untersuchung von Mechanismen für einen verbesserten Zugang zu Studiengängen, einschließlich auf Bachelorniveau, die Erwerbstätige in Vollzeit komplett berufsbegleitend absolvieren können.
- Überarbeitung der Struktur von Weiterbildungsprogrammen unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen, etwa dem Aufkommen von Mikroabschlüssen (*Microcredentials*).
- Prüfung der Verfahren für die Erstakkreditierung von Studiengängen unter Abwägung der Notwendigkeit, einerseits durch die qualitative Bewertung des Studienaufbaus und des Leistungsvermögens der Hochschule hohe Integritätsstandards und ihre Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten, und andererseits, die Bedarfe von Arbeitgebenden und Industrieverbänden zu berücksichtigen. Einführung von besseren Systemen für die Folgeprüfungen bereits genehmigter Studiengänge, etwa durch die Überprüfung, inwieweit neue Studiengänge zu höheren Einschreibungs- und Abschlussquoten und guten Ergebnissen für die Absolventen führen oder Bedarfe der Arbeitgebenden/Wirtschaft erfüllt werden.

Hochschulfinanzierung durch öffentliche Gelder

- Sicherung der verfügbaren Finanzierung und der Infrastruktur für duale Studiengänge.
- Finanzierungssicherung von Bachelorstudiengängen, die parallel zu einer Vollzeitbeschäftigung absolviert werden können.
- Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten von Weiterbildungen unter Einhaltung der EU-Vorschriften zur staatlichen Beihilfe.

Finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an Weiterbildungen

- Aufmerksame Beobachtung der Wirksamkeit von finanzieller Unterstützung des Bundes für Weiterbildungsteilnehmende; mögliche Wiedereinführung einer länderspezifischen Maßnahme

zur gezielten Unterstützung für die Inanspruchnahme von Weiterbildungen an Hochschulen (ähnlich der kürzlich eingestellten Fördermaßnahme des Bildungsschecks).

Gewährleistung, dass Studieninteressierte über strukturierte Informationen verfügen, um fundierte Entscheidungen zu treffen, und bei der Studienorientierung angemessen unterstützt werden

Studien- und Berufsorientierung an Schulen

- Die Studien- und Berufsorientierung an den Schulen sollte umfangreich sein und Folgendes beinhalten: i) Informationen über Studien- und Berufsgänge und Programmoptionen, ii) Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten der verschiedenen Bildungsgänge, einschließlich Hochschul- und Berufsbildung, sowie weitere, immaterielle Unterstützungsmechanismen für Schüler und iii) individuelle Beratung für Schüler und Eltern. Die Berufsorientierung sollte an allen staatlichen Schulen angemessen finanziert werden. Darüber hinaus sollte das Lernen mit/von Mitschülern (*Peer-Learning*) in allen Schulen, sowohl in öffentlichen als auch in privaten, gefördert werden.
- Brandenburger Schulen sollten verstärkt von ihrem Recht Gebrauch machen, begabte Schüler für Exzellenzstipendien der Studienstiftung des deutschen Volkes zu nominieren. Darüber hinaus sollten sie weiterführende Informationen bereitstellen und mehr Unterstützung bei Stipendienanträgen leisten.

Studien- und Berufsorientierung an Hochschulen

- Das MWFK sollte eine nachhaltige Finanzierung für die (gegenwärtig vorläufigen) Strukturen der Studien- und Berufsorientierung an Hochschulen (insbesondere für das Netzwerk Studienorientierung Brandenburg und die Präsenzstellen) gewährleisten und in Betracht ziehen, den Auftrag der Präsenzstellen zu erweitern, um sie auch als Studienorte zu nutzen.
- Die Hochschulen sollten weiterhin über das Netzwerk Studienorientierung Brandenburg und die Präsenzstellen Kontakt zu Schulen (einschließlich Berufsschulen) aufnehmen und insbesondere benachteiligten Schülern persönliche Beratung und Unterstützung durch Gleichgestellte anbieten.
- Das MWFK und das MBJS (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) sollten ein Studierenden-Mentoren-Programm zwischen (insbesondere benachteiligten) Schülern und Hochschulstudierenden einführen.

Digitales Marketing der Hochschulen

- Die Hochschulen und das Netzwerk Studienorientierung sollten das kürzlich entwickelte digitale Informations- und Beratungsangebot beibehalten und gemeinsam an der weiteren Entwicklung des StudiPortals arbeiten. Zudem sollten mehr Investitionen in digitales Marketing fließen und die Vorteile von Social-Media-Plattformen ausgenutzt werden, um Studierende und Studieninteressierte in zunehmendem Maße zu erreichen.
- Die Hochschulen sollten erwägen, studentische Botschafter zur Verwaltung von Social-Media-Kanälen (mit Informationen über das Campus-Leben) einzustellen und Alumni für die Gewinnung von Studierenden einzubeziehen.

Informationen und Hilfsmittel zur Berufsorientierung

- Das MWFK sollte sich bei den übrigen Ländern und der Bundesregierung für die Schaffung von Berufsberatungswerkzeugen einsetzen, die relevante Daten in jeglicher Form enthalten, und auch für die Erstellung einer zentralen bundesweiten Website zur Berufs- und Studienberatung, die sachliche Informationen auf strukturierte und unparteiische Weise bereitstellt und Zugang

zu interaktiven Hilfsmitteln gewährt, die den Entscheidungsprozess erleichtern. Dabei muss Folgendes gewährleistet werden:

  - Die Website muss so gestaltet sein, dass Verunsicherungen (etwa über die Bedarfe des Arbeitsmarktes) bei jungen Menschen und ihren Familien sowie bei den Beratenden abgebaut werden. Sie muss auch Hilfsmittel bereitstellen, die dabei helfen, sich über die eigenen Berufs- und Studieninteressen bewusst zu werden und sich mit den zahllosen Studien- und Berufsausbildungsmöglichkeiten und deren Finanzierung zurechtzufinden.
  - Die Website muss zudem die Vorteile des lebenslangen Lernens hervorheben und Informationen und Hilfsmittel zur Verfügung stellen, die erwachsene Lernende sowie Erwerbstätige bei ihrer Suche nach einer höher- oder umqualifizierenden Bildungsmaßnahme unterstützen.

- Die Landesregierung sollte weiterhin bzw. verstärkt angepasste Informationskanäle nutzen, um Lernende in Brandenburg (und anderen Bundesländern, insbesondere im benachbarten Berlin) gezielt anzusprechen. Derzeit sind das die beiden Websites www.studieren-in-brandenburg.de und www.fachkraefteportal-brandenburg.de sowie Social-Media, Webanzeigen, Außenwerbung usw.
- Das Netzwerk Studienorientierung Brandenburg sollte die bereits gut strukturierte Website www.studieren-in-brandenburg.de regelmäßig auf den neuesten Stand bringen, um neue nützliche Sonderbeiträge und wichtige Informationen zu erfassen.

Verbesserung der Vorbereitung von Studierenden auf ein Hochschulstudium und Gewährleistung, dass es abgeschlossen wird

Studienformate

- Aufrechterhaltung der Möglichkeit für Studierende, besonders für die Erwerbstätigen unter ihnen, ihr Studium an ihre Lernpräferenzen anzupassen, etwa durch flexiblere Lehr- und Lernformate (basierend auf der Erfahrung aus der Pandemie sollten verstärkt hybride Lehrformate, in denen der Unterricht teils virtuell, teils in Präsenz stattfindet, und integrierte Lernformate mit E-Learning angeboten werden).

Immaterielle Unterstützung

- Ausbau der *Peer-Support*-Programme an den Hochschulen, mit denen besonders benachteiligte Studierende individuell durch Kommilitonen im Studium beraten und beim Aufbau eines Netzwerkes an der Hochschule unterstützt werden.
- erhöhte Sichtbarkeit der Informations- und Beratungsangebote an den Hochschulen und ggf. die Einrichtung einer zentralen Stelle für diese Angebote.
- Bereitstellung von Informationen über das Leben am Campus und in der Stadt des jeweiligen Hochschulstandortes, um Studieninteressierte zum Zuzug zu motivieren.
- Nutzung der Rahmenverträge mit den Hochschulen, um gewisse Daten über studentisches Engagement zu sammeln (etwa über Herausforderungen im akademischen Umfeld, das Lernen mit Kommilitonen, Lehrmethoden und Erfahrungen mit den Lehrkräften). Das MWFK könnte eine landesweite Umfrage zum studentischen Engagement durchführen und die Ergebnisse den Hochschulen zur Qualitätsverbesserung zur Verfügung stellen.
- Aufmerksame Verfolgung bestehender College- bzw. Kolleg-Programme.

Finanzielle Unterstützung

- Die Landesregierung Brandenburg (und das MWFK insbesondere) sollten sich für eine umfangreiche, grundsätzliche Überprüfung der Ausbildungsförderungssysteme einsetzen.

Besonderes Augenmerk sollte dabei auf der Anpassung der Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)- und BAföG-Programme vor dem Hintergrund der kürzlich verabschiedeten Strategie für lebenslangen Lernen in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Zudem sollte sichergestellt werden, dass die Vorschriften zu ihrer Anwendung transparent und die Antragsverfahren benutzerfreundlich und effizient sind.

Hochschulfinanzierung durch öffentliche Gelder

- Mögliche Einbeziehung eines Indikators zu Studienfortschritts- oder Qualifizierungsabschluss-quoten der Studierenden (etwa die Zahl der aktiv an Prüfungen teilnehmenden Studierenden anhand der erworbenen ECTS-Punkte) neben der Absolventenzahl in das Leistungsfinanzierungsmodell.
- Überprüfung des Finanzierungsmodells zur Gewährleistung, dass sich die Ressourcen einzelner Hochschulen im Verhältnis zur Studierendenzahl angemessen vergrößern. Dadurch sollen die Hochschulen ihre Leistungsfähigkeit und Qualität aufrechterhalten (z. B. durch die Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal bei steigenden Studierendenzahlen).

Förderung von praxisorientiertem Lernen und Unternehmertum im Hochschulsystem und Optimierung der Rahmenbedingungen für die Internationalisierung des Hochschulsystems

Praxisorientiertes Lernen

- Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) sollte die Fortführung des Förderprogramms „Innovation Expert“ für die Beschäftigung von Absolventen sowie von Werkstudierenden sicherstellen.
- Der gesamte öffentliche Verwaltungssektor sollte mehr praxisorientierte Lernmöglichkeiten für Hochschulstudierende schaffen, einschließlich freiwilliger bezahlter Praktika.
- Die Industrie- und Handelskammern und die Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WFBB) sollten weiterhin aktiv die Zusammenarbeit zwischen den klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) fördern, damit diese sich die Verwaltungskosten teilen und mit den Hochschulen zusammenarbeiten können, um das (gemeinsame) Angebot an Praktika und Forschungsprojekten zu erhöhen und KMU und Hochschulen zusammenzubringen.

Unternehmerische Aktivitäten und Transfer von Wissen und Technologie

- Aufrechterhaltung der Fähigkeit der Hochschulen, über Transfer- und Präsenzstellen eine maßgeschneiderte Beratung und Betreuung für lokale KMU anzubieten.
- Verstärkte finanzielle Unterstützung für unternehmerische Aktivitäten der Hochschulen im Rahmen der Transferstrategie. Erwägung der Einbeziehung eines expliziten Leistungsindikators in Bezug auf unternehmerische Aktivitäten in das Finanzierungsmodell.
- Unterstützung gemeinsamer Initiativen von Hochschulen und lokalen Akteuren zur Förderung unternehmerischer Aktivitäten durch die staatliche Innovationsstrategie und regionale Wirtschaftsstrukturen, wie z. B. die Cluster.
- Aufrechterhaltung des Programms „PerspektivWechsel“ mit einem womöglich größeren Angebot an gegenseitigen Austauschmöglichkeiten für Forscher-Unternehmer-Paare.

Verbesserung der Bedingungen für die Internationalisierung

- Bemühungen zur Schaffung und Aufrechterhaltung einer Willkommenskultur und eines diskriminierungsfreien gesellschaftlichen Klimas in der gesamten Landesregierung sowie im Schul- und Hochschulsystem. Sicherstellen, dass die Antidiskriminierungsbeauftragten an den

Hochschulen mit ausreichenden Ressourcen und Befugnissen ausgestattet werden, um Beschwerde- und Sanktionsmechanismen einzuführen.

- Bemühungen der Hochschulen, Handelskammern und der WFBB zur Zusammenarbeit mit dem Ziel, internationale Studierende über Praktika und andere Formen des praxisorientierten Lernens mit lokalen Arbeitgebern zusammenzubringen.
- Bewertung der Wirksamkeit des Finanzierungsmodells und der institutionellen Rahmenverträge zur Förderung der Auslandsmobilität von Studierenden. Ermutigung der Hochschulen und insbesondere der Fachhochschulen durch Rahmenverträge, die Vermittlung interkultureller und internationaler Kompetenzen in den Lehrplan zu übernehmen, einschließlich von Fremdsprachenkenntnissen für inländische Studierende.
- Für eine erfolgreiche Anwerbung internationaler Spitzenforschenden durch die Brandenburger Hochschulen: Entwicklung ehrgeiziger Forschungsprojekte; Beratung zu möglichen Visumsförderungen; Bereitstellung klarer Informationen über potenzielle Umzugspakete und Karriereaussichten; Erstellung detaillierter Stellenbeschreibungen, die trotz des Standorts das Interesse von Bewerbenden wecken; Angebot von Schulungen zur Vermittlung von Sprach-, Kommunikations-, Lehr- und Managementkompetenzen sowie Bewerbung des Angebots bei der richtigen wissenschaftlichen Zielgruppe.

Koordinierung der Kompetenzentwicklung innerhalb der gesamten Landesregierung und Entwicklung von Strategien zur Maßnahmenbewertung

Koordinierung der Kompetenzentwicklung innerhalb der gesamten Landesregierung

- Die Staatskanzlei des Landes Brandenburg sollte ein Gremium aus Vertretern verschiedener Parteien, einschließlich des MWFK und weiterer zuständiger Ministerien und Akteure, nominieren und es mit der Gründung eines Landesrates für Kompetenzentwicklung, einschließlich dessen Struktur, Auftrag und Finanzierung, beauftragen. Dieser Rat sollte ein Zukunftsbild von Brandenburg als Forschungs- und Innovationsstandort erstellen und die Landesregierung hinsichtlich einer Strategie zur Entwicklung der für die Verwirklichung dieses Bildes notwendigen Kompetenzen beraten.
- Pflege enger Verbindungen zu öffentlichen Einrichtungen und sozialen Partnern, um die einzelnen qualifikationstechnischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der verschiedenen Regionen zu bewältigen. Gewährleistung des Fortbestehens der Präsenzstellen an den Hochschulen (die innovative Formen der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und lokalen Sozial- und Geschäftspartnern auf den Weg gebracht haben).

Entwicklung von Strategien zur Maßnahmenbewertung

- Das MWFK sollte Überwachungs- und Bewertungsstrategien in die Konzeption von staatlichen Handlungsinitiativen einbeziehen und unabhängige Bewertungen bestehender Maßnahmen und Programme beauftragen.
- Zudem sollte das MWFK erwägen, eine Arbeitsgruppe für die Bundesfinanzierung der Lausitz einzusetzen und die staatliche Arbeitsgruppe für Weiterbildung wieder einzuberufen. Immerhin besteht seitens der Hochschulen ein hoher Gesprächs- und Klärungsbedarf bezüglich dieser zukunftsweisenden Themen.

2 Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Brandenburg

In diesem Kapitel wird das Land Brandenburg auf seine Demografie, seine Wirtschaft und seinen Arbeitsmarkt untersucht. Zunächst wird der wirtschaftliche Kontext erforscht, wobei es u. a. um Herausforderungen in Verbindung mit wirtschaftlichen Ungleichgewichten und der Infrastruktur geht. Darüber hinaus werden wirtschaftliche Möglichkeiten betrachtet, die sich aus dem Übergang von der Kohlekraft in sauberere Energien ergeben, einschließlich der Auswirkungen einer Teslafabrik zur Herstellung von E-Autos. Es wird untersucht, inwieweit neue Stellen vom Arbeitsmarkt geschaffen werden und dadurch der Lebensstandard verbessert wird, wobei es Unterschiede innerhalb der lokalen Wirtschaftsgebiete gibt. Es folgt eine Analyse der Herausforderungen am Arbeitsmarkt, etwa die zunehmenden Fachkräfteengpässe und der stagnierende Nachschub an höherqualifizierten Absolventen, sowie der Auswirkungen des demografischen Wandels, der sinkenden Abschlussquoten im Hochschulbereich und der niedrigen Teilnahme an lebenslangem Lernen auf diese Trends. Am Ende des Kapitels werden Vorschläge gemacht, wie Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung etwa durch höhere Investitionen in den Hochschulbereich geschaffen werden können.

Der demografische Hintergrund

Brandenburg befindet sich im Nordosten der Bundesrepublik. Neben Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gehört es zu den ehemaligen DDR-Staaten, den sogenannten neuen Bundesländern. Es umschließt die Bundeshauptstadt Berlin und grenzt im Osten an Polen. Die Brandenburger Hauptstadt Potsdam liegt südwestlich von Berlin.

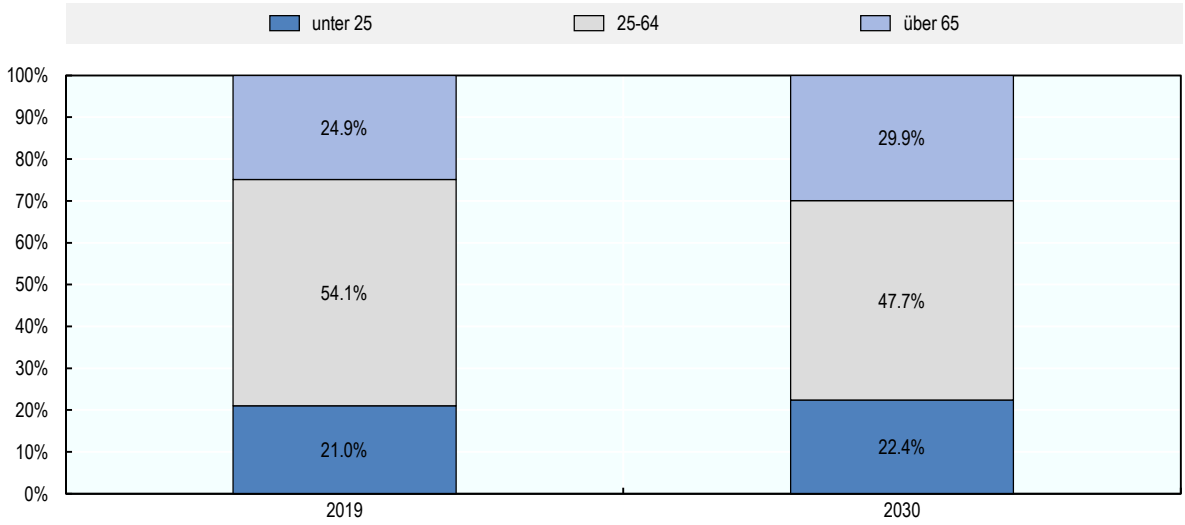
Die brandenburgische Bevölkerung macht (mit 2,5 Millionen Menschen im Jahr 2019) 3 % der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik aus. Das Durchschnittsalter beträgt 50 Jahre und ist damit höher als der bundesweite Durchschnitt (46 Jahre). Damit ist die brandenburgische Bevölkerung die viertälteste aller 16 Bundesländer.

Trotz eines merklichen Bevölkerungszuwachses im Großraum Berlin und in Potsdam ist Brandenburg das Bundesland mit der zweitniedrigsten Bevölkerungsdichte (86 Einwohner/km^2) und sehr ländlich geprägt.

Brandenburgs Bevölkerung wächst nur langsam, was auf eine niedrige Geburtenrate (mit 7,6 % an vorletzter Stelle) und eine überdurchschnittliche Sterberate (an sechster Stelle) zurückzuführen ist. Von 2010 bis 2015 stieg die Zuwanderung durch Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan und Irak sprunghaft an, was sich besonders in den Gebieten direkt um Berlin und um Cottbus im Süden des Landes bemerkbar machte. Dennoch wird eine niedrige Nettowanderungsrate über die kommenden zehn Jahre erwartet (Statistik Berlin-Brandenburg, 2021[1]).

Demnach soll die Bevölkerungszahl für den Zeitraum von 2020 bis 2030 gleich bleiben und über das darauffolgende Jahrzehnt um ca. 3 % sinken. Allerdings wird mit einer sich verändernden Altersverteilung in der Bevölkerung gerechnet, was in der Abwanderung vieler junger Menschen begründet ist. So wird es in der Altersgruppe 25 bis 65 Jahre zwischen 2019 und 2030 zu einem Rückgang von 11 % kommen, während der Anteil der über 65-Jährigen im gleichen Zeitraum um mehr als 20 % ansteigen wird. Bis 2030 sollen die über 65-Jährigen knapp 30 % der Landesbevölkerung ausmachen. Derzeit sind es etwa 25 % (siehe Abbildung 2.1).

Abbildung 2.1. Altersverteilung innerhalb der brandenburgischen Bevölkerung (2019 und 2030)



Quelle: (Statistik Berlin-Brandenburg, 2021[1])., Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Brandenburg 2020 bis 2030, https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/2d433971f996bdf4/ec5cead7539c/SB_A01-08_2021_BB.pdf (aufgerufen am 2 November 2021).

StatLink https://stat.link/s2og97

Dem demografischen Ausblick ist zu entnehmen, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft. Gleichzeitig muss die erwerbsfähige Bevölkerung eine höhere Zahl von Kindern und älteren Menschen unterstützen. Mit dem Weggang vieler (wahrscheinlich hochqualifizierter) Menschen im erwerbsfähigen Alter hat der demografische Wandel auch Auswirkungen auf das Qualifikationsprofil der Bevölkerung. Das bringt Unsicherheiten für die Zukunft des brandenburgischen Arbeitsmarktes mit sich und es stellt sich die Frage, wie gut das brandenburgische Hochschulsystem den Arbeitsmarkt und damit auch den Wohlstand des Landes Brandenburg über die nächsten zehn Jahre unterstützen kann.

Der wirtschaftliche Hintergrund

Brandenburgs Wirtschaft ist strukturschwach, aber im Wandel

Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von knapp 75 Milliarden Euro belegt Brandenburgs Wirtschaft im deutschlandweiten Vergleich Platz 11. Unter den neuen Bundesländern befindet sich Brandenburg jedoch auf Platz 2 (nach Sachsen) (Eurostat, 2019[2]) und war 2019 das produktivste Bundesland (gemessen an der Bruttowertschöpfung pro Arbeitskraft) (OECD, 2019[3]). Verglichen mit anderen OECD-Ländern ist Brandenburgs Produktivität kleiner als die der Mittelböhmischen Region um die tschechische Hauptstadt Prag, der polnischen Regionen Schlesien und Niederschlesien, Nord- und Westirlands und der ostniederländischen Provinzen Overijssel und Drenthe. Brandenburgs Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist mit 29.700 Euro das drittniedrigste aller Bundesländer und liegt damit weit unter dem gesamtdeutschen BIP pro Kopf von 41.500 Euro. Das BIP des benachbarten Berlins belegt mit 42.300 Euro pro Kopf den sechsten Platz (Eurostat, 2019[2]). Brandenburgs Exporte werden auf 13,3 Milliarden Euro geschätzt, was 1,3 % der gesamtdeutschen Exporte entspricht (Statistisches Bundesamt, 2019[4]).

Von 2010 bis 2019 stieg Brandenburgs BIP real um fast 20 %, was größtenteils (genau wie in den übrigen Bundesländern) auf einen wachsenden Unternehmensdienstleistungsbereich zurückzuführen war. Immobiliendienstleistungen, Großhandel, Transportwesen, Beherbergung und Nahrungsmittel stellen (mit einem Anteil von 18 % des BIP) die wichtigsten Dienstleistungsbranchen in Brandenburg dar. Informations- und Kommunikationstechnologien, Finanzdienstleistungen sowie freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen machen einen relativ kleinen Teil von Brandenburgs Wirtschaft aus: 8 % insgesamt verglichen mit 15 % im übrigen Deutschland (siehe Abbildung 2.2). Auch die Herstellungsbranche spielte in Brandenburg mit 13 % eine kleinere Rolle als im Rest von Deutschland (22 %). Dennoch befindet sich diese Branche im Aufschwung: Über die letzten zehn Jahre machte sie 14 % des realen Wachstums von Brandenburgs BIP aus.

Der öffentliche Dienstleistungssektor spielt eine wichtige Rolle in Brandenburgs Wirtschaft. Auf die öffentliche Verwaltung, das Bildungswesen sowie das Gesundheits- und Sozialwesen entfällt ein Viertel des BIP. Auch diese Bereiche verzeichnen seit einigen Jahren einen bedeutenden Anstieg. Die traditionell wichtigen Branchen der Landwirtschaft und des Bergbaus sind jedoch rückläufig (ihr Anteil an Brandenburgs BIP beträgt weniger als 2 %). Dieser Rückgang ist teilweise auf die allmähliche Einstellung des Kohleabbaus in Deutschland zurückzuführen (Staatskanzlei Brandenburg, 2020[5]).

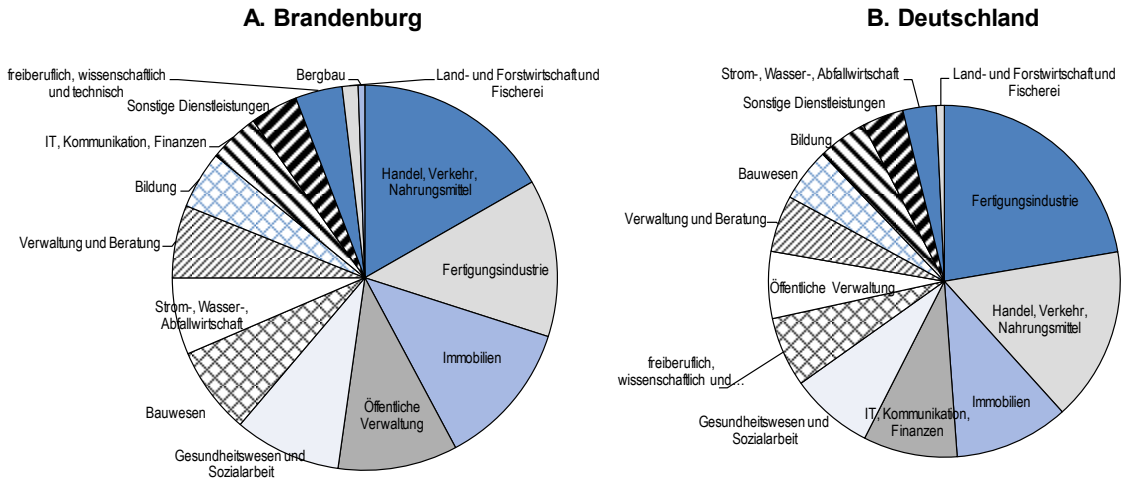
In Brandenburg existieren knapp 100.000 Unternehmen, von denen die meisten kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sind: Knapp 90 % dieser KMU haben weniger als zehn Angestellte (Statistisches Bundesamt, 2020[6]).

Einige KMU sind auch jenseits von Deutschland erfolgreich: z. B. die Ortrander Eisenhütte (Hersteller von Eisen-Kohlenstoff-Gusslegierungen für die Automobilindustrie und den Herd- und Ofenbau), Flamm SysComp in Hennigsdorf (Zulieferer der Automobilindustrie) und Reuther STC in Fürstenwalde (Hersteller von Stahlkomponenten für Windkraftanlagen) (MWAE, n.d.[7]). Von den großen internationalen Unternehmen sind u. a. Riva-Stahl, Mercedes-Benz und Rolls Royce Deutschland in Brandenburg niedergelassen. Weitere internationale Unternehmen wie Amazon und Zalando haben kürzlich Standorte

in Brandenburg eröffnet (MWAE, n.d.[7]) und auch Teslas Gigafactory soll bald in Betrieb gehen. All das weckt Hoffnungen auf eine neue wirtschaftliche Entwicklung und eine stärkere regionale Integration (siehe Abschnitt Wirtschaftliche Chancen weiter unten).

Die Strahlkraft der Berliner Startup-Szene sowie unternehmerische Aktivitäten im staatlichen Hochschulbereich (mehr dazu im Abschnitt über wirtschaftliche Chancen) könnten dazu beitragen, dass mehr KMU ihre Fähigkeit zum Wachstum und zum Wettbewerb auf den globalen Märkten verbessern.

Abbildung 2.2. Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftszweigen (2018)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2021[8]), *VGR der Länder (Entstehungsrechnung) – Bruttowertschöpfung*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/_inhalt.htmlStatistisches (aufgerufen am 15 April 2021).

StatLink https://stat.link/0e9fzp

Wirtschaftliche Ungleichgewichte

Die einzelnen Brandenburger Regionen tragen je nach ihrer wirtschaftlichen Struktur in unterschiedlichem Maße zum BIP bei. Auf die Region Havelland-Fläming (mit der Landeshauptstadt Potsdam die bevölkerungsreichste Region und der wichtigste Regierungs-, Dienstleistungs- und Geschäftsstandort) entfällt ein Drittel des Brandenburger BIP. Die Lausitz ist die Heimat des Kohlebergbaus und Cottbus, der zweitgrößten Stadt Brandenburgs. Die wirtschaftliche Leistung der Region entspricht knapp einem Viertel des Brandenburger BIP, allerdings ist ihre Bedeutung aufgrund des allmählichen Ausstiegs aus der Kohlegewinnung (und der bevorstehenden Schließung der Kohlelagerstätten) rückläufig. Aktuell sind etwa 8 600 Menschen im Kohlebergbau und in den Kraftwerken der Region angestellt. Deutschlands zweitgrößter Energieproduzent LEAG und seine 7 800-köpfige Belegschaft wird von der Einstellung des Kohleabbaus direkt betroffen sein. Zu den Wirtschaftssektoren, die vom Kohleabbau profitieren und damit ebenfalls von dessen Einstellung betroffen sein werden, gehören das Bauwesen, Unternehmensdienstleistungen und die Fertigungsbranche (MWAE, 2020[9]).

Brandenburgs Infrastruktur ist unterentwickelt, aber Lösungen zeichnen sich ab

Brandenburgs Transportinfrastruktur ist eng mit der Bundeshauptstadt Berlin vernetzt und auf sie ausgerichtet. Jeden Tag pendeln mehr als 200.000 Menschen von Brandenburg nach Berlin und über 100.000 in die andere Richtung (Berlin-Brandenburg, n.d.[10]). Es wird erwartet, dass diese Zahlen in den nächsten zehn Jahren ansteigen (VBB, 2020[11]). Da viele mit dem Auto pendeln, sind zahlreiche Straßen, insbesondere um Berlin, verstopft. Und obwohl öffentliche Verkehrsverbindungen mit Berlin gut ausgebaut

sind, fehlt es in den ländlichen und abgelegenen Regionen an einer angemessenen Transportinfrastruktur. Zudem fehlt es Brandenburg an einer Bahnverbindung zu Polen und an Kanälen für den Gütertransport.

Die Mobilitätsstrategie Brandenburg 2030 hat diese Schwierigkeiten erkannt und drei Ziele zu ihrer Bewältigung festgelegt: i) die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Mobilität mit Berlin und den angrenzenden polnischen Provinzen durch den Ausbau von grenzüberschreitenden Bahnverbindungen, ii) die Bewältigung der Mobilitätsprobleme in ländlichen Gebieten und iii) die bedarfsgerechte Anpassung, Erhaltung und Entwicklung von Infrastrukturen, etwa durch die Festsetzung von Prioritäten für Planungs- und Investitionsgelder nach dem Bundesverkehrswegeplan (MIL, 2017[12]).

Der weltweite Trend zur Digitalisierung wird zweifellos zunehmen, nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie, und Brandenburgs digitale Infrastruktur wird mit dieser Entwicklung mithalten müssen. Die Breitbandverfügbarkeit in Brandenburg liegt unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt, aber über dem der übrigen neuen Länder (siehe Tabelle 2.1): Eine Internetverbindung (mit Datenraten von bis zu 50 Mbit/s) wird im Vergleich zu den übrigen neuen Ländern von relativ vielen brandenburgischen Haushalten in Anspruch genommen. Aber dieser Prozentsatz liegt noch unter dem bundesweiten Durchschnitt. Auch hinsichtlich der Haushalte mit Internetverbindungen von bis zu 100, 200, 400 oder 1000 Mbit/s belegt Brandenburg deutschlandweit den vorletzten oder gar letzten Platz (BMDV, 2021[13]).

Tabelle 2.1. Breitbandversorgung in den neuen Bundesländern in Prozent der Haushalte (2020)

Bundesland	Bis zu 50 Mbit/s	Bis zu 100 Mbit/s	Bis zu 200 Mbit/s	Bis zu 400 Mbit/s	Bis zu 1000 Mbit/s
Brandenburg	89,0	71,6	56,3	36,9	22,1
Mecklenburg-Vorp.	77,8	71,1	63,5	51,9	43,2
Sachsen	87,3	79,0	66,1	52,8	42,5
Sachsen-Anhalt	82,9	73,7	57,3	31,8	12,0
Thüringen	89,2	78,1	61,3	41,1	25,7
Deutschland	93,3	85,7	77,4	67,9	55,9

Quelle: BMDV (2021[13]), *Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand Mitte 2021)*, *Bundesministerium für Digitales und Verkehr*, https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/DG/breitband-verfuegbarkeit-mitte-2021.pdf?__blob=publicationFile.

Obwohl die Breitbandverfügbarkeit in der ersten Hälfte des Jahres 2020 angestiegen ist, fiel dieser Anstieg in Brandenburg niedriger als im Rest von Deutschland aus. Nur 83 % der Haushalte berichten, das Internet zumindest manchmal zu benutzen. Dieser Anteil an Haushalten ist geringer als der von Berlin (89 %), aber höher als der in den übrigen neuen Ländern. Gleiches gilt für die Internetnutzung von Mobilfunkdiensten (Initiative 21, 2021[14]; Gefak, 2019[15]).

Genau wie bei der Transportinfrastruktur bestehen regionale Unterschiede der Bandbreite innerhalb des Landes. Besonders in Randgebieten und in ländlichen Regionen ist die Qualität der Breitbandverbindung niedrig. Diese Problematik muss behoben werden, wenn Brandenburg attraktiver werden möchte für junge Leute aber auch für Unternehmen, die keine Entwicklungsstandorte im Großraum Berlin-Brandenburg finden können.

Wirtschaftliche Chancen

Verstärkte Anstrengungen der Diversifizierung der Wirtschaft hin zu saubereren und wissensintensiveren Wirtschaftszweigen

Brandenburg hat verstärkt Innovation, Digitalisierung und Entrepreneurship gefördert, um den Übergang zu saubereren und fortschrittlicheren Branchen zu gewährleisten. Anhand verschiedener, im Alleingang oder in Zusammenarbeit mit der Stadt Berlin, entwickelter Strategien beabsichtigt Brandenburg, seine

Kapazitäten für Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich der Technologien zu verbessern (siehe Kasten 2.1).

Kasten 2.1. Brandenburgs Innovations- und Nachhaltigkeitspolitik

Im Juni 2011 entwickelten Brandenburg und Berlin eine gemeinsame Innovationsstrategie, die 2020 überarbeitet wurde (innoBB 2025) und darauf abzielt, Cluster in beiden Ländern zu entwickeln.

Die regionale Innovationsstrategie bildet den Rahmen für fünf gemeinsame Spezialisierungscluster der Region Berlin-Brandenburg: i) Gesundheitswirtschaft, ii) Energietechnik, iii) Verkehr, Mobilität und Logistik, iv) Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), Medien und Kreativwirtschaft und v) Optik und Photonik. Brandenburg selbst hat vier landesspezifische Cluster: i) Ernährungswirtschaft, ii) Kunststoffe und Chemie, iii) Metall und iv) Tourismus. All diese Spezialbereiche haben vier gemeinsame Kernthemen: Digitalisierung, Entwicklung von Reallaboren, Arbeitskräfte für die vierte industrielle Revolution (Industrie 4.0) und die Gründung von Startups.

Außerdem hat die Landesregierung 2019 ihre regionale Nachhaltigkeitsstrategie überarbeitet. Die Strategie enthält 33 Ziele und beinhaltet verschiedene Maßnahmen mit Schwerpunkt auf den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, den sogenannten *Sustainable Development Goals* (SDG) der Vereinten Nationen (Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg, 2019). Viele der Maßnahmen aus der Strategie beziehen sich direkt auf die Innovation im Bereich der Umwelttechnologien und umweltfreundliches Konsumverhalten.

Quelle: Berlin-Brandenburg (2019[16]), *innoBB 2025: Joint Innovation Strategy of the States of Berlin and Brandenburg*, Land Brandenburg und Land Berlin, https://innobb.de/sites/default/files/2020-01/innobb_2025_-_joint_innovation_strategy_of_the_states_of_berlin_and_brandenburg_0.pdf; MLUL (2019[17]) *Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg: Fortschreibung 2019*, https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Fortschreibung-Nachhaltigkeitsstrategie-BB.pdf.

Dennoch bleiben die Bereiche Forschung und Entwicklung (F&E) sowie Innovation in Brandenburg im Vergleich zu anderen deutschen Regionen leistungsschwach. Brandenburgs Bruttoinlandsaufwendungen für F&E betrugen 2019 1,8 %, was gerade mal die Hälfte des deutschlandweiten Durchschnitts ausmacht (Eurostat, 2021[18]). Der Anteil der Aufwendungen regionaler Unternehmen für F&E machte nur 36 % der Gesamtausgaben in diesem Bereich aus (im Vergleich zum nationalen Durchschnitt von 69 %) (Eurostat, 2021[18]). Mit 44 % der Gesamtausgaben kommt der Großteil der öffentlichen Ausgaben für die Forschung von der Landesregierung.

2020 reichte Brandenburg 294 internationale Patentanmeldungen nach dem Patentzusammenarbeitsvertrag beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) ein. Das entspricht 0,7 % des gesamtdeutschen Anteils. Auf 100.000 Einwohner meldete Brandenburg 12 Patente beim DPMA an, was weniger als ein Viertel des bundesweiten Durchschnitts[1] von 51 Patenten ausmachte (DPMA, 2021[19]).

Viele der von Brandenburg angemeldeten Patente konzentrieren sich auf umweltbezogene Technologien im Zusammenhang mit Motoren, Pumpen und Turbinen, elektrischen Maschinen und Geräten, Elektroenergie sowie Verkehr (DPMA, 2021[19]). Brandenburg gilt als Vorreiter im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Hauptstadtregion und die Lausitz stellen Testfelder für die Herstellung und Verwendung von Wasserstoff zur Verfügung (Cluster Energy Technology, n.d.[20]). Zudem unterstützt das Land aktiv Innovationen in den Bereichen Biopolymere, Kunststoffrecycling und Leichtbau (WFBB, n.d.[21]).

Die Landesregierung hat zudem die Hürden erkannt, vor denen besonders KMU stehen, und beabsichtigt die Schaffung besserer Wachstums- und Innovationsbedingungen in diesem Segment durch die Unterstützung dieser Unternehmen bei der Digitalisierung der Produktions- und Geschäftsabläufe. Zu

diesem Zweck wurde 2015 das Innovationszentrum Moderne Industrie (IMI) Brandenburg gegründet. Es befindet sich an der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg und unterstützt KMU im Umgang mit Herausforderungen in den Bereichen der Automatisierungstechnik, der digitalen Fabriken und der Industrie 4.0. Das Projekt wird teilweise aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert.

Strahlkraft der Berliner Startup-Szene und starke unternehmerische Aktivitäten an Brandenburgs Hochschulen

Die Quoten neu gegründeter Unternehmen (also die Anzahl der Startup-Unternehmen auf 10.000 Menschen im Alter von 18 bis 64 Jahren) sind in Deutschland seit Jahren rückläufig. Da ist auch Brandenburg keine Ausnahme. Zwischen 2011 und 2020 ging die Neugründungsquote um etwa 20 % zurück[2]. Im selben Zeitraum hat Brandenburg allerdings seine Platzierung im Ländervergleich verbessert. Während es in den Jahren 2014–2016 noch den vorletzten Platz bei den Existenzgründungen belegte, liegt es inzwischen hinter Berlin auf Platz 2 (KFW, 2020[22]). Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass Brandenburg Berlin umschließt, wo die Neugründungsquote weit über dem deutschen Durchschnitt liegt. Brandenburg profitiert offensichtlich von dieser Nähe, denn viele junge unternehmerisch Tätige verlegen tendenziell ihren Wohn- und Unternehmenssitz in die mietgünstigeren Berliner Vororte.

In Brandenburg wird das EXIST-Gründerstipendium (EGS), das Studierende, Absolventen und Wissenschaftler bei der Unternehmensgründung unterstützt, rege in Anspruch genommen. Beinahe zwei Drittel aller zwischen 2007 und 2019 von EGS finanzierten Projekte in Brandenburg führten zur Gründung von Unternehmen (Kulicke, 2017[23]; Lübbers, T. et al., 2021[24]).

Bottom-up-Initiativen in Brandenburg zur Schaffung und Förderung innovativer Orte zum Arbeiten und Leben

In den letzten Jahren sind in Brandenburg verschiedene Standorte entstanden, an denen Innovatoren und Kreative neue Arten zu arbeiten und zu leben erproben können. Diese Standorte können besonders für junge und qualifizierte Arbeitskräfte interessant sein. Dazu gehören: i) das 2011 gegründete SAP Innovation Centre Potsdam (ICP), ii) ein geplantes Digitalzentrum neben der ehemaligen RAW-Halle in Potsdam, iii) Coconat in Klein-Glien im Landkreis Potsdam-Mittelmark und iv) Thinkfarm Coworking-Space in Eberswalde.

Andere zur Attraktivität der Standorte beitragende Netzwerke sind etwa: Silicon Sanssouci, ein Netzwerk, das Potsdam zum IT- und Medienstandort ausbauen möchte, und Havel Valley, eine Initiative in Brandenburg an der Havel, mit der eine nachhaltige lokale Startup-Kultur aufgebaut werden soll.

Die Bundesfinanzierung für den Strukturwandel in der Lausitz: eine einzigartige Chance für Innovation und wirtschaftliche Entwicklung in der Region

Mit dem geplanten Kohleausstieg in der Lausitz bis 2038 stellt der Bund beträchtliche Finanzierungsmittel für den Strukturwandel zur Verfügung. Dies ist eine einzigartige Chance für die Lausitz, den Übergang in eine grünere und modernere Wirtschaft zu vollziehen und ihrer Bevölkerung bessere Erfolgsaussichten zu bieten. Im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen hat Brandenburg einen Anspruch auf ca. 10 Milliarden Euro, was knapp 25 % der nach diesem Gesetz bereitgestellten Bundesstrukturmittel ausmacht (Staatskanzlei Brandenburg, 2020[5]). Die Landesregierung entwickelt eine strategische Agenda, um die Verwendung der Gelder zu steuern (siehe Kasten 2.2). Mit diesen Initiativen soll die Lausitz als Wissenschafts- und Forschungsstandort gestärkt und besonders für junge Leute attraktiver gemacht werden.

Kasten 2.2. Brandenburgs strategische Ziele für die Strukturentwicklung der Lausitz

Brandenburg hat mit dem Lausitzprogramm 2038 strategische Ziele für die Strukturentwicklung dieser Region gesetzt. Das Programm enthält folgende Handlungsfelder und Prioritäten:

- Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch den Aufbau und die Modernisierung von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, innovative Entwicklung, die Anwerbung von Unternehmen und den Ausbau der Innovationsfähigkeit und der Digitalisierung.
- Ausbildung von Fachkräften für die weitere Diversifizierung der regionalen Wirtschaft sowie der Ausbau und die zukunftssichere Gestaltung bestehender Kapazitäten und Geschäftsmodelle
- Stärkung und Ausbau der Lebensqualität und der Vielfalt in der Region, einschließlich städtischer Entwicklung, sozialer Infrastruktur, Kultur, Kunst und Sport.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) hat seine eigene Lausitz-Strategie im Einklang mit diesen Prioritäten formuliert. Die Strategie des MWFK enthält vier Schwerpunkte: i) Ausbau der Hochschulstandorte um profilergänzende Studiengänge, ii) Aufbau einer „Modellregion Gesundheit Lausitz“, iii) Stärkung der angewandten Forschung insbesondere durch die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Einrichtungen und iv) Ausbau des Wissens- und Technologietransfers.

Zu den neuen, vom Bund finanzierten Einrichtungen und Projekte gehören:

- Fraunhofer-Institute für Energieinfrastrukturen und Geothermie in Brandenburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen
- ein dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) eingegliedertes Institut für CO_2-arme Industrieprozesse in Cottbus (Brandenburg) und in Zittau/Görlitz (Sachsen) mit Schwerpunkt auf der Stahl- und Zementindustrie, der Petrochemie sowie den Hochtemperatur-Wärmepumpen für Wärmespeicherstationen
- das Institut für Elektrifizierte Luftfahrtantriebe – ein weiteres DLR-Institut mit Schwerpunkt auf alternativen Antriebssystemen und Flugtriebwerken der (über-)nächsten Generation
- das Lausitzer Zentrum für Künstliche Intelligenz (LZKI) an der BTU Cottbus-Senftenberg
- die „Modellregion Gesundheit Lausitz“ mit einer medizinischen Fakultät und einem Universitätsklinikum der nächsten Generation.

Quellen: MWFK (2019[25]), *Umsetzungsplan für die Lausitz-Strategie des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur*; Staatskanzlei Brandenburg (2020[5]), *Das Lausitzprogramm 2038, Prozesspapier zum Aufbau von Entscheidungs- und Begleitstrukturen im Transformationsprozess, Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten*.

Das Herzstück der „Modellregion Gesundheit Lausitz“ ist das Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus (IUC). Es wird eine medizinische Fakultät an der BTU Cottbus-Senftenberg und ein digital mit den Gesundheitsdienstleistern aus der Region vernetztes Universitätsklinikum umfassen. Das IUC wird sich auf die Erforschung von Gesundheitssystemen und der Digitalisierung des Gesundheitswesens konzentrieren.

Am IUC können Ärzte und Wissenschaftler innovative Gesundheitsversorgungsmodelle unter realen Bedingungen entwickeln, erproben und auswerten. Damit sollen Best-Practice-Modelle erstellt werden und eine deutschlandweite Drehscheibe für die Erforschung von Gesundheitssystemen und deren Weiterentwicklung entstehen. Am IUC sollen Masterstudiengänge, wie *Medical Data Science*, moderne Pflegepraxis und *Health Systems Science* angeboten werden. Das bestehende Carl-Thiem-Klinikum

Cottbus wird zu einem höchst digitalisierten Universitätsklinikum und zum Zentrum des regionalen digitalen Netzwerks ausgebaut.

Zukünftig sollen damit bis zu 200 Studierende jedes Jahr eine medizinische Ausbildung beginnen und weitere Studierende auf Masterniveau eingeschrieben werden. Am IUC sollen knapp 1600 neue Arbeitsplätze in den Bereichen der Forschung und der Pädagogik, einschließlich 80 Professuren, geschaffen werden. Die Kosten für das IUC werden bis 2038 auf insgesamt knapp 1,9 Milliarden Euro geschätzt. Am IUC sollen Fachkräfte für die Medizin von morgen ausgebildet und an die Region gebunden werden. Zudem soll die Lausitz als Wissenschafts- und Forschungsstandort gestärkt und eine umfangreiche und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung sichergestellt werden.

Befragte Akteure räumten dem Lausitz-Fonds großes Potenzial für die Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft und die Stärkung der regionalen Forschungsinfrastruktur ein. Dennoch äußerten sie auch Bedenken über die Transparenz im Planungsprozess und die langfristigen Kosten des Innovationszentrums. Sie verwiesen insbesondere auf die geschätzte Zahl der Absolventen in den angebotenen Gesundheitsberufen und die potenzielle Schwierigkeit, diese medizinischen Fachkräfte an Brandenburg zu binden, was immerhin mit dem Aufbau des Innovationszentrums bezweckt wird. Ein strukturierter Dialog mit allen staatlichen brandenburgischen Hochschulen (nicht nur jenen, denen die Fördermittel direkt zugute kommen) erscheint angebracht, um eine Bestandsaufnahme aller dringenden Anliegen zu machen und diese während des gesamten Prozesses zu berücksichtigen.

Die Region um den Flughafen Berlin-Brandenburg wird sich voraussichtlich auch trotz der coronabedingten Konjunkturabschwächung gut entwickeln

Vor der Coronakrise ging es der Region um den Flughafen Berlin-Brandenburg prächtig, was aus den Zahlen der Unternehmensgründungen und der neuen Arbeitsplätze ersichtlich wird. Von 2013 bis 2020 kam es in der Region zu 870 Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekten, wodurch mehr als 39.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden (Airport Region Berlin Brandenburg, 2020[26]). In den vor dem Ausbruch der Pandemie durchgeführten Studien und Prognosen wurde ein erheblicher Beschäftigungsschub vorausgesagt: Bis zu 70.000 Arbeitsplätze sollten im Zusammenhang mit dem Flughafen entstehen (Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg, 2020[27]). Zudem wurde erwartet, dass die Nachfrage nach Industrie- und Gewerbeflächen in Flughafennähe das Angebot übersteigen würde (Agiplan, 2019[28]).

Ungeachtet coronabedingter Unsicherheiten sind sich regionale Akteure sicher, dass der Flughafen die Entwicklung der Region auf lange Sicht positiv beeinflussen wird. Doch der Flughafen stellt nicht die einzige treibende Kraft in dieser Entwicklung dar. Auch die Nähe zu Ballungszentren, das Angebot qualifizierter Arbeitskraft und das Unternehmensnetz spielen eine wichtige Rolle. Einige Schwachstellen müssen allerdings noch behoben werden: unzureichende Langstreckenflugverbindungen, Zug- und Autobahnanbindungen an den Flughafen und seine Umgebung sowie freie Flächen zur Industrie- und Gewerbeentwicklung (Gefak, 2019[15]).

Der Bau der Teslafabrik in Brandenburg weckt Hoffnungen auf wirtschaftliche Entwicklung und stärkere regionale Integration

Im Frühjahr 2020 begann der US-amerikanische Autohersteller Tesla mit dem Bau seiner neuen Gigafactory im etwa 30 km östlich vom Berliner Flughafen gelegenen Grünheide. Das fertige Fabrikgelände wird sich über eine Fläche von insgesamt 300 Hektar erstrecken. Tesla möchte Anfang 2022 mit der Herstellung von E-Autos beginnen. Die Produktionskapazität soll bis zu 500.000 Stück pro Jahr betragen. In einer weiteren Fabrik, die ebenfalls in Grünheide entstehen soll, möchte Tesla die Batteriespeicher für seine E-Autos produzieren. Das Investitionsvolumen überschreitet eine Milliarde Euro. Tesla möchte bei voller Kapazität bis zu 12.000 Mitarbeiter beschäftigen (Land Brandenburg, 2021[29]). In

der Endausbauphase könnten bis zu 40.000 Mitarbeiter in der Fabrik angestellt sein. In verschiedenen Bereichen wird ein hoher Bedarf an Fachkräften bestehen: Vom Ingenieurswesen und der Herstellung über Personal- und Rechtswesen bis hin zur Lieferkette sowie Service- und Energieinstallation (Meyer, 2020[30]; Tesla, 2021[31]).

Um seinen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken, hat Tesla mit der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg und insbesondere mit der Niederlassung in Frankfurt (Oder) zusammengearbeitet (Land Brandenburg, 2021[29]).

Der Bau der Tesla-Fabrik wird voraussichtlich positive Auswirkungen haben: hochqualifizierte Arbeitsplätze, Übertragungseffekte, wie die Ansiedlungen weiterer Fabriken, Lieferanten und Dienstleister sowie die Zusammenarbeit mit dem Hochschul- und Forschungssektor. Tatsächlich hat der US-amerikanische Hersteller von Batteriesystemen Microvast bereits eine neue Fabrik in Ludwigsfelde gebaut, die als europäischer Hauptsitz des Unternehmens fungieren soll. Weitere Unternehmen werden wahrscheinlich nachziehen (Industrie- und Handelskammer Berlin, n.d.[32]).

Einige Sozialpartner erkannten zwar das große Potenzial der Tesla-Fabrik für die wirtschaftliche Entwicklung der Region an, äußerten aber auch Bedenken. Insbesondere KMU sorgen sich über die verschärfte Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte. Gewerkschaften wollen gute Arbeitsbedingungen und das Recht auf Mitbestimmung in der Tesla-Fabrik durchsetzen. Auch müssen die brandenburgischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen unter den übrigen deutschen und europäischen Hochschulen hervorstechen, um Tesla für eine Zusammenarbeit in Forschung und Bildung zu gewinnen.

Um mögliche Auswirkungen der Tesla-Fabrik in Brandenburg einschätzen zu können, ist es hilfreich, die Entwicklung rund um die erste Tesla-Gigafactory, die 2014 in Reno, Nevada (USA) gebaut wurde, zu betrachten. Heute beschäftigen Tesla und Panasonic knapp 7.000 Mitarbeiter an diesem Standort. Seit 2014 hat sich Reno zu einem attraktiven Standort insbesondere für Technologieunternehmen und junge hochqualifizierte Arbeitskräfte entwickelt. Jeder Vierte, der sich in Reno niederlässt, ist zwischen 20 und 29 Jahren alt. Damit hat die Stadt einen deutlich höheren Anteil an dieser Altersgruppe als der Rest der USA (14 %) (Heuer, 2020[33]).

Der Standort der neuen Tesla-Fabrik in Brandenburg wirft einige Fragen zur Infrastruktur auf: Können die Autobahnen der zusätzlichen Belastung durch Passagiere und Gütertransport Stand halten? Kann die Bahninfrastruktur die zunehmende Zahl von Pendlern verkraften? Der Bahnhof in Grünfelde ist sehr klein: Kann er ausgebaut werden und wenn ja, durch welche Finanzierungsmöglichkeiten?

Im März 2021 hat die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg ein Konzept zur Entwicklung des Umfeldes der Tesla-Gigafactory veröffentlicht (MIL; Stadtentwicklung Berlin; GL Berlin-Brandenburg, 2021[34]).

Die Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin

Viele von Brandenburgs Herausforderungen und Chancen stehen im Zusammenhang mit seiner Nähe zu Berlin oder haben direkte Wirkung auf Berlins wirtschaftliche Entwicklung und andersherum. Daher ist eine starke Kooperation und eine Koordinierung der Maßnahmen beider Länder in verschiedenen Bereichen notwendig. 2020 einigten sich die Regierungen beider Länder darauf, eine umfassende gemeinsame Agenda, den Strategischen Gesamtrahmen der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, voranzutreiben. Diese Vereinbarung dient der Formulierung von Leitprinzipien für die Entwicklung der Hauptstadtregion und der Erstellung eines einheitlichen Rahmens für laufende und zukünftige Vorhaben. Innerhalb des Strategischen Gesamtrahmens wurden acht Handlungsfelder festgelegt: i) Siedlungsentwicklung und Wohnungsmarkt, ii) Mobilität, iii) Wirtschaft, Fachkräfte, Energie und Klimaschutz, iv) ehrenamtliches Engagement, Medien und Demokratieförderung, v) natürliche Lebensgrundlagen und Lebensqualität, vi) digitale Transformation, vii) Wissenschaft, Forschung, Kultur und Bildung und viii) Weltoffenheit, internationale Vernetzung und Zusammenarbeit mit Polen (Berlin-Brandenburg, n.d.[35]).

Beispiele für gemeinsame, bereits angelaufene Vorhaben sind das Projekt i2030 zur Verbesserung der Bahninfrastruktur sowie die Innovationsstrategie einschließlich der Gesundheitsversorgung (Berlin-Brandenburg, n.d.[10]). Die beiden Länder verfügen zudem über eine gemeinsame Arbeitsagentur, die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, die ihre spezifische wirtschaftliche Situation berücksichtigt und ihre arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen anhand eines integrierten Ansatzes angeht.

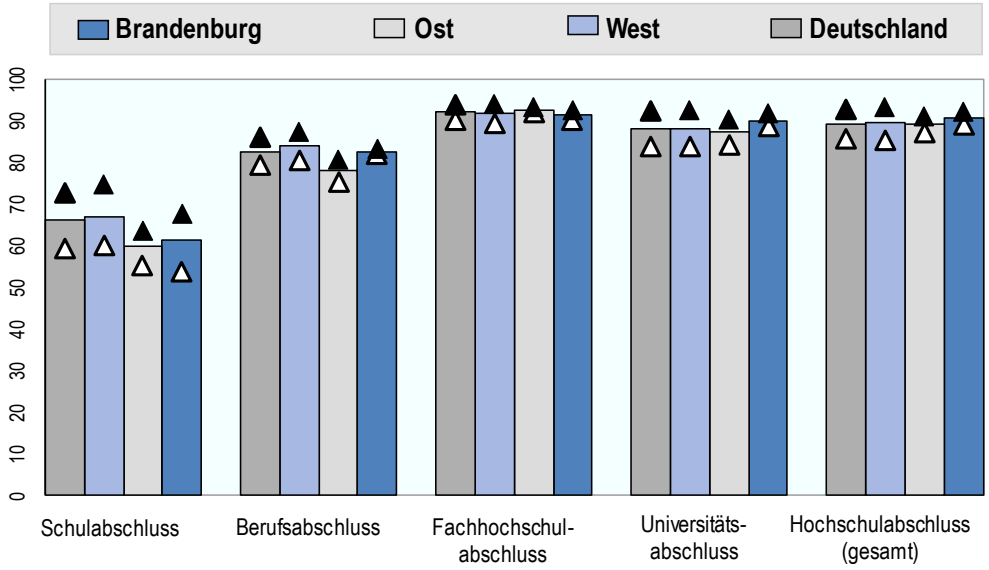
Der Arbeitsmarkt

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt werden stetig neue Arbeitsplätze geschaffen

Bezogen auf das Jahr 2019 ist die Beschäftigungsquote des Landes in Anbetracht der Erwerbsbeteiligungsquote von 80,7 % mit 78,1 % beeindruckend. Einer der Hauptgründe für diese Beschäftigungsquote ist der hohe Anteil an erwerbstätigen Frauen (Eurostat, 2018[36]). Die Teilzeitbeschäftigung und der Geschlechterunterschied in der Teilzeitquote gehören zu den niedrigsten im gesamtdeutschen Vergleich. Die hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen in Brandenburg (und den übrigen neuen Ländern) ist u. a. zurückzuführen auf die relativ hohen Bildungsniveaus der Frauen, ausgeprägte Werte der sozialen Gleichheit und unterstützende Maßnahmen zur Kinderbetreuung.

Die Beschäftigungsaussichten für gebildete Menschen fallen in Brandenburg besonders positiv aus. Hier sind knapp 90 % der Universitätsabsolventen, 92 % der Fachhochschulabsolventen und 83 % der Absolventen einer Berufsausbildung im Alter von 18 bis 64 Jahren beschäftigt (siehe Abbildung 2.3). Diese Beschäftigungsquoten nähern sich jenen im gesamtdeutschen Durchschnitt und sind für Universitätsabsolventen sogar etwas höher. Des Weiteren fallen geschlechterspezifische Unterschiede in der Beschäftigung von Absolventen aller drei Kategorien im bundesweiten Vergleich in Brandenburg geringer aus.

Abbildung 2.3. Beschäftigungsquote nach Bildungsniveau (2018)



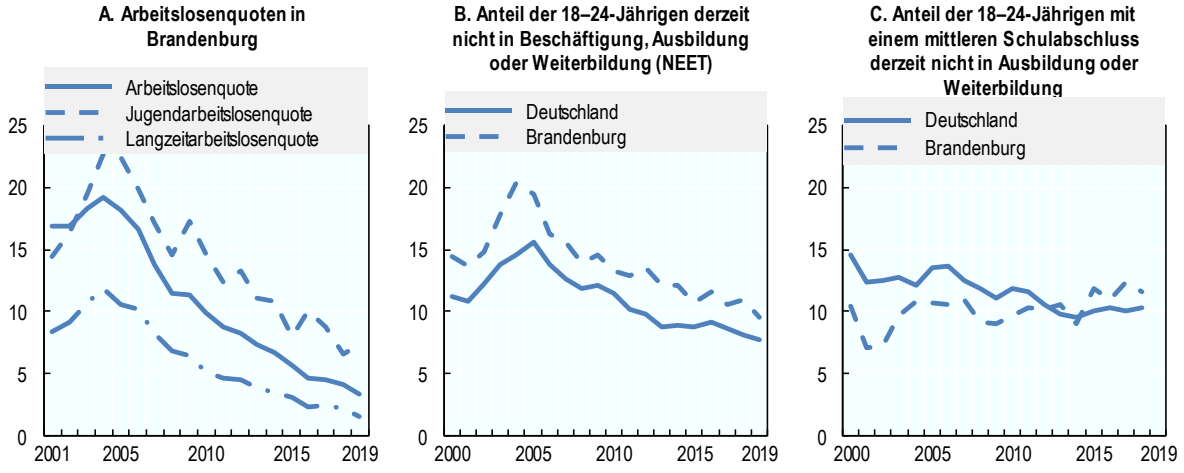
Anmerkung: Die weißen Dreiecke zeigen die Beschäftigungsquoten der Frauen und die schwarzen Dreiecke die der Männer an.
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg für Brandenburg und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für Ost- und West- Deutschland sowie ganz Deutschland.

StatLink https://stat.link/gxez3u

Auch Brandenburgs Arbeitslosenquote ist seit 2005 rückläufig, sodass sie sich 2019 mit 3,4 % an den Bundesdurchschnitt von 3,2 % annäherte (Eurostat, 2018[36]). Brandenburgs Arbeitslosenquote ist die niedrigste aller neuen Ländern und liegt seit 2004 auch durchweg unter der von Berlin.

Aus den Statistiken zur Arbeitslosigkeit in Brandenburg geht hervor, dass diese vielmehr durch Jugendarbeitslosigkeit als durch Langzeitarbeitslosigkeit bedingt ist (siehe Abbildung 2.4). In allen OECD-Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit höher und unbeständiger als die generelle Arbeitslosigkeit, da der Arbeitsmarkt für Jugendliche besonders anfällig auf die gesamtwirtschaftliche Lage reagiert. So werden bei Konjunkturflauten Spitzenwerte in der Jugendarbeitslosigkeit erreicht (OECD, 2021[37]). 2019 betrug die Jugendarbeitslosenquote in Brandenburg 7,3 % im Vergleich zu 5,8 % im gesamtdeutschen Durchschnitt. Zudem hatte Brandenburg mit 9,5 % die fünft höchste Quote an Jugendlichen, die sich weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in irgendeiner Art der Ausbildung befanden, verglichen zum Bundesdurchschnitt von 7,7 % (OECD, 2021[38]). Zwischen 2001 und 2018 stieg die Zahl der Jugendlichen, die ihre schulische oder berufliche Bildung abbrachen. Brandenburgs Abbrecherquote war mit 11,6 % die fünft höchste verglichen mit 10,3 % im gesamtdeutschen Schnitt (diese Quote lag im Jahr 2000 in Brandenburg noch bei 10,4 % und in ganz Deutschland bei 14,6 %) (OECD, 2021[38]).

Abbildung 2.4. Indikatoren für die Arbeitslosigkeit (2000–2019)



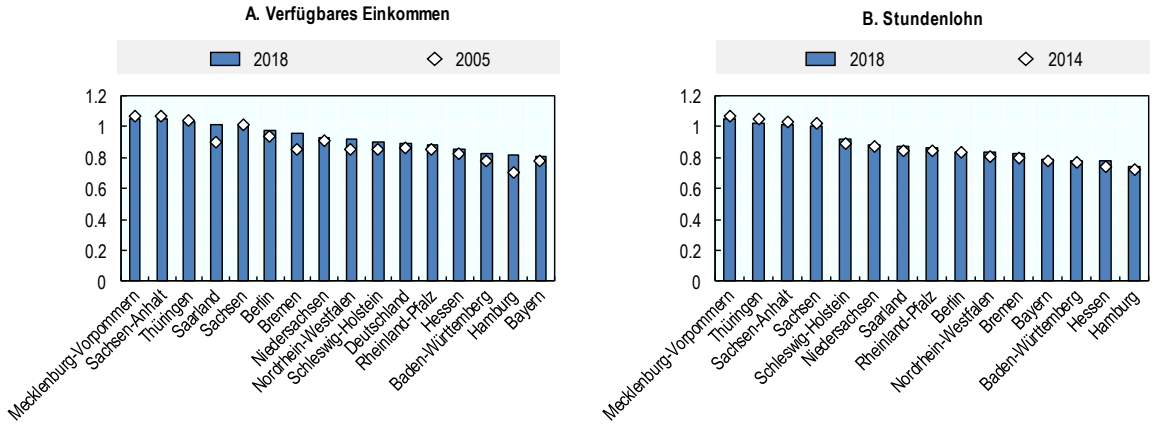
Quelle: OECD (2021[38]), Regional Statistics, https://www.oecd.org/regional/regional-statistics/ (aufgerufen am 15 März 2021).

StatLink https://stat.link/2mtc1d

Der Lebensstandard der brandenburgischen Bevölkerung verbessert sich

Aufgrund der besseren Beschäftigungslage ist das verfügbare Einkommen in Brandenburg und den übrigen neuen Ländern gestiegen und nähert sich dem Bundesdurchschnitt an (siehe Abbildung 2.5). Während das durchschnittliche verfügbare Einkommen in Brandenburg im Jahr 2005 noch 86 % des nationalen Durchschnitts ausmachte, stieg es 2018 auf 89 %. Damit näherte sich das verfügbare Einkommen in Brandenburg an das von Berlin an. Dieser Trend ist vor allem auf die im Vergleich zu anderen Bundesländern steigenden Stundenlöhne zurückzuführen. Auch der Anteil der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten brandenburgischen Bevölkerung ist 2019 auf 17 % gesunken und liegt damit unter dem Bundesdurchschnitt von 17,4 %.

Abbildung 2.5. Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen und Stundenlohn in Brandenburg verglichen mit den übrigen Bundesländern



Anmerkung: Ein Wert über 1bedeutet, dass das verfügbare Einkommen oder der Stundenlohn in Brandenburg höher als in dem jeweiligen anderen Bundesland ist. Ein ansteigender Wert bedeutet, dass Brandenburgs verfügbares Einkommen oder Stundenlohn sich dem Wert des jeweiligen anderen Bundeslandes annähert.
Quelle: Statistisches Bundesamt (2021[39]), VGR der Länder: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Glossar/verfuegbares-einkommen-private-hh.html (aufgerufen am 15 April 2021); Statistisches Bundesamt (2021[40]), Verdienste und Verdiensunterschiede, https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Verdienstunterschiede/_inhalt.html (aufgerufen am 23 März 2021).

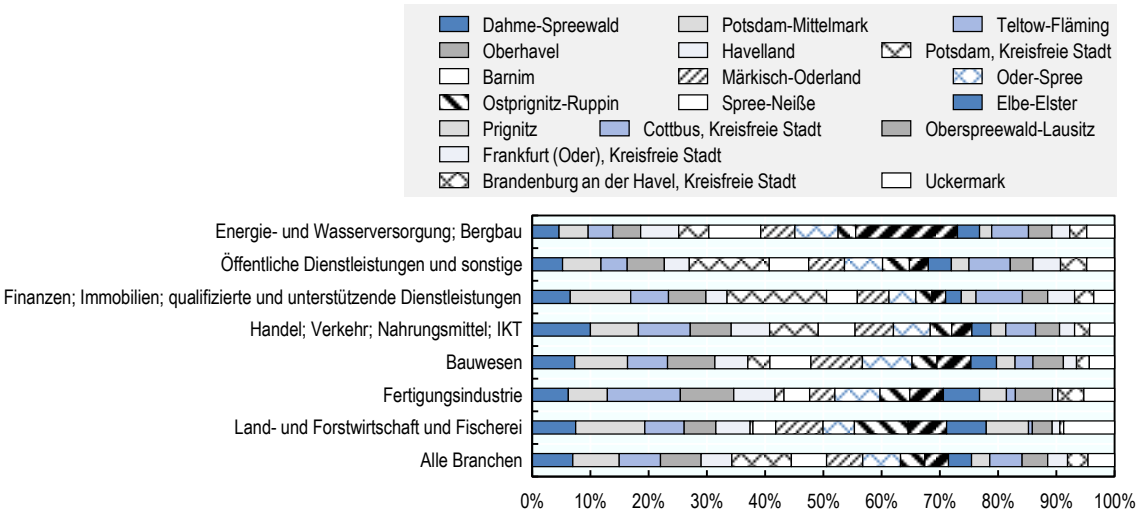
StatLink https://stat.link/rjpl2k

Unterschiede innerhalb des Landes Brandenburg ergeben sich aus den unterschiedlichen Industriestrukturen der einzelnen Wirtschaftsregionen

Indikatoren auf Makroebene verdecken wichtige interne Unterschiede. Die relativ hohe Arbeitslosenquote in bestimmten Regionen Brandenburgs ist auf den Strukturwandel zurückzuführen. In allen brandenburgischen Regionen mit Ausnahme der Region Havelland-Fläming, in der sich die Landeshauptstadt Potsdam befindet und ein Drittel der brandenburgischen Erwerbstätigen wohnt, sind die Arbeitslosenquoten überdurchschnittlich hoch. Insbesondere die Arbeitslosenquote der Uckermark war 1,7 Mal höher als der Landesdurchschnitt und fast doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt.

Auch in den übrigen drei Regionen Lausitz-Spreewald, Oderland-Spree und Prignitz-Oberhavel sowie in der Stadt Brandenburg an der Havel (Havelland) bestehen regelmäßig überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten. In den an den Großraum Berlin angrenzenden Landkreisen und in jenen, wo sich Regionale Wachstumskerne und deren Wirtschaftsstrukturen befinden, sind die Beschäftigungsaussichten überdurchschnittlich hoch (siehe Abbildung 2.7) (VBB, 2020[11]). Diese Landkreise verfügen über einen besonders ausgeprägten Unternehmensdienstleistungssektor (siehe Abbildung 2.6).

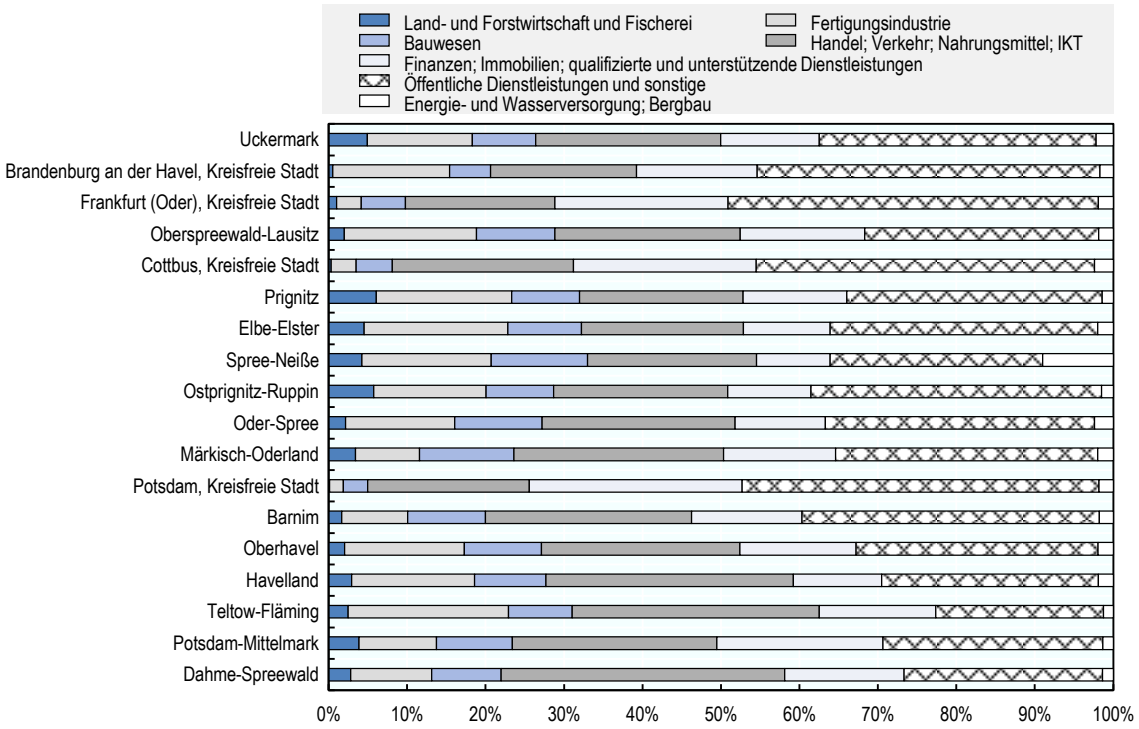
Abbildung 2.6. Anteil der Landkreise an der Beschäftigung in Brandenburg nach Wirtschaftszweig (2018)



Anmerkung: Die Landkreise sind nach ihrer Arbeitslosenquote von 2018 in aufsteigender Reihenfolge geordnet. Die Legende ist horizontal von links nach rechts zu lesen.
Quelle: Eurostat (2018[36]), Regional Statistics (database), https://ec.europa.eu/eurostat/web/regions/data/database (aufgerufen am 15 März 2021).

StatLink https://stat.link/nhdq52

Abbildung 2.7. Beschäftigung pro Landkreis nach Wirtschaftszweig (2018)



Anmerkung: Die Landkreise sind nach ihrer Arbeitslosenquote von 2018 in absteigender Reihenfolge geordnet.
Quelle: Eurostat (2018[36]), *Regional Statistics* (database), https://ec.europa.eu/eurostat/web/regions/data/database (aufgerufen am 15 März 2021).

StatLink https://stat.link/gxy497

Die Fachkräfteproblematik

Der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften wird in Brandenburg voraussichtlich weiter ansteigen; ein Fachkräftemangel zeichnet sich bereits in allen Wirtschaftszweigen ab

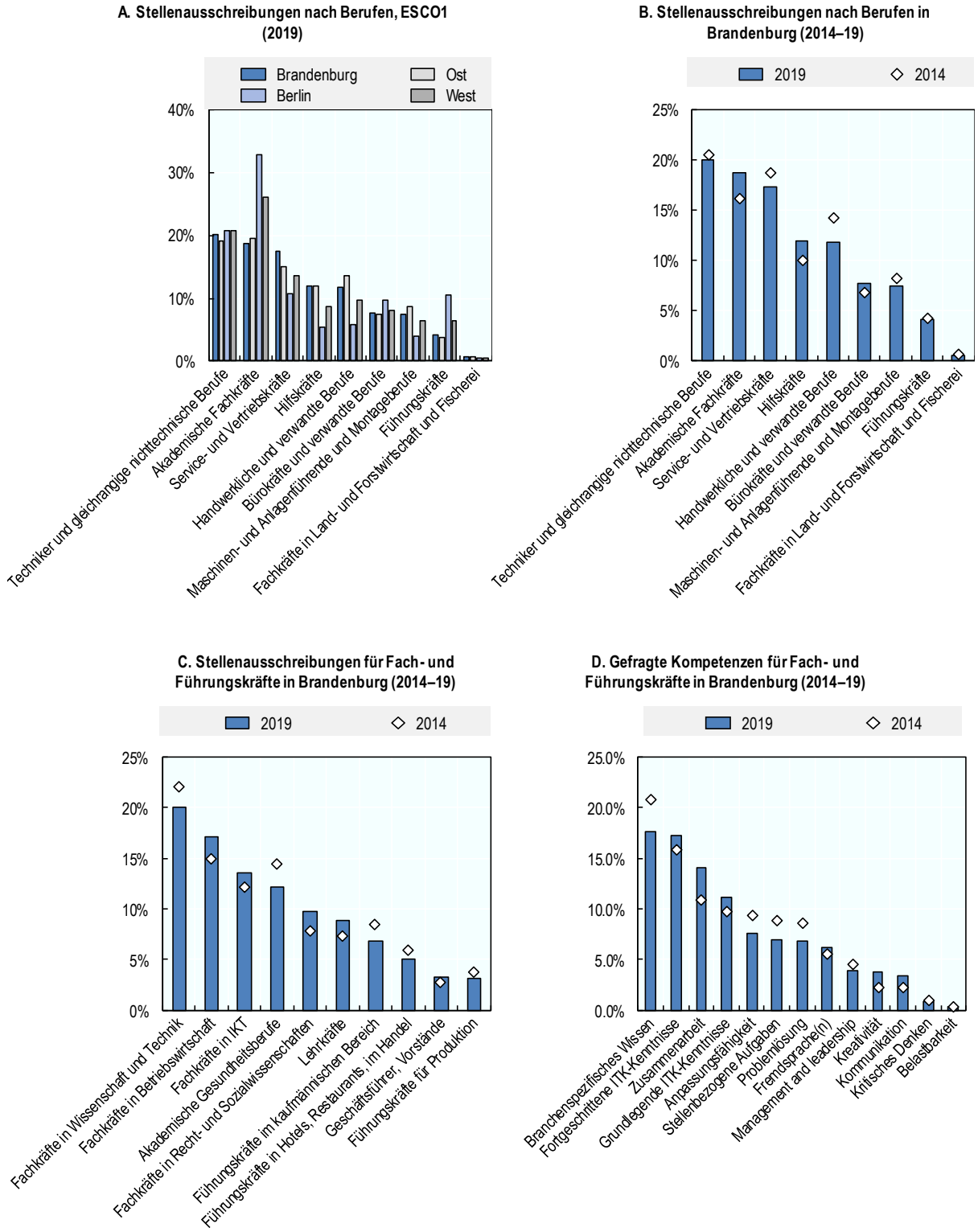
Brandenburgs Behörden können sich bei der Arbeitskräfteplanung auf Prognosen zum Arbeitsmarktbedarf stützen, die von verschiedenen öffentlichen Stellen erstellt werden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit erstellt Prognosen über die Zahl der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen, die in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erstellt in unregelmäßigen Abständen Prognosen über die Entwicklung der Bevölkerung im Allgemeinen sowie der Erwerbstätigen. Die Handelskammern führen Befragungen unter ihren Mitgliedern durch und verwenden die Ergebnisse zur Modellierung des Bedarfs beim Fachkräftemonitoring in Brandenburg, mit dem Prognosen speziell für Brandenburg erstellt und deren Ergebnisse auf dem Online-Fachkräfteportal veröffentlicht werden. Das Portal erscheint besonders nützlich, da es den Bedarf und das Angebot für verschiedene Kompetenzen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Regionen darstellt und ein Fachkräftemangel damit leicht ermittelt werden kann. Es ist jedoch zu beachten, dass die Vorhersagen auf der Grundlage verfügbarer Daten und jüngster Trends erstellt werden und somit dem Strukturwandel und anderen Störungen, die etwa durch die Digitalisierung bedingt sind, nicht gerecht werden.

Das MWAE (2020[9]) sagte voraus, dass die Beschäftigtenzahl für Brandenburgs Fertigungsbranche bis 2040 auf 17 % sinken wird, im Vergleich zu 20 % im gesamtdeutschen Durchschnitt. Zudem wird die IKT-Branche in Brandenburg 2040 wohl gerade mal 1,8 % der Erwerbstätigen beschäftigen, verglichen mit aktuell 1,6 %. Damit rangiert Brandenburg auf dem vorletzten Platz im deutschlandweiten Vergleich. Der relativ niedrige Anteil der IKT-Branche an der derzeitigen Wirtschaft in Brandenburg und die negativen Vorhersagen für diesen Sektor sind bedenklich für Brandenburgs Wirtschaftsentwicklungsagenda. Immerhin ist eine niedrige Durchdringung dieses Sektors ein Zeichen für die geringe Fähigkeit, Nutzen aus der Digitalisierung zu ziehen. Andererseits werden im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen voraussichtlich auch weiterhin neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Prognose des Fachkräfteportals, wonach bis 2030 nur für 16 % aller Arbeitsplätze eine höhere (akademische oder berufliche) Qualifikation, aber für 61 % ein mittlerer postsekundärer/tertiärer Abschluss erforderlich ist, erscheint ein wenig überholt. Sie basiert auf den Mindestbildungsanforderungen für den Eintritt in einen Beruf, geht davon aus, dass sich diese Ausbildungsanforderungen nicht mit der Zeit verändern und erfasst möglicherweise nicht angemessen die neu entstehenden Arbeitsplätze in sich rasch entwickelnden Bereichen oder die Chancen im Zusammenhang mit dem Strukturwandel in der Lausitz sowie die fortschreitende Innovationsagenda und die Ansiedlung von Großunternehmen wie Tesla in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Der Marktanalysenanbieter Burning Glass Technologies[3] berichtet, dass in fast einem Viertel der in Brandenburg veröffentlichten Stellenanzeigen eine höhere Qualifikation (Fach- und Führungskräfte) vorausgesetzt wird und dass sich dieser Trend verstärkt (siehe Abbildung 2.8, Diagramme A und B). 2019 bestand der höchste Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften in den Bereichen Natur- und Ingenieurwissenschaften, Wirtschaft und Verwaltung sowie IKT. Seit 2014 ist die Nachfrage besonders in den beiden letzteren Bereichen gestiegen (siehe Abbildung 2.8, Diagramm C).

Abbildung 2.8. Stellenausschreibungen nach Berufen in Brandenburg und Deutschland



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage von Daten aus der Datenbank von Burning Glass Technologies (2014, 2019).

StatLink https://stat.link/nh92yk

Aus den Daten von Burning Glass Technologies geht hervor, dass unter den hochqualifizierten Berufen besonders Ingenieure und Softwareentwickler, Systemanalytiker, Sozialarbeiter und -berater, Fachärzte und -krankenpfleger sowie Experten für Unternehmensentwicklung, Marketing und Rechnungswesen mit Top-Stellenangeboten rechnen können. Arbeitgebende suchen berufsübergreifend zunehmend nach IKT-Kompetenzen und schätzen transversale Kompetenzen wie Zusammenarbeit. Und obwohl Fachkompetenz nach wie vor wichtig ist, nimmt ihre Bedeutung ab (siehe Abbildung 2.8, Diagramm D).

Für viele der Stellen, die (vor der Coronakrise) auf der Liste der 10 am stärksten nachgefragten Arbeitsstellen standen, ist ein postsekundärer Abschluss jedoch nicht unbedingt notwendig. So besteht der höchste Bedarf beispielsweise an Vertriebsassistenten, Arbeitern, Frachtabfertigern und Reinigungskräften. Für keine dieser Positionen ist ein Nachweis einer postsekundären Ausbildung nötig. Dagegen wird für 32 % der Stellen auf der Liste ein postsekundärer Abschluss verlangt (Krankenpfleger, Biologen und Verwaltungsassistenten) und für weitere 22 % ein Hochschulabschluss (Maschinenbauer, Sozialarbeiter und Systemanalytiker).

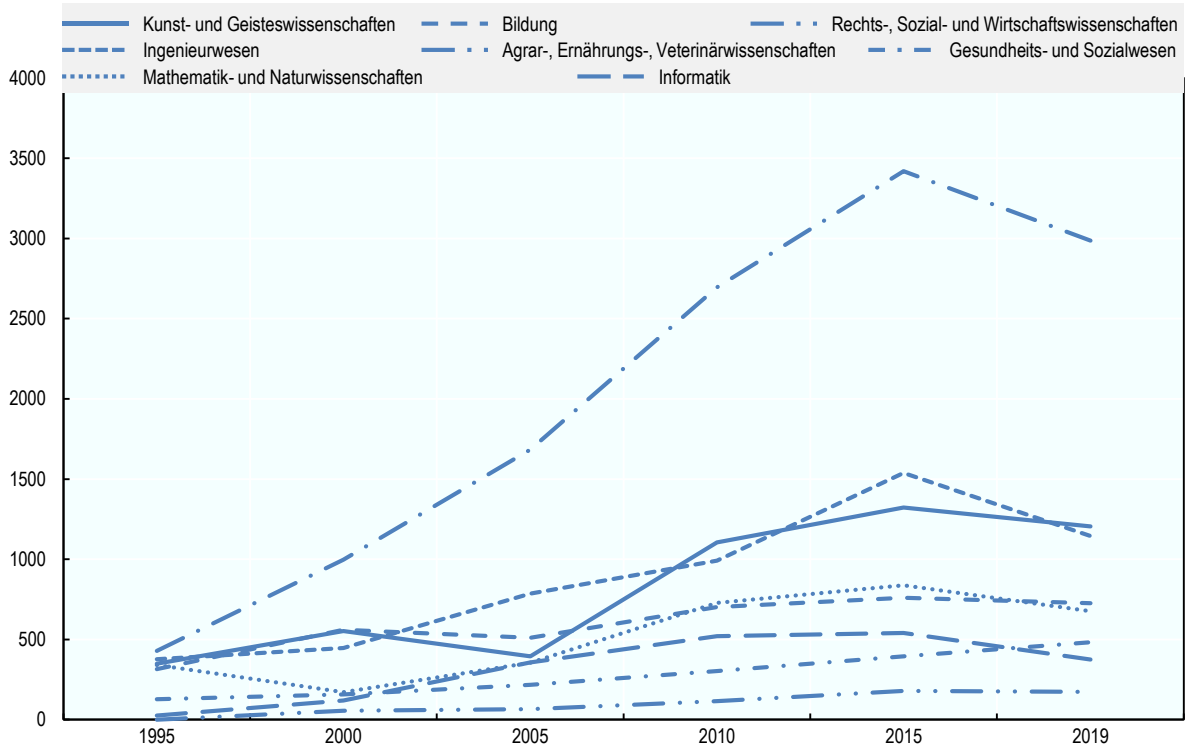
Ungedeckter Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften zeichnet sich bereits in vielen Wirtschaftszweigen Brandenburgs ab. Das Fachkräfteportal berichtet von fehlenden Absolventen mit einem höheren Abschluss in vielen Berufen. Dieser Trend wird sich in Zukunft wohl noch verstärken. 2019 blieben knapp 9.200 Positionen in den Bereichen Ingenieurwesen, Wissenschaft und Technik unbesetzt. Bis 2030 sollen es mehr als 10.000 unbesetzte Stellen sein. Zudem fehlte es an 13.700 Fach- und Führungskräften in Unternehmen, für die die Vorhersage bis 2030 auf 19.000 ansteigt. Die Nachfrage nach IKT-Kompetenzen kann derzeit ebenfalls nicht gedeckt werden. Auch soll es künftig vermehrt an Berufsträgern im medizinischen, krankenpflegerischen und unterrichtendem Bereich fehlen.

Dieser Mangel an Fachkräften birgt sowohl wirtschaftliche als auch soziale Risiken im gesamten Land. Akteure stufen den Fachkräftemangel als größtes Hindernis für das Wirtschaftswachstum Brandenburgs ein. Auch die sozialen Auswirkungen des Fachkräftemangels können akut sein, insbesondere im Gesundheitsbereich. Eine andere Herausforderung besteht für das Land in einer flächendeckenden Ansiedlung von medizinischen Fachkräften. 2018 waren nur 373 Ärzte pro 100.000 Einwohner in Brandenburg niedergelassen, verglichen mit 431 Medizinern im gesamtdeutschen Durchschnitt (OECD, 2021[38]). Auch zwischen den einzelnen Regionen des Landes gibt es Unterschiede. Die Regionen mit der höchsten Anzahl an Kinderbetreuungs- und Schulplätzen befinden sich in der Nähe von Berlin. Entlegenere Regionen verfügen nicht einmal über die Hälfte der notwendigen Plätze in Kindertagesstätten und Schulen (Statistik Berlin-Brandenburg, 2021[41]).

Gleichzeitig ist der Nachschub an Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt in letzter Zeit zum Stillstand gekommen oder gar zurückgegangen

Während die Zahl der Absolventen an Brandenburgs Hochschulen im Zeitraum 2005–2015 stetig angestiegen ist, stagnieren die Zahlen der Studienabschlüsse in den meisten Studiengängen seit fünf Jahren (siehe Abbildung 2.9). 2019 fielen die Zahlen der Studienabschlüsse beinahe auf ihr Niveau von vor zehn Jahren. Lediglich der Bereich der Humanmedizin und des Gesundheitswesens verzeichnet Zuwachs. Trotz des deutlichen Rückgangs in den Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie im Ingenieurwesen bleiben diese Bereiche neben den Kunst- und Geisteswissenschaften in Brandenburg am stärksten vertreten. 2019 erwarben 36 % der Absolventen in Brandenburg einen Abschluss in den Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, 14 % im Ingenieurwesen und 14,6% in den Kunst- und Geisteswissenschaften.

Abbildung 2.9. Abschlüsse von Brandenburger Hochschulen nach Fachrichtung (1995–2019)



Quelle: Statistisches Budesamt (2021[42]), *Hochschulstatistik*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Methoden/Erlaeuterungen/hochschulen.html (aufgerufen am 15 März 2021).

StatLink https://stat.link/utxl6h

Der Fachkräftemangel ist größtenteils auf den demografischen Wandel zurückzuführen: Brandenburg gehört zu den am dünnsten besiedelten Bundesländern mit einer der am schnellsten alternden Bevölkerungen

In Brandenburg bleibt die Gewährleistung einer ausreichenden Zahl qualifizierter Arbeitskräfte zur Deckung des aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Bedarfs auch weiterhin von Belang. Wie bereits erwähnt, wird Brandenburgs Bevölkerung bis 2040 vermutlich um 3 % schrumpfen und älter werden. Der Anteil der über 65-Jährigen soll bis 2030 auf 30 % ansteigen, verglichen mit derzeitig 25 %. Dies ist zum Teil in einem erwarteten Rückgang der Bevölkerung im Alter von 25 bis 65 Jahren begründet, der zwischen 2019 und 2030 voraussichtlich 11 % ausmachen wird. Über denselben Zeitraum wird der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung von 54 % auf 48 % sinken.

Die Abwanderung von Menschen im Alter von 25 bis 65 Jahren wird dazu führen, dass eine schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mehr ältere Menschen unterstützen muss. Darüber hinaus scheiden hochqualifizierte Arbeitskräfte in der Mitte ihrer Laufbahn aus, wodurch es auf dem Arbeitsmarkt schwerer wird, Chancen auszunutzen (Statistik Berlin-Brandenburg, 2021[1]) (MWAE, 2020[9]).

Der Fachkräftemangel in Brandenburg ist aber auch dem rückläufigen Erwerb von Hochschulabschlüssen besonders unter Frauen und jungen Menschen geschuldet…

Fortschritte in digitalen Technologien, Klimaschutzengagement und demografischer Wandel verändern die Wirtschaft und damit auch den Bedarf an Fachkräften in Brandenburg. Neue Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze entstehen, während andere, besonders die Kohleindustrie und damit verwandte

umweltunfreundliche Branchen, rückläufig sind. Selbst innerhalb der bestehenden Berufe verändern sich die von den Arbeitskräften ausgeführten Aufgaben und die dafür benötigten Qualifikationen erheblich. Der Trend bei den Hochschulabschlüssen kann jedoch eine Schwierigkeit für den wirtschaftlichen Wandel Brandenburgs darstellen.

In den vergangenen 20 Jahren ist das Bildungsniveau der erwachsenen Bevölkerung Brandenburgs relativ stabil geblieben. Mehr als 90 % der Menschen im Alter von 25 bis 65 Jahren verfügen zumindest über einen höheren Schulabschluss (Abitur oder vergleichbarer Abschluss). 2019 hatten 29 % der erwachsenen Bevölkerung in Brandenburg einen Tertiärabschluss (ISCED-Stufen 5–8) inne, was dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 30 % sehr nahe war. Dennoch bedeutet dies einen Rückgang über die letzten 20 Jahre (Eurostat, 2018[36]). Während der Anteil der Frauen in Brandenburg mit einem Tertiärabschluss im Jahr 2000 noch ein Drittel ausmachte, verglichen zu 19 % in ganz Deutschland, kam es 2019 zu einem leichten Rückgang auf 30 % bei den Frauen in Brandenburg, aber zu einem deutlichen Anstieg in Deutschland insgesamt auf 27 % (Eurostat, 2018[36]). Gleichzeitig verfügen seit 2009 weniger Männer in Brandenburg über einen Hochschulabschluss als im Bundesdurchschnitt. Allerdings besitzt ein steigender und überdurchschnittlicher Teil unter ihnen einen höheren Sekundär- bzw. einen nicht-tertiären postsekundären Abschluss, wie etwa einen Berufsabschluss (Eurostat, 2018[36]).

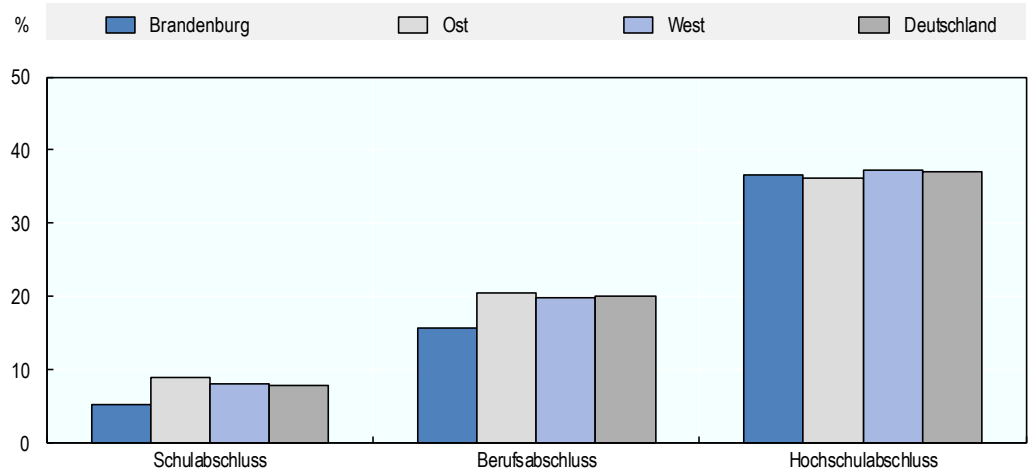
Allerdings können die jungen Menschen in Brandenburg mit diesen Werten nicht mithalten: 2019 hatten 12 % der 25–34 Jährigen nicht einmal einen mittleren Schulabschluss inne. Dieser Anteil betrug vor 20 Jahren nur 6 % und hat sich also verdoppelt. Der Anteil der jungen Männer ohne mittleren Bildungsabschluss betrug 15 % in Brandenburg und 14 % im gesamtdeutschen Durchschnitt. Jeder fünfte junge Brandenburger verfügte 2019 jedoch über einen Hochschulabschluss. Dieser Anteil hat sich in den letzten 20 Jahren zwar nicht verändert, liegt aber unter dem deutschlandweiten Durchschnitt von 34 %. Bei den jungen Frauen in Brandenburg sind die Abschlussquoten seit 2009 unter den Bundesdurchschnitt gefallen Eurostat (Eurostat, 2018[36]).

…und einer geringen Beteiligung an lebenslangem Lernen

Der Anteil an älteren Lernenden, die an Weiterbildungsprogrammen teilnehmen, ist auch niedrig, was besorgniserregend für die künftige Leistung von Brandenburgs Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt ist. Allerdings gibt es je nach Bildungsniveau deutliche Unterschiede. Sowohl in Brandenburg als auch in ganz Deutschland nehmen durchschnittlich etwa 37 % der Menschen mit einem Hochschulabschluss an formellen oder informellen Weiterbildungsmaßnahmen teil (siehe Abbildung 2.10). Unter Personen mit einem Berufs- oder einem Schulabschluss ist der Anteil weitaus geringer. Für diese Personengruppen fällt die Teilnahmequote an Weiterbildungsmaßnahmen in Brandenburg niedriger aus als im Rest von Deutschland. Es ist besorgniserregend, dass nur so wenige Menschen an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Das Streben nach Wissen und Fähigkeiten während des gesamten Lebens und der gesamten beruflichen Laufbahn ist der Schlüssel zum Erfolg in der modernen wissensbasierten Wirtschaft von heute. Dadurch wird dem Einzelnen die Anpassung an einen rasch wechselnden Bedarf an Kompetenzen und an die zunehmende Flexibilität am Arbeitsmarkt erleichtert. Zudem scheint die Höher- und Umqualifizierung der Arbeitskräfte in Brandenburg von wesentlicher Bedeutung, um dem aufkommenden Qualifikationsbedarf zu begegnen, da das Reservoir an jungen Arbeitskräften mit den aktuellsten Kompetenzen stetig kleiner wird.

Abbildung 2.10. Teilnahme an lebenslangem Lernen nach Bildungsniveau (2014–2018)

Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren



Anmerkung: Teilnahme an einer formalen oder informellen Weiterbildung im Vorjahr der Erhebung. Letzte verfügbare Informationen von Befragten im Rahmen eines zwischen 2014 und 2018 durchgeführten Interviews.
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP).

StatLink https://stat.link/uad3s4

Der in einer alternden Gesellschaft und in branchenspezifischen Veränderungsprozessen begründete Strukturwandel in Brandenburg erweist sich als eine zentrale und zukunftsorientierte Aufgabe des Landes. Das Land sollte es sich mit seiner Forschungs- und Bildungspolitik zum obersten Ziel machen, langfristig Wachstum und Innovation zu schaffen sowie qualifizierte Arbeitskräfte hervorzubringen. Dies kann nur durch ein national und international attraktives Hochschulsystem bewerkstelligt werden. Somit spielt die staatliche Hochschulpolitik eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung von Brandenburgs Zukunft.

Die wirtschaftliche Entwicklung durch Hochschulbildung ermöglichen

Brandenburgs Chancen liegen größtenteils in Forschung, Innovation und Qualifikation. Der Austausch zwischen dem Hochschulbereich und der Arbeitswelt in privaten Unternehmen und dem öffentlichen Bereich spielt eine wichtige Rolle in der Agenda zur wirtschaftlichen Umgestaltung des Landes. KMU und unternehmerisch Tätige sind größtenteils auf lokale Arbeitsmärkte angewiesen, um wachsen und auf internationalen Märkten auftreten zu können. Daher muss das Bildungssystem ein Reservoir an hochqualifizierten Fachkräften schaffen. Wenn die lokale Wirtschaft jedoch mit niedrig qualifizierten Arbeitskräften funktionieren muss und die Fähigkeiten der verfügbaren Arbeitskräfte nicht nutzbringend verwerten kann, wird sie keine Chance auf Wachstum und Entwicklung haben.

Als Motor der Kompetenzentwicklung und der Forschung wird das brandenburgische Hochschulsystem daher maßgeblich zur Wahrnehmung dieser Chancen beitragen. Ein leistungsfähiger Hochschulbereich hat das Potenzial, eine aktivere Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in vielen Bereichen zu spielen:

- *Die Nähe zu Berlin:* Die Regierungen von Brandenburg und Berlin haben eine gemeinsame Entwicklungsagenda auf den Weg gebracht. Der Strategische Gesamtrahmen der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg soll einen kohärenten Rahmen für Initiativen schaffen und umfasst unter anderem die Schwerpunktbereiche Kompetenzentwicklung sowie Forschung und Innovation. Daraus ergeben sich folgende Chancen für Brandenburgs Hochschulen: eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem umfangreichen Forschungs- und Innovationsbereich in der

Hauptstadt (mit Berlins Hochschulen und ganz besonders den dort ansässigen unabhängigen Forschungsinstituten), der Austausch von Expertise und die gemeinsamen Nutzung von Forschungsinfrastrukturen und schließlich gemeinsame Bemühungen für die Gewinnung internationaler Forschungstalente. Die zahlreichen in Berlin entstehenden Startups könnten sich durch Regierungsinitiativen auch in Brandenburg niederlassen. Diese Initiativen könnten etwa aus verschiedenen Dienstleistungen (in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Innovation) des Hochschulsektors bestehen.

- *Bundesfinanzierung für den Strukturwandel:* Die Bundesregierung wird erhebliche Mittel aus den Strukturfonds bereitstellen, um den allmählichen Ausstieg aus der Kohleindustrie in der Lausitz zu unterstützen. Die Pläne der Landesregierung für die Verwendung der Mittel sind auf die Stärkung der Lausitz als Wissenschafts- und Forschungsstandort ausgerichtet. Daraus ergibt sich die Chance für die Landesregierung, die Expertise des gesamten Hochschulsektors (und nicht nur der Hochschulen in der Lausitz) zu nutzen, um anhand der Übergangsfinanzierung Exzellenzzentren für Hochschulbildung und Forschung in der Region aufzubauen.
- *Neuartiges Arbeiten (und Studieren):* Mit der Corona-Pandemie sind neue Arbeitsweisen entstanden, die es Unternehmen (und Hochschulen) ermöglichen, ihren Betrieb flexibler zu gestalten, bei dem die Angestellten (und Studierenden) weniger an ihren Arbeits- (und Studien-)Ort gebunden sind. An den Hochschulen werden hybride Lehrformate angeboten, was es auch auswärtigen Studierenden ermöglicht, an brandenburgischen Hochschulen zu studieren. Genauso sind in Brandenburg wohnhafte Angestellte von Berliner Unternehmen (und umgekehrt) nicht mehr zum täglichen Pendeln gezwungen. Damit die Hochschulen in vollem Umfang von diesem Trend profitieren können, müsste allerdings die Qualität der Breitband-Internetverbindung verbessert werden.
- *Wie geht es mit Tesla weiter:* Teslas umfangreiche Investitionen in das neue Werk in Grünheide werden voraussichtlich große Vorteile für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Infrastruktur dieser Region mit sich bringen. Als Unternehmen an der Spitze einer neuen Technologie wird Tesla vermutlich Partnerunternehmen in die Region bringen. Dadurch ergibt sich potenziell zusätzlicher Bedarf an anspruchsvollen Dienstleistungen in den Bereichen Technik, Analyse und Forschung sowie weiteren Dienstleistungen, für die Hochschulen die besten Ansprechpartner sind. Hochschulen in ganz Deutschland stellen sich als bevorzugte Lieferanten von Tesla und seinen Partnern auf. Für die brandenburgisch Hochschulen besteht die Chance, sich in ihren Beziehungen zu Tesla von anderen deutschen Hochschulen dadurch abzuheben, dass sie sich als ein Hochschul*system* präsentieren, das (unterstützt von den Ministerien der Landesregierung, anstatt als einzelne unzusammenhängende Einrichtungen) gebündelte Dienstleistungen in den Bereichen Forschung und Talententwicklung anbieten kann.
- *Die Strategie für lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland:* Weiterbildung/lebenslanges Lernen ist für die Entwicklung von Unternehmen weltweit enorm wichtig, da hochentwickelte Technologien die Arbeitsweisen verändern und die Komplexität der Arbeitsprozesse und der für die Arbeit benötigten Kompetenzen erhöhen. Dadurch kann es Menschen ermöglicht werden, länger erwerbstätig zu sein – eine Notwendigkeit angesichts der steigenden Lebenserwartungen, der besseren Gesundheit und Mobilität älterer Leute und des sinkenden Anteils der traditionellen erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung.

Quellennachweise

Agiplan (2019), *Gewerbeflächenkonzept im Umfeld des Flughafens Berlin Brandenburg 'Willy Brandt' (BER)*, https://www.airport-region.de/fileadmin/redaktion/Praesentationen_GeFlaeko/01_Flashlights_agiplan.pdf (accessed on 15 April 2021). [28]

Airport Region Berlin Brandenburg (2020), *Steinbach: "Airport region boom growing ever stronger"*, https://www.airport-region.com/news/business/flughafenregion-boomt-immer-staerker/. [26]

Berlin-Brandenburg (2019), *innoBB 2025: Joint Innovation Strategy of the States of Berlin and Brandenburg*, Land Brandenburg und Land Berlin, https://innobb.de/sites/default/files/2020-01/innobb_2025_-_joint_innovation_strategy_of_the_states_of_berlin_and_brandenburg_0.pdf. [16]

Berlin-Brandenburg (n.d.), *Strategischer Gesamtrahmen: Mobilität*, https://www.berlin-brandenburg.de/zusammenarbeit/strategischer-gesamtrahmen/mobilitaet/ (accessed on 5 February 2022). [10]

Berlin-Brandenburg (n.d.), *Überlegungen zu einem Strategischen Gesamtrahmen*, https://www.berlin-brandenburg.de/zusammenarbeit/strategischer-gesamtrahmen/. [35]

BMDV (2021), *Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Deutschland (Stand Mitte 2021)*, Bundesministerium für Digitales und Verkehr, https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/DG/breitband-verfuegbarkeit-mitte-2021.pdf?__blob=publicationFile. [13]

Burning Glass Technologies (n.d.), *Burning Glass Technologies - Home*, https://www.burning-glass.com/ (accessed on 5 October 2021). [43]

Cluster Energy Technology (n.d.), *Hydrogen | Energy of the future*, https://energietechnik-bb.de/en/topics/hydrogen-energy-future (accessed on 5 January 2022). [20]

DPMA (2021), *Aktuelle Statistiken: Patente*, Deutsches Patent- und Markenamt, https://www.dpma.de/english/our_office/publications/statistics/patents/index.html. [19]

Eurostat (2021), *GERD by sector of performance and NUTS 2 regions*, https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=rd_e_gerdreg (accessed on 30 October 2021). [18]

Eurostat (2019), *Gross domestic product (GDP) at current market prices by NUTS 3 regions [NAMA_10R_3GDP__custom_832187]*, https://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=nama_10r_3gdp&lang=en (accessed on 18 April 2021). [2]

Eurostat (2018), *Regional Statistics*, https://ec.europa.eu/eurostat/web/regions/data/database (accessed on 2 November 2021). [36]

Gefak (2019), *Unternehmensbefragung 2019*, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [15]

Heuer, S. (2020), *Verteilungskrämpfe: Was passiert wenn eine Tesla-Gigafactory in der Provinz landed? Was Brandenburg bevorstehen könnte, lässt sich in Reno im US-Staat Nevada schon besichtigen*, https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2020/wie-wollen-wir-leben/verteilungskraempfe. [33]

Industrie- und Handelskammern, B. (ed.) (n.d.), *Willkommen in Berlin*, https://www.berliner-wirtschaft.de/schwerpunkt/wirtschaftsfaktor-ber/ (accessed on 14 April 2021). [32]

Initiative 21 (2021), *D21 Digital Index 2020/2021: Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft*, https://initiatived21.de/app/uploads/2021/02/d21-digital-index-2020_2021.pdf. [14]

KFW (2020), *KfW-Gründungsmonitor 2020: Gründungstätigkeit in Deutschland 2019: erster Anstieg seit 5 Jahren – 2020 im Schatten der CoronaPandemie*, KfW Bankengruppe, https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/KfW-Gruendungsmonitor-2020.pdf. [22]

Kulicke (2017), *EXIST-Gründerstipendium – Gründungsquote und Entwicklung der neuen Unternehmen: – Gründungsvorhaben mit Förderbeginn September 2007 bis Dezember 2014 (nach alter Richtlinie)*, Fraunhofer Institut für System und Innovationsforschung, Karlsruhe, https://www.isi.fraunhofer.de/content/dam/isi/dokumente/ccp/exist/EXIST-Gruenderstipendium-Gruendungsquote-und-Entwicklung-der-jungen-Unternehmen_2017.pdf. [23]

Land Brandenburg (2021), *Frequently asked questions about the settlement of the Tesla factory*, https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.658136.de (accessed on 12 March 2021). [29]

Lübbers, T. et al. (2021), *Evaluationen der Fördermaßnahmen EXIST-Gründerstipendium und EXIST-Forschungstransfer des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Förderzeitraum 2014 bis 2018*, Ramboll Management Consulting GmbH. [24]

Meyer, S. (2020), *Tesla in Grünheide. Das sind die neuen Jobs in Elon Musks Gigafactory*, Lausitzer Rundschau, https://www.lr-online.de/nachrichten/brandenburg/tesla-in-gruenheide-das-sind-die-neuen-jobs-in-elon-musks-gigafactory-43845735.html. [30]

MIL (2017), *Mobilitätsstrategie Brandenburg 2030*, Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, https://mil.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Mobilit%C3%A4tsstrategie_bf.pdf. [12]

MIL; Stadtentwicklung Berlin; GL Berlin-Brandenburg (2021), *Landesplanerisches Konzept: Entwicklung des Umfeldes der Tesla-Gigafactory Berlin-Brandenburg in Grünheide (Mark)*, Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin, Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg, https://mil.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Landesplanerisches%20Konzept%20zur%20Entwicklung%20des%20Gigafactory-Umfeldes.pdf. [34]

MLUL (2019), *Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg: Fortschreibung 2019*, Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Fortschreibung-Nachhaltigkeitsstrategie-BB.pdf. [17]

MWAE (2020), *Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg: Ergebnisse der vierundzwanzigsten Welle des Betriebspanels Brandenburg*, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg, https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/IAB-Betriebspanel_Brandenburg_2019.pdf. [9]

MWAE (n.d.), *Industriestandort Brandenburg, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg*, https://mwae.brandenburg.de/de/industriestandort-brandenburg/bb1.c.478812.de (accessed on 13 April 2021). [7]

MWFK (2019), *Umsetzungsplan für die Lausitz-Strategie des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur*, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Umsetzungsplan.pdf. [25]

OECD (2021), *Employment rate by age group*, OECD Publishing, https://data.oecd.org/unemp/unemployment-rate-by-age-group.htm#indicator-chart. [37]

OECD (2021), *Regional Statistics*, https://www.oecd.org/regional/regional-statistics/ (accessed on 15 March 2021). [38]

OECD (2019), *Regional Economy: GVA by industry, large TL2 and small TL3 regions*, https://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=67059 (accessed on 4 November 2021). [3]

Staatskanzlei Brandenburg (2020), *Das Lausitzprogramm 2038. Prozesspapier zum Aufbau von Entscheidungs- und Begleitstrukturen im Transformationsprozess, Lausitz-Beauftragter des Ministerpräsidenten*, https://lausitz-brandenburg.de/wp-content/uploads/2020/09/Lausitzprogramm-2038_20200914.pdf. [5]

Statistik Berlin-Brandenburg (2021), *Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Brandenburg 2020 bis 2030*, Statistik Berlin-Brandenburg, https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/2d433971f996bdf4/ec5cead7539c/SB_A01-08_2021_BB.pdf (accessed on 2 November 2021). [1]

Statistik Berlin-Brandenburg (2021), *Daten und Karten*, https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/ (accessed on 5 November 2021). [41]

Statistisches Bundesamt (2021), *Hochschulstatistik*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Methoden/Erlaeuterungen/hochschulen.html (accessed on 15 March 2021). [42]

Statistisches Bundesamt (2021), *Verdienste und Verdienstunterschiede*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-Verdienstunterschiede/_inhalt.html (accessed on 23 March 2021). [40]

Statistisches Bundesamt (2021), *VGR der Länder (Entstehungsrechnung) – Bruttowertschöpfung*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/_inhalt.htmlStatistisches (accessed on 15 April 2021). [8]

Statistisches Bundesamt (2021), *VGR der Länder: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Glossar/verfuegbares-einkommen-private-hh.html (accessed on 15 April 2021). [39]

Statistisches Bundesamt (2020), *Unternehmen (Unternehmensregister-System): Bundesländer, Jahre, Wirtschaftszweige (Abschnitte), Beschäftigtengrößenklassen*. [6]

Statistisches Bundesamt (2019), *Aus- und Einfuhr (Außenhandel): Bundesländer, Jahre*, https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=1&levelid=1644961108993&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&code=51000-0030&auswahltext=&w (accessed on 29 October 2021). [4]

Tesla (2021), *Jobs Portal*, https://www.tesla.com/de_DE/careers/search/?country=DE (accessed on 6 May 2021). [31]

Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (2020), *Spät, aber oho: Der Flughafen BER nimmt endlich den Betrieb auf. Schon heute sorgt er für einen Boom in der Region*, https://www.uvb-online.de/de/spaet-aber-oho (accessed on 15 April 2021). [27]

VBB (2020), *Mobilität in der wachsenden Hauptstadtregion – Chancen und Herausforderungen*, Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, https://www.i2030.de/wp-content/uploads/2020/02/i2030-Metropolbroschuere.pdf (accessed on 4 February 2021). [11]

WFBB (n.d.), *Brandenburg – Sustainable Today*, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH, https://innovatives-brandenburg.de/en/sustainable-today. [21]

Endnoten

[1] Dabei ist zu beachten, dass Patentierungsquoten in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte, in Großstädten und in Städten, in denen große, leistungsstarke Forschungseinrichtungen angesiedelt sind, tendenziell höher ausfallen. Verglichen mit anderen Bundesländern bleibt Brandenburg hinsichtlich einiger dieser Kriterien zurück.

[2] Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Unternehmensgründungsquote in Brandenburg zwischen 2016 und 2019 angestiegen ist, die Covid-19-Pandemie aber im Zeitraum von 2019 bis 2020 einen Rückgang auf allen Ebenen verursacht hat.

[3] Burning Glass Technologies (n.d.[43]) sammelt Daten aus Stellenanzeigen aller Online-Jobbörsen.

3 Das brandenburgische Hochschulsystem

In diesem Kapitel geht es um die Organisation und den Aufbau des Hochschulsystems in Brandenburg. Auch die Rolle der Landes- und der Bundesregierung bei der Steuerung, Regulierung und Beaufsichtigung des Systems sowie die Governance der Hochschulen werden erörtert. Darüber hinaus werden die verschiedenen Studienprogramme aufgeführt, einschließlich der dualen Studiengänge, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen. Zusätzlich werden die finanziellen Schwierigkeiten im Hinblick auf Weiterbildungsprogramme erforscht. Schließlich wird in den Politikempfehlungen beschrieben, wie Brandenburg diese Herausforderungen überwinden kann.

Die Governance des Hochschulsystems

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (MWFK) koordiniert und beaufsichtigt die einzelnen Hochschulen in Brandenburg

In Deutschland wird ein Großteil der Befugnisse im Bildungsbereich den Ländern übertragen. Die Befugnisse der Bundesregierung sind im Grundgesetz (Artikel 30) verankert (AER, 2017[1]) (siehe Kasten 3.1). Die Hauptverantwortung für die Hochschulbildung liegt also bei den Ländern, die mit einem hohen Maß an Eigenständigkeit in diesem Bereich handeln (Kultusministerkonferenz, 2019[2]). Die Steuerung der Hochschulbildung, der Forschung und kultureller Angelegenheiten in Brandenburg obliegt dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK). Das MWFK ist also verantwortlich für die staatlichen Hochschulen, aber auch für die außeruniversitäre Forschungslandschaft und kümmert sich zudem um Theater, Orchester, Museen sowie Musik- und Kunstschulen.

Kasten 3.1. Die Rolle des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in der Hochschulbildung

Während die Länder die Hauptverantwortung für die Hochschulbildung tragen, beaufsichtigt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die landesweite Politik für die tertiäre Bildung und spielt eine immer größere Rolle bei der Finanzierung der Hochschulbildung. Laut Grundgesetz umfasst der Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung in der Hochschulbildung u. a.:

- die Zulassung zur Hochschulbildung und die Hochschulabschlüsse (hierzu erlassen die Länder möglicherweise eigene Gesetze);
- die finanzielle Unterstützung der Studierenden anhand des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG);
- statusbezogene Rechte und Pflichten der Beschäftigten staatlicher Hochschulen, die als Staatsbedienstete gelten (auch wenn Gehälterstufen auf Landesebene bestimmt werden);
- die Förderung der wissenschaftlichen und akademischen Forschung sowie der technologischen Entwicklung.

Der Bund ist an der Planung und Finanzierung der überregionalen Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre im Hochschulbereich beteiligt. Mit der Änderung des Grundgesetzes im Jahr 2015 können Hochschulen nun permanent aus Bundesmitteln finanziert werden, wohingegen dies früher nur im Rahmen von befristeten Programmen möglich war, beispielsweise durch:

- den Hochschulpakt I-III und das Folgeprogramm „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“;
- den Forschungspakt;
- die Exzellenzstrategie zur Förderung der Forschung an den Hochschulen und damit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: OECD (2020[3]), Education Policy Outlook: Germany, OECD Publishing, Paris; Eurydice (2021[4]), Germany: Administration and governance at central and/or regional level, Working paper, 6 December 2021, Eurydice; Hochschulrektorenkonferenz (n.d.[5]), “*Hochschulpakt*”, https://www.hrk.de/themen/hochschulsystem/hochschulpakt (aufgerufen am 8 April 2021); Eurydice (2021[6]), “Germany: National reforms in higher education”, https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/national-reforms-higher-education-25_en (aufgerufen am 8 April 2021).

Das Land Brandenburg bestimmt den rechtlichen und den finanziellen Rahmen der Hochschulbildung, in denen die Hochschulen agieren (Hartwig, 2004[7]) Die Vorschriften zur Hochschulbildung sind in den Landesverfassungen (Landtag Brandenburg, 1992[8]), sowie in eigenen Gesetzen und Verträgen

festgelegt (siehe Kasten 3.2). Internationalisierung, Wettbewerb und Leistungsorientierung haben sich zu wichtigen Faktoren in der Steuerung und Finanzierung von staatlichen Hochschulen herausgebildet. Das Verhältnis zwischen dem Landesministerium (MWFK) und den einzelnen Hochschulen ist daher zunehmend durch Zielvereinbarungen und Leistungsanforderungen geprägt. Das MWFK ist verantwortlich für die Finanzierung der staatlichen Hochschulbildung, einschließlich der Dienst- und Versorgungsbezüge des (verbeamteten) akademischen Personals (Eurydice, 2021[4]). Die Hochschulen erhalten jedoch in zunehmendem Maße auch wettbewerbsorientierte Förderung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Kasten 3.2. Brandenburgs Rechtsrahmen für die Hochschulbildung

Die Regelungen des Landes Brandenburg hinsichtlich seiner Hochschullandschaft sind in verschiedenen grundlegenden Dokumenten festgehalten. Das sind z. B.:

- Das Brandenburgische Hochschulgesetz (BbgHG): Regelt die Rechtsstellung der staatlichen Hochschulen, deren Finanzierung sowie deren Steuerung und Aufsicht durch die Landesregierung.
- Das Hochschulzulassungsgesetz und die Hochschulzulassungsverordnung: Regeln die Vergabe von Studienplätzen in zulassungsbeschränkten Studiengängen an den brandenburgischen Hochschulen (mit Ausnahme einiger weniger Studiengänge, wie z. B. Human- und Zahnmedizin, für die Zulassungsbeschränkungen auf Bundesebene erlassen werden).
- Die Hochschulverträge: Bestehen aus der allgemeinen Hochschulrahmenvereinbarung sowie Sondervereinbarungen zwischen dem Land und den einzelnen Hochschulen.
    - Darin werden Verpflichtungen, Entwicklungsziele, Vorhaben und Finanzierungen der einzelnen Hochschulen für fünf Jahre vereinbart. Damit soll ein enger Bezug zwischen landesweiten Zielen und einzelinstitutionellen Strategien sichergestellt und den Hochschulen mittelfristig finanzielle Planungssicherheit gewährt werden.
    - Die Hochschulverträge werden mit jeder Hochschule individuell verhandelt. Danach erstellt jede Hochschule ihren eigenen Struktur- und Entwicklungsplan, der dem MWFK vorzulegen ist. Informationen über die Verwendung der Finanzierungsmittel müssen regelmäßig übermittelt werden.
    - Da Bedingungen eines laufenden Vertrages nicht angepasst werden können, kommt es mitunter zu Ergänzungsvereinbarungen. Zudem sinkt die Planungssicherheit gegen Ende der Vertragslaufzeit, wenn keine Fortsetzung des Vertrags vereinbart wird oder nicht zumindest die Form der zukünftigen Zusammenarbeit geklärt ist. Das erschwert die langfristige strategische Planung der Hochschulen.

Quelle: (MWFK, n.d.[9]), *Rechtliche Grundlagen/Zentrale Dokumente*, https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/wissenschaft/rechtliche-grundlagen-zentrale-dokumente (aufgerufen am 8 Februar 2021).

Auf Bundes- und Landesebene sind noch weitere Organe und Behörden an den Akkreditierungs- und Zulassungsverfahren im Hochschulbereich beteiligt; andere vertreten die Hochschulen bei politischen und öffentlichen Debatten

Der Akkreditierungsrat und die Zentrale Vergabestellte von Studienplätzen (Stiftung für Hochschulzulassung) wirken bei der Akkreditierung und Zulassung im Hochschulbereich mit (Kultusministerkonferenz, 2019[2]).

- Der unabhängige Akkreditierungsrat legt die Standards für das Akkreditierungsverfahren fest und bevollmächtigt Akkreditierungsagenturen mit der Akkreditierung von Studiengängen (European Union, 2014[10]; Akkreditierungsrat, 2021[11]). In Deutschland existieren derzeit zehn solcher Akkreditierungsagenturen.
- Die Stiftung für Hochschulzulassung (SfH) verwaltet und vergibt Studienplätze für bundesweit zulassungsbeschränkte Studiengänge (z. B. Human-, Tier- und Zahnmedizin, Pharmazie und Geoinformationsmanagement) (SfH, 2021[12]). Die Stiftung koordiniert zudem die Zulassung zu nicht zulassungsbeschränkten bzw. örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen verschiedener Hochschulen durch das Dialogorientierte Serviceverfahren (DoSV)

Der Brandenburger Landhochschulrat (LHR) (MWFK, n.d.[13]; Jansen, 2007[14]) berät das MWFK und die Hochschulen bei der Planung, um anhand von externem Fachwissen eine ausgewogene Entwicklung des Systems sicherzustellen (MWFK, n.d.[13]) (Kultusministerkonferenz, 2019[2]).

Die Brandenburgische Landeskonferenz der Hochschulpräsidentinnen und –presidenten ist der Zusammenschluss der Rektoren und Präsidenten der staatlichen Hochschulen in Brandenburg (BLHP, n.d.[15]). Sie fördert die Zusammenarbeit der Hochschulen und befasst sich mit Themen aus dem Bildungs- und Wissenschaftsbereich. Sie vertritt auch die Hochschulen im Dialog mit der Politik und der Öffentlichkeit.

Die Organisation der Hochschulen beruht auf der Beteiligung interner Akteure und Selbstverwaltung, aber unter eingeschränkter tatsächlicher Eigenständigkeit

Nach dem Grundgesetz (Artikel 5, Absatz 3) sind deutsche Hochschulen zur Selbstverwaltung und gestaltung berechtigt. Das beinhaltet Eigenständigkeit in wissenschaftlichen Angelegenheiten sowie bei der Personal- und Finanzverwaltung. Das Brandenburgische Hochschulgesetz unterscheidet zwischen Regierungsangelegenheiten und Selbstverwaltung sowie Selbststeuerung (Kultusministerkonferenz, 2019[2]). Dem MWFK obliegt die Rechtsaufsicht und bis zu einem gewissen Grad die Fachaufsicht der Hochschulen. Bei finanziellen und personellen Angelegenheit trifft es die endgültige Entscheidung (Kultusministerkonferenz, 2019[2]).

Daraus resultiert, dass die eigentlich gesetzlich festgelegte Eigenständigkeit der Hochschulen in Brandenburg außerhalb des akademischen Bereiches in Wirklichkeit eher gering ausfällt im Vergleich zu anderen Hochschulsystemen in Deutschland (Dohmen and Krempkow, 2015[16]; Babyesiza and Berthold, 2018[17]) oder in Europa (EUA, 2017[18]; EUA, 2017[19]) (siehe Tabelle 3.1 für einen europäischen Vergleich).

Tabelle 3.1. Hochschulautonomie in Brandenburg

Im Vergleich zu 29 europäischen Hochschulsystemen (2016)

Bereich	Grad an Autonomie	Beschreibung
Organisation	Im mittleren unteren Bereich	• Die Bestellung und Entlassung der Präsidenten und Rektoren erfordert die Zustimmung des MWFK. • Die grundlegenden Auswahlkriterien für die leitenden Angestellten, das Entlassungsverfahren und die Amtszeit sind gesetzlich geregelt.
Finanzen	Im mittleren unteren Bereich	• Die Hochschulen erhalten jährlich Grundfinanzierung ohne Einschränkungen bei der Mittelvergabe. • Die Zuweisung von eventuellen Überschüssen wird vom MWFK im Voraus festgelegt. • Die Hochschulen dürfen keine Kredite aufnehmen. • Die Hochschulen dürfen keinen Eigentum an Gebäuden erwerben, dürfen aber Vermögenswerte aufbauen. • Für das Erststudium und das Aufbaustudium werden von den Hochschulen keine Gebühren erhoben.

Personal	Im mittleren unteren Bereich	• Die Hochschulen dürfen nur im begrenzten Maße höhere akademische Stellen besetzen, Mitarbeiter entlassen und individuelle Gehaltsentscheidungen treffen. Das MWFK hat Mitspracherecht in Kompetenzfragen. • Die Gehaltsbänder für Präsidenten werden zusammen mit dem MWFK ausgehandelt. • Die Beförderung von Mitarbeitenden ist abhängig von freien höheren Stellen.
Lehre	Von mittelhoch bis hoch	• Die Gesamtstudierendenzahlen werden zusammen mit dem MWFK ausgehandelt. • Die Zulassung zu Bachelorstudiengängen wird von den Hochschulen in Zusammenarbeit mit einer externen Stelle geregelt. • Auf Bachelor- und Masterebene müssen alle neuen Studiengänge einer Akkreditierung unterzogen werden. • Die Beendigung von Studiengängen erfordert Verhandlungen zwischen den Hochschulen und einer externen Stelle.

Quelle: EUA (2017[19]), *University Autonomy in Europe III Country Profiles*, European University Association.

Die interne Steuerung der Hochschulen umfasst die Beteiligung interner Interessengruppen. Die Hochschulen werden von einem Senat gesteuert und entweder von einem Rektoren oder einem Präsidenten (der von den Hochschulprofessoren gewählt werden darf, aber dessen Bestellung die Bestätigung des MWFK erfordert) geleitet. Der Rektor bzw. der Präsident kann von einem Rektorats- bzw. einem Präsidialgremium unterstützt werden (Eurydice, 2020[20]). Neben einem Rektor bzw. einem Präsidenten haben die Hochschulen einen Kanzler, der als Kopf der Verwaltung für den Haushalt verantwortlich ist. Der Senat ist für die Aufsicht und Planung der Forschung, der akademischen Programme und der Lehre an der Hochschule zuständig. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der akademischen Gemeinschaft und Studierenden. Alle Hochschulangehörigen (sowohl hauptberuflich tätige Mitarbeitende als auch immatrikulierte Studierende) haben bei Entscheidungsfindungsprozessen ein gewisses Mitspracherecht.

Die grundlegende akademische Organisationseinheit einer Hochschule ist der Fachbereich oder die Fakultät. Dem Fachbereichs- bzw. Fakultätsrat und dem Dekanat obliegen die Verwaltung des Fachbereiches bzw. der Fakultäten. Sie sind verantwortlich für alle Fragen der Forschung und der Lehre (Kultusministerkonferenz, 2019[2]) (Eurydice, 2021[4]). Die Fachbereichs- bzw. Fakultätsräte bestehen regelmäßig aus Professoren, Studierenden und wissenschaftlichen sowie nichtwissenschaftlichen Mitarbeitenden.

Die Studierenden bilden regelmäßig Studierendenschaften, die studentische Interessen vertreten. Alle Studierenden werden mit ihrer Immatrikulation automatisch Mitglieder dieser selbstverwalteten Organisationen.

Der Aufbau des Hochschulsystems

Im Wintersemester des akademischen Jahres 2019/20 existierten 424 Hochschulen in Deutschland, davon über die Hälfte in den westdeutschen Ländern Baden-Württemberg (71), Bayern (47) und Nordrhein-Westfalen (69) sowie in der Bundeshauptstadt Berlin (41). Die meisten Hochschulen werden staatlich finanziert und gesteuert. Knapp 36 % aller deutschen Hochschulen sind allerdings in privater oder kirchlicher Trägerschaft und staatlich anerkannt. Die meisten Studierenden sind in staatlichen Hochschulen immatrikuliert (89 %). Private Hochschulen werden zumeist von Studierenden gewählt, die sich spezialisieren und in kleineren Gruppen lernen möchten oder aufgrund von Zulassungsbeschränkungen nicht an einer staatlichen Hochschule angenommen wurden (Shumelev, 2019[21]).

In Brandenburg gibt es 18 Hochschulen, von denen der Großteil in staatlicher Trägerschaft ist und etwa 98 % aller Studierenden umfasst (Statistisches Bundesamt, 2021[22]).

Das Hochschulsystem ist binär; zwischen den einzelnen Hochschulen gibt es beträchtliche Unterschiede bezüglich ihrer Größe, ihres Standortes und ihres Aufbaus

Deutsche Hochschulen unterscheiden sich erheblich in ihrer Größe voneinander: Die 30 größten Hochschulen (die sich fast alle in westdeutschen Ländern befinden) vermitteln über einem Drittel aller deutschen Studierenden eine tertiäre Bildung. Die drei größten unter ihnen haben jeweils mehr als 50.000 Studierende, so viele wie alle Brandenburger Hochschulen zusammen. Brandenburgs größte Hochschule ist die Universität Potsdam mit 21.000 Studierenden (siehe Tabelle 3.2).

Tabelle 3.2. Beschäftigte und Studierende an Hochschulen in Brandenburg

Hochschule	Standort	Anzahl der Studierenden	Studierendenschaft davon weiblich (%)	Studierendenschaft davon international (%)	Anzahl der Beschäftigten
Staatliche Universitäten					
Universität Potsdam	Potsdam (Hauptstadt von Brandenburg)	21.229	57	14	4.844
Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg	Südbrandenburg; Cottbus, Senftenberg, nahe der Lausitz	6.919	42	32	2.411
Europa-Universität Viadrina	Frankfurt (Oder), nahe der polnischen Grenze	5.992	60	26	1.020
Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf	Potsdam (Hauptstadt von Brandenburg)	867	53	19	427
Staatliche Fachhochschulen					
Fachhochschule Potsdam	Potsdam (Hauptstadt von Brandenburg)	3.523	60	12	660
Technische Hochschule Wildau (THW)	Wildau (zwischen Berlin und Cottbus in Südbrandenburg)	3.696	36	16	702
Technische Hochschule Brandenburg (THB)	Brandenburg an der Havel (südwestlich von Berlin und Potsdam)	2.678	30	20	386
Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)	Eberswalde (nordöstlich von Berlin)	2.208	50	8	642
Spezialisierte staatliche Fachhochschulen					
Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg (HPol BB)	Oranienburg	763	33	9	504
Fachhochschule für Finanzen (FHF) des Landes Brandenburg	Königs Wusterhausen	731	54	-	40
Private Universität					
Medizinische Hochschule Brandenburg (MHB) Theodor Fontane	Neuruppin (in Nordbrandenburg)	438	66	7	202
Private Fachhochschulen					
Fachhochschule Clara Hoffbauer Potsdam (FHCHP)	Potsdam (Hauptstadt von Brandenburg)	208	80	2	37
ESAB Fachhochschule für Sport und Management Potsdam (FhSMP)	Potsdam (Hauptstadt von Brandenburg)	270	35	2	30
Theologische Hochschule (TH) Elstal	Elstal	58	41	16	18

XU Exponential University of Applied Sciences	Potsdam (Hauptstadt von Brandenburg)	41	22	24	24

Anmerkung: Die TH Elstal ist eine Hochschule in kirchlicher Trägerschaft. Drei der privaten Hochschulen sind mangels offizieller Daten nicht aufgeführt (*Health and Medical University Potsdam, GISMA Business School* und *University of Europe for Applied Sciences*).
Quellen: Privathochschulen (n.d.[23]), Studium in Brandenburg: Private Fachhochschulen & Universitäten + alle Studiengänge, https://www.privathochschulen.net/hochschulen/brandenburg (aufgerufen am 15 März 2021); MWFK (2021[24]) Studienangebote – Duales Studium Brandenburg, https://www.duales-studium-brandenburg.de/studienangebote#&gid=lightbox-group-2255&pid=0 (aufgerufen am 6 Februar 2021); Statistik Brandenburg (2019[25]), Studentenstatistik, https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/webapi/jsf/tableView/tableView.xhtml# (aufgerufen am 15 Februar 2021); Statistik Brandenburg (2020[26]), *Personal an Hochschulen im Land Berlin 2019*, www.statistik-berlin-brandenburg.de; Hochschulrektorenkonferenz (n.d.[27]), About us – *Hochschulkompass*, https://www.hochschulkompass.de/en/about-us.html (aufgerufen am 15 Februar 2021).

Auch Brandenburg verfügt über ein binäres Hochschulsystem: Die staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen sind Universitäten einerseits und Fachhochschulen (FH) andererseits (Hochschulrektorenkonferenz, n.d.[27]). Das staatliche Hochschulsystem in Brandenburg umfasst vier Universitäten und vier Fachhochschulen. Sie sind vorrangig im südlichen Teil des Landes angesiedelt, nördlich von Berlin gibt es nur wenige. Außerdem befinden sich zwei der insgesamt 30 spezialisierten Fachhochschulen in Deutschland, an denen das Personal der öffentlichen Verwaltung und Dienste ausgebildet wird, in Brandenburg: die Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg sowie die Fachhochschule für Finanzen des Landes Brandenburg. Diese spezialisierten Fachhochschulen besuchen 3 % der Studierenden in Brandenburg (Statistisches Bundesamt, 2020[28]). Es gibt eine private Universität (Medizinische Hochschule Brandenburg Theodor Fontane) sowie fünf kleinere private Fachhochschulen, darunter eine in kirchlicher Trägerschaft (Theologische Hochschule Elstal).

Mehr als die Hälfte aller Hochschulen in Deutschland sind Fachhochschulen, an denen knapp 35 % der Studierenden immatrikuliert sind. In Brandenburg ist nur ein Viertel der Studierenden in den elf Fachhochschulen des Landes eingeschrieben und das trotz eines Programms zur Erweiterung der Studiengänge, mit dem die Zahl der Studierenden an Fachhochschulen erhöht werden sollte. Die geringe Inanspruchnahme von Studienplätzen an den Fachhochschulen ist wahrscheinlich auf das begrenzte (wenn auch wachsende) Angebot an Studienfächern zurückzuführen (siehe Tabelle 3.3). Universitäten verfügen in der Regel über ein breiteres Studienangebot (Hochschulrektorenkonferenz, n.d.[27]).

Tabelle 3.3. Hauptunterschiede zwischen Universitäten und Fachhochschulen in Brandenburg

	Universitäten	Fachhochschulen
Schwerpunkt in der Forschung und den angebotenen Dienstleistungen	Vorrangig Grundlagenforschung und Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen (Universitätskliniken)	Vorrangig angewandte Forschung und Beratung
Bedeutung der Lehre	Gleicher Schwerpunkt auf Forschung und Lehre	Schwerpunkt auf Lehre und Kursarbeit
Angebotene Studienfächer	Alle Fachrichtungen (werden aber nicht an allen Universitäten angeboten)	Vorrangig Ingenieurwesen, Betriebswirtschaft, Sozialarbeit, Design
Zugangsqualifikation	Hochschulzugangsberechtigung (HZB)	Hochschulzugangsberechtigung (HZB) oder fachhochschulspezifische Zugangsberechtigung
Abschlüsse/Akademische Grade	Bachelor, Master, Staatsexamen (Jura, Lehramt, Medizin, Pharmazie), Doktortitel	Bachelor, Master, Doktortitel (FH haben zwar kein Promotionsrecht, kooperieren aber teilweise mit Universitäten)
Besonderheiten der Studiengänge	Schwerpunkt auf Theorie und Forschung, einschließlich forschungsorientierter Abschlussarbeiten	Schwerpunkt auf Praxis, einschließlich integrierter Praktika und praxisorientierter Abschlussarbeiten
Anforderungen an Professuren	Promotion oder Habilitation (oder vergleichbare zusätzliche akademische Leistungen)	Promotion und 5 Jahre praktische Berufserfahrung mit herausragenden Leistungen

Wöchentliches Lehrdeputat	*Professoren:* 8 Stunden *Professoren mit einem Schwerpunkt in der Lehre:* 10–12 Stunden Juniorprofessoren: 4–6 Stunden Junior*professoren mit* einem Schwerpunkt in der Lehre: 6–8 Stunden *Wissenschaftliche Mitarbeitende:* bis zu 24 Stunden	*Professoren:* 18 Stunden *Professoren mit einem Schwerpunkt in der Lehre:* 9–12 Stunden *Wissenschaftliche Mitarbeitende:* bis zu 24 Stunden

Quelle: Formular zur Lehrverpflichtung von MWFK (2017[29]), "*Verordnung über den Umfang der Lehrverpflichtung des hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den staatlichen Hochschulen des Landes Brandenburg (Lehrverpflichtungsverordnung - LehrVV)*" (aufgerufen am 26 Februar 2021).

Universitäten sind in der Regel stärker forschungsorientiert, wohingegen bei Fachhochschulen der Schwerpunkt auf der Lehre sowie auf praktischen Arbeiten und Anwendungen liegt (Hochschulrektorenkonferenz, n.d.[27]). Lehrkräfte an Fachhochschulen verfügen in der Regel neben ihren akademischen Qualifikationen auch über umfangreiche Berufserfahrung außerhalb des Hochschulbereichs. Das gesetzlich vorgeschriebene Lehrdeputat für ordentliche Professoren an Fachhochschulen ist mehr als doppelt so hoch als das der Universitätsprofessoren. Allerdings gelten für Professuren mit Forschungsschwerpunkt andere Regeln (siehe Tabelle 3.3) (MWFK, 2017[29]).

Infolge des Bologna-Prozesses gehen die Unterschiede zwischen den beiden Institutionsarten jedoch immer weiter zurück. Universitäten und gleichgestellte Hochschulen bewahren das „Promotionsmonopol". Allerdings entstehen neue Kooperationsmodelle und vor Kurzem hat das Land Hessen seinen Fachhochschulen das Promotionsrecht übertragen (Shumelev, 2019[21]). In Brandenburg dürfen Fachhochschulen Promotionsstudiengänge nur in Kooperation mit staatlichen Universitäten anbieten.

Die Hochschulen ergänzen sich in ihren Forschungs- und Lehrprofilen und versorgen sowohl Studierende als auch die Wirtschaft mit Fachwissen

Die brandenburgischen Hochschulen unterscheiden sich in ihren Forschungs- und Studienprofilen (siehe Tabelle 3.4). Während die Universität Potsdam ein breites Spektrum an Studienfächern anbietet, haben sich die anderen Hochschulen auf bestimmte Bereiche spezialisiert und richten ihr Studien- und Forschungsportfolio an den Arbeitsmarktbedürfnissen der jeweiligen Region aus.

Tabelle 3.4. Forschungs- und Lehrprofile der Hochschulen in Brandenburg

Hochschule	Standort	Studienprogramme	Fakultäten/Fachbereiche
Universität Potsdam	Potsdam (Hauptstadt von Brandenburg)	162 Studiengänge (die einzige Hochschule mit Lehramtssudiengängen); Promotionsrecht	7 Fakultäten: Humanwissenschaften, Recht, Mathematik und Naturwissenschaft, Philosophie, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Digitaltechnik
Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg	Cottbus, Senftenberg, in der Lausitz, Südbrandenburg	Über 74 Studiengänge; Promotionsrecht	6 Fakultäten: MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik); Umwelt- und Naturwissenschaften; Maschinenbau, Elektrotechnik und Energiesysteme; Sozialarbeit, Gesundheitswesen und Musik; Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften; Architektur, Bauingenieurwesen und Städteplanung
Europa-Universität Viadrina (EUV)	Frankfurt (Oder), nahe der polnischen Grenze	24 Studiengänge (mit internationalem Schwerpunkt); Promotionsrecht	3 Fakultäten: Recht; Sozial- und Kulturwissenschaften; Betriebs- und Volkswirtschaftslehre

Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf	Potsdam	23 Studiengänge, darunter duale Studiengänge	2 Fakultäten: Drehbuch/Dramaturgie, digitale Medienkultur, Medienwissenschaften, Filmkulturerbe, Film- und Fernsehproduktion, Regie und Schauspiel; Animation, Animationsregie, kreative Technologien, Cinematography, Filmmusik, Montage, Sound, Szenografie
Fachhochschule Potsdam (FHP)	Potsdam	23 Studiengänge (z. B. Ingenieurwesen, soziokulturelle Studien und Design), darunter duale Studiengänge	5 Fachbereiche: Sozial- und Erziehungswissenschaften; Architektur und Stadtplanung; Bauingenieurwesen; Design; Informationswissenschaften
Technische Hochschule Wildau (THW)	Wildau (zwischen Berlin und Cottbus in Südbrandenburg), Teil der Lausitz	45 Studiengänge, darunter duale Studiengänge	2 Fakultäten: Ingenieur- und Naturwissenschaften; Wirtschaft, Informatik und Recht
Technische Hochschule Brandenburg (THB)	Brandenburg an der Havel (südwestlich von Berlin und Potsdam)	20 Studiengänge, darunter duale Studiengänge	3 Fachbereiche: Informatik und Medien; Ingenieurwesen; Wirtschaft und Management
Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)	Eberswalde (nordöstlich von Berlin)	16 Studiengänge, darunter duale Studiengänge	4 Fachbereiche: Wald und Umwelt; Landschaftsnutzung und Naturschutz; Holzingenieurwesen; Nachhaltige Wirtschaft
Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg (HPol BB)	Oranienburg	mit dualen Studiengängen	
Fachhochschule für Finanzen des Landes Brandenburg (FHF)	Königs Wusterhausen	mit dualen Studiengängen	
Medizinische Hochschule Brandenburg Theodor Fontane (MHB)	Neuruppin (in Nordbrandenburg)	3 Studiengänge in den Bereichen Gesundheitsweisen und Humanmedizin	
Fachhochschule Clara Hoffbauer Potsdam (FHCHP)	Potsdam	3 Studiengänge der Sozialwissenschaften	
Theologische Hochschule (TH) Elstal	Elstal		
ESAB Fachhochschule für Sport und Management Potsdam (FhSMP)	Potsdam	8 Studiengänge in den Bereichen Gesundheitswesen und Wirtschaft (auch als Doppelabschluss)	
Health and Medical University Potsdam (HMU)	Potsdam	Studiengänge im Bereich Gesundheitswesen	
XU Exponential University of Applied Sciences	Potsdam	Studiengänge im Bereich Informatik	

Quellen: Privathochschulen (n.d.[23]), *Studium in Brandenburg: Private Fachhochschulen & Universitäten + alle Studiengänge*, www.privathochschulen.net/hochschulen/brandenburg (aufgerufen am 15 März 2021); MWFK (2021[24]) *Studienangebote – Duales Studium Brandenburg*, https://www.duales-studium-brandenburg.de/studienangebote#&gid=lightbox-group-2255&pid=0 (aufgerufen am 6 Februar 2021); Statistik Berlin-Brandenburg (2019[25]), *Studentenstatistik*, https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/webapi/jsf/tableView/tableView.xhtml# (aufgerufen am 15 Februar 2021); Statistik Berlin-Brandenburg (2020[26]), *Personal an Hochschulen im Land Berlin 2019*, www.statistik-berlin-brandenburg.de (aufgerufen am 15 Februar 2021); Hochschulrektorenkonferenz (n.d.[27]), About us – *Hochschulkompass*, https://www.hochschulkompass.de/en/about-us.html (aufgerufen am 17 Februar 2021).

Hochschulprogramme

Infolge der Bologna-Reform sind Bachelor- und Masterstudiengänge zum Standard geworden.

Knapp die Hälfte der Studiengänge an den brandenburgischen Hochschulen kann in Teilzeit durchgeführt werden, was den Studierenden mehr Flexibilität ermöglicht (CHE, 2020[30]). Dieser Anteil fällt an Universitäten (über die Hälfte der Studiengänge) und für Kultur- und Lehramtsstudien höher aus. Allerdings befanden sich gerade einmal 2,5 % der brandenburgischen Studierenden im akademischen Jahr 2018/19 in einem Teilzeitstudium, was deutlich unter dem deutschlandweiten Durchschnitt von 7,5 % liegt. Unter den staatlichen Hochschulen war die Zahl der Teilzeitstudierenden an der Filmuniversität Babelsberg (15,4 %), der TH Wildau (10,5 %) und der Fachhochschule Potsdam (9,7 %) am höchsten.

Duale Studiengänge werden zunehmend angeboten, in das reguläre Studienangebot integriert und zentral koordiniert

In den dualen Studiengängen wird die Hochschullehre mit der Praxiserfahrung in einem Unternehmen und einer beruflichen Ausbildung verbunden. Duale Studiengänge können ausbildungsintegriert, berufsintegriert oder praxisintegriert sein (siehe Tabelle 3.5). Diese Programme bieten einen Hochschulabschluss im Zusammenhang mit wertvollen praktischen Erfahrungen und zahlreichen beruflichen Fähigkeiten. In einigen Fällen erwerben die Absolventen zudem einen Berufsabschluss.

Tabelle 3.5. Arten dualer Studiengänge und Anzahl der Studierenden in Brandenburg

Art des dualen Studiengangs	Aufbau	Inhalt	Abschlüsse	Zahl der dual Studierenden und ihr Anteil an der Gesamtstudierendenzahl
Ausbildungsintegriert	Der Studiengang findet im Zusammenhang mit einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf statt.	Die Studien- und Ausbildungsphasen sind zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt.	Die Absolventen erwerben einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss sowie einen Berufsabschluss.	296 Studierende (21 % aller dual Studierenden)
Praxisintegriert	Die Studienphasen wechseln sich mit Praxisphasen in einem Unternehmen ab.	Die Kurse an der Hochschule und das Praktikum sind inhaltlich verwandt.	Die Absolventen erwerben einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss, aber keinen Berufsabschluss.	*Erster akademischer Abschluss:* 1.103 Studierende (77 % aller dual Studierenden) *Mit höheren Abschlüssen:* 15 Studierende (1 % aller dual Studierenden)

Berufsintegriert	Das Studium findet im Rahmen einer Fortbildungsmaßnahme statt. Neben ihrer Vollzeittätigkeit erwerben die Studierenden neues Wissen weitgehend im Selbststudium (ähnlich wie im Fernstudium).	Das Studium ist inhaltlich mit der Fortbildung verwandt.		20 Studierende (1,4 % aller dual Studierenden)
Gesamtzahl				1.434 (3 % der Gesamtstudierendenzahl)

Quelle: MWFK (2021[24]) Studienangebote – Duales Studium Brandenburg, https://www.duales-studium-brandenburg.de/studienangebote#&gid=lightbox-group-2255&pid=0 (aufgerufen am 6 February 2021); Statistik Brandenburg (2019[25]), Studentenstatistik, https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/webapi/jsf/tableView/tableView.xhtml# (aufgerufen am 15 February 2021).

Seit 2014/15 finanziert das MWFK die Schaffung und Weiterentwicklung von dualen Studiengängen (siehe Kasten 3.3) und hat eine Agentur für duale Studiengänge ins Leben gerufen, die alle dualen Studienangebote der Hochschulen koordiniert.

Kasten 3.3. Gründe für den Ausbau dualer Studiengänge

Duale Studiengänge können eine „Win-Win-Situation“ für alle Beteiligten (Studierende, Unternehmen und Hochschulen) darstellen, denn sie:

- verbinden die Vorteile einer wissenschaftlichen Ausbildung an einer Universität mit der Praxisrelevanz einer Ausbildung in einem Unternehmen.
- bieten den Studierenden gute Karrierechancen, etwa in Form einer Anstellung im Unternehmen nach dem erfolgreichen Abschluss.
- ermöglichen es den Hochschulen, ihr Profil zu schärfen, und ihre Wettbewerbsposition zu verbessern.
- verbinden die Partnerunternehmen eng mit dem Hochschulbereich und der Forschung, was Innovation und Wissenstransfer fördert und die Unternehmensnachfolge unterstützt.
- bringen doppelt qualifiziertes Personal für regionale Unternehmen, insbesondere für das mittlere Management und die Unternehmensnachfolge hervor.
- erhöhen die Durchlässigkeit zwischen der höheren Sekundar- und der Hochschulbildung, wodurch die Konkurrenz zwischen beiden verringert und ihr volles Bildungspotenzial ausgeschöpft wird.
- senken das Risiko eines Fachkräftemangels in der Region, denn dual Studierende, die sich im Studium einem Unternehmen verpflichten, werden dem Unternehmen und der Region wahrscheinlich auch nach ihrem Abschluss treu bleiben.

Duale Studiengänge sind für die Hochschulen aufwendig, denn sie erfordern zusätzliches Personal, das sich um die Zusammenarbeit mit den Partnerunternehmen kümmert. Es ist schwierig, geeignete Ausbildungspartner unter den ansässigen Unternehmen ausfindig zu machen. Zudem ist es notwendig, die Mitarbeitenden der Unternehmen zu unterstützen, die für die Betreuung und Ausbildung der Studierenden am Arbeitsplatz zuständig sind (da sie keine Pädagogen sind) und das von den Studierenden am Arbeitsplatz Gelernte zu überprüfen.

Interessengruppen, wie etwa Unternehmen, unterstützen den Ausbau dualer Studiengänge und das, obwohl die Investitionen der Arbeitgeber sich nicht immer auszahlen. Etwa, wenn Absolventen nach dem Abschluss nicht im Ausbildungsunternehmen verbleiben. Oder wenn Absolventen nach der

Grundausbildung einer Anstellung ein weiterführendes Studium vorziehen. Die Investitionen der Unternehmen bewegen sich pro Studierenden im fünfstelligen Bereich und können sich als ziemlich riskant herausstellen. Dennoch haben sich duale Studiengänge als nützlich erwiesen, um Fachkräfte an die brandenburgische Wirtschaft zu binden.

Weiterbildungsmaßnahmen haben Potenzial in Brandenburg, sind aber schwierig zu finanzieren

Aufgrund der Auswirkungen, die das voranschreitende Alter der Bevölkerung und der Erwerbstätigen auf Brandenburgs Wirtschaft hat, werden Maßnahmen zur Weiterbildung und des lebenslangen Lernens immer wichtiger, um eine hohe Qualifikation der Arbeitskräfte zu gewährleisten. Weiterbildungsmaßnahmen, u. a. an Hochschulen, werden zunehmend als praktikable Lösungen zur Höher- und Umqualifizierung der Arbeitskräfte angesehen (Nedelkoska and Quintini, 2018[31]).

Alle Hochschulen in Brandenburg bieten Weiterbildungskurse an. Die Zielgruppe solcher Kurse sind vor allem Erwerbstätige, die bereits über einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss und erste Berufserfahrung verfügen. Die Kurse sind sowohl inhaltlich als auch pädagogisch auf diese Zielgruppe zugeschnitten. Sie sind nicht ausschließlich für Hochschulabsolventen konzipiert, sondern richten sich an jeden, der gewisse Kompetenzen erwerben möchte, aber nicht die Zeit für einen kompletten Studiengang aufbringen kann.

Bei den Weiterbildungsangeboten in Brandenburg handelt es sich vorwiegend um berufsbegleitende Masterstudiengänge und neuerdings auch um Zertifikate oder Module – weniger zeitaufwendige alternative Qualifikationen, die den Teilnehmenden größere Flexibilität bieten und damit potenzielle Hürden für eine Teilnahme reduzieren. Die meisten Hochschulen haben sich dem europäischen System zur Vergabe von ECTS-Punkten für diese Qualifikationen entwickelt, aber die Anrechenbarkeit dieser ECTS-Punkte auf einen Abschluss und die Anerkennung zwischen verschiedenen Institutionen bleiben nicht nur in Brandenburg, sondern in ganz Deutschland und Europa ein Hindernis.

Die Finanzierung von Weiterbildungsangeboten

Bei der Finanzierung von Weiterbildungsangeboten sind staatliche Hochschulen mit großer Rechtsunsicherheit konfrontiert. Möchten sie Weiterbildungsmaßnahmen durch öffentliche Mittel finanzieren, so müssen sie diese Finanzierung im Hinblick auf die EU-Beihilfevorschriften prüfen. Die EU-Beihilfepolitik stellt sicher, dass öffentliche Subventionen (staatliche Beihilfen) nicht von Unternehmen zu unlauterem Wettbewerb oder von staatlichen Stellen zur Verdrängung von Märkten (wirtschaftlicher Tätigkeit) verwendet werden. Nach dem Brandenburgischen Hochschulgesetz ist Weiterbildung Aufgabe der staatlichen Hochschulen genauso wie Forschung, Lehre und das grundständige Studium. Die Forschung und das grundständige Studium sind als nicht wirtschaftliche Aktivitäten eingestuft und unterliegen nicht den EU-Beihilfevorschriften. Allerdings hat sich weder die EU-Kommission noch der Europäische Gerichtshof eindeutig darüber geäußert, ob das auch der Fall von Weiterbildungen ist. Einzelne Weiterbildungsprogramme werden von Fall zu Fall als wirtschaftlich oder als nicht wirtschaftlich eingestuft. Auch in Deutschland hat die zuständige Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz) die Frage der staatlichen Beihilfe noch nicht geklärt.

Aufgrund dieser Rechtsunsicherheit laufen die Hochschulen Gefahr, EU-Beihilfevorschriften nicht einzuhalten, was dazu führen kann, dass die Grundfinanzierung zurückgefordert wird, wenn die Weiterbildungskurse als nicht wirtschaftliche Aktivitäten eingestuft werden. Werden Weiterbildungskurse als wirtschaftliche Aktivitäten eingestuft, obwohl sie es eventuell nicht sind, gehen die Hochschulen dieser Gefahr zwar aus dem Weg, müssen für die Weiterbildung aber kostendeckende Gebühren erheben. Die Hochschulen in Brandenburg vermeiden es daher, Weiterbildungen anzubieten bzw. tun dies nur im

Hochpreissegment oder durch ein Risikomanagement über Partnerinstitute, die als eingetragener Verein oder als GmbH gegründet werden können und dann ebenfalls ein hohes Risiko tragen (OECD, 2022[32]).

Die Bundesländer haben in ihren Hochschulgesetzen unterschiedliche Ansätze zu dieser Frage gewählt. Während einige akzeptieren, dass Weiterbildungen als wirtschaftliche Aktivität gelten, stufen andere sie als nicht wirtschaftliche Aktivität ein, die nicht in den Anwendungsbereich der Vorschriften über staatliche Beihilfen fällt. Vor diesem Hintergrund fällt das Angebot an Weiterbildungsprogrammen in Brandenburg eher spärlich aus (Wissenschaftsrat, 2019[33]). Dennoch kann Weiterbildung in all ihren Formen (von strukturierten Studiengängen über einzelne Module bis hin zu Zertifikatskursen) besonders bedeutsam für Erwerbstätige sein, die vom Strukturwandel betroffen sind, eine Anstellung in einem Bereich suchen, in dem es an Fachkräften mangelt, oder an deren derzeitigen Arbeitsplätzen neue Technologien eingeführt werden.

Gemeinsam mit den Ländern führte die Bundesregierung das 250-Millionen-Euro-Programm „Aufstieg durch Bildung: Offene Hochschulen“ durch, um Weiterbildungsmaßnahmen im Zeitraum 2011–2020 an den Hochschulen zu fördern (BMBF, 2021[34]). Mithilfe dieser Initiative wurden neue Weiterbildungskurse an verschiedenen brandenburgischen Hochschulen finanziert.

Finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an Weiterbildungen

Im Rahmen der strategischen Agenda der Bundesregierung für lebenslanges Lernen und Weiterbildung können Bundesförderungen zunehmend zur Verfügung stehen, um die Um- und Höherqualifizierung der Erwerbstätigen in Brandenburg zu unterstützen. Das zuletzt 2016 geänderte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sieht Finanzierungshilfe für erwachsene Lernende vor, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Das gilt auch für bestimmte Weiterbildungskurse an den Hochschulen (wenn der höchste Bildungsabschluss des Teilnehmenden auf Bachelorniveau oder darunter ist).

Im Rahmen des Förderprogramms „Begabtenförderung berufliche Bildung für junge Absolventinnen und Absolventen einer Berufsausbildung“ unterstützt die Bundesregierung zusammen mit der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung gGmbH (SBB) Weiterbildungsmaßnahmen für junge Erwerbstätige, die eine anerkannte Berufsausbildung abgeschlossen oder einen der bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufe erlernt haben und bei Ausbildungsbeginn jünger als 25 Jahre sind (Weiterbildungsstipendium).

Angesichts der Bundesfinanzierung hat Brandenburg sein Bildungsscheck-Programm eingestellt, mit dem bis dahin arbeitsplatzunabhängige Weiterbildungsmaßnahmen (zumeist Weiterbildungskurse an den Hochschulen) für Berufstätige in Brandenburg gefördert wurden. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) erwägt die Einführung einer abgespeckten Version des Bildungsschecks, die keine Förderung von Hochschulkursen vorsieht.

Die brandenburgischen Hochschulen bieten Doppel- und Gemeinschaftsstudiengänge mit ausländischen Partnerhochschulen an

In Brandenburg kooperieren alle staatlichen Hochschulen mit Partnerhochschulen im Ausland. Einige unter ihnen, etwa die BTU Cottbus-Senftenberg, die Universität Potsdam und die Europa-Universität Viadrina bieten Doppelstudiengänge sowie Gemeinschaftsstudiengänge mit ausländischen Institutionen an (European University Viadrina, 2021[35]; BTU, 2021[36]; Universität Potsdam, 2021[37]). Bei dieser Art von Studiengang erwerben Studierende zwei Hochschulabschlüsse gleichzeitig (entweder an derselben Hochschule oder an verschiedenen Hochschulen) und das in kürzerer Zeit, als die separate Belegung beider Studiengänge in Anspruch genommen hätte. Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums verleiht jede Hochschule ihr eigenes Abschlusszeugnis oder die Absolventen erhalten ein Abschlusszeugnis über den Doppelabschluss (Tabelle 3.6).

Tabelle 3.6. Internationale Kooperationen der Hochschulen in Brandenburg

Universität Potsdam	86 Hochschulen und Forschungseinrichtungen in 30 Ländern
Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg	222 Hochschulen in 63 Ländern
Europa-Universität Viadrina	274 Hochschulen in 52 Ländern
Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf	27 Hochschulen in 17 Ländern
Fachhochschule Potsdam	78 Hochschulen in 26 Ländern
Technische Hochschule Wildau	72 Hochschulen in 38 Ländern
Technische Hochschule Brandenburg	76 Hochschulen in 41 Ländern
Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde	38 Hochschulen in 26 Ländern

Die Hochschulfinanzierung durch öffentliche Gelder

Die Grundfinanzierung steigt stetig an

Das Globalbudget zur Finanzierung der staatlichen Hochschulen durch die Landesregierung Brandenburg (Topf 1) setzt sich aus drei Komponenten zusammen: die Grundfinanzierung sowie die bedarfs- und leistungsorientierte Finanzierung. Ein Großteil der Fördermittel für die Hochschulen (40 %) wird über die Grundfinanzierung verteilt. Auf die bedarfsorientierte und leistungsbezogene Finanzierung entfallen jeweils 30 % des Budgets. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des MWFK und der Hochschulen berät über die Mittelzuweisung.

- 2020 wurde die Grundfinanzierung wie folgt unter den brandenburgischen Hochschulen aufgeteilt: 39 % für die Universität Potsdam, 28 % für die BTU Cottbus-Senftenberg, 8,8 % für die Europa-Universität Viadrina, 6,2 % für die Fachhochschule Potsdam, 5,9 % für die Technische Hochschule Wildau, und weniger als 5 % jeweils für die drei übrigen Hochschulen.
- Die Anteile aus der bedarfsorientierten Finanzierung richten sich nach den Studierendenzahlen der Hochschulen und dem benötigten Lehrdeputat. Berücksichtigt werden dabei nur Studierende in Studiengängen, die von der Grundfinanzierung der Hochschulen abgedeckt sind oder über das Studienplatzerweiterungsprogramm finanziert werden, sodass gebührenfinanzierte Weiterbildungsstudiengänge von der Berechnung ausgeschlossen sind. Um den verschiedenen zugrundeliegenden Kostenstrukturen Rechnung zu tragen, werden die Anteile der Hochschulen an der bedarfsorientierten Finanzierung nach dem Hochschultyp berechnet. Die Berechnung ergibt folgende Anteilsverteilung: Die Universitäten erhalten 71 %, die Fachhochschulen 25 % und die Filmuniversität Babelsberg die verbleibenden 4 %.
- Die verfügbare Summe aus der leistungsorientierte Finanzierung wird nach sieben Faktoren verteilt: Absolventen, Drittmittel (ohne Wirtschaft), Drittmittel aus der Wirtschaft, Promotionen, internationale Studierende, Erasmus und von Frauen besetzte Professuren. Das Mittelzuweisungsmodell wird von einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet, in der das MWFK und die Hochschulen vertreten sind.

In den vergangenen zehn Jahren hat die Brandenburger Regierung die Finanzierung der Hochschulen erheblich verbessert. Diese Verbesserung spiegelt sich in den laufenden Grundmitteln je Student und Professor wider. Das Hochschulsystem in Brandenburg hat insgesamt seine Defizite im Vergleich zu den anderen Ländern abgebaut und sich dem Bundesdurchschnitt angenähert. In der laufenden Legislaturperiode 2019–2023 steigt die Grundfinanzierung im Vergleich zur vorherigen Amtszeit um 25 Millionen Euro. Das bedeutet, dass den Hochschulen im Falle der Zustimmung durch den Landtag insgesamt fünf Millionen Euro mehr pro Jahr zugewiesen werden. Außerdem stellt die Landesregierung den Hochschulen zur Erfüllung ihrer Aufgaben aus den Hochschulverträgen (Topf 3) für denselben Zeitraum 200 Millionen Euro mehr zur Verfügung als in der vorherigen Legislaturperiode (MWFK, n.d.[9]).

Auch wenn die Grundfinanzierung in den letzten Jahren stetig angestiegen ist, investiert Brandenburg von allen Bundesländern den niedrigsten Prozentsatz seines Bruttoinlandsprodukts in seine Hochschulen (0,51 % im Jahr 2019). Auch die staatlichen Zuwendungen für die Forschung fallen sehr gering aus. Dagegen bleibt der Anteil der staatlichen Zuschüsse für allgemein- und berufsbildende Schulen am Bruttoinlandsprodukt (2,64 % im Jahr 2019), ähnlich wie in anderen ostdeutschen Bundesländern und in Berlin, überdurchschnittlich hoch.

Der Hochschulpakt 2020 und das Folgeprogramm sind eine wichtige Finanzierungsquelle für Hochschulen in Brandenburg

Der Hochschulpakt 2020 (Topf 2) bestehend aus Hochschulpakt I (2007–2010), Hochschulpakt II (2011–2015) und Hochschulpakt III (2016–2020) war eine auf drei Säulen gegründete Vereinbarung zwischen Bund und Ländern: die Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger, die Programmpauschalen und der Qualitätspakt Lehre (zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehrqualität). Außerdem standen Einmalzahlungen des Bundes für Projekte zur Verfügung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert wurden. Damit sollte die bedarfsgerechte Erweiterung der Studiengänge bis 2020 gesichert werden. Mit dem darauffolgenden, im Juni 2019 unterzeichneten Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ soll Brandenburg Bundesmittel in Höhe von insgesamt 35 Millionen Euro bis 2027 erhalten. Ab 2024 stehen den Hochschulen in Brandenburg einschließlich der Mitfinanzierung durch die Landesregierung knapp 70 Millionen Euro zur Umsetzung der Ziele, Schwerpunkte und Maßnahmen aus der Verpflichtungserklärung zur Verfügung. Dazu zählen u. a. (MWFK, 2020[38]):

- die Aufrechterhaltung und bessere Nutzung der Hochschulkapazitäten;
- die weitere Verbesserung der Qualität der Studiengänge zur Erhöhung der Abschlussquoten;
- die bedarfsgerechte und fachspezifische Schaffung zusätzlicher Lehrkapazitäten;
- und eine spürbare Verbesserung der Lehrqualität durch die Umwandlung vieler befristeter Verträge in unbefristete.

Die Anzahl der Studierenden an den staatlichen Hochschulen ist zwischen 2000 und 2012 um mehr als 57 % gestiegen (zu dem Zeitpunkt gab es die meisten Studierenden in Brandenburg), aber die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter hat sich nicht proportional erhöht. Die Hochschulen nutzten das Studienplatzerweiterungsprogramm aus dem Hochschulpakt 2020, um ihr Lehrpersonal durch befristete Stellen zu verstärken.

Die Landesregierung bietet wissenschaftlichem Personal verschiedene Anreizstrukturen

Die an den Fachhochschulen angebotenen Forschungsprofessuren mit Schwerpunkt auf angewandter Forschung haben landesweit eine Vorreiterrolle bei der Diversifizierung der Fachhochschulen gespielt. Ebenso haben die Lehrprofessuren an den Universitäten dem vorrangig in der Lehre tätigen wissenschaftlichen Personal einen Karriereweg eröffnet. Seit 2018 stellt das Postdoc Network Brandenburg Mittel für Forschungsgruppenleitende und Stipendien für Gastforschende an den Brandenburger Universitäten zur Verfügung mit dem Ziel, ausgezeichnete Wissenschaftler an Brandenburg zu binden. Zusätzlich wurde 2018 das „Zukunftsprogramm für die Fachhochschulen des Landes Brandenburg“ erarbeitet (MWFK, 2018[39]), mit dem Graduiertenkollegs eingerichtet, strukturierte Karrierewege an den Fachhochschulen angelegt sowie neue Forschungs- und Lehrschwerpunkte geschaffen werden sollen. In Verbindung mit der steigenden Grundfinanzierung scheinen die Hochschulen attraktivere Karrierewege anbieten zu können.

Zudem hat das MWFK im Spätsommer 2020 einen zweijährigen strukturierten Dialogprozess zum Thema „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ mit den Hochschulen und verschiedenen Interessengruppen (Personalvertreter, Gewerkschaften, Postdoktoranden, Professoren, Inklusionsbeauftragte, Studierende, Schwerbehindertenbeauftragte) auf den Weg gebracht (MWFK, 2020[40]). Darin werden Empfehlungen für

weitere Verbesserungen im Bereich der Karriereentwicklung junger Forschenden und der Schaffung zusätzlicher unbefristeter Stellen über die Professur hinaus besprochen. Diese Empfehlungen sollen in das Hochschulgesetz einfließen.

Einige Hochschulakteure betonten jedoch die Notwendigkeit, ein gewisses Maß an Flexibilität zu bewahren, da sich die Bedürfnisse in Wirtschaft und Forschung ständig änderten. Sie sehen die brandenburgischen Hochschulen und Forschungsinstitute in der Rolle der Wegbereiter auf wissenschaftliche Karrieren. So würden die Universitäten und Institute wie Fraunhofer oder Leibnitz junge Menschen zu einer wissenschaftlichen Karriere „befähigen", jene dann aber ihre Karriere außerhalb Brandenburgs fortsetzen. Die Kontinuität der Hochschulen wird allerdings durch deren Professoren und Verwaltungsstrukturen aufrechterhalten.

Auswertung und Politikempfehlungen

Durch neue Technologien, den nationalen und internationalen Wettbewerb sowie die sich verändernde Arbeitsorganisation wird die brandenburgische Wirtschaft zu einer wissensintensiveren Wirtschaft, was wiederum höhere Kompetenzen und Qualifikationen erforderlich macht. Der größte Beschäftigungszuwachs war in den vergangenen Jahren im Dienstleistungssektor, in den wissensintensiven Wirtschaftszweigen (freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten) sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen zu verzeichnen. Das Wachstum in diesen Bereichen wird wohl auch in Zukunft anhalten. Gleichzeitig führt die umfangreiche Einführung neuartiger Technologien dazu, dass sich die Art der Arbeitsplätze verändert und die Qualifikationsanforderungen steigen (Nedelkoska and Quintini, 2018[31]). Um die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus diesen Entwicklungen ergeben, zu nutzen und sicherzustellen, dass niemand auf der Strecke bleibt, muss das brandenburgische Hochschulsystem ein breites Spektrum an Qualifikationen[1] für den Arbeitsmarkt, einschließlich Möglichkeiten der Weiterqualifizierung der erwerbstätigen Bevölkerung, anbieten.

Die Gewährleistung eines breiten Qualifikationsspektrums innerhalb des Hochschulsystems

Vielfalt im Hochschulsystem

Die Hochschulen müssen ein ausgewogenes Angebot an Studiengängen gewährleisten, das die Bedürfnisse der Studierenden und des Arbeitsmarktes berücksichtigt und durch hervorragende Lehre und Forschung untermauert wird. In ihren Forschungs- und Bildungsprogrammen hat jede Hochschule jedoch bestimmte besonders leistungsstarke Spezialgebiete mit einem exzellenten Ruf (z. B. Informatik an der TH Brandenburg, Betriebswirtschaftslehre an der EUV Frankfurt/Oder und Soziale Arbeit an der FH Potsdam wie in deutschlandweiten Rankings dargestellt (CHE, n.d.[41]). Diese Exzellenzbereiche sollten im Mittelpunkt zusätzlicher Investitionen der Landesregierung und der Hochschulen stehen. Sie sollten auch umfassend beworben werden, auch über Online-Marketing, um das Interesse potenzieller Studierende und führender Forschende zu wecken. Dies würde die Leistung dieser Forschungsgruppen weiter steigern und die Erkundung von Möglichkeiten des Wissenstransfers fördern. Exzellente Forschung und Ausbildung in einem breiten Spektrum von Bereichen kann auch Unternehmen ermutigen, engere Beziehungen zu den Hochschulen aufzubauen, die zur Bereitstellung zusätzlicher Dienstleistungen und möglicherweise zur Ansiedlung von Zweigstellen dieser Unternehmen im Land führen.

Die brandenburgische Regierung hat die Vielfalt des Hochschulsystems durch die institutionelle Spezialisierung erfolgreich unterstützt und sollte dies durch die Rahmenvereinbarungen beibehalten, während sie den Hochschulen Autonomie bei der Umsetzung dieser Ziele einräumt. Ein stetiger Dialog zwischen den Hochschulen, der Arbeitswelt und der Regierung kann eine zügige Anpassung und Schärfung der Hochschulprofile gewährleisten

Die Programmakkreditierung

Zur Akkreditierung neuer Studiengänge ist die Freigabe durch eine unabhängige Akkreditierungsagentur sowie das MWFK und ggf. ein anderes zuständiges Ministerium erforderlich. Der Vorgang dauert über sechs Monate und wird daher von den Hochschulen als recht langsam eingestuft. Die Schaffung oder Anpassung neuer Studiengänge kann in Ausnahmefällen auch zwischen dem MWFK und der Hochschule vertraglich vereinbart werden.

Mit dem Genehmigungsverfahren durch das MWFK soll vor allem der Qualitätsstandard neuer Programme gesichert werden. Die Hochschule muss ein angemessenes Curriculum erarbeitet haben und über das zur Durchführung des Studiengangs qualifizierte Personal verfügen. Ein zweiter Punkt ist die effiziente Nutzung der für Hochschulen zur Verfügung gestellten öffentlichen Gelder durch die Vermeidung einer potenziell verschwenderischen Ausbreitung staatlich subventionierter Studiengänge mit niedrigen Einschreibezahlen und hohen Personalkosten. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass das Hochschulsystem ein breites Spektrum an Qualifikationen anbietet.

Auch wenn sechs Monate ziemlich lang sind, so kann die Hochschule diese Zeit nutzen, um den Lehrplan weiterzuentwickeln und an einem Konzept für die Durchführung zu arbeiten, etwa durch die Beschaffung von Personal und den Aufbau eines Absatzmarktes für das Programm.

Letztlich muss die Balance gefunden werden zwischen der Aufsichtsfunktion des MWFK und der Notwendigkeit, die Qualität, die Glaubwürdigkeit, die Integrität und den Ruf des Qualifikationssystems aufrechtzuerhalten, einerseits, und dem Wunsch der Hochschulen, ihr Studienangebot an die sich verändernde Nachfrage von Studierenden und Arbeitgebenden anzupassen, andererseits. Ein gutes Akkreditierungssystem umfasst zudem einen Überprüfungszyklus im Anschluss an die Einführung des Studiengangs, mit dem überprüft wird, inwieweit die Vorgaben im Hinblick auf Einschreibungen, Studierenden- und Arbeitgeberzufriedenheit und Arbeitsmarktergebnisse der Absolventen erreicht wurden. Alles in allem sollten das MWFK und die Rektoren der Hochschulen den Akkreditierungsprozess gemeinsam bewerten und prüfen, ob damit die gesetzten Ziele erreicht werden oder ob die relativ lange Dauer des Vorgangs in manchen Fällen guten Ergebnissen im Weg steht und ob die Überprüfungsphase nach der Einführung des Studiengangs gut funktioniert.

Duale Studiengänge

Das Angebot dualer Bachelorstudiengänge wurde in der jüngsten Vergangenheit von vielen Studierenden angenommen und wird wohl in Zukunft anwachsen. Für duale Studiengänge bedarf es aufgrund der hohen Kosten für die Koordinierung des Programmablaufs mit den Ausbildungsunternehmen, die Unterstützung der Ausbildenden am Arbeitsplatz (die keine Pädagogen sind) und die Betreuung der Studierenden am Arbeitsplatz in der Regel zusätzlichen Personals. Zudem kann es schwierig sein, Ausbildungspartner unter den lokalen Unternehmen zu finden. Bisher haben sich duale Studiengänge in Brandenburg als ein erfolgreiches Modell erwiesen, um dem Bedarf der regionalen und lokalen Wirtschaft gerecht zu werden, aber auch, um Studierende anzuziehen, die sonst keinen höheren Bildungsweg eingeschlagen hätten.

Die Förderung von Um- und Höherqualifizierung

Die Deckung des Hochschulbildungsbedarfs von Erwerbstätigen

Von den Hochschulen wird erwartet, dass sie neben dualen Studiengängen noch weitere Hochschulbildungsformate für erwerbstätige Studierende, einschließlich berufsbegleitender Bachelorstudiengänge, anbieten. Angesichts des prognostizierten steigenden Bedarfs an Höher- und Umqualifizierung von Erwerbstätigen und der Tatsache, dass viele Studierende ihr Studium abbrechen, um in ein Arbeitsverhältnis zu treten, müsste das Hochschulangebot flexibler und mit der Arbeit vereinbar werden. Zudem können Schritte unternommen werden, um in Brandenburg im Rahmen von

Hochschulprogrammen, aber auch als Bestandteil des nationalen Qualifikationsrahmens den Übergang zu Hochschulgängen zu erleichtern, die etwa durch die Anerkennung vorheriger Lernleistungen oder tertiärer Kurzstudiengänge, sogenannte Mikroabschlüsse, zu einem Abschluss führen.

Es gibt Möglichkeiten, Beratungs- und Vorbereitungsangebote für die Gruppe der Berufstätigen digital durchzuführen, die aufgrund beruflicher und familiärer Verpflichtungen oft Angebote nicht persönlich wahrnehmen können. Darüber hinaus verwiesen Interessenvertreter aus der Wirtschaft auf das Potenzial digitaler Studienangebote, um auch Mitarbeitende aus Unternehmen in abgelegenen ländlichen Gebieten zur Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu motivieren.

Der Bundes- und Landesregierung obliegt es, erwachsene Lernende über den Wert, die Anforderungen und die Ergebnisse einer Hochschulbildung für Erwachsene (einschließlich einer Weiterbildung) zu informieren. Die Arbeitsagentur stellt auf ihrer Website einen Katalog mit verschiedenen Weiterbildungsmaßnahmen für erwachsene Lernende zur Verfügung. Anhand ihres Sozial- und Arbeitsverhaltens sowie ihrer Kompetenzen und Interessen können erwachsene Lernende zudem ihre Bereitschaft für Fortbildungsmaßnahmen beurteilen. Diese Informationen müssten in geeigneter Weise mit dem Bildungsangebot in Deutschland insgesamt und dem in Brandenburg verknüpft werden (siehe Kapitel 4).

Wissenschaftliche Weiterbildung

Der Bedarf an Höher- und Umqualifizierung wirft die Frage nach der Bereitstellung, der Inanspruchnahme und der Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen auf. Durch Weiterbildungsmaßnahmen können Unternehmen in die Lage versetzt werden, die zunehmende Komplexität der Arbeit zu bewältigen, die sich aus den technologischen Entwicklungen ergibt. Dadurch kann es Menschen zudem ermöglicht werden, länger erwerbstätig zu sein – eine Notwendigkeit angesichts der steigenden Lebenserwartungen, der besseren Gesundheit und Mobilität älterer Leute und des sinkenden Anteils der traditionellen erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Daher hat die Bundesregierung eine Strategie für lebenslanges Lernen erarbeitet.

Diese Tendenzen werfen wichtige strategische Fragen auf:

- Wie sollten Weiterbildungsmaßnahmen strukturiert sein? Wie sollte ihre Qualität gewährleistet werden? Wie sollten die Abschlüsse aussehen?
- Wie sollten die Kosten zwischen Arbeitgebenden, -nehmenden und der Regierung verteilt werden?

Einige Angestellte bilden sich mit der Belegung von Qualifizierungsmodulen weiter. Diese Module sind jedoch mit Blick auf den zeitlichen Rahmen, den Umfang und den Schwerpunkt nicht unbedingt geeignet für Arbeitnehmende, die eine spezifische Umschulung wünschen. Das MWFK und die Hochschulen in Brandenburg sollten alternativ einen systematischen Ansatz für die Weiterbildung anhand von Mikroabschlüssen in Betracht ziehen (OECD, 2021[42]). Mikroabschlüsse sind per Definition „sehr klein“ und können daher (hinsichtlich der Verwaltung und des Zeitplans) auf die Bedürfnisse von Weiterbildungswilligen ausgerichtet werden. Es müsste möglich sein, sie wie Teile eines Bausatzes zusammenzufügen, sodass frühere Ausbildungen anerkannt werden und mit der Zeit ein beträchtliches Weiterbildungsportfolio aufgebaut werden kann.

Mikroabschlüsse eignen sich besonders für die Weiterbildung von Arbeitnehmenden, die bereits über eine abgeschlossene Erstausbildung und in vielen Fällen auch über einen ersten Hochschulabschluss verfügen. Während Mikroabschlüsse zusammenfügbar gestaltet werden können, sind sie weniger geeignet für erste berufsqualifizierende Abschlüsse. Ein Hochschulabschluss stellt ein kohärentes Ganzes aus logisch zusammengesetzten Modulen dar, das nicht durch das Zusammenfügen solcher Module erreicht werden kann, die nicht zu einem Lernpfad aus voneinander abhängigen Komponenten führen (Wheelahan and Moodie, 2021[43]) (siehe Kasten 3.4 zum europäischen Beratungsprozess über Mikroabschlüsse).

Kasten 3.4. Ein möglicher europäischer Ansatz für Mikroabschlüsse

Die Europäische Kommission hat einen „europäischen Ansatz für Microcredentials“ initiiert. Dieser zielt darauf ab, die Akzeptanz von Mikroabschlüssen zu steigern, ihre Transparenz und Übertragbarkeit zu verbessern und Anerkennungsverfahren zu erleichtern.

Der Ansatz der EU-Kommission umfasst:

1. eine gemeinsame und transparente Definition
2. eine definierte Liste mit Standardelementen für die Beschreibung von Mikroabschlüssen
3. die Angleichung an die nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) und den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR): definierte Niveaus und Standards zur Beschreibung von Lernergebnissen
4. Qualitätssicherungsstandards
5. definierte Kreditpunkte: das Europäische System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (ECTS), definierte Lernergebnisse und fiktives Arbeitspensum
6. die Anerkennung für ein weiterführendes Studium und/oder zu Beschäftigungszwecken
7. die Übertragbarkeit: Vergabe, Speicherung und gemeinsame Nutzung von Mikroabschlüssen
8. die Erstellung von Plattformen für die Bereitstellung und Bewerbung von Kursen, die zu Mikroabschlüssen führen
9. Anreize für die Akzeptanz von Mikroabschlüssen.

Die Beratungsgruppe empfiehlt, dass die Leistungsnachweise und Abschlusszertifikate eindeutig als Mikroabschlüsse (und nicht wie ein Abschluss einer kompletten Ausbildung) gekennzeichnet und so weit wie möglich mit ECTS-Punkten verknüpft werden sollten. Sie könnten „angehäuft“, also kombiniert werden, um ausreichend Flexibilität für größere Lerneinheiten zu bieten und den verschiedenen nationalen institutions- und branchenspezifischen Praktiken und Kontexten gerecht zu werden.

Aus dem Bericht der EU-Kommission geht eindeutig hervor, dass einzelne Mikroabschlüsse nicht zu einem Abschluss einer kompletten Ausbildung kombiniert werden können. Dem liegt zugrunde, dass ein Hochschulabschluss ein kohärentes Ganzes aus logisch zusammengesetzten Modulen darstellt, die nicht durch das Zusammenfügen von Modulen erreicht werden kann, die möglicherweise keinem spezifischen Lernpfad, keiner gegenseitigen Abhängigkeit und keiner Kohärenz Rechnung tragen.

Die relative Bedeutung des lebenslangen Lernens in der einzelstaatlichen Politik wird sich wahrscheinlich auf die Prioritäten der betreffenden Institutionen in Bezug auf ihr Engagement für die Weiterbildung anhand von Mikroabschlüssen auswirken. Die Mitglieder der Beratungsgruppe sind sich einig, dass es einer umfangreichen Strategie mit klaren Zielen, Vorgehensweisen und zugewiesenen Mitteln bedarf, damit Mikroabschlüsse akzeptiert werden, und dass diese Strategie sowohl innerhalb der einzelnen Institutionen deutlich kommuniziert als auch externen Akteuren zugänglich gemacht werden muss, um einen kulturellen Wandel anzustoßen.

Quelle: European Commission (2020[44]), *A European Approach to Micro-credentials*, https://education.ec.europa.eu/sites/default/files/document-library-docs/european-approach-micro-credentials-higher-education-consultation-group-output-final-report.pdf.

Im OECD-Gebiet rangieren die Deutschen bei der Aufnahme einer Weiterbildungsmaßnahme etwa auf Platz 10 und liegen damit über dem OECD-Durchschnitt. Knapp die Hälfte aller deutschen

Arbeitnehmenden hat in den 12 Monaten vor der OECD-Erhebung über die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Erwachsenen an einer formellen oder informellen Ausbildungsmaßnahme teilgenommen. Damit liegen sie dennoch 10 Prozentpunkte unter den Ländern an der Spitze des Rankings. Aus der Erhebung geht hervor, dass sich knapp 30 % der Befragten mehr Schulungsmaßnahmen wünschen (OECD, 2021[45]). Das größte Hindernis für die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme ist mangelnde Zeit – die Weiterbildung sei nicht mit beruflichen oder familiären Verpflichtungen zu vereinbaren (OECD, 2021[45]). Eine Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Hochschulen und den lokalen Unternehmen, einschließlich KMU, wäre sehr wichtig, um das Bewusstsein der Arbeitgebenden und -nehmenden für die Notwendigkeit von Weiterbildungen zu schärfen und das Bildungsangebot besser an den Bedarf der Wirtschaft anzupassen (siehe Kapitel 6).

Auch der Kostenfaktor stellt ein Hindernis dar, wenn auch in geringerem Maße als der Zeitmangel. Da Weiterbildungsmaßnahmen in Brandenburg derzeit selbst finanziert werden müssen, könnte der Kostenfaktor die Nachfrage nach diesen Maßnahmen in Brandenburg in größerem Maße verringern als in anderen Bundesländern (und OECD-Ländern), in denen Weiterbildungsmaßnahmen teilweise aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Die Frage, ob Hochschulen aufgrund von EU-Bestimmungen berechtigt sind, öffentliche Mittel zur Finanzierung gewisser Weiterbildungsangebote zu verwenden, wird ausführlicher im Bericht *"Wissenschaftliche Weiterbildung und der EU-Rahmen für staatliche Beihilfen: Auswirkungen auf den öffentlichen Hochschulsektor in Brandenburg"* (OECD, 2022[32]). Eine angemessene finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an (wissenschaftlichen) Weiterbildungen sollte ebenfalls geschaffen werden.

Politikempfehlungen

Kasten 3.5. Politikempfehlungen zur Gewährleistung eines Hochschulsystems mit einem breiten Qualifikationsspektrum und zur Förderung von Um- und Höherqualifizierung

Vielfalt und Exzellenz

- Aufrechterhaltung der Spezialisierung von Hochschulen und Investition in Exzellenzbereiche anhand von Rahmenverträgen mit den Hochschulen und gestützt durch den ständigen Dialog zwischen der Hochschulrektorenkonferenz, dem MWFK, weiteren staatlichen Behörden und den Arbeitgeberverbänden.
- Umfangreiche Bewerbung der Exzellenzbereiche (einschließlich über Online-Marketing), um das Interesse von Studieninteressierten und Spitzenforschenden zu wecken, die Leistung dieser Forschungsgruppen noch zu erhöhen und weitere Möglichkeiten des Wissenstransfers zu erkunden.

Studienangebote, Zugangsmöglichkeiten und Akkreditierung

- Angesichts der erwarteten verstärkten Notwendigkeit zur Höher- und Umqualifizierung erwerbstätiger Personen und der Studienabbruchproblematik aufgrund von Beschäftigungsmöglichkeiten oder aus finanziellen Gründen: Gewährleistung einer strukturierten und zeitlich angepassten Vermittlung von Studieninhalten (z. B. durch hybride Lehrformate und das sogenannte *Blended Learning*, bei denen Online- und Präsenzunterricht im Wechsel stattfindet, und durch Abendkurse). Nur so lassen sich Nachteile für Teilzeitstudierende abbauen und Studienpläne besser mit der Erwerbstätigkeit vereinbaren.
- Untersuchung von Mechanismen für einen verbesserten Zugang zu Studiengängen, einschließlich auf Bachelorniveau, die Erwerbstätige in Vollzeit komplett berufsbegleitend absolvieren können.

- Überarbeitung der Struktur von Weiterbildungsprogrammen unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen, etwa dem Aufkommen von Mikroabschlüssen (*Microcredentials*).
- Prüfung der Verfahren für die Erstakkreditierung von Studiengängen unter Abwägung der Notwendigkeit, einerseits durch die qualitative Bewertung des Studienaufbaus und des Leistungsvermögens der Hochschule hohe Integritätsstandards und ihre Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten, und andererseits, die Bedarfe von Arbeitgebenden und Industrieverbänden zu berücksichtigen. Einführung von besseren Systemen für die Folgeprüfungen bereits genehmigter Studiengänge, etwa durch die Überprüfung, inwieweit neue Studiengänge zu höheren Einschreibungs- und Abschlussquoten und guten Ergebnissen für die Absolventen führen oder Bedarfe der Arbeitgebenden/Wirtschaft erfüllt werden.

Hochschulfinanzierung durch öffentliche Gelder

- Sicherung der verfügbaren Finanzierung und der Infrastruktur für duale Studiengänge.
- Finanzierungssicherung von Bachelorstudiengängen, die parallel zu einer Vollzeitbeschäftigung absolviert werden können.
- Prüfung der Finanzierungsmöglichkeiten von Weiterbildungen unter Einhaltung der EU-Vorschriften zur staatlichen Beihilfe.

Finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an Weiterbildungen

- Aufmerksame Beobachtung der Wirksamkeit von finanzieller Unterstützung des Bundes für Weiterbildungsteilnehmende; mögliche Wiedereinführung einer länderspezifischen Maßnahme zur gezielten Unterstützung für die Inanspruchnahme von Weiterbildungen an Hochschulen (ähnlich der kürzlich eingestellten Fördermaßnahme des Bildungsschecks).

Quellennachweise

AER (2017), "Regionalisation in Germany: The advantages of a federal state", Assembly of European Regions, https://aer.eu/regionalisation-germany-advantages-federal-state/ (accessed on 4 February 2021). [1]

Akkreditierungsrat (2021), *Accreditation Council*, https://www.akkreditierungsrat.de/en/stiftung-akkreditierungsrat/akkreditierungsrat/accreditation-council (accessed on 4 February 2021). [11]

Babyesiza, A. and C. Berthold (2018), *Tatsächliche Hochschulautonomie am Beispiel der finanziellen Steuerung der Hochschulen in Brandenburg und NRW*, Centrum für Hochschulentwicklung, https://www.che.de/download/che_ap_206_finanzautonomie-pdf/ (accessed on 7 April 2021). [17]

BLHP (n.d.), *Brandenburgische Landesrektorenkonferenz*, Brandenburgische Landeskonferenz der Hochschulpäsidentinnen und -präsidenten, https://www.blrk.de/ (accessed on 8 April 2021). [15]

BMBF (2021), *Bund-Länder-Wettbewerb "Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen" — Wettbewerb Offene Hochschulen*, https://www.wettbewerb-offene-hochschulen-bmbf.de/ (accessed on 8 April 2021). [34]

BTU (2021), "Double Degree: Study Programme Power Engineering (M.Sc.) – BTU Cottbus-Senftenberg", webpage, https://www.b-tu.de/en/powerengineering-ms/double-degree (accessed on 8 April 2021). [36]

CHE (2020), *CHECK – Teilzeitstudium in Deutschland 2020*, CHE Centrum für Hochschulentwicklung, https://www.che.de/download/check-teilzeitstudium-2020/?ind=1603378124992&filename=CHECK_Teilzeitstudium_in_Deutschland_2020.pdf (accessed on 8 April 2021). [30]

CHE (n.d.), *CHE Ranking, Centrum für Hochschulentwicklung*, https://www.che.de/en/ranking-germany/ (accessed on 17 November 2021). [41]

Dohmen, D. and R. Krempkow (2015), "Hochschulautonomie im Ländervergleich", Konrad-Adenauer Stiftung, http://www.kas.de/hochschulautonomie (accessed on 7 April 2021). [16]

EUA (2017), *University Autonomy in Europe III Country Profiles*, European University Association. [19]

EUA (2017), *University Autonomy in Europe III: The Scorecard 2017*, European University Association, https://eua.eu/downloads/publications/university%20autonomy%20in%20europe%20iii%20the%20scorecard%202017.pdf. [18]

European Commission (2020), *A European Approach to Micro-credentials*, European Commission, Brussels, https://education.ec.europa.eu/sites/default/files/document-library-docs/european-approach-micro-credentials-higher-education-consultation-group-output-final-report.pdf. [44]

European Union (2014), "Higher Education in Germany", webpage, https://www.euroeducation.net/prof/germanco.htm (accessed on 4 February 2021). [10]

European University Viadrina (2021), *Studying Abroad / Double Degree*, webpage, https://study.europa-uni.de/en/wiwi/master/programme/iba/international/index.html (accessed on 8 April 2021). [35]

Eurydice (2021), *Germany: Administration and governance at central and/or regional level*, 6 December, Eurydice, https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/administration-and-governance-central-andor-regional-level-31_en (accessed on 4 February 2021). [4]

Eurydice (2021), *Germany: National reforms in higher education*, Eurydice, https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/national-reforms-higher-education-25_en (accessed on 8 April 2021). [6]

Eurydice (2020), *Management Staff for Higher Education | Eurydice*, https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/management-staff-higher-education-25_gd (accessed on 5 February 2021). [20]

Hartwig, L. (2004), *OECD IMHE-HEFCE Project on International Comparative Higher Education Financial Management and Government Financial Management and Governance in HEIS: Germany (Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung)*, OECD, Paris, https://www.oecd.org/germany/33643524.PDF. [7]

Hochschulrektorenkonferenz (n.d.), *About us – Hochschulkompass, Hochschulrektorenkonferenz*, https://www.hochschulkompass.de/en/about-us.html (accessed on 7 February 2021). [27]

Hochschulrektorenkonferenz (n.d.), *Hochschulpakt*, Hochschulrektorenkonferenz, https://www.hrk.de/themen/hochschulsystem/hochschulpakt/ (accessed on 8 April 2021). [5]

Jansen, D. (2007), *New Forms of Governance in Research Organizations: Disciplinary Approaches*, Springer, Dordrecht, https://doi.org/10.1007/978-1-4020-5831-8 (accessed on 4 February 2021). [14]

Kultusministerkonferenz (2019), *The Education System in the Federal Republic of Germany – A description of the responsibilities, structures and developments in education*, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, https://www.kmk.org/dokumentation-statistik/informationen-zum-deutschen-bildungssystem/dossier-englisch.html (accessed on 4 February 2021). [2]

Landtag Brandenburg (1992), *Verfassung des Landes Brandenburg*, Landtag Brandenburg, https://bravors.brandenburg.de/de/gesetze-212792#31 (accessed on 6 April 2021). [8]

MWFK (2021), *Studienangebote – Duales Studium Brandenburg*, https://www.duales-studium-brandenburg.de/studienangebote#&gid=lightbox-group-2255&pid=0 (accessed on 6 February 2021). [24]

MWFK (2020), *Hochschulen erhalten 70 Millionen Euro ab 2024*, https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/service/pressemitteilungen/ansicht/~26-06-2020-zukunftvertrag-studium-und-lehre. [38]

MWFK (2020), *Startschuss für mehr Gerechtigkeit im Wissenschaftssystem*, https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/service/pressemitteilungen/ansicht/~31-08-2020-gute-arbeitsbedingungen-in-der-wissenschaft. [40]

MWFK (2018), *Zukunftsprogramm für die Fachhochschulen des Landes*, https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Zukunftsprogramm%20FHs.pdf. [39]

MWFK (2017), *Verordnung über den Umfang der Lehrverpflichtung des hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den staatlichen Hochschulen des Landes Brandenburg (Lehrverpflichtungsverordnung - LehrVV)*, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, https://bravors.brandenburg.de/verordnungen/lehrvv (accessed on 26 February 2021). [29]

MWFK (n.d.), *Landeshochschulrat*, webpage, https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/wissenschaft/landeshochschulrat/ (accessed on 4 February 2021). [13]

MWFK (n.d.), *rechtliche Grundlagen / zentrale Dokumente*, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/wissenschaft/rechtliche-grundlagen-zentrale-dokumente/ (accessed on 8 February 2021). [9]

MWFK (n.d.), *Wissenschaft: Rechtliche Grundlagen/Zentrale Dokumente*, https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/wissenschaft/rechtliche-grundlagen-zentrale-dokumente/ (accessed on 15 March 2021). [46]

Nedelkoska, L. and G. Quintini (2018), "Automation, skills use and training", *OECD Social, Employment and Migration Working Papers*, No. 202, OECD Publishing, Paris, https://dx.doi.org/10.1787/2e2f4eea-en. [31]

OECD (2022), *Continuing Education and Training and the EU Framework on State Aid: Implications for the Public Higher Education Sector in Brandenburg*, OECD Publishing. [32]

OECD (2021), *OECD Skills Outlook 2021: Learning for Life*, OECD Publishing, Paris, https://dx.doi.org/10.1787/0ae365b4-en. [45]

OECD (2021), "Quality and value of micro-credentials in higher education: Preparing for the future", *OECD Education Policy Perspectives*, No. 40, OECD Publishing, Paris, https://dx.doi.org/10.1787/9c4ad26d-en. [42]

OECD (2020), *Education Policy Outlook: Germany*, OECD Publishing, Paris, http://www.oecd.org/education/policy-outlook/country-profile-Germany-2020.pdf. [3]

Privathochschulen (n.d.), *Studium in Brandenburg: Private Fachhochschulen & Universitäten + alle Studiengänge*, http://www.privathochschulen.net/hochschulen/brandenburg (accessed on 15 March 2021). [23]

SfH (2021), *Stiftung für Hochschulzulassung: Stiftung für Hochschulzulassung*, https://hochschulstart.de/sfh/ (accessed on 8 February 2021). [12]

Shumelev, A. (2019), "Higher education and research in Germany", 1 April, HED Multilingual Magazine, https://hedclub.com/en/article/view?id=97. [21]

Statistik Berlin-Brandenburg (2020), *Personal an Hochschulen im Land Berlin 2019*, http://www.statistik-berlin-brandenburg.de (accessed on 15 February 2021). [26]

Statistik Berlin-Brandenburg (2019), *Studentenstatistik*, https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/webapi/jsf/tableView/tableView.xhtml# (accessed on 15 February 2021). [25]

Statistisches Bundesamt (2021), *Hochschulstatistik*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Methoden/Erlaeuterungen/hochschulen.html. [22]

Statistisches Bundesamt (2020), "Studierende an Hochschulen WS2019/20". [28]

Universität Potsdam (2021), "Double Degree Programs – What to Study – Studies – University of Potsdam", webpage, https://www.uni-potsdam.de/en/studium/what-to-study/double-degree-programs (accessed on 8 April 2021). [37]

Wheelahan, L. and G. Moodie (2021), "Analysing micro-credentials in higher education: a Bernsteinian analysis", *Journal of Curriculum Studies*, Vol. 53/2, pp. 212-228, https://doi.org/10.1080/00220272.2021.1887358. [43]

Wissenschaftsrat (2019), *Empfehlungen zu hochschulischer Weiterbildung als Teil des lebenslangen Lernens*, Wissenschaftsrat, https://www.wissenschaftsrat.de/download/2019/7515-19.pdf?__blob=publicationFile&v=1. [33]

Endnoten

[1] Das Angebot sollte umfangreich sein und auch Studiengänge der Sozial- und Geisteswissenschaften enthalten, da die im Studium und in Praktika erworbenen Kompetenzen der Absolventen solcher Studiengänge auch in den technologieintensiven Branchen einsetzbar sind.

4 Leistung des Hochschulsystems: Zugang zur Hochschulbildung

In diesem Kapitel wird erörtert, wie Brandenburg jungen Leuten den Zugang zu seinem Hochschulsystem ermöglicht. Dabei wird besonderes Augenmerk auf den Übergang von dem sekundären in den tertiären Bildungsbereich gerichtet, was Bemühungen zur Anwerbung von Studierenden einschließt. Des Weiteren wird die von den Präsenzstellen, dem Netzwerk Studienorientierung und von hochschulexternen Stellen ausgehende Studien- und Berufsberatung und -orientierung von Sekundarschülern betrachtet. Zusätzlich werden Einschreibequoten und Trends analysiert, darunter etwa der geringe direkte Übergang von dem sekundären in den tertiären Bildungsbereich in Brandenburg. Schließlich werden die Entscheidungen der Schulabgänger und die Faktoren untersucht, die bei der Wahl des Studienortes eine Rolle spielen.

Der Übergang von der Schule in die Hochschulbildung in Brandenburg

Das System der Leistungsgruppierung im Sekundarschulbereich entscheidet früh über die akademische Laufbahn, jedoch haben Durchlässigkeit und Flexibilität des Systems zugenommen

Im Allgemeinen ist für die Zulassung zu einem Studiengang, der zu einem ersten Abschluss an einer Hochschule führt, die allgemeine Hochschulreife oder die fachgebundene Hochschulreife erforderlich (Eurydice, 2021[1]). Erstere berechtigt zum Studium an allen Hochschulen in allen Fächern und Fachrichtungen, während letztere den Zugang zu Fachhochschulen und nur zu bestimmten Studiengängen an Universitäten ermöglicht (MBJS, 2021[2]). In Brandenburg berechtigt die Fachhochschulreife auch zur Aufnahme bestimmter Studiengänge an Universitäten (was nicht in allen Bundesländern der Fall ist). Die Hochschulzugangsberechtigung kann zudem über eine Berufsausbildung oder den zweiten Bildungsweg erworben werden (siehe Kasten 4.1).

Unter allen Immatrikulationen an den brandenburgischen Hochschulen im Wintersemester 2019/20 besaßen mehr als 70 % der Studierenden eine an einer Schule der Sekundarstufe II in Deutschland erworbene allgemeine Hochschulreife. Nur 12 % der Studierenden erlangte den Hochschulzugang über eine Fachhochschulreife oder eine fachgebundene Hochschulreife. Rund 15 % der Studierenden erwarben ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland.

Kasten 4.1. Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung

Die Entscheidung über den weiterführenden Bildungsweg fällt im letzten Jahr der Grundschulzeit. In Brandenburg besuchen die Kinder in der Regel sechs Jahre lang die Grundschule, während in den meisten Bundesländern vier Jahre vorgesehen sind. In Brandenburg gibt es drei weiterführende Bildungsgänge: den Bildungsgang der Sekundarstufe I (Hauptschule, Realschule, Oberschule), den Bildungsgang der Sekundarstufe II (Gymnasium) und den Bildungsgang der Gesamtschule (Kombination verschiedener Bildungsgänge). Die Entscheidung wird von der Klassenkonferenz (einer Zusammenkunft aller Lehrkräfte eines Jahrgangs) auf der Grundlage der Empfehlung der Klassenlehrenden nach einem Gespräch mit den Eltern getroffen. Begabte Kinder, die einen Bildungsgang der Sekundarstufe I besuchen, können nach vier Jahren Sekundarstufe I in den Bildungsgang der Sekundarstufe II oder in die Gesamtschule wechseln, wo sie in speziellen Klassen für begabte Kinder untergebracht werden.

Im Schuljahr 2019/20 wechselten in Brandenburg 41 % der Kinder von der Grundschule auf eine Schule der Sekundarstufe II, 38 % auf eine Schule der Sekundarstufe I und 17 % auf eine Gesamtschule. Der Anteil der Mädchen, die auf eine Schule der Sekundarstufe II wechselten, ist um fast 10 Prozentpunkte höher.

Nach Abschluss der regulären Sekundarschule können die Schüler folgende Schulabschlüsse erwerben:

- **Erweiterte Berufsbildungsreife**: diese kann an allen Schultypen am Ende der Klasse 9 erworben werden. Sie berechtigt in erster Linie zur Aufnahme einer Berufsausbildung im dualen System (Kombination aus Lehre und theoretischer Ausbildung). Der erweiterte Abschluss nach Klasse 10 ermöglicht ein breiteres Spektrum an beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten (z. B. Berufsfachschule).
- **Fachoberschulreife (mittlere Reife):** diese kann an allen Schultypen nach zehnjähriger Schulzeit erworben werden. Sie berechtigt zur Aufnahme einer Berufsausbildung oder zur Fortsetzung einer schulischen Ausbildung. Neben der Aufnahme einer Berufsausbildung im

dualen System ermöglicht sie auch die Aufnahme einer vollzeitschulischen Berufsausbildung. Bei Erreichen eines bestimmten Notendurchschnitts ist auch der Zugang zu den verschiedenen Schultypen der Sekundarstufe II möglich.

- **Allgemeine Hochschulreife (Abitur):** Die allgemeine Hochschulreife wird nach der Klasse 12 des Gymnasiums oder der Klasse 13 der Gesamtschule erworben. Die Hochschulreife ist der Nachweis, dass der Inhaber zur Aufnahme eines Studiums bereit und berechtigt ist.

Neben den weiterführenden Schulen kann die Hochschulreife auch an Berufsschulen oder auf dem zweiten Bildungsweg erworben werden, entweder in Teilzeit- (z. B. Abendgymnasien) oder Vollzeitschulen (z. B. Fachoberschule, Berufsoberschule).

Von 21.100 Schülern, die im Schuljahr 2018/19 in Brandenburg die Schule beendeten, hatten 7 % keinen Schulabschluss, 14 % die erweiterte Bildungsreife, 39 % die mittlere Reife und 40 % der Schüler eine allgemeine Hochschulreife erworben.

Brandenburg gehört damit zu den sechs Bundesländern, in denen es mehr Schulabgänger mit der allgemeinen Hochschulreife als mit der mittleren Reife gibt.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2020[3]), *Schulen*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/_inhalt.html (aufgerufen am 15 März 2021).

Die Zulassungskriterien und –verfahren beruhen auf geregelten Quoten und Auswahlkriterien

In einigen Fällen können die Hochschulen für bestimmte Studiengänge zusätzliche Anforderungen an die Bewerbenden stellen, die über die allgemeine Hochschulreife hinausgehen. So wird für die Zulassung zu bestimmten Studiengängen eine einschlägige praktische Vorerfahrung verlangt. In bestimmten Studienrichtungen an Fachhochschulen und Universitäten wird die Eignung der Bewerbenden in einem separaten Testverfahren festgestellt. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Sport, Design sowie kreative und darstellende Künste.

Gemäß dem Brandenburgischen Hochschulgesetz (§ 9 BbgHG) wird beruflich qualifizierten Bewerbenden ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung unter bestimmten Voraussetzungen der Hochschulzugang gewährt (CHE, 2021[4]). Inhaber von Meisterbriefen und Fortbildungsabschlüssen haben ähnlich wie Bewerbende mit allgemeiner Hochschulreife uneingeschränkten Zugang zu den Studiengängen. Beruflich qualifizierte Bewerbende ohne weiterführenden Schulabschluss können nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung und einer mindestens zweijährigen Berufserfahrung in ihrem Berufsfeld Zugang zu berufsfeldbezogenen Studiengängen erhalten. In Brandenburg müssen diese Bewerbenden (anders als in einigen Bundesländern, wie z. B. Sachsen oder Sachsen-Anhalt) keine zusätzliche Eignungsprüfung ablegen, obwohl Fachbereiche oder Fakultäten dies in ihren Satzungen vorsehen können (Technische Hochschule Brandenburg, 2021[5]). Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten können bis zur Hälfte eines Hochschulstudiums angerechnet werden, wenn sie hinsichtlich Inhalt und Niveau dem ersetzten Teil des Studiums gleichwertig sind (CHE, 2021[4]).

In der Regel erkennen die brandenburgischen Hochschulen abgeschlossene Studiengänge, Module und Lehrveranstaltungen anderer Hochschulen im In- und Ausland an. Nach erfolgreichem Abschluss von mindestens zwei Semestern in einem anderen Bundesland können Studierende unabhängig von der Art der Hochschulreife ihr Studium in Brandenburg in demselben oder einem eng verwandten Studiengang fortsetzen (BbgHG) (CHE, 2021[4]). Weitere Entscheidungen über die Anerkennung und Vergabe von ECTS-Punkten für Studienleistungen werden von der jeweiligen Hochschule getroffen.

Die Hochschulen handhaben die Zulassung zu Bachelor- und Masterstudiengängen innerhalb des gesetzlichen Rahmens eigenständig. Der Gesetzgeber legt bestimmte Quoten fest: So sind zwischen 10 und 20 % der Studienplätze für bestimmte Gruppen reserviert (z. B. Härtefälle, Bewerbende für einen Studiengang in einem stark nachgefragten Bereich). Die restlichen Plätze werden nach Auswahlkriterien vergeben: Noten in der Vorqualifikation und mindestens ein weiteres vorgegebenes Kriterium (z. B. fachspezifische Eignungstests, Bewerbungsgespräch).

Studiengänge mit bundesweit zulassungsbeschränkten Studienplätzen (z. B. Medizin, Pharmazie, Veterinärmedizin, Zahnmedizin) werden zentral von der Stiftung für Hochschulzulassung (SfH) koordiniert.

Die Landesstrategie zur Berufs- und Studienorientierung ist ein wichtiger Schritt für eine bessere Beratung an den Schulen

Das MBJS hat 2015 eine Strategie zur Berufs- und Studienorientierung entwickelt, die den Rahmen für eine umfassende, systematische Berufs- und Studienorientierung an Schulen bildet; die Strategie wurde Ende 2021 aktualisiert und soll ab 2022/23 schrittweise umgesetzt werden (siehe Kasten 4.2). Die brandenburgische Landesregierung hat mit dem Bund (Bundesministerium für Bildung und Forschung und Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und der Bundesagentur für Arbeit eine Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung der Berufs- und Studienorientierung an den brandenburgischen Schulen unterzeichnet.

Kasten 4.2. Die aktualisierte Landesstrategie zur Berufs- (und Studien)orientierung

Die neue Landesstrategie zur Berufs- und Studienorientierung wurde im September 2021 vom Landtag beschlossen. Um die Schüler besser auf die Berufs- und Hochschulausbildung vorzubereiten, soll die Berufs- und Studienorientierung praxisnäher, individueller und besser in die Organisationsstrukturen der Schulen integriert werden. Außerdem sollen regionale wirtschaftliche und soziale Besonderheiten berücksichtigt und das Angebot zunehmend digitaler werden. In vier wichtigen Handlungsfeldern wurden strategische und operative Ziele formuliert:

- Förderung der schulischen Selbstständigkeit: Befähigung der Schulen im Land Brandenburg zur Planung und Umsetzung der Beruflichen Orientierung (BO). Hierzu sollen der fachübergreifende Charakter der Aufgabe gestärkt und Schulen bei der Weiterentwicklung ihrer BO-Konzepte unterstützt werden. Weiterhin werden eine angemessene Ressourcenausstattung und die Qualifizierung der Lehrkräfte angestrebt. Zusätzliche Angebote zur Selbstreflexion sollen die Schulen dabei unterstützen, die eigene Berufliche Orientierung bewerten und Handlungsbedarfe identifizieren zu können.
- bedarfsorientierte Begleitung im Berufswahlprozess: Unterstützung junger Menschen auf ihrem Weg in den Beruf. Hierzu soll insbesondere die weitere Systematisierung der Beruflichen Orientierung einen Beitrag leisten. Handlungsbedarfe betreffen zudem die Wahrung ihrer Individualität, Praxisnähe, Vielfalt und Geschlechtersensibilität. Um alle Adressatengruppen zu erreichen, sind Sichtbarkeit und Image der Beruflichen Orientierung zu steigern. Zur Entwicklung des Arbeitsbereiches bedarf es zuletzt einer fortlaufenden Evaluation der BO-Aktivitäten.
- Stärkung der Kooperationen zwischen Schulen und externen Partnern: praxisnahe und bedarfsorientierte Umsetzung der beruflichen Orientierung durch die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure. Hierzu sollen der Aufbau sowie die Verstetigung von Kooperationen, insbesondere in ländlichen Regionen, gefördert werden.

- Intensivere Elternarbeit: stärkere Einbindung der Eltern und Erziehungsberechtigten in die berufliche Orientierung. Hierzu soll sowohl ihre Beteiligung gefördert als auch ihre Information verbessert werden.

Um die gesetzten Ziele zu erreichen, sollen erfolgreiche Angebote zur Berufs- und Studienorientierung gefördert werden. Das bestehende Maßnahmenpaket soll gezielt um neue Elemente ergänzt werden, um Impulse für die qualitative Weiterentwicklung der Berufsorientierung zu setzen. Zu den wichtigsten Entwicklungsprojekten gehören:

- Konzeption und Umsetzung eines Nachfolgeprogramms der „Initiative Sekundarstufe I“,
- Einführung des digitalen Berufswahlpasses 4.0,
- Entwicklung einer modularen Fortbildungsreihe für Schulleitungen und Lehrkräfte und
- Digitalisierung des Auszeichnungsverfahrens „Schulen mit hervorragender Berufs- und Studienorientierung“.

Das Orientierungsangebot in Brandenburg wird in der Regel durch das Land, die Europäische Union, den Bund, die Bundesagentur für Arbeit und weitere Partner (z. B. Unternehmen, Kammern/ Wirtschaftsverbände, Sozialpartner, Stiftungen, Kommunen) finanziert. Die Umsetzung der in der Strategie aufgeführten Entwicklungsprojekte hängt von der Verfügbarkeit von Fördermitteln ab.

Quelle: MBJS (2022[6]), Landesstrategie zur Beruflichen Orientierung: Handlungsrahmen einer systematischen, individuellen und praxisnahen Ausbildungs- und Studienorientierung an Schulen im Land Brandenburg, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.

Die Berufs- und Studienberatung und –orientierung an Schulen

An Brandenburgs Schulen existieren einige Angebote zur Berufs- und Studienorientierung. Die Schüler können in der neunten Klasse ein Praktikum absolvieren, und ihnen wird im Rahmen eines Seminarkurses „Studien- und Berufsorientierung“ Berufsberatung angeboten. Dieser Kurs verlangt von den Schülern, dass sie zwei Jahre lang über ihre eigene berufliche Zukunft nachdenken und sich mit den Anforderungen der Hochschul- und Berufswelt vertraut machen (MBJS, 2021[7]). Der Berufswahlpass ist ein strukturiertes Instrument zur individuellen Berufs- und Studienorientierung von Klasse 7 bis 13 (einschließlich der Dokumentation von Projekten und Praxiserfahrungen, Stärken- und Interessenanalyse, Berufsplanung usw.) (MBJS, 2021[7]). Alle Schüler der Jahrgangsstufe 9 erhalten den Schulkalender „Kopfstütze“, der nützliche Hinweise zur Berufs- und Studienwahl sowie Informationen zu Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten in Brandenburg und Berlin enthält. Schüler der 7. oder 8. Klasse haben zudem die Möglichkeit, an einer „Potenzialanalyse als Kompass“ teilzunehmen, die ihre Stärken, Neigungen und Interessen als Kompass für eine strukturierte, individuelle Studien- und Berufsorientierung erkundet. Die Analyse umfasst eine Selbsteinschätzung der Schüler, einen Tag mit praktischen Simulationen und Übungen sowie eine individuelle Beratung (kobra.net, 2021[8]).

Das Netzwerk Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg steuert die Landesstrategie zur Berufs- und Studienorientierung und fördert die Zusammenarbeit von Schulen, Unternehmen und Hochschulen (Netzwerk Zukunft, n.d.[9]). Das Netzwerk unterstützt z. B. Schulen bei der Umsetzung ihrer Berufs- und Studienorientierungsprogramme und bietet Fortbildungen für Lehrkräfte zur Berufs- und Studienorientierung an. Am Zukunftstag öffnen Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Behörden und andere Organisationen ihre Türen für Schüler der Klassenstufen 7 bis 10, um Berufs- und Studienerfahrungen aus erster Hand zu vermitteln (Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (FBB, 2021[10]).

Das Netzwerk Zukunft hat einigen Brandenburger Schulen die Auszeichnung „Schule mit exzellenter Berufs- und Studienorientierung“ für ihr großes Engagement bei der Durchführung des obligatorischen Berufswahlpasses, der Kopfstütze und des Berufspraktikums sowie weiterer Programmpunkte verliehen

(Netzwerk Zukunft, n.d.[9]). Derzeit tragen 61 Oberschulen (von 149), jedoch nur 15 Gymnasien in Brandenburg (von insgesamt 103) und 4 Gesamtschulen (von 45) die Auszeichnung „Schule mit exzellenter Berufs- und Studienorientierung“.

Schulen, denen diese Auszeichnung verliehen wurde, bieten eine breite Palette von Aktivitäten an, die ihren Schülern die Arbeitswelt und die Hochschulbildung näher bringen. Insbesondere können sich viele dieser Schulen auf etablierte Netzwerke mit Bildungsanbietern und Arbeitgebern, starke Alumni-Netzwerke und „Freunde der Schule“-Vereinigungen, außerschulische Aktivitäten auf dem Campus, eine relativ gute materielle Basis und eine starke schuleigene Identität stützen, die Schüler und ihre Familien, Lehrkräfte und Schulleitungen näher zusammenbringt. Diese Schulen können sich auch um europäische und föderale Finanzierungsprogramme bewerben, um ihre ehrgeizigen Projekte zu unterstützen. Um ein solches umfassendes Angebot landesweit zu gewährleisten, sind Möglichkeiten des Peer-Learnings zwischen allen – öffentlichen und privaten – Schulen erforderlich; darüber hinaus muss die Landesregierung möglicherweise ihre Verordnung über Lehrveranstaltungsstunden um eine Bestimmung zur Berufs- und Studienorientierung erweitern und zweckgebundene Landesmittel für das Angebot zur Studien- und Berufsorientierung bereitstellen oder ausbauen.

Die Hochschulverträge fördern die Orientierung und Beratung der Schüler durch die Hochschulen

Die Hochschulen spielen eine Schlüsselrolle bei der Berufs- und Studienorientierung und werden für diese Aufgabe vom Ministerium und vom Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert (MWFK, 2013[11]). Die Hochschulvereinbarung und die Hochschulverträge sehen den Ausbau und die Einführung von Orientierungsdiensten sowie die Einrichtung interinstitutioneller Strukturen zur Koordinierung der Maßnahmen zur Gewinnung und Beratung von Studieninteressierten vor (MWFK, n.d.[12]). Die Maßnahmen des MWFK lassen sich in vier Säulen zusammenfassen (siehe Kasten 4.3).

Kasten 4.3. MWFK-Maßnahmen zur Gewinnung von Studierenden für Brandenburg

1. Gemeinsame Auftritte auf Bildungsmessen in den westlichen Bundesländern

Seit mehreren Jahren organisiert und finanziert das MWFK gemeinsame Auftritte der brandenburgischen Hochschulen auf Bildungsmessen, insbesondere in den westlichen Bundesländern. Diese gemeinsame Initiative wird von den Hochschulen durchweg als positiv bewertet.

2. Regelmäßige Werbung für die Website www.studieren-in-Brandenburg.de

Die jüngste Werbekampagne für die Website umfasste zwei mehrwöchige Radiospots auf Jam FM. Im Winter 2019/20 erreichte diese Kampagne rund 1,7 Millionen Hörer in der werberelevanten Zielgruppe. Weitere Werbekanäle sind: Pressemitteilungen und ein Flyer, Lesezeichen für Instagram, Instagram-Werbung, Anzeigen auf lokalen Online-Nachrichten-Websites, Bildschirmwerbung in 25 Berliner U- und S-Bahnhöfen, In-App-Werbung auf Berliner Schülerhandys, Anzeigen in Schülerzeitungen.

3. Ausweitung der Finanzierung und des Mandats des Netzwerks Studienorientierung zur Ansprache von Studieninteressierten in Berlin

Ein Drittel der derzeitigen Studierenden an den Brandenburger Hochschulen kommt aus Berliner Schulen. Das MWFK finanzierte eine zusätzliche Stelle in der Koordinierungsstelle des Netzwerks für die Arbeit mit Studieninteressierten an Berliner Schulen. Das Netzwerk hat sein Angebot in den sozialen Medien erweitert und diversifiziert. Ziel ist es, alle Brandenburger Hochschulen über Social Media mit dem Netzwerk zu verbinden, um Anfragen von Studieninteressierten „aus erster Hand“ zu beantworten.

Eine damit zusammenhängende Maßnahme ist der hochschulübergreifende Ausbau der Website www.studieren-in-Brandenburg.de durch die Verbesserung der Präsenz des Studienangebots der brandenburgischen Hochschulen, die Einführung des Bewertungstools des Netzwerks Studienorientierung und die Einführung von fachbezogenen Wissenstests.

4. Unterstützung von Peer-Group-Ansätzen

Mit der Projektförderung können Initiativen von Peer-Groups unterstützt werden, die bei den Studieninteressierten für die brandenburgischen Hochschulstandorte als lebenswerte Orte werben, was bislang nicht der Fall ist.

Quelle: Schriftliche vom MWFK zur Verfügung gestellte Informationen.

Die Hochschulen haben ihre Präsenz in den (Online-)Medien ausgebaut und informieren über das Studium in Brandenburg sowie das duale Studium. Die Hochschulen beteiligen sich an Karrieremessen, die vom MWFK organisiert und finanziert werden. Das Online-Self-Assessment bietet eine interaktive Möglichkeit für Studieninteressierte, die eigenen Interessen und Fähigkeiten zu entdecken und Einblicke in Studiengänge zu gewinnen. Die Hochschulen bieten Informationsveranstaltungen und Workshops in Schulen an. Außerdem organisieren sie Informationstage und Tage der offenen Tür, an denen zukünftige Studierende und Eltern den Campus besuchen und an Seminaren, Workshops und anderen Aktivitäten teilnehmen können.

Die Zentralen Studienberatungen (ZSB) der Hochschulen informieren und beraten (zukünftige) Studierende, Eltern und Lehrkräfte. Das Netzwerk Studienorientierung ist als unabhängiger Zusammenschluss der acht öffentlichen Hochschulen der größte Anbieter von Berufs- und Studienberatung in Brandenburg (Netzwerk Studienorientierung Brandenburg, n.d.[13]). Es unterhält an jeder Hochschule Büros, die für die Studienberatung zuständig sind, und betreibt die Website www.studieren-in-brandenburg.de (siehe Kasten 4.4). Das Netzwerk bietet Beratung und Studienorientierung in und außerhalb von Schulen an, darunter Studienberatung, Hochschulinformationstage, ein Workbook für zukünftige Studierende, Instagram-Challenges, Seminare und Informationsabende. Zudem bietet es Fortbildungen für Lehrkräfte an. Das Netzwerk organisiert etwa 1.000 Veranstaltungen pro Jahr und hat jährlich etwa 30.000 Teilnehmende. Es wird gemeinsam vom MWFK und den Hochschulen finanziert.

Kasten 4.4. Das digitale Angebot des Netzwerkes Studienorientierung

Das Netzwerk Studienorientierung wendet sich an Studieninteressierte, die sich über die Studienmöglichkeiten an den brandenburgischen Hochschulen informieren wollen und Unterstützung bei der Studienwahl benötigen. Es unterhält das große Webportal zum Thema Hochschulbildung in Brandenburg: www.studieren-in-brandenburg.de. Das Netzwerk Studienorientierung betrachtet die Website als Teil seines Kundenbeziehungsmanagements. Kürzlich wurde sie grundlegend verbessert und bietet nun folgende Informationen und Tools:

- Zusammenstellung von Vorstudienprogrammen einschließlich des Juniorstudiums, das es Schülern ermöglicht, Vorlesungen an Hochschulen zu besuchen und ECTS-Punkte zu sammeln, Schnupperstunden in Bachelorstudiengängen zu besuchen und Praktika an Hochschulen zu absolvieren.
- Digitale Rallye zur Erkundung der Brandenburger Hochschulen mit der Actionbound-App; die Rallye mit interaktivem Quiz dauert etwa 20 Minuten.

- Online-Mediathek mit verschiedenen Videos über das Studieren an Brandenburger Hochschulen, Campus-Rallyes, aufgezeichneten Webinaren zur Studienorientierung und Alumni-Interviews, die von den Hochschulen bereitgestellt werden.
- Digitale Studienberatung durch die Hochschulen und das Netzwerk.
- Workbook zur Studienwahlentscheidung für Studieninteressierten.
- Informationen über die Hochschulen in Brandenburg.
- Blog mit Artikeln zur Studienwahlentscheidung.
- Veranstaltungskalender, der nach persönlichen fachlichen Interessen, Hochschulen, Zielgruppen und Veranstaltungsarten durchsucht werden kann.
- Links zu den Instagram- und Facebook-Kanälen des Netzwerkes Studienorientierung sowie ein Link zum WhatsApp-Messenger-Chatdienst der Hochschulen.
- Bereich, der sich an Lehrkräfte und Eltern richtet, um Anregungen für die Unterstützung junger Menschen bei ihrer Studienentscheidung zu erhalten.

Die Website richtet sich insbesondere an Studieninteressierte aus Berlin aber auch aus anderen (Bundes-)Ländern. Seit dem Beginn der Covid-Pandemie hat sich das digitale Angebot des Netzwerks Studienorientierung als noch wichtiger herausgestellt. Die hier genannten Maßnahmen dürften das Hochschulangebot in Brandenburg insbesondere bei Schülern in Berlin sowie in peripheren Regionen Brandenburgs bekannter gemacht haben. Die Website wurde seit Beginn der Covid-Pandemie mehr als 11.000 Mal besucht. Mehr als die Hälfte der Nutzer kommt aus Berlin.

Quelle: Netzwerk Studienorienterung Brandenburg (n.d.[13]), www.studieren-in-brandenburg.de (aufgerufen am 8 April 2021); Netzwerk Studienorienterung Brandenburg (2020[14]), "Bericht der Koordinierungsstelle des Netzwerks Studienorientierung", Potsdam University.

Auch die Präsenzstellen der Hochschulen informieren und beraten (angehende) Studierende u. a. zur Studienfinanzierung und vernetzen sich mit Unternehmen, Kammern und Verbänden (siehe Kasten 4.5). Jede Präsenzstelle wird von einer Hochschule bzw. von zwei Hochschulen gemeinsam in Kooperation mit Wirtschaftsakteuren in den Regionalen Wachstumskernen (RWK), in denen die Präsenzstelle angesiedelt ist, aufgebaut und betrieben. Unabhängig vom Hochschulträger präsentiert jede Präsenzstelle die Angebote aller Hochschulen in Brandenburg. Gesteuert werden die Stellen von einer an der TH Brandenburg angesiedelten Koordinierungsstelle.

Kasten 4.5. Präsenzstellen der Hochschulen in Brandenburg

Seit 2018 hat das MWFK die Hochschulpräsenz in mehreren RWK ausgebaut, vor allem in ländlichen Gebieten, die sich in größerer geografischer Entfernung zu Hochschulen befinden. Die Arbeit der Präsenzstellen orientiert sich an spezifischen regionalen (wirtschaftlichen) Bedarfen. Die Tätigkeitsschwerpunkte können von Stelle zu Stelle unterschiedlich sein. So erfolgt die Schwerpunktsetzung in Abstimmung mit den Hochschulen und den RWK. Die Standorte der Präsenzstellen werden von Hochschulen und RWK gemeinsam ausgewählt. Derzeitig existieren Präsenzstellen an folgenden Standorten:

- **Präsenzstelle Prignitz**: in Trägerschaft der TH Brandenburg und in Kooperation mit den RWK Prignitz und Neuruppin und dem Wachstumskern Autobahndreieck Wittstock/Dosse e.V. betrieben; mit Anlaufstellen an drei Standorten.
- **Präsenzstelle Schwedt/Uckermark**:von der HNE Eberswalde in Zusammenarbeit mit dem RWK Schwedt/Oder betrieben.

- **Präsenzstelle Spremberg**: von der BTU Cottbus-Senftenberg in Zusammenarbeit mit dem RWK Spremberg betrieben.
- **Präsenzstelle Luckenwalde**: von der TH Wildau und der FH Potsdam in Zusammenarbeit mit dem RWK Luckenwalde betrieben.
- **Präsenzstelle Westlausitz/Finsterwalde**: von der BTU Cottbus-Senftenberg und der TH Wildau in Zusammenarbeit mit dem RWK Westlausitz betrieben.
- **Präsenzstelle Fürstenwalde**: von der Viadrina Universität und der TH Wildau in Zusammenarbeit mit dem RWK Fürstenwalde/Spree betrieben.
- **Präsenzstelle O-H-V/Velten**: von der Universität Potsdam und der TH Brandenburg in Zusammenarbeit mit dem RWK O-H-V betrieben.

Zu den Tätigkeitsfeldern der Präsenzstellen gehören die Vernetzung, Vermittlung und Koordination als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Forschung und der Region, die Stärkung der Präsenz der Hochschulen in den Regionen, die Sicherung der Verfügbarkeit von Fachkräften sowie die Verbesserung der Transparenz, Kooperation und Kommunikation zwischen Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Die Präsenzstellen organisieren verschiedene Arten von Veranstaltungen, haben neue Kommunikationskanäle wie digitale Sprechstunden und digitale Morgengespräche mit fachlichem Input eingeführt, bieten eine Kinderuni, öffentliche wissenschaftliche Veranstaltungen, offene Erzählbühnen und haben in Luckenwalde einen Coworking Space eingerichtet. Veranstaltungen und Aktivitäten, die in einer Präsenzstelle erprobt wurden und positive Effekte erzielt haben, werden von den anderen Präsenzstellen übernommen.

Vor kurzem haben die Präsenzstellen ihre Sichtbarkeit verbessert. Zur Ergänzung der Websites der sieben Präsenzstellen wurde eine gemeinsame Website (www.praesenzstellen.de/) eingerichtet.

Das Land stellte für die Präsenzstellen im Jahr 2019 insg. 1,5 Millionen Euro und im Jahr 2020 und 2021 insg. 2,5 Millionen Euro zur Verfügung (MWFK, 2018[15]). Die Präsenzstellen werden nur bis Ende 2023 finanziert. Das Land plant eine Evaluation der Präsenzstellen im Jahr 2022/23.

Sehr geschätzt wird die Arbeit der Präsenzstellen von den regionalen Wirtschaftsakteuren, die auf die langfristige Nachhaltigkeit der Stellen hoffen.

Quelle: MWFK (n.d.[16]), Wissens- und Technologietransfer, https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/wissenschaft/wissens-und-technologietransfer/~mais2redc107558de, (aufgerufen am 13 July 2021); Präsenzstellen (n.d.[17]), Willkommen in den Präsenzstellen der Hochschulen in Brandenburg, www.praesenzstellen.de (aufgerufen am 13 July 2021); Gespräche mit MWFK und schriftliche vom MWFK zur Verfügung gestellte Informationen.

Die Studienorientierung und -beratung findet auch außerhalb des Bildungssektors statt

Die Studentenwerke sind Einrichtungen des öffentlichen Rechts, die einer oder mehreren Hochschulen angegliedert sind. In Brandenburg gibt es zwei davon, eines in Potsdam und das andere in Frankfurt/Oder. Neben der Bearbeitung von BAföG-Anträgen und anderen Formen der Beratung zu Finanzierungsmöglichkeiten bieten sie ein umfassendes Angebot zur sozialen Absicherung und Unterstützung der Studierenden, z. B. durch Wohnungs- und Arbeitsvermittlungen und durch die Vermittlung von bezahlbarem Wohnraum. Auch in Zusammenarbeit mit externen Anbietern betriebene Kindertagesstätten und Beratungsstellen sind vorhanden.

Darüber hinaus ist die Agentur für Arbeit in Brandenburg ein wichtiger Anbieter von Informationen und Beratung für (angehende) Studierende. Zu den Aufgaben der Arbeitsagenturen gehört die Berufsberatung für Jugendliche, Studienanfänger und Hochschulabsolventen. In Brandenburg hat die Agentur für Arbeit

fünf Geschäftsstellen und erreicht nach eigenen Angaben etwa 80 % der Jugendlichen in Brandenburg mit Angeboten zur Berufsberatung, bevor diese von der Schule abgehen.

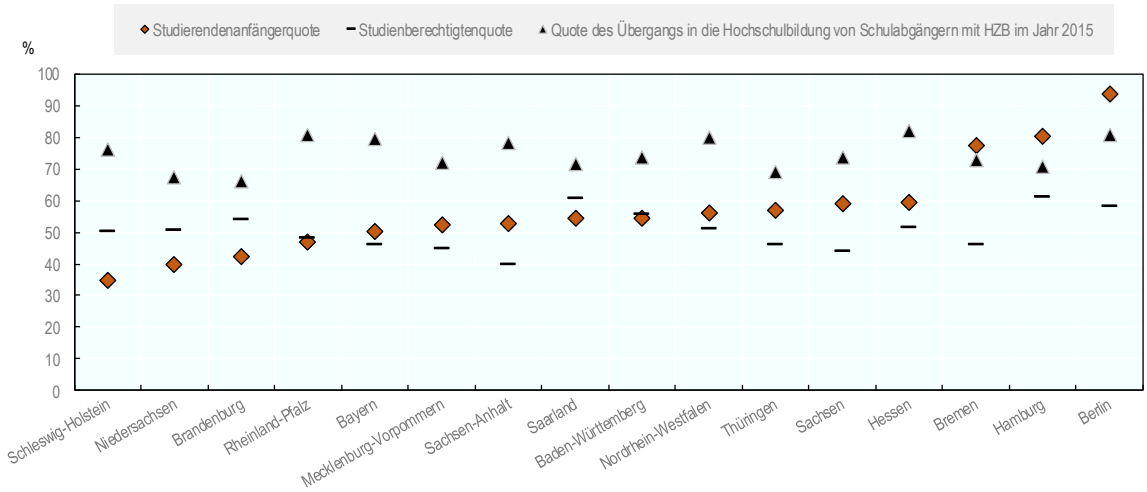
Brandenburger Schulen scheinen intensiv mit der Agentur für Arbeit zusammenzuarbeiten, und viele der von der OECD befragten Schulvertreter bescheinigten der Agentur für Arbeit eine strukturierte, informative und in der Regel unvoreingenommene Unterstützung in Bezug auf alle postsekundären Bildungsgänge. Darüber hinaus scheinen die Berater der Agentur für Arbeit gut über das Beratungsangebot anderer Anbieter informiert und mit diesen vernetzt zu sein.

Die Einschreibequoten an Brandenburger Hochschulen

Brandenburgs Studienanfängerquote ist niedrig und mit einem geringen direkten Übergang von der Sekundarschule zur Hochschule verbunden

Brandenburg hat eine der niedrigsten Studienanfängerquoten in Deutschland (43 % der Bevölkerung des Bundeslandes waren im Jahr 2018 im schulpflichtigen Alter) (siehe Abbildung 4.1). Und das trotz einer relativ hohen Quote an Hochschulzugangsberechtigungen (HZB) unter den Brandenburger Schulabgängern. Im Jahr 2018 wies das Land mit 54 % eine der höchsten Studienberechtigtenquoten auf. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte des entsprechenden Jahrgangs in diesem Jahr eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat. Von den Absolventen der Brandenburger Schulen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hatten, nahmen nur 66 % ein Hochschulstudium auf. Dies ist die niedrigste Quote unter allen Bundesländern.

Abbildung 4.1. Studienanfängerquote, Studienberechtigungsquote und Übergangsquoten zur Hochschule (2018)



Anmerkung: Die Studienanfängerquote bezieht sich auf den Anteil der im Wintersemester 2017/18 bzw. im Sommersemester 2018 erstmals an einer Hochschule immatrikulierten Studierenden des Landes an der gleichaltrigen Bevölkerung des Landes. Die Studienberechtigtenquote zeigt den Anteil der Studierenden mit einer HZB an der gleichaltrigen Bevölkerung. Die Übergangsquote in eine Hochschule wird berechnet als der Anteil der Schulabgänger, die sich bis 2018 an einer Hochschule einschreiben, an allen Schulabgängern, die 2015 eine HZB im Bundesland erhalten haben.
Quelle: Statistisches Bundesamt (2019[18]), Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen (database), Fachserie 11, Reihe 4.3.1, Tables 1, 10 and 13, https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00128354 (aufgerufen am 3 November 2021).

StatLink https://stat.link/xaz5d6

Die meisten Studienberechtigten, die sich für ein Studium entscheiden, ziehen in ein anderes Bundesland, insbesondere nach Berlin

Bundesweit bleiben etwa zwei Drittel der Studienberechtigten in dem Bundesland, in dem sie ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Allerdings überschreiten viele Studienberechtigte aus den neuen Bundesländern zur Aufnahme eines Studiums die Landesgrenzen. Brandenburg verzeichnete 2018 die höchste „Abwanderungsrate“ (73 %) unter den Ländern (siehe Abbildung 4.2, Diagramm A). Ein genauerer Blick auf die Zielstudienorte zeigt, dass es fast die Hälfte dieser Studienberechtigten in das benachbarte Berlin zog. Andere gingen nach Sachsen (8,8 %), Mecklenburg-Vorpommern (6 %) oder Nordrhein-Westfalen (5,8 %).

Die hohe Abwanderungsrate Brandenburgs geht einher mit einer hohen „Studierendenzuwanderungsrate“, der höchsten im Ländervergleich (siehe Abbildung 4.2, Diagramm B): Im Jahr 2018 erwarben 71 % aller Studienanfänger in Brandenburg ihre Hochschulzugangsberechtigung anderswo – meist in Berlin (30 %) oder im Ausland (27 %).

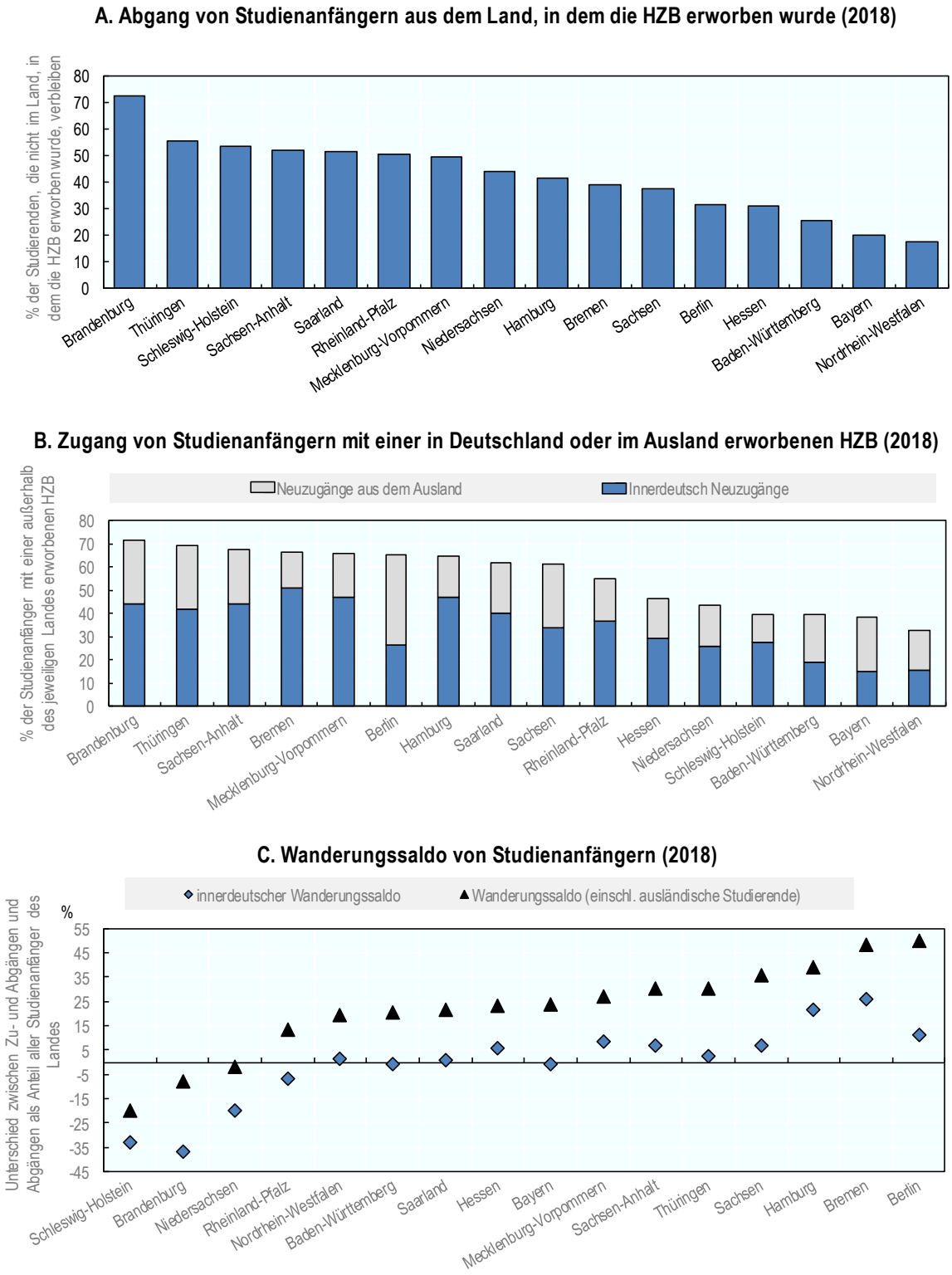
Die Zahl der zuwandernden Studienberechtigten gleicht jedoch die Zahl der abwandernden Studienberechtigten nicht vollständig aus. Ein Blick auf den Wanderungssaldo (d. h. die Differenz zwischen der Zahl der zugewanderten und der Zahl der abgewanderten Studienberechtigten) zeigt einen negativen Saldo für Brandenburg (siehe Abbildung 4.2, Diagramm C). Auffällig ist, dass Brandenburg den höchsten negativen innerdeutschen Wanderungssaldo aufweist, was bedeutet, dass das Land viele Studienberechtigte an andere Bundesländer verliert, ohne einen nennenswerten Anteil von deren Studienberechtigten für seine Hochschulen zu gewinnen. Dies steht im Gegensatz zum benachbarten Berlin, wo die Wanderungsrate auch ohne Berücksichtigung der zuwandernden internationalen Studierenden positiv ist.

Die Motivation von Schulabgängern zur Aufnahme eines Studiums

Brandenburg hat den geringsten Anteil an Studienberechtigten, die ein Studium aufnehmen möchten

Die Umfragedaten zu Schulabgängern mit Hochschulzugangsberechtigung spiegeln weitgehend die oben beschriebenen Trends wider. Im Jahr 2012 gaben 63 % der befragten Schulabgänger in Brandenburg an, dass sie „auf jeden Fall“ oder „wahrscheinlich“ ein Hochschulstudium aufnehmen würden, gegenüber 70 % im übrigen Deutschland (siehe Abbildung 4.3) Stattdessen streben Brandenburgs Schulabgänger vergleichsweise häufiger eine Berufsausbildung an. Von den Schülern des Jahrgangs 2012 beabsichtigten 28 % den Übergang in eine Berufsausbildung, im Vergleich zu 20 % in Ost- und 22 % in Westdeutschland. Die Analyse zeigt, dass in ganz Deutschland die von den Schülern angegebenen Bildungsziele weitgehend mit ihrem späteren Bildungsverhalten übereinstimmen; ein halbes Jahr nach Abschluss der Sekundarstufe sind 89 % der Sekundarschüler, die eine Hochschulbildung anstrebten, und 74 % der Schüler, die eine Berufsausbildung anstrebten, an einer Hochschule bzw. in einer Berufsausbildungseinrichtung eingeschrieben (siehe Kasten 4.6).

Abbildung 4.2. Mobilität der Studienanfänger zur Aufnahme eines Studiums (2018)



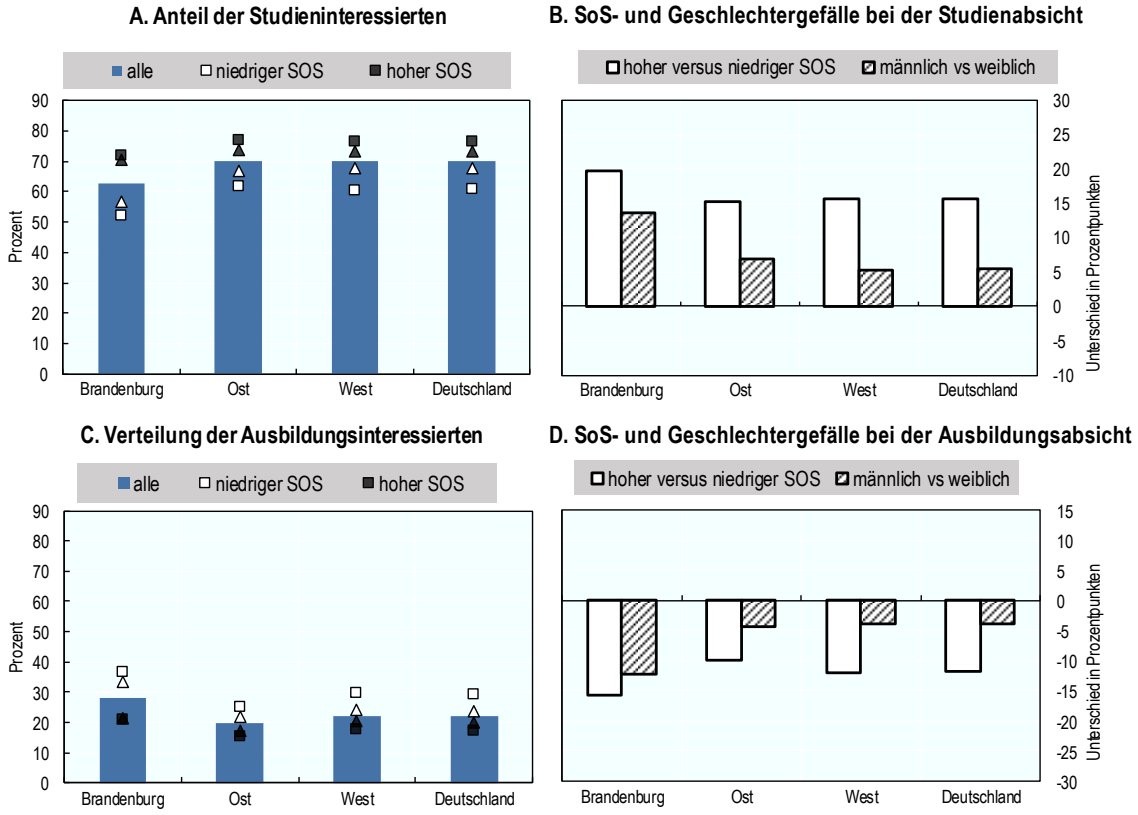
Anmerkung: Studienanfänger sind diejenigen, die im Wintersemester 2017/18 oder im Sommersemester 2018 zum ersten Mal an einer Hochschule eingeschrieben sind.

Quellen: Statistisches Bundesamt (2018[19]), Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2017/2018, Fachserie 11, Reihe 4.1, Tabelle 6, https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00092410; Statistisches Bundesamt (2019[20]); Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Sommersemester 2018, Fachserie 11, Reihe 4.1, Tabelle 4, www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00095976; Statistisches Bundesamt (2019[18]), Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, Fachserie 11, Reihe 4.3.1, Tabellen 1, 10 und 13, https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00128354.

StatLink https://stat.link/a4puiz

Abbildung 4.3. Studien- und Berufsausbildungsabsichten von Schülern nach sozioökonomischem Status (SoS) und Geschlecht

Studienberechtigte in ihrem letzten Schuljahr (2012)



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

StatLink https://stat.link/4qhxck

Kasten 4.6. DZHW-Studienberechtigtenpanel 2012

Das DZHW-Studienberechtigtenpanel (FDZ-DZHW, 2021[21]) ist eine bundesweite Längsschnittstudie der Studienberechtigten der Kohorte 2012, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW). Für die jüngste, 2018 durchgeführte Paneluntersuchung wurden die Daten auf Mikroebene noch nicht für unabhängige Forschungszwecke freigegeben. Die DZHW-Studien auf Basis der Paneluntersuchung 2018 zeigen jedoch, dass die Ergebnisse für ganz Deutschland im Zeitraum 2012–2018 konstant geblieben sind. Die einzigen Unterschiede betreffen die Rolle von Schulen und Beratern bei der Berufs- und Studienorientierung, für die das DZHW freundlicherweise

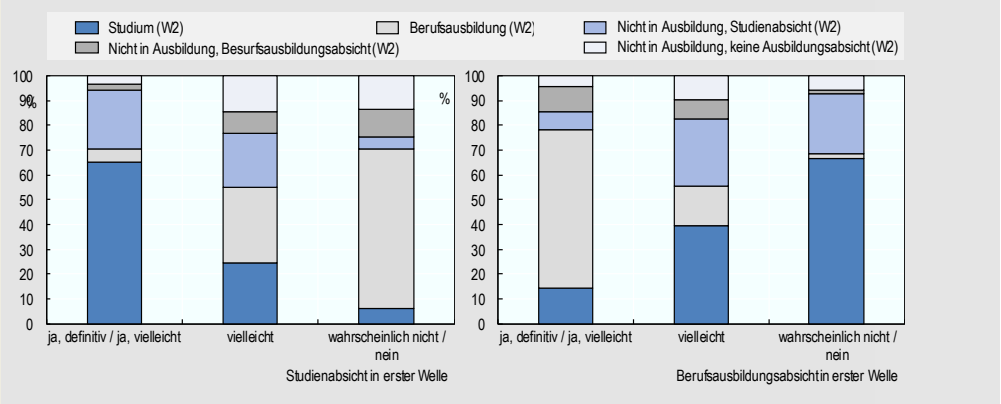
aggregierte Ergebnisse für Brandenburg auf der Grundlage des Datensatzes 2018 zur Verfügung gestellt hat, wodurch die OECD-Studie ergänzt wird.

Die erste Erhebungswelle der Paneluntersuchung 2012 fand im letzten Schuljahr statt, etwa ein halbes Jahr vor dem Schulabschluss, und umfasste 32.800 teilnahmeberechtigte Schüler aus allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Deutschland. In dieser Erhebungswelle wurden Informationen zu den Plänen der Schüler für ihre weitere Ausbildung sowie zu den Ressourcen und der Unterstützung, die sie bei dieser Entscheidung erhalten, gesammelt. Die zweite Welle fand ein halbes Jahr nach dem Schulabschluss statt und erfasste Daten über das Bildungsverhalten der Schüler. 11.700 Befragte nahmen an dieser Erhebung teil. Im Jahr 2018 wurde eine dritte Erhebungswelle mit 6.100 Befragten durchgeführt.

Die Analyse beschränkt sich auf die Daten der ersten Erhebungswelle der Panelstudie 2012, da nur für diese Erhebung eine ausreichende Anzahl von Schülern aus Brandenburg (knapp 1.200 Befragte) und Daten zur Verfügung stehen. Der Fokus liegt daher auf den Studien- bzw. Berufsausbildungsabsichten der Schüler und nicht auf dem tatsächlichen Bildungsverhalten. Zusätzliche Analysen auf Grundlage der deutschlandweiten Stichprobe zeigen jedoch, dass die in der ersten Welle angegebenen Bildungsziele weitgehend mit der späteren Bildungslaufbahn übereinstimmen. In der zweiten Welle, ein halbes Jahr nach dem Schulabschluss, befanden sich nur 69 % der Schulabgänger in Ausbildung. Von den Schülern, die bei der ersten Befragung die Studienabsicht äußerten, waren 65 % an einer Hochschule eingeschrieben, und weitere 24 % waren noch nicht eingeschrieben, hatten aber die Absicht, dies zu tun. Von denjenigen, die ursprünglich eine Berufsausbildung anstrebten, waren in der zweiten Welle 64 % in einer Berufsausbildung eingeschrieben und 10 % waren bereit, dies zu tun.

Abbildung 4.4. Zusammenhang zwischen Bildungszielen und späterem Bildungsverhalten

Bildungsverhalten in Welle 2 nach der Studien- und Berufsausbildungsabsicht in Welle 1



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

StatLink https://stat.link/86fz4t

Zusätzliche (hier nicht vorgestellte) Analysen zeigen, dass die Determinanten der Studienabsicht den Faktoren für die tatsächliche Einschreibung ähneln.

Viele Studienberechtigte entscheiden sich während der Schulzeit für eine Berufsausbildung, insbesondere Mädchen und benachteiligte Schüler

Brandenburg weist bei der Studienentscheidung vergleichsweise größere sozioökonomische und geschlechtsspezifische Unterschiede auf als andere Bundesländer (siehe Abbildung 4.3). Männliche

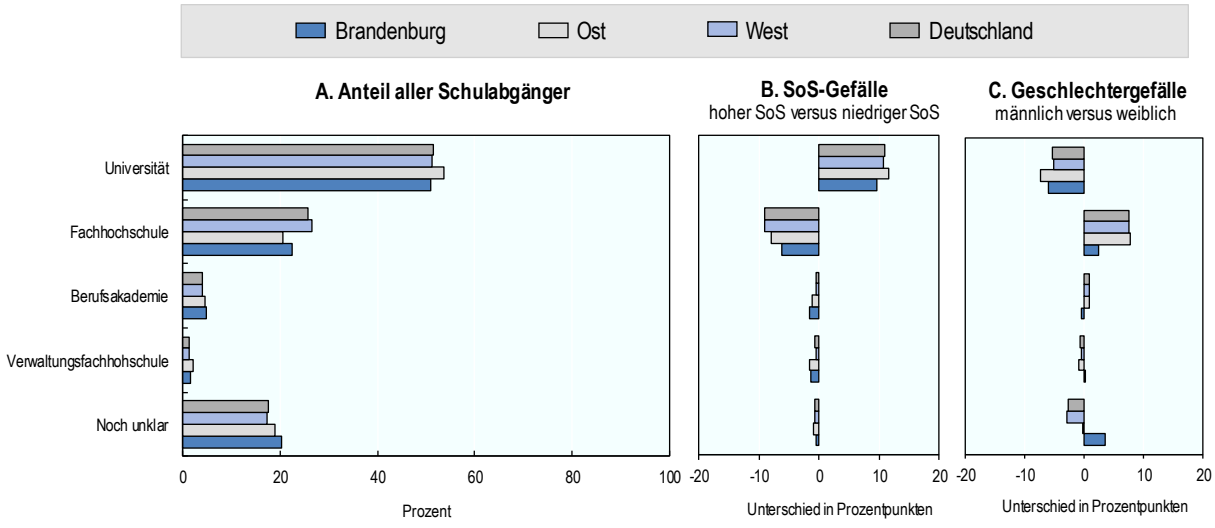
Schulabgänger entscheiden sich 14 Prozentpunkte häufiger für ein Studium als weibliche Schulabgänger; Schulabgänger mit hohem sozioökonomischem Status (SoS) entscheiden sich 20 Prozentpunkte häufiger für ein Studium als Schulabgänger mit niedrigem SoS. Deutschlandweit beträgt der geschlechtsspezifische Unterschied im Durchschnitt 5,5 Prozentpunkte und der sozioökonomische Unterschied 16 Prozentpunkte. In Brandenburg ist die Wahrscheinlichkeit, dass männliche Schulabgänger sowie Schulabgänger mit hohem SoS eine Berufsausbildung anstreben, im Vergleich zu weiblichen Schulabgängern sowie Schulabgängern mit niedrigem SoS relativ gering.

Die Unterschiede bei der Aufnahme einer Hochschul- oder Fachhochschulausbildung sind in der Schule verankert

In Brandenburg, wie in Deutschland insgesamt, beabsichtigt etwa die Hälfte der Studienberechtigten, die ein Studium anstreben, sich an einer Universität einzuschreiben, und etwa ein weiteres Viertel beabsichtigt, das Studium an einer Fachhochschule aufzunehmen (siehe (Abbildung 4.5). Ein beträchtlicher Teil der Studienwilligen – in Brandenburg 20 % und bundesweit 18 % – ist sich im letzten Schuljahr noch nicht sicher, an welcher Art Hochschule das Studium aufgenommen werden soll. Bei der Wahl des Hochschultyps gibt es sozioökonomische und geschlechtsspezifische Unterschiede: Schulabgänger mit begünstigtem sozioökonomischen Hintergrund entscheiden sich eher für ein Universitätsstudium und seltener für ein Fachhochschulstudium als Schulabgänger mit niedrigem SoS; männliche Schulabgänger entscheiden sich seltener für eine Universitätsausbildung und häufiger für eine Fachhochschulausbildung als weibliche Schulabgänger. In Brandenburg ist die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei der Wahl der Fachhochschule jedoch deutlich geringer als anderswo.

Abbildung 4.5. Angestrebter Hochschultyp der Schulabgänger nach sozioökonomischem Status (SoS) und Geschlecht

Studienberechtigte im letzten Schuljahr mit Studienabsicht (2012)



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

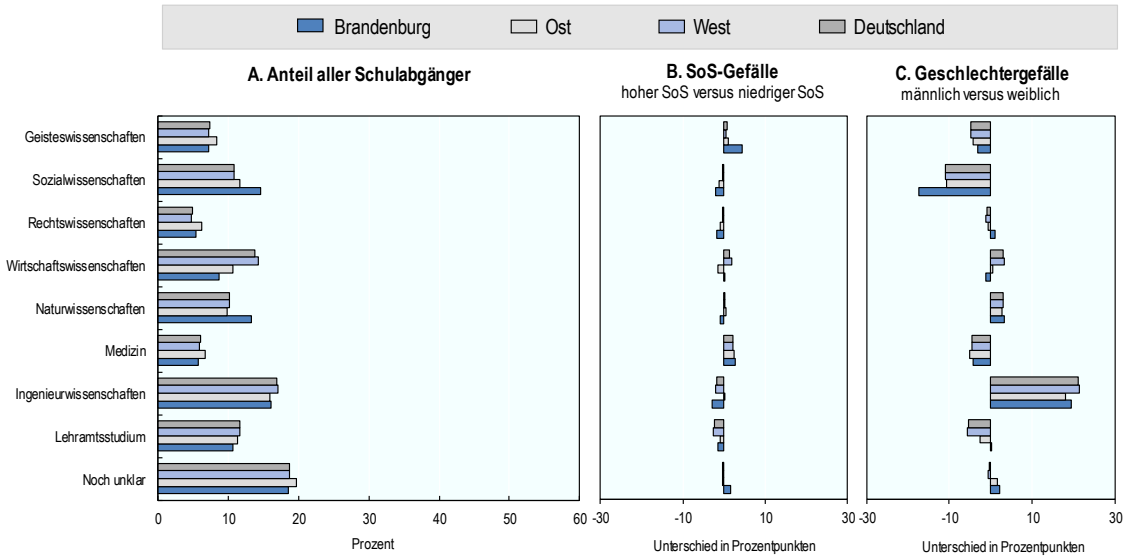
StatLink https://stat.link/msdck8

Bei der Wahl des Studienfachs weicht Brandenburg deutlicher vom Bundesdurchschnitt ab (siehe Abbildung 4.6). Ein höherer Anteil der Studierwilligen und insbesondere ein höherer Anteil der weiblichen Schulabgänger wählt ein sozialwissenschaftliches Studienfach. Brandenburgs Schulabgänger entscheiden sich auch häufiger als der Durchschnitt der deutschen Schulabgänger für die Naturwissenschaften und seltener für die Wirtschaftswissenschaften. Wie im Durchschnitt der

ostdeutschen Länder sind auch in Brandenburg die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Wahl des Lehrkräfteberufs, der Wirtschaftswissenschaften und der Geisteswissenschaften im Vergleich zu Westdeutschland etwas geringer.

Abbildung 4.6. Angestrebte Fachrichtung der Schulabgänger nach sozioökonomischem Status (SoS) und Geschlecht

Studienberechtigte im letzten Schuljahr mit Studienabsicht (2012)



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

StatLink https://stat.link/szdvga

Die wahrgenommenen Kosten der Hochschulausbildung und der relativ hohe Nutzen der Berufsausbildung halten Schulabgänger, insbesondere Frauen und benachteiligte Schulabgänger, davon ab, eine Hochschulausbildung aufzunehmen

Die Studierneigung von Studienberechtigten hängt in der Regel davon ab, wie sie die Kosten und den Nutzen der Hochschulausbildung einschätzen. In Ostdeutschland, einschließlich Brandenburg, gibt im Vergleich zu Westdeutschland ein höherer Anteil der Schulabgänger an, dass die Kosten des Studiums eine Rolle für ihre Bildungsentscheidung spielen (siehe Abbildung 4.7). Die Arbeitsmarkterträge der Hochschulausbildung werden dagegen gleich hoch eingeschätzt: So geben in allen Regionen 90 % der Schulabgänger an, dass Inhaber eines Hochschulabschlusses gute Berufschancen haben. In Bezug auf die Berufsausbildung sehen die Brandenburger Schulabgänger tendenziell einen höheren Nutzen als ihre Altersgenossen in anderen Bundesländern, insbesondere in Bezug auf Einkommen, Arbeitsbedingungen und soziale Anerkennung.

Wenn soziale Gruppen den Nutzen und die Kosten von Bildungsinvestitionen unterschiedlich wahrnehmen, kann es zu sozialen Ungleichheiten hinsichtlich der Bildungsbeteiligung kommen. In Brandenburg, wie auch in den anderen Regionen, lassen sich Studienberechtigte mit hohem SoS bei ihren Bildungsentscheidungen seltener durch Kostenüberlegungen beeinflussen als Studienberechtigte mit niedrigem SoS (siehe Abbildung 4.7, Diagramme A und B). Während die SoS-Unterschiede bei den wahrgenommenen Erträgen der Hochschulausbildung in allen Regionen gering sind, schätzen Studienberechtigte mit niedrigem SoS, und insbesondere Studienberechtigte mit niedrigem SoS in Brandenburg, den Wert der Berufsausbildung eher hoch ein als Studienberechtigte mit hohem SoS.

Was die geschlechtsspezifischen Unterschiede angeht, so schätzen männliche Studienberechtigte in allen Regionen den Nutzen der Hochschulausbildung als hoch ein, während umgekehrt ein höherer Anteil der weiblichen Studienberechtigten den Nutzen der Berufsbildung als hoch einschätzt (siehe Abbildung 4.7, Diagramme C und D). Der Unterschied in Bezug auf die Berufsausbildung ist in Brandenburg ausgeprägter, wo weibliche Studienberechtigte fast 10 Prozentpunkte häufiger als männliche Studienberechtigte angeben, dass ein Berufsausbildungsabschluss mit guten allgemeinen Arbeitsmarktchancen, hoher Arbeitsplatzsicherheit und guten Karrieremöglichkeiten verbunden ist.

Studierende, die eine Hochschulausbildung absolvieren, können gegebenenfalls einen Teil der Studienkosten durch eine finanzielle Unterstützung von der Bundesregierung oder einer der Stiftungen, die Stipendien vergeben, abdecken (siehe Kapitel 5). Die Informationen und die Beratung über eine finanzielle Unterstützung für Studierende scheinen jedoch uneinheitlich zu sein. Auffallend ist, dass Brandenburgs Studierende bei der Vergabe von Stipendien durch die Studienstiftung des deutschen Volkes – der ältesten und größten Institution zur Begabtenförderung in Deutschland – unterrepräsentiert sind. Das mag unter anderem daran liegen, dass viele Brandenburger Schulen noch nie einen ihrer Absolventen für ein Stipendium vorgeschlagen haben.

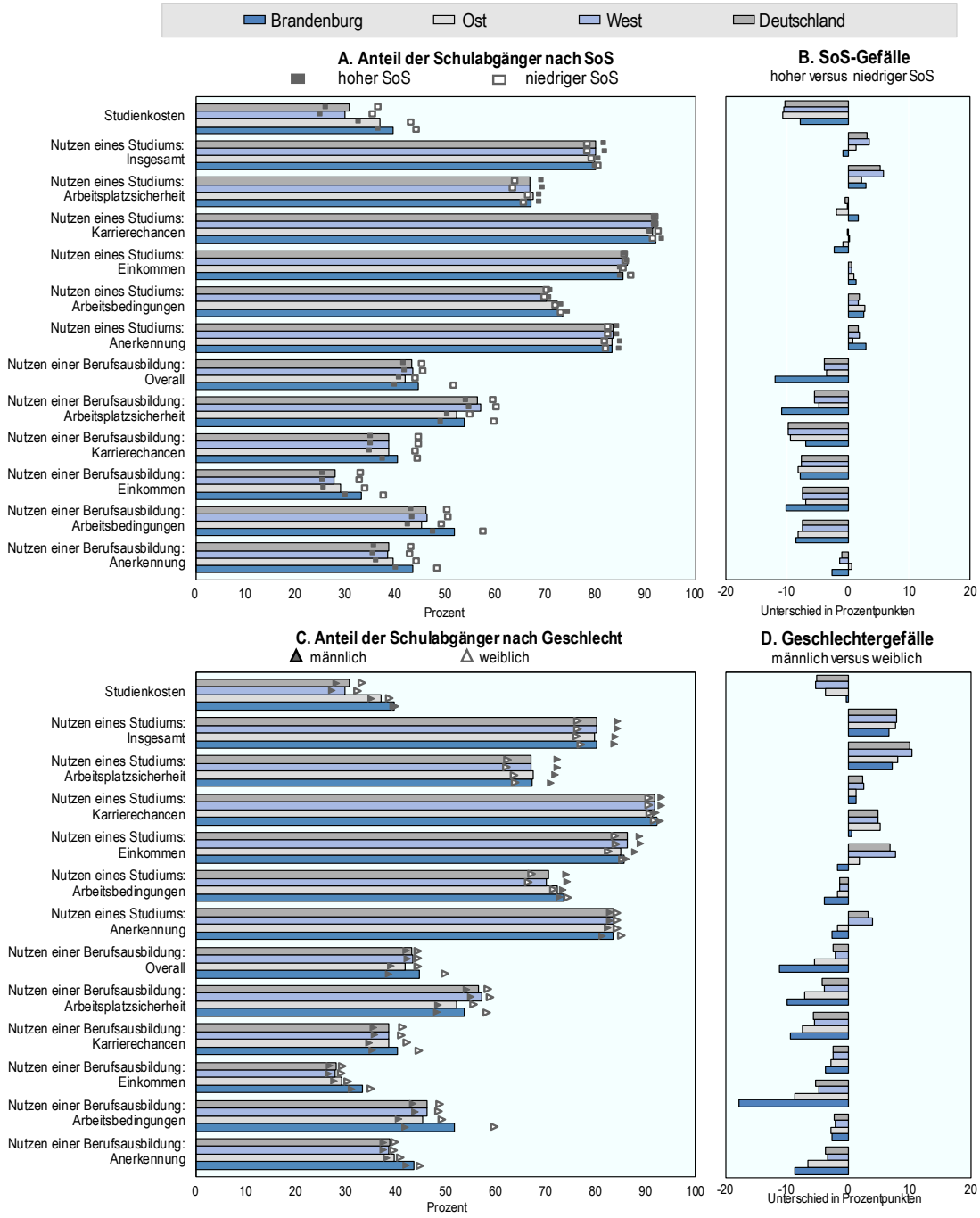
Viele Schulen in Brandenburg machen keinen Gebrauch von ihrem Recht, Studieninteressierte der Studienstiftung des deutschen Volkes für ein Stipendium vorzuschlagen

Jedes Jahr im April bittet die Studienstiftung des deutschen Volkes alle Schulen in Deutschland, an denen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben werden kann, begabte Absolventen unmittelbar nach Abschluss der Sekundarstufe II für ein Stipendium vorzuschlagen. Die Schulen können für je 40 Absolventen einen Vorschlag unterbreiten. Von den zur Nominierung eingeladenen Schulen haben im Zeitraum 2010–2019 im Durchschnitt nur 27 % aus Brandenburg von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch gemacht, wohingegen es bundesweit die Hälfte der berechtigten Schulen waren.

Jüngste Initiativen der Studienstiftung in Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zeigen, dass die Zusammenarbeit mit den Landesregierungen und den dortigen Schulen die Zahl der Nominierungen deutlich erhöhen kann (siehe Kasten 4.7).

Abbildung 4.7. Kosten und Nutzen der Hochschulausbildung nach sozioökonomischem Status (SoS) und Geschlecht

Studienberechtigte in ihrem letzten Schuljahr (2012)



Quelle: OECD calculations based on the DZHW Panel Study of School Leavers with a Higher Education Entrance Qualification 2012.

StatLink https://stat.link/rzogxn

Kasten 4.7. Initiativen der Studienstiftung des deutschen Volkes, um mehr Schulen zu motivieren, ihr Vorschlagsrecht für Absolventen zu nutzen

Seit 2017 kooperieren die Studienstiftung des deutschen Volkes und das Zentrum für Talentförderung in Nordrhein-Westfalen, um soziale Ungleichheiten im staatlichen Bildungssystem abzubauen und neue Zugangsmöglichkeiten zum Studienförderangebot der Studienstiftung des deutschen Volkes zu schaffen. Mehr als 60 Talentscouts des Zentrums für Talentförderung aus 17 staatlichen Hochschulen arbeiten mit mehr als 300 Schulen in Nordrhein-Westfalen zusammen, um begabte Schüler vor allem aus Nichtakademikerfamilien zu entdecken und zu fördern. Neben dem Vorschlagsrecht der Schulen haben auch die Talentscouts das Recht, einen Schüler für das Auswahlverfahren der Stiftung zu nominieren. Die Initiative hat sich erheblich auf die Nutzung des Vorschlagsrechts durch die Schulen ausgewirkt. Von den Schulen, die dieses Recht vor 2017 nicht nutzten, haben 31 % der kooperierenden Schulen dies in den letzten vier Jahren getan, verglichen mit 21 % der Schulen, an denen die Talentscouts nicht aktiv waren.

Zu Beginn des Jahres 2019 hat die Studienstiftung des deutschen Volkes an Schulleiterveranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt teilgenommen. Im Ergebnis sank der Anteil der Schulen, die ihr Vorschlagsrecht nicht nutzen, zwischen 2018 und 2019 leicht von 82 % auf 68 % in Mecklenburg-Vorpommern und von 78 % auf 72 % in Sachsen-Anhalt.

Quelle: Schriftlich von der Studienstiftung des deutschen Volkes zur Verfügung gestellte Informationen.

Die Erwartungen der Schulabgänger an einen erfolgreichen Tertiärabschluss stellen ein weiteres Hindernis dar, das die sozioökonomischen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten erklärt

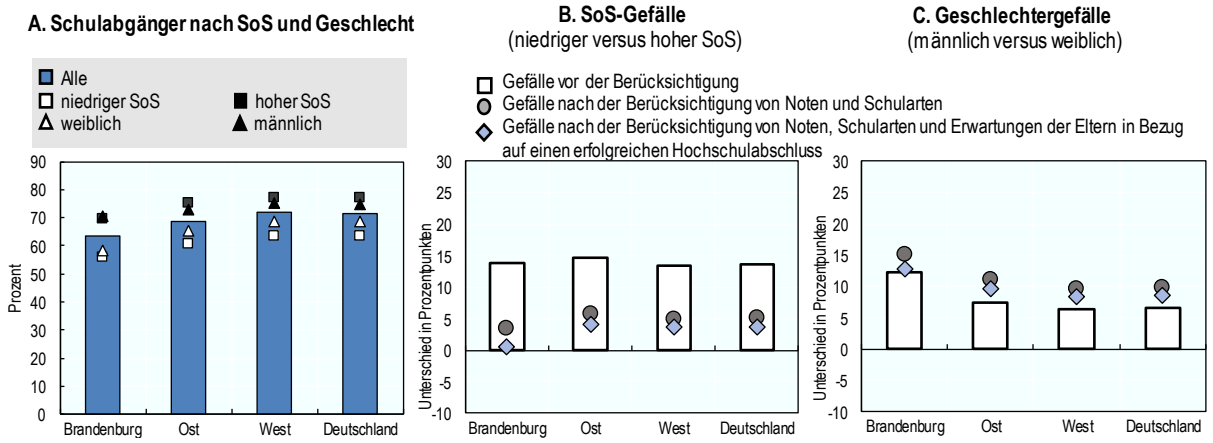
Eine zentrale Komponente bei der Bildungsentscheidung ist, wie Schulabgänger ihre Chancen auf einen erfolgreichen Hochschulabschluss einschätzen. Diese Erwartung kann auf objektiven Einschätzungen der eigenen akademischen Leistungen und Fähigkeiten beruhen, aber auch von Geschlechterstereotypen oder schichtspezifischen Bildungserwartungen und -präferenzen beeinflusst sein. Im Vergleich zum übrigen Deutschland erwartet ein geringerer Anteil der Brandenburger Schulabgänger, einen Hochschulabschluss zu erreichen (siehe Abbildung 4.8, Diagramm A). In allen Regionen ist die Wahrscheinlichkeit, dass Schulabgänger mit niedrigem SoS eine solche Erwartung haben, um 14 Prozentpunkte geringer als bei Schulabgängern mit hohem SoS (siehe Abbildung 4.8, Diagramm B). Nach Berücksichtigung der Noten und der Schulform verringert sich der SoS-Unterschied erheblich, was bedeutet, dass die im Vergleich schlechteren Leistungen von Schulabgängern mit niedrigem SoS und die Schulform, die sie in der Regel besuchen, ihre Erwartungen an den Erfolg in der Hochschulbildung dämpfen. Darüber hinaus führt die Einbeziehung der elterlichen Erwartungen an die weitere Ausbildung zu einer weiteren geringfügigen Verringerung des Unterschieds. Dies deutet darauf hin, dass die elterlichen Erwartungen nach Abzug der akademischen Leistungen eine geringere Rolle für die Erwartung der Schulabgänger spielen, einen Hochschulabschluss zu erreichen.

In Brandenburg ist der geschlechtsspezifische Unterschied hinsichtlich der Bildungserwartungen vergleichsweise größer: weibliche Schulabgänger erwarten mit einer um 12 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit als männliche Schulabgänger, einen Tertiärabschluss zu erreichen, verglichen mit einem Unterschied von 7 bzw. 6 Prozentpunkten in Ost- bzw. Westdeutschland (siehe Abbildung 4.8, Diagramm C). Nach Berücksichtigung der Noten, der besuchten Schulform und der Erwartungen der Eltern an die weitere Ausbildung bleiben diese Unterschiede bestehen. Ein Grund dafür ist, dass die

Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Schulabgängern in Deutschland in Bezug auf akademische Leistungen und elterliche Bildungserwartungen gering sind.

Abbildung 4.8. Erwartungen der Schulabgänger in Bezug auf einen erfolgreichen Hochschulabschluss

Studienberechtigte in ihrem letzten Schuljahr (2012)



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

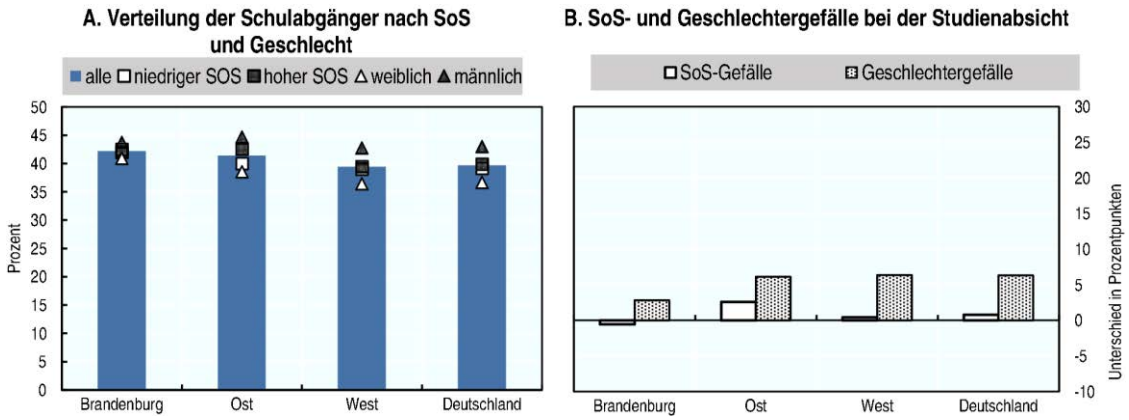
StatLink https://stat.link/sqiaxl

Rund 40 % der Schulabgänger fühlen sich gut über Studienmöglichkeiten informiert

Fundierte Bildungsentscheidungen ermöglichen eine bessere Abstimmung zwischen den Fähigkeiten, Interessen und Erwartungen der Schulabgänger und dem von ihnen gewählten Studiengang. Im Jahr 2012 fühlte sich weniger als die Hälfte der Schulabgänger in jeder Region gut über postsekundäre Bildungsmöglichkeiten informiert (siehe Abbildung 4.9). Dies gilt in gleichem Maße für weibliche und männliche Schulabgänger sowie für Schulabgänger mit niedrigem und hohem SoS.

Abbildung 4.9. Anteil der Schulabgänger, die sich gut über Bildungsmöglichkeiten informiert fühlen

Studienberechtigte in ihrem letzten Schuljahr (2012)



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

StatLink https://stat.link/e2lvgm

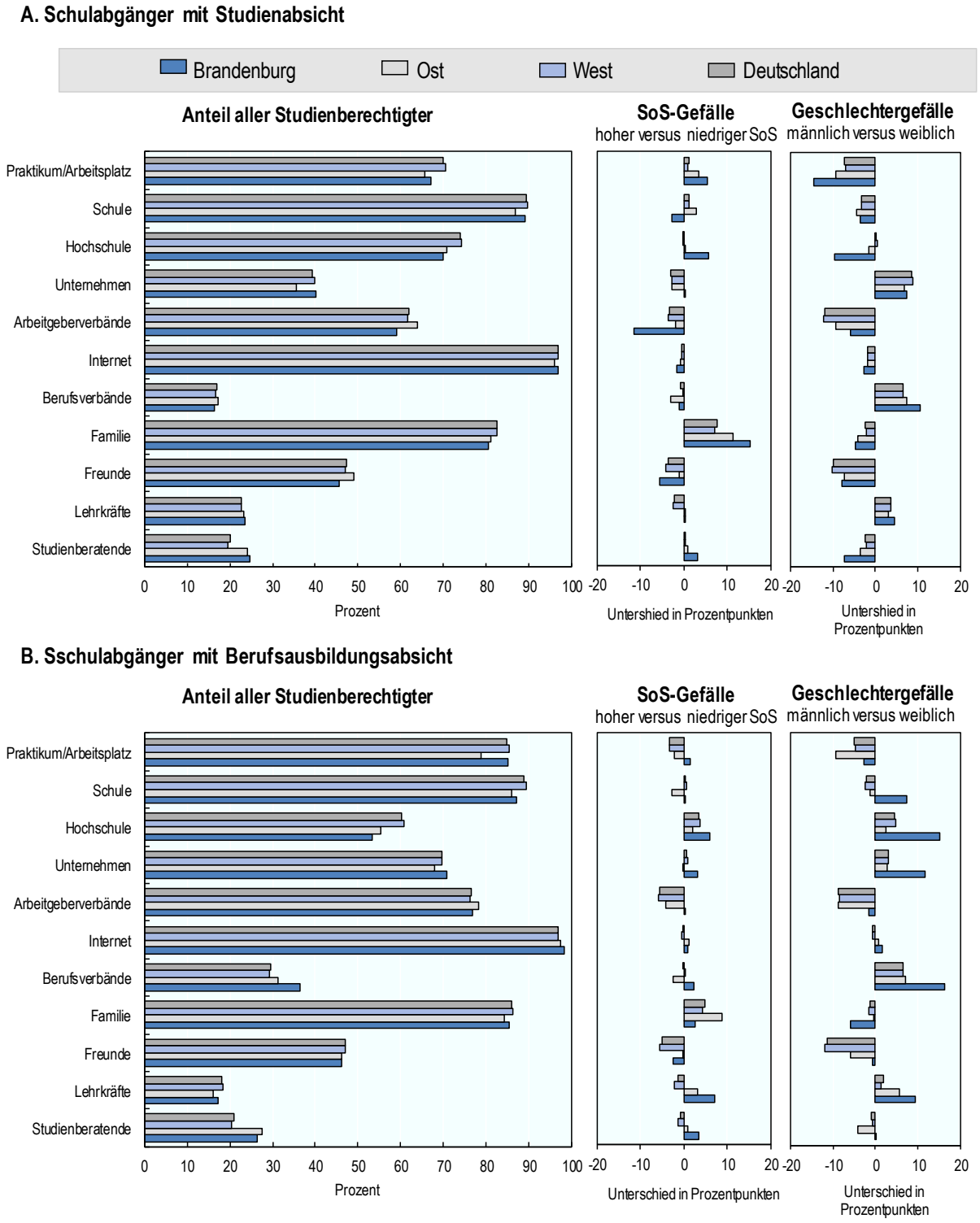
Das Internet, die Schule und die Familie sind die wichtigsten Informationsquellen

Die Art und Weise, wie sich Schüler über Bildungsmöglichkeiten informieren, hängt im Allgemeinen davon ab, ob sie eine Hochschulausbildung oder eine Berufsausbildung anstreben (siehe Abbildung 4.10). Schüler, die eine Berufsausbildung anstreben, informieren sich häufiger bei Unternehmen, Arbeitgeberverbänden, Praktika und Jobs als Schüler, die eine Hochschulausbildung anstreben.

Für beide Gruppen stellen jedoch das Internet, die Schule und die Familie die meistgenutzten Informationsquellen dar. Bei den Schülern mit Studienabsicht ist es wahrscheinlicher, dass diejenigen mit hohem SoS Informationsunterstützung von der Familie erhalten als bei Schülern mit niedrigem SoS (was nicht überrascht, da ihre Eltern per definitionem über einen Hochschulabschluss und somit über mehr Wissen über das Hochschulsystem verfügen). In Brandenburg beläuft sich dieser Unterschied auf eine um 15 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit für Schüler mit hohem SoS und in ganz Deutschland im Durchschnitt auf 7,7 Prozentpunkte. Derartige SoS-Unterschiede sind bei Schülern, die eine Berufsausbildung anstreben, geringer. Was die geschlechtsspezifischen Unterschiede anbetrifft, so ist die Wahrscheinlichkeit, dass Schüler Informationen von der Schule und der Familie erhalten, ähnlich hoch, jedoch gibt es in Bezug auf die Nutzung von Unternehmen, Arbeitgebenden und Berufsverbänden als Informationsquellen Unterschiede.

Bei der Entscheidung über den weiteren Bildungsweg sind viele Schulabgänger in Brandenburg und in ganz Deutschland insgesamt mit der Vielzahl der Bildungsmöglichkeiten, der unvorhersehbaren Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und der Unsicherheit über die eigenen Interessen und Eignungen überfordert (siehe Abbildung 4.11). Die Erfüllung der Zulassungsvoraussetzungen für die gewünschten Studiengänge und, vor allem in den östlichen Bundesländern, die Finanzierung des Studiums sind weitere häufige Schwierigkeiten für Schulabgänger. Dagegen geben weniger Schulabgänger an, dass fehlende Informationen oder mangelnde Unterstützung durch die Schule ein Hindernis für die Wahl einer weiterführenden Ausbildung darstellen. Erwartungsgemäß sehen Schulabgänger mit hohem SoS seltener als Schüler mit niedrigem SoS die Finanzierung des Studiums als Problem an. Darüber hinaus berichten männliche Schulabgänger im Allgemeinen seltener als weibliche Schulabgänger von Schwierigkeiten bei der Wahl einer postsekundären Ausbildung und insbesondere seltener von Zulassungsvoraussetzungen als Hürde. Letzteres könnte darauf zurückzuführen sein, dass männliche Schulabgänger sich vergleichsweise seltener für die anspruchsvolleren Studiengänge an einer Universität entscheiden (siehe Abbildung 4.5) und dass sie höhere Erwartungen an den Erfolg in der Hochschulbildung haben (siehe Abbildung 4.8).

Abbildung 4.10. Informationsquellen der Schulabgänger für postsekundäre Bildungsgänge

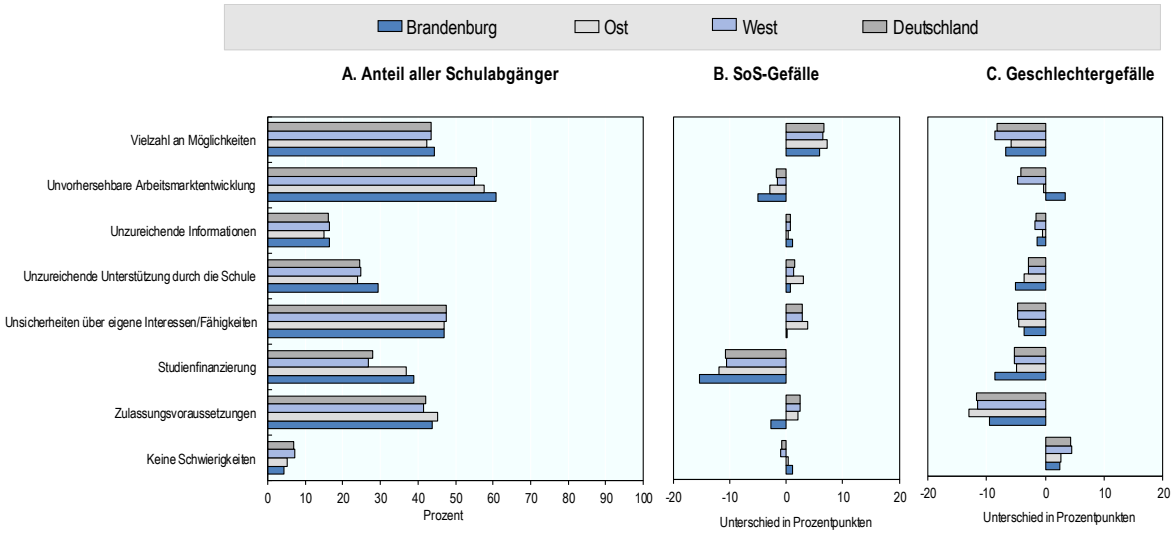


Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

StatLink https://stat.link/7ls9yw

Abbildung 4.11. Schwierigkeiten bei der Wahl des postsekundären Bildungsganges

Studienberechtigte in ihrem letzten Schuljahr (2012)



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

StatLink https://stat.link/9ug54b

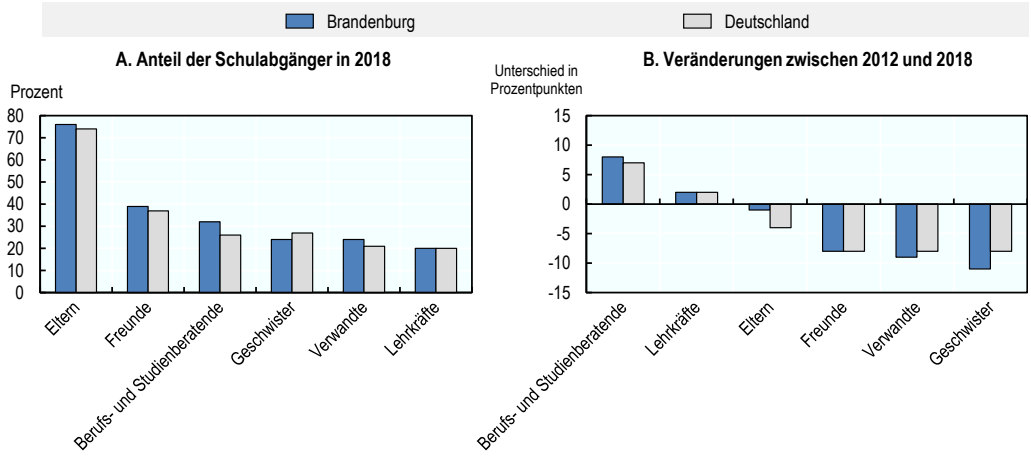
Schulabgänger erhalten zunehmend Unterstützung von Lehrkräften sowie von Berufs- und Studienberatenden

Im Vergleich zur Kohorte 2012 erhielten Schulabgänger, die 2018 ihre Hochschulreife erworben haben, mehr Unterstützung durch Berufs- und Studienberatende sowie Lehrkräfte (siehe Abbildung 4.12). In Brandenburg gibt ein Drittel der Schulabgänger an, im Jahr 2018 Studienberatende hinzugezogen zu haben. Das sind 8 Prozentpunkte mehr als 2012. Und jeder Fünfte erhielt Unterstützung durch Lehrkräfte. Darüber hinaus scheint die Unterstützung in Brandenburg umfangreicher zu sein als im übrigen Deutschland. Diese Ergebnisse dürften in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Start der Berufs- und Studienorientierungsprogramme von Bund und Ländern im Jahr 2015 und dem Angebot an Orientierungsmaßnahmen an den Schulen stehen. Hingegen verlassen sich die Schulabgänger weniger auf Ratschläge aus dem weiteren Familien- und Freundeskreis.

Vier von zehn Schulabgängern geben an, dass ihre Schule sie bei der Studien- und Berufswahl umfassend informiert und beraten hat (siehe Tabelle 4.1). Dagegen geben 27 Prozent an, von ihrer Schule nur wenig oder gar keine Informationen über die verschiedenen Bildungswege erhalten zu haben. Der Umfang der Unterstützung variiert je nach Schultyp: 44 Prozent der Schüler an einer Gesamtschule oder einem Gymnasium, jedoch nur 32 Prozent der Schüler an einer Haupt- Real- und Oberschule fühlen sich von ihrer Schule gut unterstützt. Obwohl der bundesweite Trend ähnlich ist, überraschen die Ergebnisse für Brandenburg nach Schultyp, da viel mehr Haupt-, Real- und Oberschulen als Gymnasien das Prädikat „Schule mit exzellenter Berufs- und Studienorientierung" führen.

Abbildung 4.12. Wer unterstützt Schulabgänger bei ihrer Berufs- und Studienwahl?

Studienberechtigte 2018 vs. 2012



Quelle: DZHW-Berechnungen auf der Grundlage der DZHW-Studienberechtigtenpanel 2012 und 2018.

StatLink https://stat.link/a3epyz

Tabelle 4.1. Umfang der von der Schule angebotenen Unterstützung bei der Berufs- und Studienorientierung

Studienberechtigte (2018)

	Viel Unterstützung		Wenig bis keine Unterstützung	
	Brandenburg	Deutschland	Brandenburg	Deutschland
Alle	41	39	27	26
niedriger SoS	43	38	27	26
hoher SoS	39	39	28	25
Schüler	45	42	26	23
Schülerinnen	38	36	28	28
Gesamtschule und Gymnasium	44	40	26	23
Haupt-, Real- und Oberschule	32	35	32	31

Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage der DZHW-Studienberechtigtenpanel 2012 und 2018.

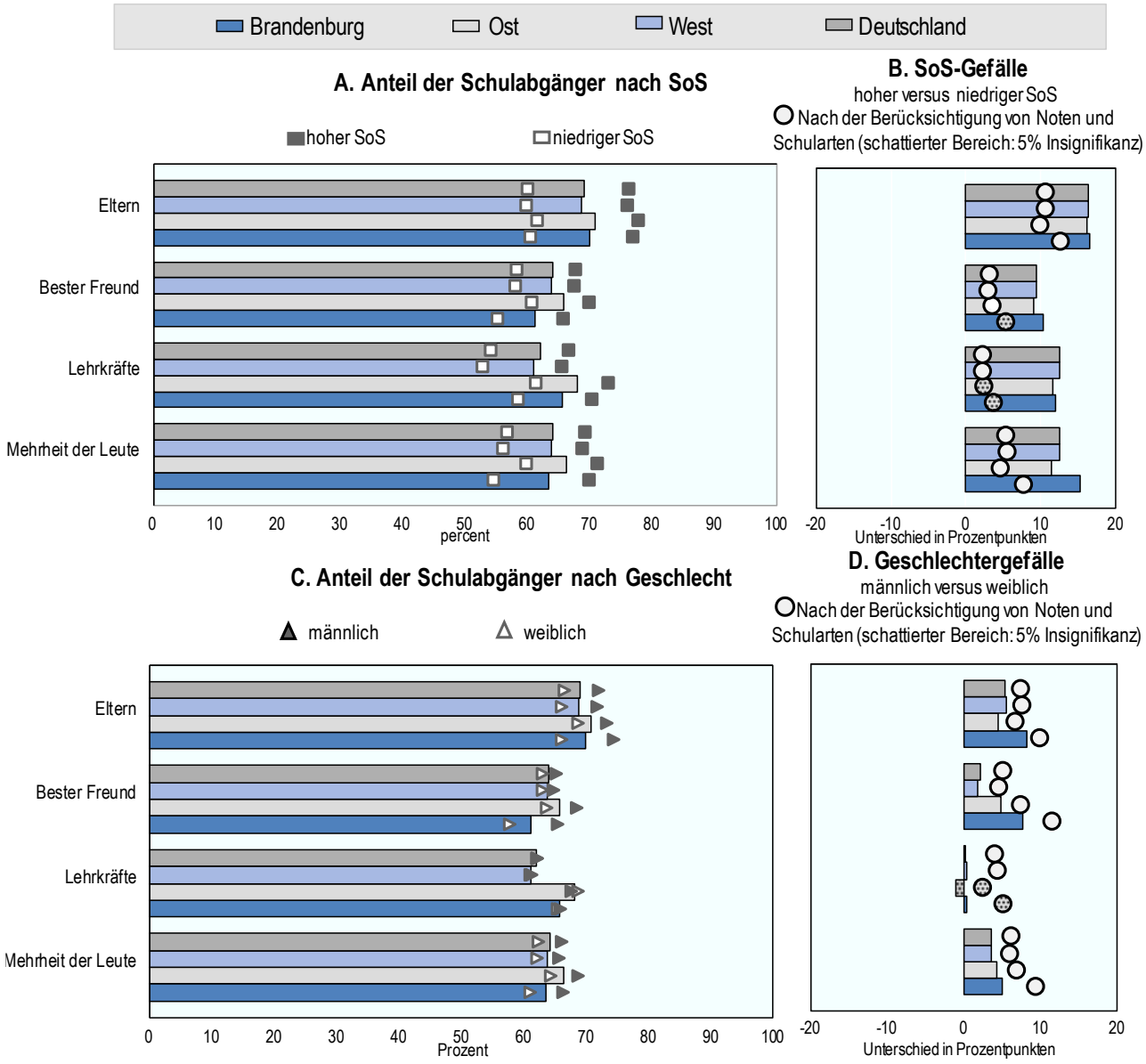
Eltern von benachteiligten Schülern glauben weniger an das Potenzial ihrer Kinder, in der Hochschulbildung erfolgreich zu sein

Die Erwartungen von Eltern, Lehrkräften und Mitschülern in Bezug auf die Aufnahme eines Hochschulstudiums können einen wichtigen Einfluss auf die Bildungsentscheidungen der Schüler haben. In allen Regionen geben zwischen 60 % und 70 % der Schüler an, dass ihre Eltern, ihr bester Freund, ihre Lehrenden und die meisten Leute glauben, dass sie studieren sollten (siehe Abbildung 4.13). In allen Regionen ist die Wahrscheinlichkeit, dass Schüler mit hohem SoS solche Erwartungen äußern, größer als bei Schülern mit niedrigem SoS. Nach Berücksichtigung der Klassenstufen und der Schulform bleiben die SoS-Unterschiede in Bezug auf die Erwartungen der Eltern an die weitere Ausbildung bestehen, während die Unterschiede in Bezug auf die Erwartungen der Lehrkräfte erheblich abnehmen. Dies deutet darauf hin, dass die Eltern klassenspezifische Ziele verfolgen, die nicht unbedingt mit den tatsächlichen schulischen Leistungen ihrer Kinder übereinstimmen, während die Erwartungen der Lehrkräfte stark auf

den schulischen Leistungen basieren. In allen Regionen sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bezug auf die Erwartungen anderer Personen an die weitere Ausbildung eher gering.

Abbildung 4.13. Erwartungen anderer Personen an Schulabgänger, eine Hochschulausbildung zu absolvieren

Studienberechtigte in ihrem letzten Schuljahr (2012)



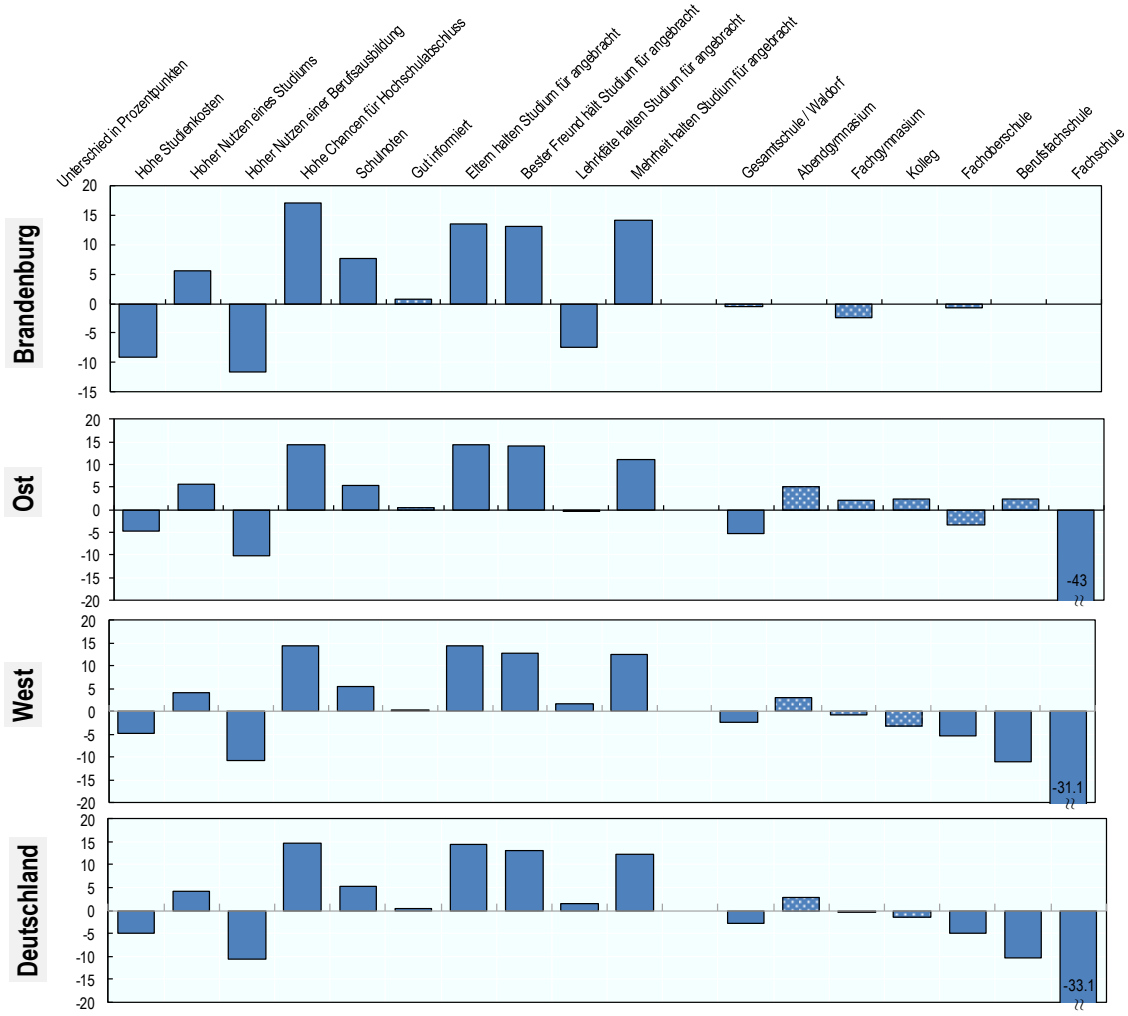
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

StatLink https://stat.link/lnao1k

Die Hürden für die Aufnahme eines Studiums: Kosten, elterliche und eigene Versagensängste, Informationsüberflutung und Attraktivität der Berufsbildung

Abbildung 4.14. Einflussfaktoren auf die Studienentscheidung

Durchschnittliche marginale Effekte, Studienberechtigte in ihrem letzten Schuljahr (2012) (schattierte Balken: nicht signifikante Koeffizienten bei 5 % Konfidenz)



Anmerkung: Koeffizienten aus logistischen Regressionen für jede Region. Die Koeffizienten werden als durchschnittliche marginale Effekte dargestellt, d. h. die durchschnittliche prozentuale Veränderung der Wahrscheinlichkeit, sich für ein Studium zu entscheiden, wenn sich ein Erklärungsfaktor um eine Einheit erhöht. Die Referenzkategorien der dargestellten binären Faktoren (von links nach rechts) sind Folgende: Schulabgänger, die angeben, dass die Kosten keinen oder einen gewissen Einfluss auf ihre Studienentscheidung haben; geringer bis mäßiger Nutzen der Hochschulbildung; geringer bis mäßiger Nutzen der Berufsbildung; geringe bis mäßige Chancen auf einen erfolgreichen Hochschulabschluss; schlecht bis mäßig informiert; Eltern/ bester Freund/ Lehrkraft/ die meisten Leute erwarten nicht oder in gewissem Maße, dass der Befragte studieren sollte. Die Referenzkategorie für die Schulform ist das Gymnasium. Der Schulnotenkoeffizient zeigt die Veränderung des Ergebnisses bei einem Anstieg der Standardabweichung der Schulnoten. In allen Modellen werden Alter, Geschlecht und sozioökonomischer Status berücksichtigt.
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

StatLink https://stat.link/dk07y4

In Abbildung 4.14 wird der Zusammenhang zwischen der Studienabsicht der Schulabgänger und den verschiedenen oben erörterten wahrscheinlichen, die Bildungsentscheidung beeinflussenden Faktoren eingeschätzt. Die Größenordnungen und Richtungen der Zusammenhänge gleichen sich in allen

Regionen. Die Erwartung in Bezug auf einen erfolgreichen Hochschulabschluss weist in allen Regionen den stärksten Zusammenhang mit der Studienabsicht auf, wobei alle anderen Faktoren, einschließlich der schulischen Leistungen und der Erwartungen der Lehrkräfte an die weitere Ausbildung, berücksichtigt werden. Die Erwartungen der Eltern und der Mitschüler in Bezug auf die weitere Ausbildung sind ebenfalls mit einer wesentlich höheren Wahrscheinlichkeit verbunden, sich für eine Hochschulausbildung zu entscheiden (rund 14 bzw. 13 Prozentpunkte in jeder Region). Im Gegensatz dazu spielt die Überzeugung der Lehrkräfte, dass die Schüler studieren sollten, keine Rolle, wenn man andere Faktoren, insbesondere die Noten, berücksichtigt. Auch das Gefühl, gut informiert zu sein, steht in keinem Zusammenhang mit der Entscheidung für ein Studium.

Interessanterweise ist der wahrgenommene Nutzen der beruflichen Bildung vergleichsweise wichtiger als der wahrgenommene Nutzen der Hochschulbildung; ein hoher wahrgenommener Nutzen der beruflichen Bildung ist in allen Regionen mit einer um 14 bis 17 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit verbunden, sich für ein Hochschulstudium zu entscheiden, während ein hoher wahrgenommener Nutzen der Hochschulbildung zu einer um 4 bis 6 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit führt, sich für eine Hochschulausbildung zu entscheiden.

In Deutschland spielen die Kosten des Studiums im Durchschnitt eine eher geringe Rolle bei der Entscheidung. In Brandenburg jedoch haben die Kosten einen größeren Einfluss auf die Bildungsentscheidung – eine um 9 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, sich für ein Hochschulstudium zu entscheiden.

Offensichtlich wirken die Faktoren, wie Schulnoten, Erwartungen der Eltern, Erwartungen der Lehrkräfte, wahrgenommener Nutzen des Studiums usw., zusammen. Und sie haben unterschiedliche Auswirkungen auf Schülerabgänger mit hohem und niedrigem SoS sowie auf männliche und weibliche Schülerabgänger. Abbildung 4.15 analysiert die Auswirkungen von SoS und Geschlecht auf die Entscheidung für ein Hochschulstudium; sie schlüsselt diese Unterschiede in ihre Komponenten auf und untersucht, wie Faktoren wie Schulnoten, Erfolgserwartungen von Schülern und Eltern und der wahrgenommene Nutzen der beruflichen Bildung zur Entscheidungsfindung von Schulabgängern beitragen, wobei SoS (Diagramm A) und Geschlecht (Diagramm B) berücksichtigt werden. Sie stellt also die jeweilige Bedeutung von Faktoren (wie Schulnoten) für die Absicht zur Aufnahme eines Hochschulstudiums in jeder der SoS-Gruppen und in jeder der Geschlechtergruppen dar.

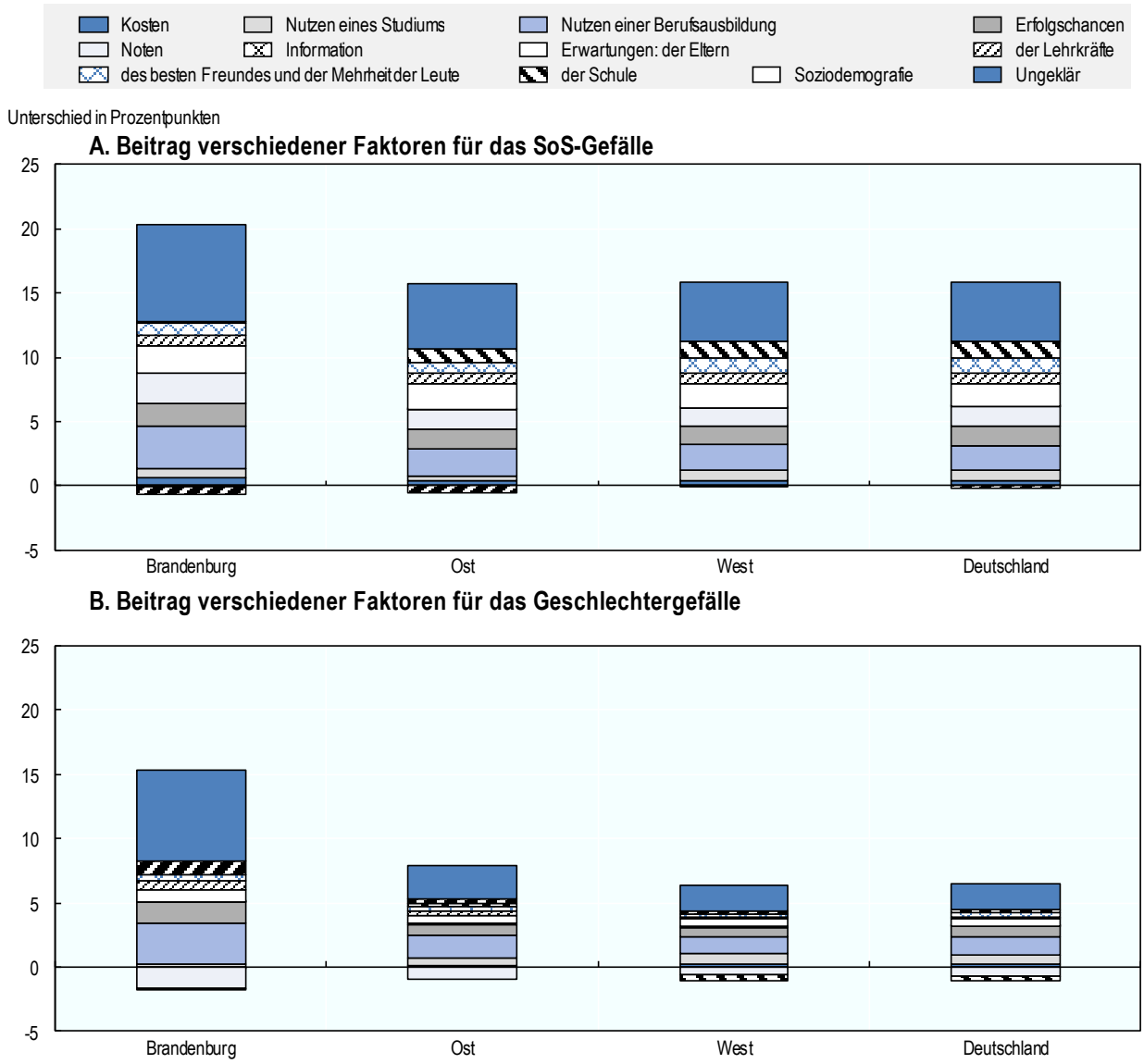
In Diagramm A wird quantifiziert, inwieweit Unterschiede bei verschiedenen Faktoren zum Unterschied zwischen hohem und niedrigem SoS bei der Entscheidung für ein Hochschulstudium beitragen. Diagramm B zeigt, inwieweit die verschiedenen Faktoren zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Entscheidung für ein Studium beitragen.

Diagramm A zeigt, dass etwa ein Drittel der Diskrepanz zwischen den Entscheidungen von Schulabgängern mit hohem und niedrigem SoS in Brandenburg durch keinen der Faktoren im Modell erklärt werden kann – das sind 7 Prozentpunkte des 20-Prozentpunkte-Unterschieds zwischen den Gruppen.

Von den in der Erhebung erfassten Faktoren trägt jedoch die unterschiedliche Wahrnehmung des Nutzens der beruflichen Bildung durch Schulabgänger mit hohem und niedrigem SoS in allen Regionen am stärksten zum SoS-Unterschied bei der Studienabsicht bei. Dieser Unterschied erklärt 17 % des SoS-Unterschieds hinsichtlich der Studienabsicht in Brandenburg (oder 3,3 Prozentpunkte des 20-Prozentpunkte-Unterschieds zwischen Schülern mit hohem und niedrigem SoS bei der Studienentscheidung).

Abbildung 4.15. Aufschlüsselung der sozioökonomischen und geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bezug auf die Studienabsicht

Studienberechtigte in ihrem letzten Schuljahr (2012)



Anmerkung: Die Ergebnisse wurden mithilfe einer von (Karlson, 2012[22]) vorgeschlagenen Aufschlüsselungsmethode ermittelt, wobei für jede Region ein Modell geschätzt wurde. Die Höhe des Balkens entspricht dem gesamten prozentualen Unterschied hinsichtlich der Studienabsicht zwischen Schulabgängern mit hohem und niedrigem SoS in Diagramm A und zwischen männlichen und weiblichen Schulabgängern in Diagramm B. Die Unterkomponenten zeigen den Beitrag der einzelnen Faktoren zu diesen Gesamtunterschieden. Beispielsweise ist in Brandenburg die Wahrscheinlichkeit, dass Schulabgänger mit hohem SoS studieren wollen, um 20 Prozentpunkte höher als bei Schulabgängern mit niedrigem SoS (Diagramm A, linker Balken). 2,4 Prozentpunkte dieses SoS-Gefälles sind auf die vergleichsweise besseren Noten von Schulabgängern mit hohem SoS zurückzuführen. Somit tragen sozioökonomische Unterschiede in den Schulnoten mit einem Anteil von 13 % zum SoS-Gefälle bei der Studienabsicht bei.
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Studienberechtigtenpanels 2012.

StatLink https://stat.link/u5xrep

Unterschiede bei den Schulnoten tragen ebenfalls stark zu den sozioökonomischen Unterschieden bei der Bildungsentscheidung bei. In Brandenburg sind die Schulnoten für 12 % des Unterschieds zwischen Schülern mit hohem und niedrigem sozioökonomischen Status bei ihrer Entscheidung verantwortlich. Das

bedeutet, dass sich Schüler mit hohem SoS aufgrund ihrer vergleichsweise besseren Noten mit einer um 2,4 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit für ein Studium entscheiden. In Ost- und Westdeutschland ist dieser Anteil geringer – 10 % bzw. 9 %.

Die Erfolgserwartungen der Schüler und die Erwartungen der Eltern in Bezug auf die weitere Ausbildung tragen ebenfalls zum SoS-Unterschied bei der Studienwahl bei, doch sind ihre Beiträge geringer als der wahrgenommene Nutzen der beruflichen Bildung und die Schulnoten.

Diagramm B zeigt die Aufteilung des geschlechtsspezifischen Unterschieds bei der Entscheidung für ein Hochschulstudium. In Brandenburg kann etwa die Hälfte des Unterschieds nicht durch die anderen Variablen erklärt werden. Allerdings spielt auch hier der wahrgenommene Nutzen der beruflichen Bildung eine große Rolle. Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Einschätzung dieses Nutzens tragen in jeder Region zu etwa einem Viertel des geschlechtsspezifischen Unterschieds bei. Unterschiede bei der Einschätzung der Erfolgschancen in der Hochschulbildung durch männliche und weibliche Schulabgänger sind ebenfalls von Bedeutung.

Die Entfernung zu den Hochschulen stellt für Brandenburgs Schulabgänger eine weitere Hürde für ein Studium dar

Die Entfernung zu den regionalen Hochschulen ist ein weiterer Faktor, der aufgrund des ländlichen Charakters eines Großteils des Bundeslandes und der Standorte der Hochschulen die Studienwünsche der Schulabgänger beeinflusst. Je größer die Entfernung zu regionalen Hochschulen ist, desto niedriger ist die Studienabsicht (Quast, Mentges and Buchholz, forthcoming[23]), was häufig mit monetären Informationsdefiziten zusammenhängt. Ähnlich verhält es sich mit den PISA-Ergebnissen für 15-jährige Schüler: Kinder, die eine Schule in einer Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern besuchen, rechnen im Durchschnitt in Deutschland mit einer um 12 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit mit einem Hochschulbesuch als Kinder, die eine Schule in einem Gebiet mit weniger als 3.000 Einwohnern besuchen – unter Berücksichtigung des sozioökonomischen Status der Schüler und ihrer Mathematikkenntnisse (OECD, 2019[24]).

Die durchschnittliche Entfernung zu regionalen Hochschulen hat nicht nur Auswirkungen auf die Studienentscheidung, sondern auch auf die Wahl des Studienortes. Schulabgänger, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem abgelegenen Ort ohne unmittelbare Nähe zu einer Hochschule erworben haben, sind bereit, für ihr Studium, sofern sie sich für ein Studium entschieden haben, weiter weg zu ziehen als ihre Altersgenossen aus Städten und Regionen mit hoher Hochschuldichte (Quast, Mentges and Föste-Eggers, 2021[25]). Diese Ergebnisse haben unmittelbare Auswirkungen auf Brandenburg, das Schwierigkeiten hat, seine studienberechtigten Schulabgänger für ein Studium im Bundesland zu halten. Die unlängst erfolgte Einrichtung von Präsenzstellen in entlegenen Gebieten ist ein wichtiger Schritt, um die Hochschulen näher an die Studieninteressierten heranzubringen.

Auswertung und Politikempfehlungen

Ein gerechter Zugang zur Hochschulbildung ist unerlässlich, um die Menschen bei der Anpassung an eine sich verändernde Arbeitswelt zu unterstützen. In Brandenburg gibt es jedoch nach wie vor große Unterschiede hinsichtlich des Hochschulzugangs und der Studienbereitschaft zwischen jungen Menschen mit hohem und niedrigem sozioökonomischen Status sowie zwischen Jungen und Mädchen. Im DZHW-Studienberechtigtenpanel wurden verschiedene Faktoren ermittelt, die Schulabgänger bei ihren Entscheidungen beeinflussen und potenzielle Hürden für den Zugang zur Hochschulbildung darstellen. Dazu gehören etwa die wahrgenommenen hohen Kosten eines Studiums, der wahrgenommene hohe Nutzen einer Berufsausbildung, das mangelnde Selbstwertgefühl und die Ansichten der Eltern sowie die große Menge an verfügbaren Informationen die Entscheidungen der Schulabgänger und schaffen

potenzielle Zugangsbarrieren. Die große durchschnittliche Entfernung zu regionalen Hochschulen ist für Brandenburgs Studienberechtigte eine weitere Hürde für ein Studium.

Studieninteressierte müssen strukturierte Informationen für eine fundierte Entscheidung erhalten

Aktuelle, verlässliche und gut strukturierte Informationen über postsekundäre Bildungs- und Ausbildungsgänge, Finanzierungsmöglichkeiten und den Arbeitsmarkt können Studieninteressierten die Entscheidung bezüglich einer tertiären Ausbildung erleichtern.

Es gibt eine Fülle von Berufs- und Studienberatungsinformationen für Studieninteressierte; man könnte sogar sagen, dass es ein Überangebot an „konkurrierenden" Quellen, wie Schulen, Berufsberatende, Hochschuleinrichtungen und staatliche Stellen, gibt. Die Informationen sind jedoch nicht miteinander verknüpft. Viele der Informationsquellen, mit denen junge Menschen und ihre Familien in Berührung kommen, vermitteln die Situation aus der Sicht des Informationsanbieters, was bedeutet, dass einige dieser Quellen zwar zuverlässig und genau, aber nicht umfassend sind.

Die wichtigste Quelle für Hochschulinformationen ist die von der Hochschulrektorenkonferenz betriebene Website www.hochschulkompass.de, die Informationen über die deutschen Hochschulen und ihre Studiengänge bietet und eine Suche nach Fachgebiet, Standort und Studienform ermöglicht. In Kürze wird sie mit dem Portal „hoch & weit" verknüpft, das sich mit Informationen zur Weiterbildung an reife Lernende richtet. Studieninteressierte können zudem auf Online-Rankings deutscher Hochschulen und Studiengänge zugreifen. So enthält z. B. das CHE-Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung Informationen über die Qualität der Lehre, die Forschungsleistung und -ausstattung sowie die Meinung von Studierenden über Studienbedingungen. Bei manchen Studiengängen werden sogar die Ansichten von Professoren über den Ruf ihres Fachbereichs herangezogen. Die „Arbeitsagentur"-Website der Bundesagentur für Arbeit bietet Arbeitsmarktinformationen, einschließlich Trends nach Berufen, sowie allgemeine Informationen über die verschiedenen postsekundären Bildungsgänge und ihre Finanzierungsmöglichkeiten. Darüber hinaus können Nutzer Berufe nach Studienfach suchen und sich eingehend über Studienteilbereiche informieren. Zudem gibt es mehrere nützliche E-Assessment-Tools, die diese Website für Studieninteressierte bereithält.

Auf Landesebene richtet sich die Website www.studieren-in-brandenburg.de an Studieninteressierte, die gezielt nach Studienmöglichkeiten an brandenburgischen Hochschulen suchen und eine Orientierungshilfe für die Wahl des Studiengangs und des Studienorts benötigen. Die Website erscheint sehr gut strukturiert und bietet viele relevante Informationen für Studieninteressierte. Einige zusätzliche Verbesserungen könnten sie noch benutzerfreundlicher machen: Bspw. ein allgemeines Suchfeld sowie eine Suchfunktion für das Studienangebot in Brandenburg könnten den Nutzern die Navigation erleichtern. Auch allgemeine Informationen über das Leben und Studieren im Land Brandenburg und eine Zusammenstellung von Argumenten, die für Brandenburg sprechen (wie z. B. auf der Website von Mecklenburg-Vorpommern) oder ein Link zu solchen Informationen sind wünschenswert. Gezielte Informationen für internationale Studierende in deutscher und englischer Sprache, wie sie auf den Websites einiger anderer Bundesländer zu finden sind, könnten eine Überlegung wert sein, ebenso wie direkte Links zu den Social-Media-Profilen der Hochschulen statt nur zu deren Websites, was für junge Nutzer attraktiv ist.

Das Fachkräfteportal Brandenburg ist eine weitere nützliche Ressource, die einige der verfügbaren Arbeitsmarktinformationen über das Bundesland zusammen mit Informationen über das Studienangebot und andere verwandte Themen in Brandenburg zusammenführt: Das Portal informiert über aktuelle Stellen- und Ausbildungsangebote im Land Brandenburg und bietet nützliche Informationen für Zuwanderer, Rückkehrende, Studieninteressierte und andere Zielgruppen.

Die beiden Websites www.hochschulkompass.de und www.studieren-in-brandenburg.de sind nicht miteinander verknüpft und verweisen auch nicht aufeinander, obwohl sie beide über verschiedene bundes- und landesweite Kanäle beworben wurden. Einige Länder haben auf ihren Beratungswebsites Informationen aus allen Quellen, wie z. B. Arbeitsagenturen, Bildungsagenturen und Bildungsanbietern, zusammengeführt, um eine einzige Informationsquelle zu schaffen, die so aufbereitet ist, dass Studieninteressierte und ihre Familien leicht Informationen für ihren Entscheidungsprozess finden können (Hofer, Zhivkovikj and Smyth, 2020[26]) (siehe Kasten 4.8 für den Fall Irlands).

Kasten 4.8. Das irische Karriereportal CareersPortal: die zentrale Anlaufstelle für alle, die Studien- und Berufsorientierung in Irland benötigen bzw. anbieten

Das irische Karriereportal wurde 2008 vom irischen Minister für Bildung und Wissenschaft als Reaktion auf die Empfehlungen der Expertengruppe für den künftigen Qualifikationsbedarf (*Expert Group on Future Skills Needs*, EGFSN) ins Leben gerufen. Berufsberatende und Nutzende berufsbezogener Informationen in Irland sollten über ein klar definiertes und aktuelles Verzeichnis verfügen, das bei der Entscheidungsfindung und Berufsberatung behilflich ist. Eine der wichtigsten Empfehlungen der Gruppe war die Einrichtung eines zentralen Karriereportals.

Die Aufgabe des von einem Privatunternehmen entwickelten und betriebenen Karriereportals besteht darin, ein nationales Portal für berufsbezogene Informationen zu schaffen. Die Berufsberatungsprogramme sind so konzipiert, dass sie die aktuellsten und wichtigsten berufsbezogenen Informationen und Ressourcen für diejenigen bereitstellen, die in Irland Berufsberatung benötigen oder anbieten. Das Portal stellt Informationen über die Arbeitswelt und die Bildungslandschaft sowie Ratschläge und Informationen für eine Reihe von Zielgruppen zur Verfügung: Sekundarschüler, Hochschulstudierende und -absolventen, Arbeitssuchende und Quereinsteigende, ältere Lernende, Eltern und Erziehungsberechtigte, Beratungsfachleute und Berufspädagogen.

Die allen irischen Bürgern frei zugängliche Website umfasst folgende Schwerpunktbereiche: 1) Berufsfelder; 2) Datenbanken zum Auffinden von Kursen (*CourseFinder* CAO/PLC/Fetchcourses *[FETCH – Further Education & Training Course Hub]*); 3) Berufsdatenbank (*Career Explorer*); 4) Selbsteinschätzungs-Tools; 5) Stipendien und Unterstützung (finanziell/behinderungsbedingt); 6) Unternehmensprofile; 7) Karriere-Interviews und -Videos; 8) Beratung zu Praktika und freien Stellen; 9) Lehrstellendatenbank; 10) Weiterbildungsmöglichkeiten und Unterstützung; 11) Hochschulprofile; 12) Integrierte Arbeitsmarktinformationen – gefragte Berufe; 13) Berufsberatung; 14) tägliche Karrierenachrichten und Veranstaltungen; 15) Beschäftigungsfähigkeit/berufliche Fähigkeiten und 16) Studienfachwahl.

Alle Informationen sind in eine einzigartige Architektur integriert, die einen freien Informationsfluss zwischen den Rubriken ermöglicht. Auf diese Weise kann die Website effektiv genutzt werden, um den Nutzenden bei der Planung und Ausrichtung ihrer Laufbahn im Einklang mit dem aktuellen Arbeitsmarkt und den verfügbaren Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu unterstützen.

Die Website hat über 2 Millionen Besucher pro Jahr (bei einer irischen Bevölkerung von 4,9 Millionen Menschen). Eine ihrer größten Errungenschaften stellt die Entwicklung von zwei maßgeschneiderten Beratungsprogrammen anhand aller auf der Website bereitgestellten Informationen dar. Während der Covid-19-Lockdowns waren die Berufsberatungsprogramme sowohl für die Beratungsgemeinschaft als auch für ihre Kunden außerordentlich wertvoll. Die Beratungsbeziehung und -praxis konnte nahtlos aus der Ferne fortgesetzt werden.

Einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren des Portals war die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von öffentlichen und privaten Akteuren, die bereit waren, bei der Erstellung von Inhalten mitzuwirken. Der zentrale Beratungsausschuss umfasst Berufsberatende aus der gesamten

Gemeinschaft, was ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor der Initiative ist. Die Kontaktaufnahme mit den Berufsberatenden und deren Schulung in der Nutzung der Ressourcen sowie das Verständnis ihrer Rolle als Informationsregulatoren waren von wesentlicher Bedeutung.

Quelle: Careers Portal Ireland (n.d.[27]), https://careersportal.ie/about.php (aufgerufen am 20 Oktober 2021).

Studieninteressierte in Brandenburg (und auch im übrigen Deutschland) benötigen gut strukturierte Informationen und Online-Beratungsinstrumente, um eine fundierte Entscheidung über ihren Bildungsweg und ihr Hochschulstudium treffen zu können. Die Bundesregierung könnte daran arbeiten, die Website www.arbeitsagentur.de oder ein anderes Webportal zu einem umfassenden Online-Informations- und Beratungsinstrument für Studieninteressierte an deutschen Hochschulen zu machen. Dieses Projekt könnte von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Bundesministerien für Arbeit, Bildung und Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Agentur für Arbeit und der Industrie- und Handelskammern, erfahrenen Berufsberatern und Experten aus dem Sekundar- und Hochschulbereich begleitet werden.

Starke Unterstützung bei der Studienorientierung in Brandenburg gewährleisten

Die Beratungsinstrumente und Berufsinformationsressourcen sind zwar wichtige Mechanismen für eine vernünftige Entscheidungsfindung seitens der Schulabgänger, aber sie werden nur dann auf diese Instrumente und Ressourcen zugreifen, wenn sie sich auf ihre Studienlaufbahn konzentrieren und erkennen, wie wichtig die Bildung für die Eröffnung wertvoller Karrieremöglichkeiten ist. Dieser Orientierungsprozess erstreckt sich über mehrere Jahre: Er beginnt in jungen Jahren und gewinnt mit fortschreitender Ausbildung an Dynamik. Die oben erwähnten umfassenden, integrierten Informationsquellen und Beratungsinstrumente tragen zu diesem Prozess bei, bilden jedoch nur einen Teil des umfassenderen Orientierungsprozesses. Online-Tools können die Schüler zwar darauf vorbereiten, indem sie eine Reihe von Bildungsoptionen aufzeigen und diese entsprechend den Interessen, Fähigkeiten und Karriereerwartungen des Schülers eingrenzen (Vuorinen, R., Sampson, J. P., & Kettunen, J., 2011[28]), aber Informationen und Tools allein reichen selten aus, um Schulabgänger, insbesondere aus einkommensschwachen Familien, zur Aufnahme eines Hochschulstudiums zu bewegen.

Der Orientierungsprozess beinhaltet viele Schritte:

- **Brandenburgs Schulen** bieten Berufs- und Studienorientierung für Schüler an. Allerdings handelt es sich bei den Beratungskräften an den Schulen häufig um hauptberufliche Lehrkräfte, die die Berufs- und Studienorientierung der Schüler neben ihrer Lehrtätigkeit durchführen. Trotz der Ausbildung und Unterstützung, die diesen Lehrkräften zur Verfügung steht, ist unklar, inwieweit sie in der Lage sind, sich über Bildungsmöglichkeiten, Finanzierungsmöglichkeiten (wie Stipendien und BAföG) und die Bedarfe des Arbeitsmarktes auf dem Laufenden zu halten. Darüber hinaus haben die Schulen Schwierigkeiten, den Schülern und ihren Eltern Unterstützung bei der Bewerbung zu geben; Untersuchungen haben gezeigt, dass die Unterstützung bei der Bewerbung für ein Hochschulstudium und bei der Beantragung finanzieller Hilfen, die in Anwesenheit der betreffenden Personen angeboten wird, die Zahl der Einschreibungen in ein Hochschulstudium erhöhen kann (Bettinger et al., 2012[29]) (Oreopoulos, P. and R. Ford, 2016[30]).

  Ein Informations- und Beratungsangebot, das alle genannten Aspekte vereint, in allen Schularten des Landes angeboten und angemessen finanziert wird, wäre ein wichtiger Schritt, um die Unsicherheit hinsichtlich der Kosten und der Arbeitsmarktrelevanz einer Hochschulausbildung in Brandenburg zu verringern.

  Brandenburgs Schulen könnten zudem ihr Vorschlagsrecht für begabte Schüler für Exzellenzstipendien der Studienstiftung des deutschen Volkes aktiver nutzen und über weitere Stipendien informieren. In den letzten zehn Jahren hat nur jede vierte Schule, die von der

Studienstiftung des deutschen Volkes zur Nominierung von Absolventen aufgefordert wurde, dies auch getan, gegenüber 50 % der Schulen bundesweit.

- **Eltern und Betreuende** spielen über viele Jahre hinweg eine wichtige Rolle bei der Orientierung junger Menschen in Bezug auf ihre Berufs- und Weiterbildungsentscheidungen. Sie sind Vorbilder und fungieren als Berater. Oft wirken sie maßgeblich am Entscheidungsprozess mit. Allerdings fehlt es den Eltern oft an Informationen über Bildungswege und Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Eine zusätzliche Herausforderung für Eltern besteht darin, mit ihren Kindern auf eine sie ansprechende und überzeugende Art und Weise über Berufe, den Arbeitsmarkt und die beruflichen Auswirkungen von Bildungsentscheidungen sprechen. Die irische Website https://careersportal.ie (siehe Kasten 4.8) unterstützt Eltern und Betreuer in dieser Hinsicht, indem sie ihnen Fragen zur Verfügung stellt, die als Diskussionsgrundlage dienen können. Darüber hinaus müssten auch öffentliche Dienststellen wie die örtlichen Arbeitsagenturen, Finanzämter und Sozialämter beauftragt und geschult werden, um insbesondere Eltern und berufstätige Erwachsene bei der Studien- und Berufswahl zu beraten und zu unterstützen oder sie an Fachberater in diesem Bereich zu verweisen.
- Die **Brandenburger Hochschulen** und das Netzwerk Studienorientierung bieten strukturierte Berufs- und Studienorientierung für Studieninteressierte auch mittels digitaler Beratung an. Das StudiPortal soll eine Online-Studienorientierung, -vorbereitung und -beratung ermöglichen, die mit der Website www.studieren-in-brandenburg.de verknüpft ist. Das MWFK gewährleistet die Finanzierung dieser Strukturen im Rahmen der aktuellen Hochschulverträge und hat ihr Aufgabenfeld erweitert. Eine nachhaltige Förderung über das Jahr 2023 hinaus bleibt aber problematisch. Die Hochschulen können jedoch nur dann effektiv beraten, wenn die Studieninteressierten ein gewisses Maß an Orientierung in Bezug auf die Hochschulbildung entwickelt haben. Außerdem ist nicht klar, ob die Hochschulen mit ihrer Beratung auch Studieninteressierte aus benachteiligten Familien oder weibliche Studieninteressierte erreichen können. Ein gezieltes Einbeziehen von Berufsschulen sowie Vorbild- und Mentoring-Programmen an den Hochschulen könnte dazu beitragen, die Erwartungen von Familien in abgelegenen Gebieten, von Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status und von Mädchen zu erhöhen. Zusätzlich kann eine gute Positionierung einer Hochschule oder eines bestimmten Studienganges in Rankings die Aufmerksamkeit von Studieninteressierten und ihren Eltern wecken. Schließlich sollten die Hochschulen weiterhin in digitales Marketing investieren und zunehmend Social-Media-Plattformen einsetzen (insbesondere die unter Jugendlichen besonders beliebten Plattformen WhatsApp, Instagram und TikTok) (Statistisches Bundesamt, 2019[31]), um die Studierenden von morgen zu erreichen.
- **Studentische Mentoren und Botschafter**: Die Bundesinitiative ArbeiterKind.de setzt Ehrenamtliche – meist Studierende oder Akademiker – ein, um Schüler aus Familien ohne Hochschulerfahrung in Teilen Brandenburgs gezielt über Hochschulmöglichkeiten zu informieren und zu beraten. Die meisten der Ehrenamtlichen sind Studierende der ersten Generation, die ihre eigenen Erfahrungen mit der Hochschulbildung nutzen, um diejenigen zu ermutigen, die vielleicht noch nicht an ein Studium gedacht haben. Die jüngsten Erfahrungen Österreichs bezüglich der Förderung des Hochschulzugangs für unterrepräsentierte Gruppen sind ein nützliches Modell für regionale und institutionelle Initiativen (siehe Kasten 4.9). Studentische Botschafter mit eigenen Social-Media-Kanälen können für die Aufnahme eines Hochschulstudiums etwa anhand von Videos über ihr Studierendenleben online werben. Erfolgreiche und einflussreiche Alumni können ebenfalls zur Anwerbung von Studierenden beitragen.

Kasten 4.9. Österreichs politische Agenda zur Förderung des Hochschulzugangs für unterrepräsentierte Gruppen

Österreich verfolgt eine Politik der Förderung des Hochschulzugangs für Schulabgänger aus unterrepräsentierten Gruppen, z. B. jene mit Berufsreifeprüfung, deren Eltern keine Matura (Abitur) haben, aus ländlichen Regionen und mit Migrationshintergrund.

In Österreich gibt es eine Reihe regionaler und institutioneller Maßnahmen zur Steigerung der Beteiligung an der Hochschulbildung.

- Die Universität Innsbruck hat das Projekt „Chill die Basis“ ins Leben gerufen, das einen gleichberechtigten Zugang zur Hochschulbildung in Tirol zum Ziel hat. Das Projekt, an dem fünf Universitäten, die Arbeiterkammer und die Psychologische Studienberatung beteiligt sind, untersucht Ungleichheiten beim Zugang und entwickelt Maßnahmen zu deren Abbau (University of Innsbruck, 2021[32]). Zu den Maßnahmen gehört Initiative „talentscout-tirol“, bei dem Schulen in der Region besucht werden, um Studieninteressierte individuell zu beraten (University of Innsbruck, 2021[33]).
- Die Steirische Hochschulkonferenz, in der alle neun steirischen Hochschulen vertreten sind, stellt Studieninteressierten online und telefonisch Informationen zu Studiengängen und Beratungsangeboten zur Verfügung (CAMPUS 02, 2021[34]). Auch die Universität Graz in der Steiermark bietet im Rahmen des Projekts „Peer-Mentoring/Die Ersten in der Familie, die an die Uni gehen“ gezielte Unterstützungs- und Informationsangebote für Studierende der ersten Generation und Studierende mit Migrationshintergrund. Es stellt den angesprochenen Studierenden individuelle Beratung und Betreuung zur Verfügung und unterstützt sie beim Aufbau ihres sozialen Netzwerks nach der Immatrikulation (University of Graz, 2021[35]).

Eine Auswertung dieser Maßnahmen zeigt, dass die Unterstützung durch Gleichgestellte und die individuelle Beratung einen positiven Einfluss auf den Zugang zur Hochschulbildung haben. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass Informations- und Unterstützungsangebote außerhalb des Schulsystems wichtig sind, da sich viele österreichische Schulabgänger nicht direkt nach Abschluss der Sekundarstufe an einer Hochschule einschreiben. Die Auswertung legt zudem nahe, dass Informationen über Studien- und Karriereoptionen, Beratungsangebote und Informationen über finanzielle und nicht-finanzielle Unterstützung stärker miteinander verknüpft werden müssen, um mehr Talente aus den unterrepräsentierten Gruppen für ein Studium zu gewinnen (BMBWF, 2017[36]).

Die Nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung hat nationale Ziele festgelegt, darunter neun quantitative Ziele (z. B. die Verringerung der Unterrepräsentation von Studierenden, deren Eltern keine Matura haben, und die Verringerung regionaler Unterschiede beim Zugang zur Hochschulbildung), die sich in Leistungsvereinbarungen mit öffentlichen Universitäten und einem Finanzierungsplan für Fachhochschulen niederschlagen. Das Bundesbildungsministerium will zudem die Qualität und Zugänglichkeit von Informationen verbessern und eine gezieltere Kommunikation fördern, um die Hochschulquote in unterrepräsentierten Gruppen zu erhöhen (BMBWF, 2021[37]).

Quellen: University of Innsbruck (2021[32]), Chill die Basis, https://www.uibk.ac.at/soziologie/forschung/sozialstrukturanalyse-sozialpolitik-sozialforschung/chill-die-basis/; University of Innsbruck (2021[33]), talentescout-tirol, https://www.uibk.ac.at/public-relations/studienberatung/talentescout-tirol.html; CAMPUS 02 (2021[34]), Steirische Hochschulkonferenz startet Info-Offensive für Studieninteressierte, https://www.campus02.at/news/steirische-hochschulkonferenz-startet-info-offensive-fuer-studieninteressierte/; BMBWF (2017[36]), Nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung Bildungsministerium für Bildung und Forschung; BMBWF (2021[37]), “Soziale Dimension”, https://www.bmbwf.gv.at/Themen/HS-Uni/Studium/Leitthemen/SozDim.html (aufgerufen am 1 Februar 2021).

Auch durch das physische Näherbringen von Hochschulen an die Studieninteressierten können soziale Klüfte überbrückt werden. Nach dem Beispiel der „Campus connectés“ im ländlichen Frankreich (siehe Kasten 4.10) könnten die sieben Präsenzstellen auch als Standorte für Studierende der brandenburgischen Hochschulen genutzt werden. Jede Präsenzstelle könnte vernetzte Unterrichtsräume bereitstellen, in denen die Studierenden im Fernunterricht unter Aufsicht arbeiten und von individueller und kollektiver Betreuung profitieren können.

Kasten 4.10. *Campus connectés*: Studienorte zur Erleichterung des Zugangs zur Hochschulbildung im ländlichen Frankreich

Campus connectés (CCs, zu Dt.: vernetzte Campus) sind staatlich zugelassene Studienorte, an denen Studierende mit Unterstützung von Tutoren Fernkurse an französischen Hochschulen absolvieren können. Die CCs ermöglichen ein wohnortnahes Studium in ländlichen Gebieten, wobei jeder Studierende an einer öffentlichen Universität eingeschrieben ist. Diese Orte bieten vernetzte Unterrichtsräume, in denen die Studierenden arbeiten können. Sie werden beaufsichtigt und profitieren von einer individuellen und kollektiven Betreuung.

Die CCs sollen die Möglichkeiten zur Aufnahme eines Hochschulstudiums erweitern, vor allem in ländlichen Gegenden, aus denen sich zu viele Studienberechtigte nicht an einem weit entfernten Universitätscampus in einer teuren Großstadt einschreiben wollen. Die in einem CC eingeschriebenen Studierenden können die gleichen Kurse wie an einer Universität belegen, ohne von zu Hause wegziehen zu müssen. Seit ihrer Eröffnung im Jahr 2019 erfreuen sich die *Campus connectés* einer starken Nachfrage.

Die meisten Lernenden sind junge Menschen, die gerade die Sekundarschulausbildung abgeschlossen oder bereits eine Hochschulausbildung begonnen haben. Es gibt auch ältere Lernende. Alle Lernenden absolvieren einen Studiengang, der zu einem Bachelor, Master, Universitätsdiplom oder Technologiediplom führt. Sie müssen mindestens 15 Stunden pro Woche im CC anwesend sein und werden von einem Tutor betreut und beraten. Sie können auch an Kommunikationsworkshops, Sprachkursen oder Treffen mit Unternehmensleitern der Region teilnehmen.

Die Erfolgsaussichten für ein Fernstudium sind in Frankreich wesentlich geringer als für ein Präsenzstudium an einer Universität. Daher sind die persönliche Betreuung und die soziale Interaktion wesentliche Aspekte eines CC. Die Tutoren vor Ort fördern die soziale Interaktion und organisieren Bildungsworkshops sowie Gemeinschaftsveranstaltungen, die den Gruppengeist in diesen kleinen Strukturen fördern.

Derzeit gibt es 89 CC-Standorte in Frankreich und den französischen Überseegebieten. Die Standorte erhalten 50.000 Euro pro Jahr, und die französische Hochschule, mit der sie zusammenarbeiten, erhält 10.000 Euro pro Jahr zur Unterstützung ihrer Zusammenarbeit. Das Gesamtbudget der CC-Initiative beläuft sich auf 25 Millionen Euro für fünf Jahre. Ziel der *Campus Connectés* ist es, in den nächsten fünf Jahren jährlich 5.000 Studierende zu immatrikulieren. Dies ist zwar nur ein kleiner Teil der 700.000 sich jährlich an französischen Hochschulen einschreibenden Studierenden, wird aber als wichtiger Schritt in ländlichen Gegenden angesehen.

Quelle: Campus connectés (n.d.[38]), www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/pid39023/www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/pid39023/les-lieux-labellises-campus-connecte.html (aufgerufen am 25 März 2021).

Kasten 4.11. Politikempfehlungen zur Gewährleistung, dass Studieninteressierte über strukturierte Informationen verfügen, um fundierte Entscheidungen zu treffen, und bei der Studienorientierung angemessen unterstützt werden

Studien- und Berufsorientierung an Schulen

- Die Studien- und Berufsorientierung an den Schulen sollte umfangreich sein und Folgendes beinhalten: i) Informationen über Studien- und Berufsgänge und Programmoptionen, ii) Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten der verschiedenen Bildungsgänge, einschließlich Hochschul- und Berufsbildung, sowie weitere, immaterielle Unterstützungsmechanismen für Schüler und iii) individuelle Beratung für Schüler und Eltern. Die Berufsorientierung sollte an allen staatlichen Schulen angemessen finanziert werden. Darüber hinaus sollte das Lernen mit/von Mitschülern (Peer-Learning) in allen Schulen, sowohl in öffentlichen als auch in privaten, gefördert werden.
- Brandenburger Schulen sollten verstärkt von ihrem Recht Gebrauch machen, begabte Schüler für Exzellenzstipendien der Studienstiftung des deutschen Volkes zu nominieren. Darüber hinaus sollten sie weiterführende Informationen bereitstellen und mehr Unterstützung bei Stipendienanträgen leisten.

Studien- und Berufsorientierung an Hochschulen

- Das MWFK sollte eine nachhaltige Finanzierung für die (gegenwärtig vorläufigen) Strukturen der Studien- und Berufsorientierung an Hochschulen (insbesondere für das Netzwerk Studienorientierung Brandenburg und die Präsenzstellen) gewährleisten und in Betracht ziehen, den Auftrag der Präsenzstellen zu erweitern, um sie auch als Studienorte zu nutzen.
- Die Hochschulen sollten weiterhin über das Netzwerk Studienorientierung Brandenburg und die Präsenzstellen Kontakt zu Schulen (einschließlich Berufsschulen) aufnehmen und insbesondere benachteiligten Schülern persönliche Beratung und Unterstützung durch Gleichgestellte anbieten.
- Das MWFK und das MBJS (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) sollten ein Studierenden-Mentoren-Programm zwischen (insbesondere benachteiligten) Schülern und Hochschulstudierenden einführen.

Digitales Marketing der Hochschulen

- Die Hochschulen und das Netzwerk Studienorientierung sollten das kürzlich entwickelte digitale Informations- und Beratungsangebot beibehalten und gemeinsam an der weiteren Entwicklung des StudiPortals arbeiten. Zudem sollten mehr Investitionen in digitales Marketing fließen und die Vorteile von Social-Media-Plattformen ausgenutzt werden, um Studierende und Studieninteressierte in zunehmendem Maße zu erreichen.
- Die Hochschulen sollten erwägen, studentische Botschafter zur Verwaltung von Social-Media-Kanälen (mit Informationen über das Campus-Leben) einzustellen und Alumni für die Gewinnung von Studierenden einzubeziehen.

Informationen und Hilfsmittel zur Berufsorientierung

- Das MWFK sollte sich bei den übrigen Ländern und der Bundesregierung für die Schaffung von Berufsberatungswerkzeugen einsetzen, die relevante Daten in jeglicher Form enthalten, und auch für die Erstellung einer zentralen bundesweiten Website zur Berufs- und Studienberatung,

die sachliche Informationen auf strukturierte und unparteiische Weise bereitstellt und Zugang zu interaktiven Hilfsmitteln gewährt, die den Entscheidungsprozess erleichtern. Dabei muss Folgendes gewährleistet werden:

  - Die Website muss so gestaltet sein, dass Verunsicherungen (etwa über die Bedarfe des Arbeitsmarktes) bei jungen Menschen und ihren Familien sowie bei den Beratenden abgebaut werden. Sie muss auch Hilfsmittel bereitstellen, die dabei helfen, sich über die eigenen Berufs- und Studieninteressen bewusst zu werden und sich mit den zahllosen Studien- und Berufsausbildungsmöglichkeiten und deren Finanzierung zurechtzufinden.
  - Die Website muss zudem die Vorteile des lebenslangen Lernens hervorheben und Informationen und Hilfsmittel zur Verfügung stellen, die erwachsene Lernende sowie Erwerbstätige bei ihrer Suche nach einer höher- oder umqualifizierenden Bildungsmaßnahme unterstützen.

- Die Landesregierung sollte weiterhin bzw. verstärkt angepasste Informationskanäle nutzen, um Lernende in Brandenburg (und anderen Bundesländern, insbesondere im benachbarten Berlin) gezielt anzusprechen. Derzeit sind das die beiden Websites www.studieren-in-brandenburg.de und www.fachkraefteportal-brandenburg.de sowie Social-Media, Webanzeigen, Außenwerbung usw.
- Das Netzwerk Studienorientierung Brandenburg sollte die bereits gut strukturierte Website www.studieren-in-brandenburg.de regelmäßig auf den neuesten Stand bringen, um neue nützliche Sonderbeiträge und wichtige Informationen zu erfassen

Quellennachweise

Bettinger et al. (2012), "The Role of Application Assistance and Information in College Decisions: Results from the H&R Block Fafsa Experiment", *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 127/3, pp. 1205-1242. [29]

BMBWF (2021), *Soziale Dimension*, webpage, https://www.bmbwf.gv.at/Themen/HS-Uni/Studium/Leitthemen/SozDim.html (accessed on 1 February 2021). [37]

BMBWF (2017), *Nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung. [36]

CAMPUS 02 (2021), "Steirische Hochschulkonferenz startet Info-Offensive für Studieninteressierte", webpage, https://www.campus02.at/news/steirische-hochschulkonferenz-startet-info-offensive-fuer-studieninteressierte/ (accessed on 15 February 2021). [34]

Campus connectés (n.d.), *Les lieux labellisés Campus connecté [Connected campuses]*, webpage, https://www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/fr/les-lieux-labellises-campus-connecte-49754 (accessed on 25 March 2021). [38]

Careers Portal Ireland (n.d.), *CareersPortal.ie*, https://careersportal.ie/about.php (accessed on 20 October 2021). [27]

CHE (2021), *Studieren ohne Abitur: Brandenburg*, Centrum für Hochschulentwicklung, http://www.studieren-ohne-abitur.de/web/laender/brandenburg/ (accessed on 7 April 2021). [4]

Eurydice (2021), *Germany: Bachelor*, webpage, https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/bachelor-31_en (accessed on 7 April 2021). [1]

FBB (2021), "Kontakt | Zukunftstag 2021", Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) gGmbH, https://zukunftstagbrandenburg.de/kontakt/ (accessed on 7 April 2021). [10]

FDZ-DZHW (2021), *DZHW-Studienberechtigtenpanel 2012 - Ausbildungswege von Studienberechtigten*, https://doi.org/10.21249/DZHW:gsl2012:2.0.0. [21]

Hofer, A., A. Zhivkovikj and R. Smyth (2020), "The role of labour market information in guiding educational and occupational choices", *OECD Education Working Papers*, No. 229, OECD Publishing, Paris, https://dx.doi.org/10.1787/59bbac06-en. [26]

Karlson, K. (2012), "Comparing Regression Coefficients Between Same-Sample Nested Models using Logit and Probit: A New Method", *Sociological Methodology*, Vol. 42, pp. 286-313. [22]

kobra.net (2021), *Projekt und Projektstelle*, webpage, https://www.kobranet.de/projekte/projektstellepotenzialanalysebrandenburg/projekt-und-projektstelle.html (accessed on 7 April 2021). [8]

MBJS (2022), *Landesstrategie zur Beruflichen Orientierung: Handlungsrahmen einer systematischen, individuellen und praxisnahen Ausbildungs- und Studienorientierung an Schulen im Land Brandenburg*, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. [6]

MBJS (2021), “Berufs- und Studienorientierung”, webpage, https://mbjs.brandenburg.de/bildung/uebergang-schule-beruf/berufs-und-studienorientierung.html (accessed on 7 April 2021). [7]

MBJS (2021), “Fachoberschule – Fachhochschulreife”, webpage, https://mbjs.brandenburg.de/bildung/berufliche-bildung/berufliche-schulen-oberstufenzentrenosz/fachoberschule-fachhochschulreife.html (accessed on 7 April 2021). [2]

MWFK (2018), “Präsenzstellen bauen Brücken zu Hochschulen des Landes”, webpage, https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.613777.de (accessed on 8 April 2021). [15]

MWFK (2013), *Hochschulentwicklungsplanung des Landes Brandenburg bis 2025 Potsdam, März 2013*, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. [11]

MWFK (n.d.), *Rechtliche Grundlagen / Zentrale Dokumente*, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/wissenschaft/rechtliche-grundlagen-zentrale-dokumente/ (accessed on 8 February 2021). [12]

MWFK (n.d.), *Wissens- und Technologietransfer*, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/wissenschaft/wissens-und-technologietransfer/~mais2redc107558de. [16]

Netzwerk Studienorientierung Brandenburg (2020), *Report by the Brandenburg Study Orientation Network*, University of Potsdam. [14]

Netzwerk Studienorientierung Brandenburg (n.d.), “Veranstaltungen”, Netzwerk Studienorientierung Brandenburg, https://netzwerk-studienorientierung.de/?page_id=808 (accessed on 8 April 2021). [13]

Netzwerk Zukunft (n.d.), “Über Uns – Netzwerk Zukunft”, webpage, https://www.netzwerkzukunft.de/ueber-uns/ (accessed on 7 April 2021). [9]

OECD (2019), *OECD Skills Outlook 2019: Thriving in a Digital World*, OECD Publishing, Paris, https://dx.doi.org/10.1787/df80bc12-en. [24]

Oreopoulos, P. and R. Ford (2016), “Keeping College Options Open: A Field Experiment to Help All High School Seniors Through the College Application Process”, *NBER Working Paper 22320*. [30]

Präsenzstellen (n.d.), *Willkommen in den Präsenzstellen der Hochschulen in Brandenburg*, Präsenzstellen der Hochschulen des Landes Brandenburg, https://www.praesenzstellen.de/. [17]

Quast, H., H. Mentges and S. Buchholz (forthcoming), *Atypische Bildungsverläufe: Warum verzichten Studienberechtigte aus weniger privilegierten Familien trotz Hochschulreife immer noch häufiger auf ein Studium?*, HERSS-Sammelband. [23]

Quast, H., H. Mentges and D. Föste-Eggers (2021), *Should I stay or should I go? Determinanten der räumlichen Distanz zwischen Schul- und Hochschulort*. [25]

Statistisches Bundesamt (2020), *Schulen*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/_inhalt.html (accessed on 15 March 2021). [3]

Statistisches Bundesamt (2019), *Anteil der befragten Kinder und Jugendlichen, die folgende soziale Netzwerke nutzen, nach Altersgruppen in Deutschland 2019*, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/298176/umfrage/umfrage-zur-nutzung-sozialer-netzwerke-durch-kinder-und-jugendliche/ (accessed on 12 January 2022). [31]

Statistisches Bundesamt (2019), *Bildung und Kultur. Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen*, (database), https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00128354 (accessed on 3 November 2021). [18]

Statistisches Bundesamt (2019), "Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Sommersemester 2018", in *Fachserie 11, Reihe 4.1, Table 4*, (database), http://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00095976 (accessed on 6 November 2021). [20]

Statistisches Bundesamt (2018), "Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen. Wintersemester 2017/2018"*, Fachserie 11, Reihe 4.1, Table 6*, (database), https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00092410 (accessed on 6 November 2021). [19]

Technische Hochschule Brandenburg (2021), *Studieren ohne Abitur*, https://zdd.th-brandenburg.de/informieren/studieren-ohne-abitur/ (accessed on 7 April 2021). [5]

University of Graz (2021), "Peer Mentoring", webpage, https://www.uni-graz.at/en/studying/for-prospective-students/getting-to-know-the-university/peer-mentoring/ (accessed on 1 February 2021). [35]

University of Innsbruck (2021), "Chill die Basis", webpage, https://www.uibk.ac.at/soziologie/forschung/sozialstrukturanalyse-sozialpolitik-sozialforschung/chill-die-basis/ (accessed on 1 February 2021). [32]

University of Innsbruck (2021), "talentescout-tirol", webpage, https://www.uibk.ac.at/public-relations/studienberatung/talentescout-tirol.html (accessed on 1 February 2021). [33]

Vuorinen, R., Sampson, J. P., & Kettunen, J. (2011), "The perceived role of technology in career guidance among practitioners who are experienced internet users", *Australian Journal of Career Development*, Vol. 20/3, pp. 39-47. [28]

5 Leistung des Hochschulsystems: Studierenden-Erfolg

Dieses Kapitel befasst sich mit dem Profil der Studierendenschaft im Land Brandenburg. Dafür werden Kriterien wie Einschreibungen und Studienrichtungen sowie Alter und Geschlecht der Hochschulstudierenden untersucht. Auch die steigenden Zahlen der internationalen Studierenden werden betrachtet. Erfolgsmaßstäbe des Brandenburger Hochschulsystems werden mit denen anderer Bundesländer verglichen, insbesondere Abschlussquoten und die benötigte Semesteranzahl bis zum Qualifikationsabschluss. Schließlich wird das Finanzierungssystem zur Unterstützung von Hochschulstudierenden beleuchtet, wobei die Auswirkungen von Bundesfinanzhilfen und Stipendien von Begabtenförderungswerken untersucht werden.

Die Studierendenschaft in Brandenburg

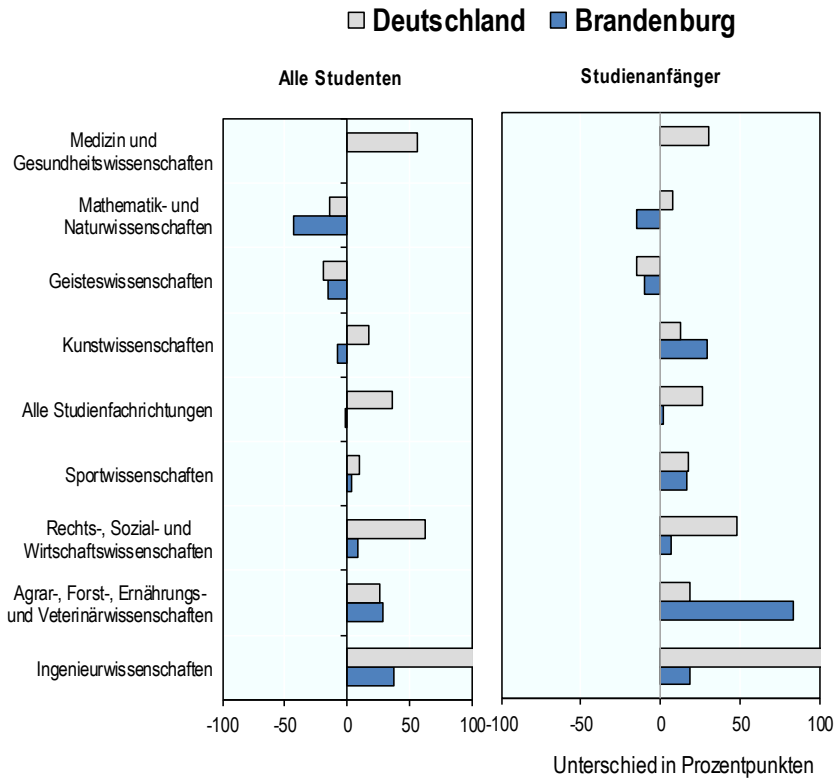
Die Zahl der Studierenden in Deutschland steigt; die Einschreibungen in Brandenburgs Hochschulen bleiben stabil

Die Zahl der Hochschulstudierenden unterscheidet sich stark zwischen den west- und ostdeutschen Ländern. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Studierenden in den westlichen Bundesländern um 64 % gestiegen. Die ostdeutschen Bundesländer haben sich von den Wanderungsverlusten nach der Wiedervereinigung erholt, so dass hier der Anstieg der Studierendenzahlen geringer ausfiel (46 %). Die Zahl der Studierenden in Brandenburg ist von 33.000 im Jahr 2000 auf 50.360 Studierende im Wintersemester 2020/21 gestiegen. Der Großteil dieses Anstiegs erfolgte jedoch vor 2015; in den letzten fünf Jahren waren die Einschreibungen stabil bzw. rückläufig.

Trotz dieser Entwicklung entfallen auf das brandenburgische Hochschulsystem nur 1,7 % aller Studierenden (der viertniedrigste Anteil) im deutschen Hochschulwesen, während die brandenburgische Bevölkerung 3 % der gesamtdeutschen Bevölkerung ausmacht. Angesichts des hohen Durchschnittsalters der Brandenburger Bevölkerung ist der relativ geringe Anteil an der Gesamtstudierendenzahl in Deutschland jedoch nicht überraschend (Statistisches Bundesamt, 2020[1]).

Während die Studierendenzahlen in den letzten zehn Jahren relativ sabil geblieben sind, gab es eine Verschiebung bei den Studienfächern

Abbildung 5.1. Entwicklung der Studierendenzahlen in Brandenburg (2010–2019)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2021[2]), Hochschulstatistik, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Methoden/Erlaeuterungen/hochschulen.html (aufgerufen am 15 März 2021).

StatLink https://stat.link/hxe8d4

Während die Zahl der Studierenden in Brandenburg in den letzten zehn Jahren nahezu konstant geblieben ist, hat es bei den Studienfächern eine deutliche Verschiebung gegeben (siehe Abbildung 5.1). In den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern sind die Studierendenzahlen um 43 %, in den Geisteswissenschaften um 16 % und in den Kunstwissenschaften um 8 % zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum sind die Zahlen in den Ingenieurwissenschaften um 37 %, in den Agrar-, Forst-, Ernährungs- und Veterinärwissenschaften um 28 % und in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften um 8 % gestiegen.

Die beliebtesten Studienfächer in Deutschland sind Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (37 % aller Studierenden), Ingenieurwissenschaften (27 %), Geisteswissenschaften (11 %) sowie Mathematik und Naturwissenschaften (11 %).

Für Brandenburg ergibt sich insgesamt ein ähnliches Bild, wobei im Vergleich zu Deutschland die Rechts, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (39 %), die Geisteswissenschaften (19 %), die Sportwissenschaften (2,1 %) und die Agrar-, Forst-, Ernährungs- und Veterinärwissenschaften (3,6 %) in Brandenburg einen höheren Studierendenanteil verzeichnen. Die Anteile bei den Ingenieurwissenschaften (22 %), der Mathematik und den Naturwissenschaften (10 %) und der Humanmedizin und den Gesundheitswissenschaften (1,3 %) sind vergleichsweise geringer.

Wie in den meisten deutschen Bundesländern und OECD-Ländern sind auch im brandenburgischen Hochschulsystem geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen den Studienfächern üblich. Der Anteil der weiblichen Studierenden ist in folgenden Fächern höher als der der männlichen Studierenden: Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (43 % der Frauen vs. 35 % der Männer), Geisteswissenschaften (24 % vs. 13 %) und Agrar-, Forst-, Ernährungs- und Veterinärwissenschaften (4,3 % vs. 2,8 %). Dagegen sind zwei Fächer bei Männern beliebter als bei Frauen: Ingenieurwissenschaften (32 % der Männer vs. 12 % der Frauen) und Sportwissenschaften (2,9 % vs. 1,4 %).

An Fachhochschulen (FH) sind einige Studienfächer stärker vertreten als an Universitäten: So studieren an den brandenburgischen Fachhochschulen 80 % aller Studierenden Wirtschafts-, Sozial- und Ingenieurwissenschaften (vs. 54 %, einschließlich Rechtswissenschaften, an Universitäten). Bestimmte andere Fachrichtungen sind an den Fachhochschulen weniger stark vertreten, wie z. B. Geisteswissenschaften (3,1 % vs. 25 % an Universitäten), Mathematik und Naturwissenschaften (0,9 % vs. 13 % an Universitäten). Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften hingegen machen 9,5 % der Studierenden an den Fachhochschulen und nur 1,2 % an den Universitäten aus.

Brandenburg hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Studierenden, die einen Master- oder Doktortitel anstreben

Im gesamtdeutschen Vergleich strebt ein höherer Prozentsatz der Brandenburger Studierenden einen Masterabschluss (19 % vs. 24 %) oder einen Doktortitel an (4,1 % vs. 5,8 %). Obwohl der Anteil der Masterstudierenden an den Universitäten deutlich höher ist als an den Fachhochschulen (32 %[1] vs. 20 %), liegen beide über dem deutschen Durchschnitt (27 % an Universitäten und 15 % an Fachhochschulen). Ähnlich wie im deutschen Durchschnitt absolvieren fast 9 % der Studierenden ein Lehramtsstudium, davon zwei Drittel ein Bachelorstudium und ein Drittel ein Masterstudium.

Brandenburgs Studierende sind überwiegend weiblich und älter, es gibt jedoch Unterschiede nach Hochschultyp

In Brandenburg sind weibliche Studierende in der Mehrheit (52 %; dritthöchster Anteil unter den Bundesländern), vor allem an den Universitäten (54 %), verglichen mit 49 % aller deutschen Studierenden und 51 % an den deutschen Universitäten. An den Fachhochschulen sind sie dagegen in der Minderheit (45 %). Das Geschlechterprofil der brandenburgischen Fachhochschulen ähnelt eher dem der Hochschulen in den westlichen Bundesländern (44 % Frauen) als dem der ostdeutschen Länder (49 %).

Dies ist vermutlich auf die starke technisch-ingenieurwissenschaftliche Ausrichtung der meisten Studiengänge an den Fachhochschulen in Brandenburg zurückzuführen[2].

Brandenburgs Hochschulstudierende sind älter als der Durchschnitt der deutschen Studierenden: Mehr als die Hälfte (51 %) aller Studierenden in Brandenburg sind älter als 25 Jahre und 22 % älter als 30 Jahre, verglichen mit 45 % bzw. 17 % in ganz Deutschland. Interessanterweise ist der Anteil der jüngeren Studierenden an den Fachhochschulen höher als an den Universitäten (42 % der 20- bis 25-Jährigen an den Fachhochschulen vs. 39 % an Universitäten). Studierende im Alter von 35 Jahren und älter, die häufig in Teilzeit oder mit einem flexibleren Studienplan studieren, sind an Fachhochschulen ebenfalls stärker vertreten als an Universitäten (10 % vs. 8 %).

In Brandenburg wächst die Zahl der internationalen Studierenden

Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der internationalen Studierenden in Brandenburg von 2.700 auf 8.700 im Studienjahr 2019/20 gestiegen und ihr Anteil hat sich von 9,2 % auf 18 % erhöht, womit Brandenburgs Hochschulsystem nach Berlin das internationalste ist. Besonders hoch ist der Anteil ausländischer Studierender an Brandenburgs Universitäten (20 %). Überdurchschnittlich hoch ist auch der Anteil internationaler Studierender an den Fachhochschulen (14 %).

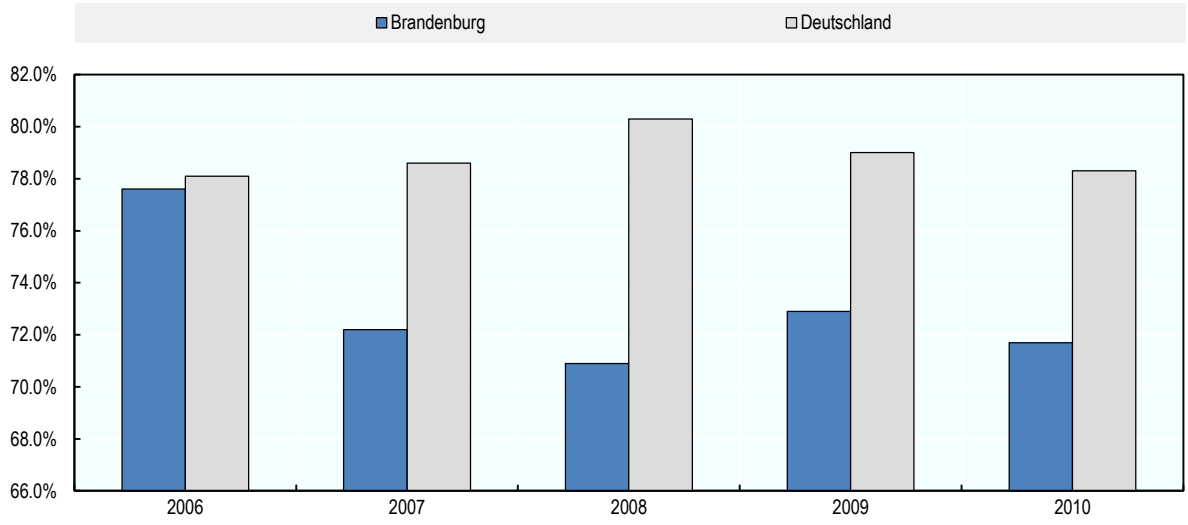
Die Mehrheit der internationalen Studierenden in Brandenburg studiert MINT- und Wirtschaftsfächer, Bereiche, die auf dem staatlichen Arbeitsmarkt gefragt sind, und kompensiert damit weitgehend die rückläufige Nachfrage von Studierenden aus Brandenburg und dem übrigen Deutschland in diesen Studienfächern an einigen der brandenburgischen Hochschulen. An der BTU Cottbus-Senftenberg beträgt der Anteil internationaler Studierender ein Drittel, an der Europa-Universität Viadrina ein Viertel der Studierenden.

Der rechtzeitige Studienabschluss und das Risiko eines Studienabbruchs sind problematisch

Die Brandenburger Studierenden brauchen länger, um ihr Studium abzuschließen, als Studierende in anderen Bundesländern, und einige unter ihnen schließen ihr Studium gar nicht ab (siehe Abbildung 5.2). Im Jahr 2018, acht Jahre nach der Erstimmatrikulation (Jahrgang 2010), haben nur 72 % der Brandenburger Studierenden ihr Studium abgeschlossen (im Vergleich zu 78 % im Bundesdurchschnitt). Dies war die drittniedrigste Quote in ganz Deutschland. Die Entwicklung war in den meisten Jahrgängen ähnlich. Lediglich der Jahrgang 2006 erreichte zwölf Jahre nach der Immatrikulation annähernd den deutschen Durchschnitt von 78 %. Einige Berechnungen der Studienabbruchquoten aus Deutschland, die auf einem anderen methodischen Ansatz[3] beruhen, zeigen, dass etwas mehr als ein Viertel der Studierenden die Hochschulausbildung abbricht (Heublein and Schmelzer, 2018[3]).

Zu den Gründen für einen nicht erfolgten Abschluss gehören persönliche oder berufliche Gründe. Einige Studierende hatten vielleicht nie die Absicht, ein Studium abzuschließen, sondern waren nur eingeschrieben, um von ihrem Studierendenstatus zu profitieren oder um eine bestimmte Qualifikation zu erwerben.

Abbildung 5.2. Abschlussquoten in Brandenburg und Deutschland nach Jahrgang (2018)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2020[4]), Bildung und Kultur: Erfolgsquoten, Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 2006 bis 2010, Statistisches Bundesamt.

StatLink https://stat.link/icxoyk

Wie die 21. Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Deutschland 2016 zeigt, ist der Anteil der Studierenden, die ihr Studium unterbrechen, in Brandenburg relativ hoch (20 % vs. 16 % bundesweit) (Middendorff, E. et al., 2017[5]) (Middendorff, E. et al., 2017[6]). Im Durchschnitt unterbricht jeder vierte Studierende Brandenburgs länger als zwei Semester das Studium, bundesweit ist es jeder fünfte, wobei es Unterschiede zwischen weiblichen (1,8 Semester) und männlichen Studierenden (2,5 Semester) gibt. Fast doppelt so viele Studierende an Universitäten wie an Fachhochschulen haben ihr Studium unterbrochen. Die Muster unterscheiden sich auch nach Herkunftsgruppen. Bei benachteiligten Studierenden ist die Unterbrechungsdauer tendenziell kürzer als bei Studierenden mit hohem sozioökonomischem Status und aus anderen Gründen.

Die Gründe für eine Studienunterbrechung sind persönlicher oder beruflicher Natur. Gesundheitliche und finanzielle Probleme sowie die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sind die Hauptursachen für den Abbruch des Studiums. Im Gegensatz zum übrigen Bundesgebiet führen jedoch relativ wenige Studierende aus Brandenburg Praktika und Auslandsaufenthalte als Gründe für die Studienunterbrechung an. Mehr als ein Drittel der brandenburgischen Studierenden unterbrechen ihr Studium[4] (36 %), da sie an dessen Sinnhaftigkeit zweifeln – eine deutlich höhere Quote als im deutschen Durchschnitt (23 %) (Schirmer, H., 2017[7]). Die letzte Feststellung spiegelt größtenteils die Meinung von Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften wider, denn sie bezieht sich vorrangig auf Antworten von Befragten der Universität Potsdam und nicht auf den gesamten Hochschulbereich in Brandenburg.

Die vergleichsweise hohe Flexibilität des Hochschulsystems ermöglicht den Studierenden das problemlose Wechseln zwischen Studiengängen und Hochschuleinrichtungen. Hierbei spielt u. a. die Bildungsherkunft eine Rolle: 38 % der Studierenden aus einem Nichtakademikerhaushalt und 27 % der Studierenden mit hohem sozioökonomischen Status wechseln zwischen Studiengängen oder Einrichtungen. Dabei wechseln die Studierenden an den Universitäten besonders häufig ihren Studiengang. Die Studierenden wechseln in der Regel in einen anderen Studiengang innerhalb ihres Studienfachs.

Die Studienfinanzierung

Viele Brandenburger Studierende kommen aus Akademikerhaushalten, dennoch stellt die Finanzierung des Studiums eine große Herausforderung für sie dar

Obwohl der Anteil der Studierenden, deren Eltern einen Hochschulabschluss haben, in Brandenburg etwas höher ist (53 %) als im deutschen Durchschnitt (48 %), werden vergleichsweise weniger Studierende von ihren Eltern finanziell unterstützt (79 % vs. 86 %), wobei die durchschnittlichen monatlichen Zahlungen niedriger sind (483 Euro in Brandenburg vs. 541 Euro in ganz Deutschland). Und während sowohl in Brandenburg als auch im übrigen Deutschland rund 70 % der Studierenden während des Studiums arbeiten, finanzieren im Durchschnitt 68 % der Brandenburger Studierenden ihr Studium durch ihren eigenen Verdienst, während es in ganz Deutschland nur 61 % sind (siehe Tabelle 5.1).

Tabelle 5.1. Einnahmequellen zur Finanzierung des Studiums

Einnahmequellen	Alle studierenden	
	Brandenburg	Deutschland
Eltern	79%	86%
Eltern (In Euro)	483	541
Partner	1%	1%
Verwandte	19%	19%
Eigener Verdienst	68%	61%
Eigener Verdienst (In Euro)	440	384
Ersparnisse	16%	18%
Ich möchte finanziell unabhängig von meinen Eltern sein	72%	67%

Anmerkung: Prozentualer Anteil der Studierenden, die 2016 angaben, Einnahmen aus den in der Tabelle aufgeführten Quellen zu beziehen, und die auf die Frage, ob sie finanziell unabhängig von ihren Eltern sein möchten, mit „trifft zu/trifft voll und ganz zu“ geantwortet haben.
Quelle: Middendorff et al. (2017[5]), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Bundesministerium für Bildung und Forschung; Middendorff et al. (2017[6]), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21.Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom DZHW. Randauszählung zur 21. Sozialerhebung für deutsche und bildungsinländische Studierende für Brandenburg, Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Es überrascht nicht, dass die höchsten studienbedingten Ausgaben für das Wohnen anfallen. Insbesondere Potsdam ist die teuerste Stadt in den neuen Bundesländern und hat bundesweit die siebthöchste Beschäftigungsquote unter Studierenden, die zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten arbeiten müssen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Potsdam stellt für alle Studierenden eine große Herausforderung dar, ist aber für internationale Studierende aufgrund der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt noch ausgeprägter (Apolinarski and Brandt, 2018[8]). Demgegenüber haben alle anderen Hochschulstandorte in Brandenburg günstigeren Wohnraum anzubieten. Rund 18 % der Studierenden in Brandenburg leben in Wohnheimen auf dem Campus (12 % in ganz Deutschland) (Middendorff, E. et al., 2017[5]) (Middendorff, E. et al., 2017[6]).

Finanzielle Unterstützung durch den Bund ist verfügbar, jedoch kommen nicht viele Studierende dafür in Frage

In Deutschland ist die finanzielle Unterstützung von Studierenden Aufgabe des Bundes. Die wichtigste finanzielle Unterstützung ergibt sich aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Antragsberechtigt sind deutsche Studierende (und ausländische Studierende, die eine dauerhafte Bleibeperspektive in Deutschland haben[5]), die die Altersgrenzen des Gesetzes[6] erfüllen. Die Förderungsdauer entspricht der Regelstudienzeit des Studiengangs. Die Höhe der Förderung richtet sich

nach dem eigenen Einkommen und Vermögen der Studierenden sowie dem ihrer Eltern und der Lebenspartner. Die Förderung für Studierende im Hochschulbereich wird zur Hälfte als Zuschuss gewährt, die andere Hälfte ist ein zinsloses staatliches Darlehen in Höhe von maximal 10.000 Euro, das nach Abschluss der Regelstudienzeit in Raten zurückgezahlt werden muss. Seit dem Studienjahr 2016/17 können Hochschulstudierende, die nicht bei ihren Eltern leben, bis zu 735 Euro pro Monat und gegebenenfalls einen Kinderbetreuungszuschlag von 130 Euro pro Monat für jedes Kind erhalten (Kultusministerkonferenz, 2019[9]).

In Brandenburg, wo der Anteil älterer Studierender hoch ist und viele Studierende länger brauchen, um ihr Studium abzuschließen, erhielten 2019 nur rund 10.000 Studierende (20 % der Studierenden) BAföG, was dem deutschen Durchschnitt entspricht. Fast die Hälfte der Brandenburger Leistungsempfänger erhält die volle Förderung, wobei die durchschnittliche monatliche Zahlung an Brandenburger Studierende mit 551 Euro die dritthöchste nach Hamburg und Berlin ist. Angesichts der hohen Wohnkosten in Potsdam (laut Sozialerhebung 2021 der siebtteuerste Studienort in Deutschland) scheint das BAföG allein nicht auszureichen, um die Lebenshaltungskosten der Studierenden in dieser Stadt zu decken (Middendorff, E. et al., 2017[5]) (Middendorff, E. et al., 2017[6]). Besonders schwierig ist die Lage für Studierende aus sozioökonomisch schwachen Verhältnissen: 41 % dieser Studierenden in Brandenburg (gegenüber nur 16 % in ganz Deutschland) haben keinen Anspruch auf BAföG, weil sie länger als die für ihren Studiengang vorgeschriebene Regelstudienzeit eingeschrieben sind (siehe Tabelle 5.2).

Tabelle 5.2. Gründe für die Ablehnung des BAföG-Antrags

Prozentsatz der Studierenden, deren Antrag abgelehnt wurde, nach Ablehnungsgrund (2016)

	Alle studierenden		Studierende mit niedrigem SoS	
	Brandenburg	Deutschland	Brandenburg	Deutschland
Einkommen der Eltern/des Partners	64,7	67,8	67,2	44,4
Eigenes Einkommen	21,7	25,4	17,9	24,5
Förderungshöchstdauer überschritten	13,1	8,3	41,0	15,5
Altersgrenze überschritten	4,9	3,0	3,6	6,2
Nicht förderungsfähige Studiengänge	3,6	2,5	3,8	3,4

Quelle: Middendorff et al. (2017[5]), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Bundesministerium für Bildung und Forschung; Middendorff et al. (2017[6]), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21.Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom DZHW. Randauszählung zur 21. Sozialerhebung für deutsche und bildungsinländische Studierende für Brandenburg, Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Rund 65 % der Brandenburger Studierenden und 68 % der deutschen Studierenden insgesamt haben aufgrund des relativ hohen Einkommens ihrer Eltern oder ihres Lebenspartners keinen Anspruch auf Unterstützung (siehe Tabelle 5.2). Dennoch würden es 72 % der Brandenburger Studierenden vorziehen, finanziell unabhängig von ihrer Familie zu sein (siehe Tabelle 5.1).

Ergänzt wird das Fördersystem durch das Bildungskreditprogramm, das der Bund in Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und dem Bundesverwaltungsamt (BVA) anbietet und mit dem Studierende in einer fortgeschrittenen Phase ihrer Ausbildung unterstützt werden können. Mit diesem Darlehen können außergewöhnliche Ausgaben finanziert werden, die nicht durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz abgedeckt sind[7] (Kultusministerkonferenz, 2019[9]).

Wie in Kapitel 3 erwähnt, kann das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), das ursprünglich zur Finanzierung der beruflichen Aufstiegsfortbildung von Handwerkern und anderen Fachkräften gedacht war, mit seiner jüngsten Änderung von 2016 einige Formen der Weiterbildung an Hochschulen fördern, sofern das Studium nicht nach dem BAföG oder dem Sozialgesetzbuch (SGB) förderungsfähig und nicht

auf einen akademischen Abschluss ausgerichtet ist. Im Gegensatz zum BAföG ist die AFBG-Förderung nicht an das Alter der Studierenden gebunden und richtet sich nicht nach dem Einkommen der Eltern.

Die Stipendien von Begabtenförderungswerken bieten eine weitere Finanzierungsmöglichkeit

Begabte und leistungsstarke Studierende können mit einem Stipendium der dreizehn staatlich geförderten Begabtenförderungswerke gefördert werden, die größten sind die Studienstiftung des deutschen Volkes und die Deutschlandstipendien. Rund 1 % der Stipendiaten der Studiensiftung des deutschen Volkes kommt aus Brandenburg. Die übrigen Begabtenförderungswerke spiegeln die verschiedenen kirchlichen, politischen, wirtschaftlichen oder gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland wider und unterstützen die Brandenburger Studierenden in unterschiedlichem Maße (siehe Tabelle 5.3).

Tabelle 5.3. Anzahl der Stipendiaten nach Begabtenförderungswerken (2010–2019)

BB = Brandenburg, GZ = Gesamtzahl

	2010			2015			2019		
	BB	GZ	Anteil BB	BB	GZ	Anteil BB	BB	GZ	Anteil BB
Heinrich-Böll-Stiftung	33	839	3.93%	40	978	4.09%	42	1 143	3.67%
Rosa-Luxemburg-Stiftung	24	715	3.36%	56	966	5.80%	47	971	4.84%
Stiftung der Deutschen Wirtschaft	41	1 350	3.04%	30	1 361	2.20%	26	1 721	1.51%
Studienstiftung des Deutschen Volkes	128	11 336	1.13%	128	12 158	1.05%	136	12 953	1.05%
Hans-Böckler-Stiftung	59	1 993	2.96%	72	2 190	3.29%	62	2 393	2.59%
Friedrich-Ebert-Stiftung	76	2 117	3.59%	90	2 396	3.76%	73	2 398	3.04%
Deutschland-stipendium	81	5 375	1.51%	367	24 276	1.51%	557	28 159	1.98%
							2008-21 period		
SBB-Aufstiegs-stipendium							117	13 434	0.87%

Anmerkung: Mehrere Begabtenförderungswerke sind aus den folgenden Gründen nicht in der Tabelle aufgeführt: Die Hanns-Seidel-Stiftung fördert keine Studierenden an brandenburgischen Hochschulen, was angesichts ihrer Ausrichtung auf das Bundesland Bayern nicht verwundert; die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung haben der OECD keine Zahlen mitgeteilt; die konfessionellen Begabtenförderungswerke wurden nicht zur Teilnahme an der Erhebung angeschrieben. Die Zahlen für das Deutschlandstipendium für das Jahr 2010 stammen aus dem Jahr 2011.
Quelle: Die Zahlen wurden von den einzelnen Begabtenförderungswerken zur Verfügung gestellt, wofür das OECD-Team sehr dankbar ist. Die Daten zum Deutschlandstipendium stammen vom (2021[10]), Deutschlandstipendium, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Tabellen/_tabellen-innen-deutschlandatipendium.html (aufgerufen am 15 März 2022).

Nach Abschluss eines Erststudiums können Studierende zudem Stipendien zur Förderung ihres weiteren Studiums im Rahmen der Graduiertenförderungsgesetze erhalten. Auch die Begabtenförderungswerke gewähren Studierenden, die bereits ein Erststudium abgeschlossen haben, Stipendien, um ihnen ein

Promotionsstudium zu ermöglichen. Begabte Menschen mit Berufserfahrung, die nach mehrjähriger Berufstätigkeit ein Studium aufnehmen wollen, unterstützt der Bund über die Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung gGmbH (SBB) ebenfalls mit Aufstiegsstipendien. Im Zeitraum 2008–2021 studieren weniger als 1 % aller Begünstigten dieses Programms an den brandenburgischen Hochschulen. Wie in Kapitel 3 erwähnt, fördert die SBB auch Weiterbildungsmaßnahmen für junge Erwerbstätige, die eine anerkannte Berufsausbildung oder einen der bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufe absolviert haben und bei Beginn der Maßnahme jünger als 25 Jahre sind (Weiterbildungsstipendium).

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) bietet ausländischen Studierenden und Nachwuchsforschenden Stipendien für ein zeitlich befristetes Studium oder eine Weiterbildung an einer deutschen Hochschule. Neben dem DAAD gibt es in einigen Bundesländern auch spezielle Fonds für ausländische Studierende an den dortigen Hochschulen.

Informationen über die Möglichkeiten der Studienfinanzierung im Hochschulbereich sind in Brandenburg offenbar nicht strukturiert und werden nicht von allen an der Berufs- und Studienorientierung beteiligten Akteuren angeboten

Die beiden Studentenwerke in Brandenburg sind die wichtigsten Informations- und Beratungsstellen zur Studienfinanzierung in Brandenburg, auch zum BAföG-Antrag. Zudem beraten die Hochschulen, ihr Netzwerk Studienorientierung und ihre Präsenzstellen Studieninteressierte zu den Kosten des Studiums und der Finanzierung, aber nicht unbedingt zum BAföG-Antragsverfahren. Die Agentur für Arbeit verweist die Schüler auf einschlägige Internetseiten und Agenturen, bietet aber keine gezielte Beratung an. Die weiterführenden Schulen in Brandenburg sind nicht für die Beratung über Finanzierungsmöglichkeiten für die Hochschulbildung zuständig, obwohl sie die wichtigsten Anbieter von Berufs- und Studienorientierung in Brandenburg sind.

Ein neues, vom ESF und vom MWFK finanziertes Projekt zielt darauf ab, besser strukturierte Informationen über Finanzierungsmöglichkeiten für Studierende, einschließlich Stipendien, bereitzustellen. Dieses Projekt bietet eine Online-Übersicht über die Möglichkeiten für Studieninteressierte und Studien- und Berufsberatenden (Technische Hochschule Wildau, 2018[11]).

Auswertung und Politikempfehlungen

Die zum Abschluss des Studiums benötigte Zeit wirkt sich sowohl auf die Studierenden selbst als auch auf die Wirtschaft aus. Studierende, die ihren Abschluss innerhalb der Regelstudienzeit erwerben, können sich früher in den Arbeitsmarkt einbringen und bieten den Arbeitgebern einen besseren Zugang zu den Qualifikationen, die sie zur Innovationsförderung benötigen. Dauert der Studienabschluss länger als erwartet, erhöht sich das Risiko, die Hochschulausbildung ohne Abschluss abzubrechen, und damit auch das Risiko, angesichts des wirtschaftlichen Wandels perspektivisch den Anschluss zu verlieren. Ein nicht abgeschlossenes Studium wirft auch Fragen hinsichtlich der Effizienz auf, da es eine Verschwendung finanzieller und personeller Ressourcen im staatlichen Hochschulsystem darstellen kann.

Eine bessere Vorbereitung der Studierenden auf das Hochschulstudium

Mehrere Faktoren spielen eine Rolle, warum Brandenburgs Studierende ihr Studium nicht in der vorgeschriebenen Zeit abschließen. Einige Studierende verfügen möglicherweise nicht über die notwendigen Fähigkeiten oder erhalten von ihrer Hochschule nicht genügend Unterstützung, um das gewählte Studium erfolgreich zu absolvieren. Darüber hinaus machen es die Anrechenbarkeit und die Anerkennung von Studienleistungen relativ einfach, den Studiengang oder die Hochschule zu wechseln, was viele Studierende in Brandenburg auch tun.

Die Hochschulen haben eine Reihe von Maßnahmen zur Orientierung und Vorbereitung der Studierenden auf das Studium erfolgreich umgesetzt

Die brandenburgischen Hochschulen haben eine Reihe von Maßnahmen zur Studienorientierung und -vorbereitung erfolgreich umgesetzt, darunter Selbsteinschätzungstools, Schülerlabore und das Juniorstudium, Projekte für spezielle Gruppen (z. B. Frauen in MINT-Bereichen), Kollegs bzw. College-ähnliche Programme (siehe Kasten 5.1). Sehr häufig werden diese Initiativen durch das MWFK oder den ESF finanziert.

Kasten 5.1. Ausgewählte Maßnahmen an Brandenburgs Hochschulen zur Verbesserung der Studienvorbereitung

Colleges

Colleges sind Hochschulvorbereitungsprogramme, die Studienanfängern helfen sollen, die Lücke zwischen Sekundarschule und Hochschule zu schließen. Die Colleges wurden zunächst an der BTU Cottbus-Senftenberg eingerichtet und aus ESF-Mitteln finanziert. Die HNE Eberswalde hat sich für eine studienbegleitende „Mathe-Klinik“ und eine einwöchige „College-Woche“ zur Vorbereitung auf das Studium im Fachbereich Holztechnik entschlossen. Die Idee des Colleges ist es, die Studienanfänger besser auf das Studium vorzubereiten und so den Hochschulzugang für Bewerbende aus benachteiligten Verhältnissen, für Zugewanderte und für Quereinsteigende aus dem Berufsleben zu ermöglichen. Auch die FH Potsdam und die TH Brandenburg haben College-ähnliche Strukturen eingerichtet, diese aber nach Auslaufen der ESF-Finanzierung wieder aufgelöst.

Eine 2017 durchgeführte Evaluation des Colleges an der BTU bewertete das College als erfolgreich. Insgesamt wurde festgestellt, dass das College seine Ziele erreicht hat. Die Ergebnisse der Evaluation lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Das College stellt eine angemessene und fundierte Antwort auf die sich aus dem demografischen und gesellschaftlichen Wandel ergebenden Probleme (insbesondere die zunehmende Diversität der Studierenden) dar;
- Dank des hohen Engagements der Hochschulleitung ist es gelungen, die Struktur nachhaltig in der Hochschule zu verankern und damit eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg zu schaffen.

Der Stifterverband der Deutschen Wissenschaft zeichnete es 2018 als „Hochschulperle“ aus, d. h. als innovatives und vorbildliches Projekt an einer Hochschule, das sich mit den Herausforderungen in Lehre, Wissenschaft und Forschung auseinandersetzt (Stifterverband, n.d.[12]).

Juniorstudium und Schülerlabore

Die TH Wildau, die BTU und die Universität Potsdam bieten ein Juniorstudium an, das es Schülern ermöglicht, bereits während der Schulzeit an Lehrveranstaltungen teilzunehmen und ECTS-Punkte zu sammeln. Darüber hinaus bieten die drei Hochschulen Schülerlabore in verschiedenen technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen an, die sich an Schüler unterschiedlicher Altersgruppen richten (Schülerlabor-Atlas, n.d.[13]). Das Hasso-Plattner-Institut (HPI) an der Universität Potsdam unterstützt speziell Schüler, die sich für Informatik und Mathematik begeistern. Während eines gesamten Schuljahres treffen sich die Arbeitsgemeinschaften (Klassen 7/8, 9/10 und Oberstufe) alle zwei Wochen am Dienstagnachmittag in den Räumen des Instituts (Hasso Plattner Institute, n.d.[14]). Unter dem Dach seiner Schülerakademie bündelt das HPI weitere Angebote für Schüler sowie Lehrkräfte, darunter zum Beispiel IT-Camps, Workshops und Projekttage für Schulklassen oder Informationsveranstaltungen zu seinem Studienangebot. Das Zukunftscamp „Nachhaltig studieren“ an der HNEE ist ebenfalls ein

Workcamp, das Einblicke in Studiengänge, das Campusleben und berufliche Perspektiven geben soll; die Camps werden aus Mitteln des ESF gefördert (HNEE, n.d.[15]).

MINT-Maßnahmen

Die meisten öffentlichen Hochschulen haben Orientierungsmaßnahmen mit einem besonderen Schwerpunkt auf MINT-Fächer entwickelt. Ein Großteil der Hochschulen bietet Selbsteinschätzungstests an, die den Bewerbenden helfen sollen, ihre Eignung für ein MINT-Studium besser einzuschätzen (Netzwerk Studienorientierung Brandenburg, n.d.[16]). Als Feedback erhalten die Studierenden eine Empfehlung, ob ein studienvorbereitender Kurs erforderlich ist und welcher Kurs gegebenenfalls am besten geeignet wäre. Mit dem „MINT-Orientierungsexpress" richtet sich die TH Wildau an weibliche Studieninteressierte und setzt ältere Studentinnen als Tutorinnen ein, um Studienanfängerinnen im MINT-Bereich zu unterstützen. Sie entwickelt das Programm „TH MINT+" weiter, das eine Einführung und Orientierung in MINT-Studiengänge bietet (Technische Hochschule Wildau, n.d.[17]).

Quellen: Stifterverband (n.d.[12]), Hochschulperle, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, www.stifterverband.org/hochschulperle; Schülerlabor-Atlas (n.d.[13]), Schülerlabore in Brandenburg, www.schuelerlabor-atlas.de/schuelerlabore/in/Brandenburg; Hasso Plattner Institute (n.d.[14]), Youth academy, https://hpi.de/en/studies/before-your-studies/youth-academy.html; HNEE (n.d.[15]), Hochschule – Offene Hochschule – Future Camp Workcamps, Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, https://hnee.de/de/Hochschule/Offene-Hochschule/Future-Camp-Workcamps/Dein-Workcamp-Dein-Studium-Deine-ZukunftMit-den-HNEE-Workcamps-erfolgreich-ins-Studium-starten-K5642.html; Netzwerk Studienorientierung Brandenburg (n.d.[16]), Mediatek der Online Angebote, https://studieren-in-brandenburg.de/angebote/weitere-online-angebote-zur-studienorientierung/; Technische Hochschule Wildau (n.d.[17]), TH Mint +, www.th-wildau.de/hochschule/zentrale-einrichtungen/zentrum-fuer-qualitaetsentwicklung/th-mint/.

Das Landesprogramm ESiSt hat zu zahlreichen Bewerbungen von internationalen Kandidaten geführt, jedoch ist seine Effektivität noch nicht erwiesen

Im Jahr 2017 hat die Landesregierung das Netzwerk „Erfolgreicher Studieneinstieg für Internationale Studierende" (ESiSt) ins Leben gerufen, um internationalen Studierenden, darunter auch Geflüchteten, ohne eine in Deutschland anerkannte Hochschulzugangsberechtigung und/oder ohne deutsche Sprachkenntnisse den Zugang zum Studium zu erleichtern. Ziel des Programms ist es, internationale Studierende stärker an die brandenburgischen Hochschulen zu binden – insbesondere in den peripheren Regionen des Landes. Die Hochschulen tragen die Verantwortung für die Konzeption, Umsetzung und Durchführung des Programms in Abstimmung mit dem ESiSt-Netzwerk. Für diese Initiative stehen eigene Landesmittel zur Verfügung. Mit dem Programm übertrifft die Landesregierung noch den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom Mai 2016 „Hochschulzugang und Hochschulzulassung für Flüchtlinge" (siehe Kasten 5.2).

Kasten 5.2. Bundespolitik zur Erleichterung des Zugangs von Geflüchteten zum deutschen Hochschulsystem

Geflüchtete, die in Deutschland studieren möchten, können auf umfangreiche Unterstützungsleistungen zurückgreifen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) stellt den Hochschulen über den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in einem Zeitraum von vier Jahren bis zu 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Das Maßnahmenpaket aus drei Elementen soll Bewerbende bei der Hochschulzulassung unterstützen:

- Geflüchtete können anhand von TestAS Tests zur schulischen und akademischen Eignung ablegen. Die Einstufung der fachlichen Sprachkenntnisse und die Überprüfung von Bildungsnachweisen erfolgt durch die Stelle für internationale Studienbewerbungen (uni-assist).
- Die Kandidaten werden durch Studienkollegs und fachbezogene Kurse an den Hochschulen fachlich und sprachlich auf den Eintritt in bestimmte Studienrichtungen vorbereitet.
- Die Kandidaten werden bei ihrer Integration von Lehramtsstudierenden durch Buddy-Programme und Sprachunterricht unterstützt.

Im Dezember 2015 einigten sich die Länder auf ein gemeinsames Verfahren für den Fall, dass Bewerbende aufgrund ihres Geflüchtetenstatus keine vollständige im Heimatland erworbene Hochschulzugangsberechtigung vorweisen kann.

Darüber hinaus hat sich die Kultusministerkonferenz angesichts des Zustroms von Menschen mit Fluchthintergrund im Mai 2016 zum Thema „Hochschulzugang und Hochschulzulassung für Geflüchtete. Möglichkeiten, die für die Immatrikulation fälligen Kosten zu reduzieren“ verständigt, das sich auf Regelungen der Länder stützt, die eine Ermäßigung der öffentlichen Gebühren und Entgelte für den Besuch einer Hochschule ermöglichen.

Quelle: Kultusministerkonferenz (2019[9]), The Education System in the Federal Republic of Germany – A description of the responsibilities, structures and developments in education, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Über den Erfolg des Programms lässt sich bislang wenig sagen, allerdings stößt es auf relativ großes Interesse seitens der Studieninteressierten. Für die im Rahmen von ESiSt durchgeführten Sprach- und Fachkursprogramme bewarben sich 2019 mehr als eintausend Studieninteressierte. Drei Viertel dieser Bewerbenden verfügten zwar über eine gültige Hochschulzugangsberechtigung, aber nicht über das für das Studium erforderliche deutsche Sprachniveau, und ein Viertel besaß einen ausländischen Schulabschluss, der nicht der deutschen Qualifikation entsprach. Nur 328 Bewerbende haben sich eingeschrieben und 134 haben das Programm erfolgreich abgeschlossen. Hinsichtlich der Übergangsquote in ein Hochschulstudium liegen noch keine Daten vor, aber ersten Rückmeldungen der Hochschulen zufolge, nahm die Mehrzahl der erfolgreichen Teilnehmenden ein Studium an einer brandenburgischen Hochschule auf; andere wechselten an eine Hochschule in einem anderen Bundesland.

Unterstützung der Studierenden beim Abschluss ihres Studiums

Wenn Studierende ihr Studium unterbrechen, kann dies ein Zeichen für eine unzureichende Vorbereitung sein. Es kann aber auch das Ergebnis logistischer Schwierigkeiten sein, mit denen Studierende konfrontiert sind (bspw., wenn sie Studium und Beruf unter einen Hut bringen müssen, was mit finanziellem Druck und langen Pendelzeiten verbunden ist). Darüber hinaus kann es auch auf Qualitätsprobleme im Bereich Studium und Lehre hinweisen. Die Abschlussquote im brandenburgischen Hochschulsystem ist mit knapp über 70 % acht Jahre nach Studienbeginn niedrig. Darüber hinaus ist der Anteil der Brandenburger Studierenden, die ihr Studium abbrechen, höher als im deutschen Durchschnitt, insbesondere bei den Studierenden an Universitäten.

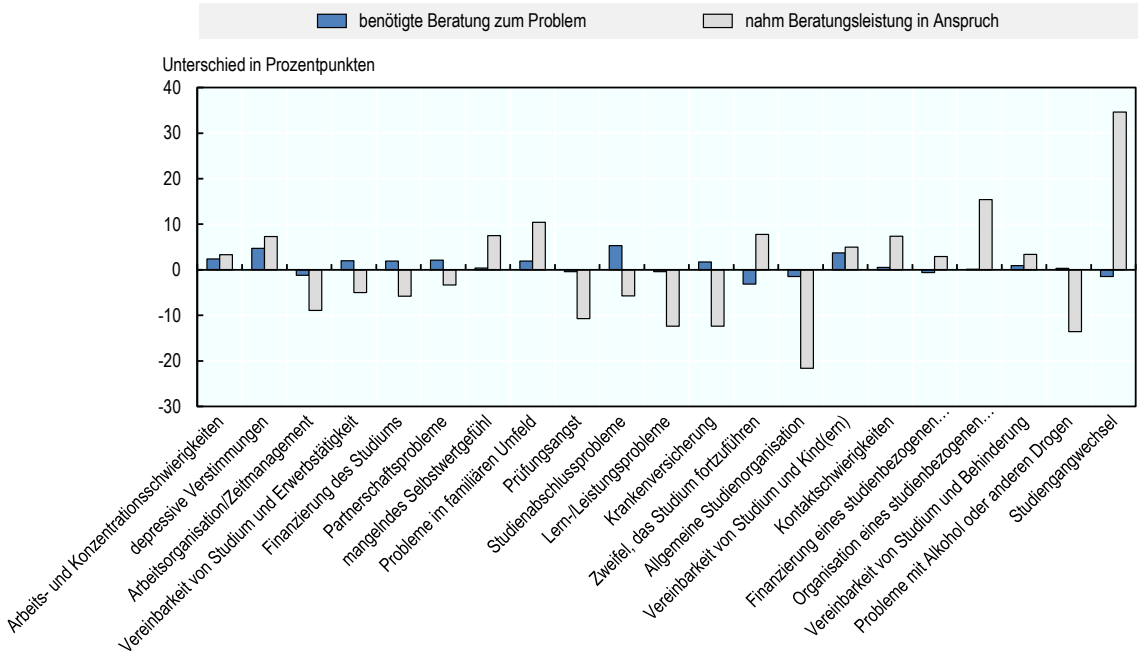
Beratung bei finanziellen Schwierigkeiten und zur Vereinbarkeit von Studium und Beruf

Die Hochschulen und Studentenwerke des Landes Brandenburg bieten verschiedene Beratungsangebote und -strukturen an, die von den Studierenden offenbar auch relativ gut genutzt werden (siehe Abbildung 5.3). Insbesondere die beiden akutesten Themen der 21. Sozialerhebung – Konzentrationsschwierigkeiten und depressive Verstimmungen – scheinen durch das Beratungsangebot gut abgedeckt. Allerdings sollten die Sichtbarkeit und der Umfang der derzeitigen Angebote überprüft

werden, zumal es nur wenige Angebote für viele andere drängende Problembereiche, wie Zeitmanagement, Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit, Studienfinanzierung, Partnerschaftsprobleme, Studienabschluss, Studienorganisation und Lernprobleme u. a. gibt (Middendorff, E. et al., 2017[5]) (Middendorff, E. et al., 2017[6]).

Abbildung 5.3. Bedarf und Inanspruchnahme von Beratungsangeboten nach Problembereichen

Differenz in Prozentpunkten zwischen den Studierenden, die in Brandenburg mit „Ja“ geantwortet haben, und denjenigen, die in Deutschland insgesamt mit „Ja“ geantwortet haben, auf die Fragen, ob sie Beratung zu einem bestimmten Problem benötigen und ob sie Beratungsleistungen zur Lösung dieses Problems in Anspruch genommen haben.



Anmerkung: Die Problembereiche der Brandenburger Studierenden sind in absteigender Reihenfolge angeordnet: So sind z. B. Konzentrationsschwierigkeiten das häufigste Problem, bei dem Brandenburger Studierende Beratungsbedarf angeben; hingegen ist der Studienfachwechsel der Problembereich, bei dem die wenigsten Brandenburger Studierenden Beratungsbedarf angeben.
Quelle: Middendorff et al. (2017[5]), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Bundesministerium für Bildung und Forschung; Middendorff et al. (2017[6]), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21.Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom DZHW. Randauszählung zur 21. Sozialerhebung für deutsche und bildungsinländische Studierende für Brandenburg, Bundesministerium für Bildung und Forschung.

StatLink https://stat.link/a439lz

Die Studentenwerke in Brandenburg stellen in letzter Zeit angesichts der Covid-19-Pandemie einen erhöhten Bedarf an psychologischer Beratung fest. Dies betrifft insbesondere die Gruppe der internationalen Studierenden, für die die Möglichkeit der Inanspruchnahme therapeutischer Hilfe oft durch die Sprachbarriere und die Versicherungssituation erschwert wird. Auch in der Gruppe der Studierenden mit besonderen Lebensumständen (Studierende mit Behinderungen/chronischen Erkrankungen, Alleinerziehende mit Kindern) haben sich die bestehenden Probleme verschärft. Trotz der gestiegenen Nachfrage berichten die Studentenwerke, dass sie den Beratungswünschen durch zusätzliche Beratungstermine und die Anpassung der Beratungsformen (Telefon- und Videokonferenz) nachgekommen sind.

Die Förderanträge der Hochschulen in der letzten ESF-Förderrunde machten deutlich, dass die vorhandenen Beratungsstrukturen für die verschiedenen Zielgruppen sichtbarer und transparenter gemacht werden müssen. In der Förderperiode 2021–2027 werden sich die Hochschulen auf eine gezieltere Unterstützung von Studierenden der ersten Generation, Studierenden mit Migrationshintergrund und internationalen Studierenden konzentrieren. Die Erfahrungen der Universität Graz (siehe Kasten 5.3), die benachteiligten Studierenden individuelle Beratung und Betreuung anbietet und sie beim Aufbau sozialer Netzwerke unterstützt, könnten als gutes Beispiel dienen.

Lange Pendelzeiten für Studierende

Die relativ große Entfernung zwischen Wohn- und Studienort und die langen Pendelzeiten der Studierenden an brandenburgischen Hochschulen können ebenfalls ein Faktor sein, der zu Studienabbrüchen oder Hochschulwechseln führt. 59 % der Studierenden in Brandenburg wohnen nicht in der Nähe ihres Studienortes (gegenüber 16 % in Berlin und 39 % in ganz Deutschland) und benötigen im Durchschnitt 46 Minuten, um von zu Hause zur Hochschule zu gelangen (gegenüber 40 Minuten in Berlin und 33 Minuten in ganz Deutschland). 28 % der Studierenden in Brandenburg benötigen sogar mehr als eine Stunde für diesen Weg (gegenüber 11 % bundesweit). 57 % unter ihnen benutzen dafür öffentliche Verkehrsmittel (gegenüber 41 % in ganz Deutschland) (Middendorff, E. et al., 2017[5]) (Middendorff, E. et al., 2017[6]). Die Beibehaltung hybrider Lehrformate, bei denen die Studierenden nicht unbedingt persönlich am Unterricht teilnehmen müssen (wie es während der Schließung der Hochschulen im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie der Fall war), könnte Studierenden mit familiären und beruflichen Verpflichtungen an ihrem Wohnort beim Abschluss ihres Studiums helfen. Andere hingegen könnten zu einem Umzug an ihren Studienort bewegt werden, wenn sie dessen Vorteile besser kennen. So führt der Allgemeine Studierendenausschuss des EUV Frankfurt/Oder die Initiative „Zieh nach Frankfurt“ durch und informiert die Studierenden über alle Vorteile des Lebens und Studierens in Frankfurt/Oder. Niedrige Mietkosten, die Nähe zur Natur und moderne Einrichtungen auf dem Campus sind nur einige der Vorteile, die Studierende an Brandenburgs Hochschulstandorten genießen können.

Studienabbruch für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit

Der Abbruch der Hochschulausbildung kann sich auf die Karrierechancen eines Nichtabsolventen auswirken. Zunächst mag ein Studienabbruch aufgrund einer Erwerbstätigkeit für Nichtabsolventen keine große Rolle spielen. Da jedoch die Nachfrage der Arbeitgeber nach höheren Qualifikationen zunehmen wird, kann das Fehlen von Hochschulabschlüssen hinderlich für ihre zukünftige berufliche Laufbahn sein. In Österreich bspw. sehen formlose Vereinbarungen zwischen den Studierenden, die ihr Studium für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unterbrechen, und ihren Arbeitgebern individualisierte Studienformate zur Unterstützung des Studienabschlusses vor (siehe Kasten 5.3). Während diese Abmachungen in manchen Fällen eine mögliche Lösung darstellen, dürften sie institutions- oder systemweit schwierig umzusetzen sein.

Kasten 5.3. Maßnahmen zur Steigerung der Studienabschlussquote in Österreich

In Österreich schließt nur ein Viertel der Studierenden in Vollzeit-Bachelorstudiengängen ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit von drei (vier) Jahren ab. Aufgrund dieser Problematik hat die Regierung mehrere Maßnahmen zur Steigerung der Abschlussquoten umgesetzt.

Die Leistungsvereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) und den öffentlichen Universitäten enthalten Indikatoren, die sich auf den Studienverlauf beziehen, wie z. B. die Anzahl der „prüfungsaktiven Studierenden“ (d. h. derjenigen, die mindestens 16 ECTS-Punkte pro Jahr erreichen) und die Anzahl der Absolventen, anstatt sich auf die

Zahl der eingeschriebenen Studierenden zu konzentrieren. Darüber hinaus wird in den Vereinbarungen die „Studierbarkeit“ von Studiengängen berücksichtigt (d. h. die Gestaltung von Studiengängen, die es Studierenden mit unterschiedlichen Bedürfnissen ermöglicht, ihren Abschluss innerhalb der Regelstudienzeit zu erlangen), und die Hochschulen haben sich um die Verbesserung der Studierbarkeit bemüht.

Die Nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung sieht als eines der drei Ziele auch die Verbesserung des Studienerfolgs sowie einen integrativeren Zugang zur Hochschulbildung vor (siehe Kasten 4.9). Sie skizziert mehrere akademische und nichtakademische Fördermaßnahmen, wie z. B. das Angebot von Vorbereitungs- und Brückenkursen vor der Immatrikulation, Kurse zum akademischen Schreiben oder zum „Lernen, wie man lernt“ nach der Immatrikulation, Tutoring, Mentoring und Buddy-Programme.

Darüber hinaus wird in der Strategie die Möglichkeit erörtert, die Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP) von Studiengängen weiterzuentwickeln, die im ersten Jahr der meisten Bachelorstudiengänge gesetzlich vorgeschrieben ist. Im Rahmen der Strategie soll geprüft werden, ob die STEOP in einigen Studiengängen zu einem allgemeinen Modul weiterentwickelt werden könnte, das den Studierenden die Möglichkeit gibt, nach Abschluss des allgemeinen Moduls ihre Studienrichtung zu wählen.

Angesichts des hohen Anteils erwerbstätiger Studierender in der Hochschulbildung gibt es außerdem mehrere Unterstützungsmaßnahmen, um die Vereinbarkeit von Studium und Beruf zu verbessern. So gibt es in Österreich zwar keine Teilzeit-Studiengänge, aber die Fachhochschulen bieten Studiengänge für berufstätige Studierende an, die abends und an Wochenenden stattfinden. Außerdem können erwerbstätige Studierende maximal 12 Monate Bildungskarenz in Anspruch nehmen und erhalten dafür eine Entschädigung. Auch die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) und die Arbeiterkammer (AK) bieten Informationen zum Thema Studium und Beruf an.

Quelle: BMBWF (2017[18]), Nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung, Vienna: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Das starre System der Bundesfinanzhilfe für Studierende

Die vielfältigen Zugangsmöglichkeiten zum landesweiten Hochschulsystem bieten den Job-Outs einige Möglichkeiten, später in ihrem Leben noch einmal die Hochschule zu besuchen, aber das relativ starre System der staatlichen Studienfinanzierung, das BAföG (BMBF, n.d.[19]), das nur Vollzeitstudierenden unter 30 Jahren für Bachelorabschlüsse und unter 35 Jahren für Masterabschlüsse zur Verfügung steht und vom Einkommen der Eltern abhängt, kann diesbezüglich ein Hindernis darstellen. Die obige Analyse hat gezeigt, dass finanzielle Probleme für einen Teil der brandenburgischen Studierenden ein Hindernis für den Studienabschluss darstellen, da sie tendenziell älter sind als der Durchschnitt der deutschen Studierenden und daher eher einer Beschäftigung nachgehen und/oder minderjährige Kinder und ihre Eltern betreuen.

Um die Studienabschlussquote zu erhöhen, verlangen einige europäische Länder von ihren Hochschulen den Abschluss von Studienverträgen mit den Studierenden, damit sie die Fortschritte der Studierenden überwachen und rechtzeitig eingreifen können; doch auch hier stellt das BAföG eine Hürde dar. Damit diese Verträge wirksam sind, sollten ihr Zweck und die Berichterstattungsmechanismen sowohl für die Hochschulen als auch für die Studierenden klar sein, und sie sollten mit finanzieller Unterstützung einhergehen. In der Flämischen Gemeinschaft gibt es beispielsweise einen Studienvertrag zwischen Hochschulen und Studierenden, in dem festgelegt ist, wie viele ECTS-Punkte die Studierenden während des Semesters erwerben sollen, und der den Anspruch auf ein Studiendarlehen an das Erreichen dieses Ziels knüpft. Das BAföG ist insofern eine Art akademische Leistungsanforderung, als die Dauer des

Anspruchs an die Regelstudienzeit gebunden ist, so dass Studierende, die langsame Fortschritte machen, gegen Ende ihres Studiums ihren Anspruch verlieren können. Die Begrenzung des BAföG-Anspruchs und die Tatsache, dass die nachteiligen Folgen schlechter Leistungen erst am Ende des Studiums eintreten, schmälern jedoch die Wirksamkeit als Leistungsanreiz.

Darüber hinaus werfen die Einführung des AFBG und die Unterschiede in der Ausrichtung und den Ansprüchen zwischen diesem Programm und dem BAföG die Frage auf, ob die beiden Programme aufeinander abgestimmt sind und ob die Antragsverfahren benutzerfreundlich und effizient sind.

Kasten 5.4 beschreibt Norwegens staatlichen Bildungskreditfonds als Gegenbeispiel für einen einzigen Anbieter von finanzieller Unterstützung für Studierende aller Bildungsstufen und Zielgruppen.

Kasten 5.4. Norwegens staatlicher Bildungskreditfonds

Norwegische Studierende haben Anspruch auf Darlehen und Zuschüsse aus dem staatlichen Bildungskreditfonds. Studierende, die an einer Universität, einer Fachhochschule oder einer anderen postsekundären Bildungseinrichtung angenommen wurden und bestimmte grundlegende Kriterien erfüllen, haben Anspruch auf Bildungsunterstützung.

Die Grundförderung soll die Lebenshaltungskosten und das Studienmaterial (Bücher usw.) abdecken. Die Beträge sind für alle Studierenden, die Anspruch auf finanzielle Unterstützung haben, einheitlich. Studierende können ein zusätzliches Darlehen zur Deckung der Studiengebühren beantragen. Studierende können Darlehen und Stipendien bis zu insgesamt acht Jahren erhalten. Sie können den Abschluss der Ausbildung um ein Jahr verschieben, ohne ihren Anspruch auf Unterstützung zu verlieren. Es gibt eine obere Altersgrenze von 65 Jahren, aber keine weiteren altersspezifischen Regeln.

Die Grundförderung wird zunächst in Form eines Darlehens gewährt. Für Studierende, die nicht bei ihren Eltern wohnen, können jedoch 40 % des Darlehens in ein Stipendium umgewandelt werden. Um das maximale Stipendium zu erhalten, müssen die Studierenden alle Prüfungen bestehen und dürfen kein Einkommen oder Vermögen haben, das bestimmte Grenzen überschreitet.

Es gibt zusätzliche Darlehen für Studierende, die 30 Jahre oder älter sind, und für Studierende mit Kindern.

Außerdem gibt es zusätzliche Stipendien für Studierende im Mutterschaftsurlaub, für Studierende mit Kindern, für Studierende, die krank werden, und für Studierende mit einer Behinderung. Die Höhe des Stipendiums richtet sich nach dem Einkommen der Studierenden und dem der Ehegatten/Lebenspartner.

Darüber hinaus erhalten norwegische Staatsangehörige und bestimmte ausländische Staatsangehörige* finanzielle Unterstützung für ein Studium im Ausland. Studierende im Ausland müssen ein Vollzeitstudium absolvieren, um für eine finanzielle Unterstützung in Frage zu kommen. Norwegische Studierende im Ausland können neben der Grundförderung auch eine Unterstützung für Studiengebühren und Reisekosten erhalten. Sowohl die Studiengebühren als auch die Reisekostenunterstützung werden teilweise als Zuschüsse und teilweise als Darlehen gezahlt.

Die Studierenden müssen ihre Darlehen zurückzahlen, wenn sie ihre Ausbildung abgeschlossen oder keinen Anspruch mehr auf Unterstützung haben. Die Rückzahlungsfrist beträgt normalerweise 20 Jahre. Die erste Zahlung erfolgt in der Regel etwa sieben Monate nach Abschluss des Studiums.

Während der Studienjahre werden keine Zinsen berechnet oder gezahlt. Die Zinsen werden erst ab dem ersten Tag des Monats berechnet, der auf den Abschluss des Studiums folgt. Zinsen werden auch berechnet, wenn Studierende ihr Studium unterbrechen oder keinen Anspruch mehr auf finanzielle

Unterstützung haben. Der Zinssatz für Darlehen wird von der Regierung festgelegt, liegt aber in der Regel in etwa auf dem Niveau des Zinssatzes für Verbraucher.

Der staatliche Bildungskreditfonds verfügt über Programme und Regelungen für den Erlass von Darlehen und den Aufschub der Zinszahlungen. Darlehensnehmende können die Rückzahlung für einen Zeitraum von max. 36 Monaten während des gesamten Rückzahlungszeitraums aufschieben. Die Zinsen werden jedoch in der Regel während des Aufschubs der Zahlung berechnet. Um von der Zinszahlung befreit zu werden, müssen sich die Darlehensnehmenden in einer bestimmten Situation befinden, die sie dazu berechtigt, wie z. B. geringes Einkommen, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Geburt oder Betreuung kleiner Kinder. Außerdem muss das Gesamteinkommen der Darlehensnehmenden unter bestimmten Grenzen liegen. Darlehensnehmenden, die Anspruch auf eine Zinsbefreiung haben, kann auch ein Zahlungsaufschub von mehr als 36 Monaten gewährt werden.

In einigen Fällen kann das Darlehen der Studierenden ganz oder teilweise erlassen werden. Dies gilt für Absolventen, die in bestimmten Teilen Nordnorwegens leben und arbeiten, sowie für einige Lehrkräfteausbildungen. Das Darlehen kann auch ganz oder teilweise gestrichen werden, wenn die Absolventen aufgrund von Krankheit oder eines Unfalls arbeitsunfähig werden (und daher Anspruch auf eine Invaliditätsrente aus dem nationalen Versicherungssystem haben). Schulden werden auch beim Tod der Schuldner erlassen. Ausländische Studierende aus Entwicklungsländern, die unter das Quotensystem fallen, müssen ihr Studiendarlehen nicht zurückzahlen, wenn sie nach dem Studium in Norwegen in ihr Herkunftsland zurückkehren.

Anmerkung: *Zutreffend für Bürger eines EWR- oder EFTA-Landes, die in Norwegen Rechte erworben haben, und ausländische Staatsangehörige mit einem ständigen Aufenthaltsrecht.
Quelle: OECD (2018[20]), *Higher Education in Norway: Labour Market Relevance and Outcomes*, OECD Publishing Paris, https://doi.org/10.1787/9789264301757-en.

Studierendenbefragung

In mehreren Ländern werden Befragungen hinsichtlich des Qualitätsindikatorensets im Bereich Studium und Hochschullehre unter den Studierenden durchgeführt (siehe Kasten 5.5). Befragungen zum Engagement der Studierenden liefern Indikatoren für effektive Studien- und Lehrmethoden, aber auch für das Campusumfeld. Das US-amerikanische Beispiel in Kasten 5.5 soll Informationen liefern, die die Hochschulen nutzen können, um Bereiche mit Unzulänglichkeiten zu ermitteln und die Qualität des Lernens und Studiums zu steuern. Die Studierendenbefragung in Deutschland deckt einige wichtige Aspekte ab, wie z. B. das Campusumfeld, Erfahrungen mit berufsbegleitendem Lernen, Auslandsaufenthalte und Beurlaubungen, enthält jedoch keine Fragen zu akademischen Herausforderungen, zum Lernen mit Kommilitonen, zu Lehrmethoden und zu Erfahrungen mit Lehrkräften. Die Rahmenverträge zwischen dem MWFK und Brandenburgs Hochschulen sehen die Erhebung und Bereitstellung einiger dieser Daten vor. Eine Befragung zum studentischen Engagement könnte landesweit vom MWFK durchgeführt werden, wobei die Daten den Hochschulen zur Qualitätsverbesserung zur Verfügung gestellt werden könnten.

Kasten 5.5. National Survey of Student Engagement (NSSE) in den Vereinigten Staaten

Umfragen zum Engagement Studierender können wertvolle Informationen für die Qualitätsbewertung der Hochschulen und ihre institutionelle Planung liefern. Darin werden die Studierenden zu ihren Verhaltens- und Lernansätzen sowie zu den Lern- und Lehrpraktiken in der Hochschulbildung und zur von den Einrichtungen angebotenen Unterstützung befragt.

In den Vereinigten Staaten werden anhand der Befragung *National Survey of Student Engagement* (NSSE) bspw. Detaillierte Informationen von Studierenden im ersten und zweiten Studienjahr in vier Themenbereichen erhoben:

- Akademische Herausforderung, z. B. kognitives Lernen, reflektierendes und integratives Lernen, Lernstrategien, quantitatives Denken.
- Lernen mit Kommilitonen, z. B. gemeinschaftliches Lernen und Diskussionen mit anderen.
- Erfahrungen mit Lehrkräften, z. B. Interaktion zwischen Studierenden und Lehrkräften und effektive Lehrmethoden.
- Campus-Umgebung, z. B. Qualität der Interaktionen und unterstützendes Umfeld.

Die Ergebnisse liefern den Einrichtungen und Hochschulbehörden detaillierte Informationen über Studierende und Hochschulen. Diese Informationen sind für die Hochschulen nützlich, wenn sie das Studium, die Lehre und die Qualität insgesamt verbessern wollen. Mehrere Hochschulen haben ihre Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung im Anschluss an ihre NSSE-Ergebnisse öffentlich dokumentiert, und viele dieser Maßnahmen werden der NSSE-Einrichtung zur Verfügung gestellt, damit sie an andere Hochschulen kommuniziert werden können.

2018 haben rund 500 amerikanische Hochschulen an der NSSE-Erhebung teilgenommen. Sie wurde zudem an Hochschulen in anderen OECD-Ländern wie Kanada, Mexiko und dem Vereinigten Königreich durchgeführt. Um ein besseres Verständnis bezüglich seiner Studierenden und seines Hochschulsystems zu erlangen, hat Irland auf der Grundlage der NSSE-Befragung die Studierendenbefragung *Irish Survey of Student Engagement* (ISSE) entwickelt.

Quelle: OECD (2018[20]), *Higher Education in Norway: Labour Market Relevance and Outcomes*, OECD Publishing Paris, https://doi.org/10.1787/9789264301757-en.

Hochschulfinanzierung durch öffentliche Gelder

Das Land Brandenburg hat das Modell der leistungsorientierten Mittelvergabe angepasst (siehe Kapitel 3), um die Hochschulen für die Zahl der Absolventen zu belohnen. Jedoch gibt es keine Evaluationen hinsichtlich der Wirksamkeit dieser Maßnahme auf den Hochschulabschluss. Dem Beispiel Österreichs folgend könnte das brandenburgische Mittelvergabemodell neben der Zahl der Absolventen auch einen Indikator für den Studienfortschritt einbeziehen, z. B. die Zahl der „prüfungsaktiven Studierenden“ (d. h. derjenigen, die mindestens 16 ECTS Punkte pro Jahr erworben haben) – sofern Daten verfügbar sind (siehe Kasten 5.3). Die Landesregierung muss zudem das Finanzerungsmodell überprüfen, um zu gewährleisten, dass sich die Finanzierung im Verhältnis zur Studierendenzahl in angemessener Weise vergrößern. Dadurch sollen die Hochschulen ihre Leistungsfähigkeit und Qualität aufrechterhalten.

Politikempfehlungen

Kasten 5.6. Politikempfehlungen zur Verbesserung der Vorbereitung von Studierenden auf ein Hochschulstudium und zur Gewährleistung, dass es abgeschlossen wird

Studienformate

- Aufrechterhaltung der Möglichkeit für Studierende, besonders für die Erwerbstätigen unter ihnen, ihr Studium an ihre Lernpräferenzen anzupassen, etwa durch flexiblere Lehr- und Lernformate (basierend auf der Erfahrung aus der Pandemie sollten verstärkt hybride Lehrformate, in denen der Unterricht teils virtuell, teils in Präsenz stattfindet, und integrierte Lernformate mit E-Learning angeboten werden).

Immaterielle Unterstützung

- Ausbau der *Peer-Support*-Programme an den Hochschulen, mit denen besonders benachteiligte Studierende individuell durch Kommilitonen im Studium beraten und beim Aufbau eines Netzwerkes an der Hochschule unterstützt werden.
- erhöhte Sichtbarkeit der Informations- und Beratungsangebote an den Hochschulen und ggf. die Einrichtung einer zentralen Stelle für diese Angebote.
- Bereitstellung von Informationen über das Leben am Campus und in der Stadt des jeweiligen Hochschulstandortes, um Studieninteressierte zum Zuzug zu motivieren.
- Nutzung der Rahmenverträge mit den Hochschulen, um gewisse Daten über studentisches Engagement zu sammeln (etwa über Herausforderungen im akademischen Umfeld, das Lernen mit Kommilitonen, Lehrmethoden und Erfahrungen mit den Lehrkräften). Das MWFK könnte eine landesweite Umfrage zum studentischen Engagement durchführen und die Ergebnisse den Hochschulen zur Qualitätsverbesserung zur Verfügung stellen.
- Aufmerksame Verfolgung bestehender College- bzw. Kolleg-Programme.

Finanzielle Unterstützung

- Die Landesregierung Brandenburg (und das MWFK insbesondere) sollten sich für eine umfangreiche, grundsätzliche Überprüfung der Ausbildungsförderungssysteme einsetzen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf der Anpassung der Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)- und BAföG-Programme vor dem Hintergrund der kürzlich verabschiedeten Strategie für lebenslangen Lernen in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Zudem sollte sichergestellt werden, dass die Vorschriften zu ihrer Anwendung transparent und die Antragsverfahren benutzerfreundlich und effizient sind.

Hochschulfinanzierung durch öffentliche Gelder

- Mögliche Einbeziehung eines Indikators zu Studienfortschritts- oder Qualifizierungsabschluss-quoten der Studierenden (etwa die Zahl der aktiv an Prüfungen teilnehmenden Studierenden anhand der erworbenen ECTS-Punkte) neben der Absolventenzahl in das Leistungsfinanzierungsmodell.
- Überprüfung des Finanzierungsmodells zur Gewährleistung, dass sich die Ressourcen einzelner Hochschulen im Verhältnis zur Studierendenzahl angemessen vergrößern. Dadurch sollen die Hochschulen ihre Leistungsfähigkeit und Qualität aufrechterhalten (z. B. durch die Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal bei steigenden Studierendenzahlen).

Quellennachweise

Apolinarski and Brandt (2018), *International Students in Germany 2016: Results of the Survey of International Students as Part of the 21st Social Survey of Deutsches Studentenwerk, conducted by the German Centre for Higher Education Research and Sciand Science Studies*, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung. [8]

BMBF (n.d.), *Das BAföG: alle Infos auf einen Blick*, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung, https://www.xn--bafg-7qa.de/bafoeg/de/das-bafoeg-alle-infos-auf-einen-blick/das-bafoeg-alle-infos-auf-einen-blick_node.html;jsessionid=7BD1CDAF603734C99C2DFDC83114CEB6.live721. [19]

BMBWF (2017), *Nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung*, Bundesministerium für Bildung und Forschung. [18]

Hasso Plattner Institute (n.d.), *Youth Academy*, https://hpi.de/en/studies/before-your-studies/youth-academy.html. [14]

Heublein, U. and R. Schmelzer (2018), *Die Entwicklung der Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen: Berechnungen auf Basis des Absolventenjahrgangs 2016*, DZHW. [3]

HNEE (n.d.), *Hochschule » Offene Hochschule » Future Camp Workcamps*, Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, https://hnee.de/de/Hochschule/Offene-Hochschule/Future-Camp-Workcamps/Dein-Workcamp-Dein-Studium-Deine-ZukunftMit-den-HNEE-Workcamps-erfolgreich-ins-Studium-starten-K5642.html (accessed on 13 October 2021). [15]

Kultusministerkonferenz (2019), *The Education System in the Federal Republic of Germany – A description of the responsibilities, structures and developments in education*, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. [9]

Middendorff, E. et al. (2017), *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung*, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). [5]

Middendorff, E. et al. (2017), *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21.Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom DZHW. Randauszählung zur 21. Sozialerhebung für deutsche und bildungsinländische Studierende für Brandenburg*, http://www.sozialerhebung.de/sozialerhebung/archiv/download/21/Soz21_ra_brandenburg.pdf. [6]

Netzwerk Studienorientierung Brandenburg (n.d.), *Mediatek der Online Angebote*, https://studieren-in-brandenburg.de/angebote/weitere-online-angebote-zur-studienorientierung/ (accessed on 1 April 2022). [16]

OECD (2018), *Higher Education in Norway: Labour Market Relevance and Outcomes*, Higher Education, OECD Publishing, Paris, https://dx.doi.org/10.1787/9789264301757-en. [20]

Schirmer, H. (2017), *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Potsdam 2016. Regionalauswertung der 21. Sozialerhebung durchgeführt vom DZHW für das Studentenwerk Potsdam.*, DZHW. [7]

Schülerlabor-Atlas (n.d.), *Schülerlabore in Brandenburg*, http://www.schuelerlabor-atlas.de/schuelerlabore/in/Brandenburg. [13]

Statistisches Bundesamt (2021), *Deutschlandstipendium*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Tabellen/_tabellen-innen-deutschlandatipendium.html (accessed on 15 March 2022). [10]

Statistisches Bundesamt (2021), *Hochschulstatistik*, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Methoden/Erlaeuterungen/hochschulen.html. [2]

Statistisches Bundesamt (2020), *Bildung und Kultur: Erfolgsquoten, Berechnung für die Studienanfängerjahrgänge 2006 bis 2010*. [4]

Statistisches Bundesamt (2020), "Studierende an Hochschulen - vorläufige Ergebnisse - Wintersemester 2020/2021", webpage, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/_publikationen-innen-hochschulen-studierende-vorlaeufig.html (accessed on 16 February 2021). [1]

Stifterverband (n.d.), *Hochschulperle*, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, http://www.stifterverband.org/hochschulperle (accessed on 15 March 2021). [12]

Technische Hochschule Wildau (2018), *Förderatlas: Stipendien in Brandenburg*, webpage, https://www.th-wildau.de/studieren-weiterbilden/beratung-alt/studienfinanzierung/foerderatlas-stipendien-in-brandenburg/ (accessed on 6 December 2021). [11]

Technische Hochschule Wildau (n.d.), *TH Mint +*, http://www.th-wildau.de/hochschule/zentrale-einrichtungen/zentrum-fuer-qualitaetsentwicklung/th-mint/ (accessed on 3 December 2021). [17]

Endnoten

[1] Für die Vergleichbarkeit des Anteils der Masterstudiengänge zwischen Universitäten und Fachhochschulen sind in der Zahl von 32 % für Masterstudiengänge an Universitäten die Einschreibungen in Lehramtsstudiengänge nicht enthalten, die nur in Brandenburg als Hochschulstudiengang angeboten werden.

[2] Vorläufige Ergebnisse für 2020/21 deuten auf einen besonders starken Anstieg der Anzahl weiblicher Studierender an den brandenburgischen Fachhochschulen hin (5,5 % vs. 0,7 % an den Universitäten).

[3] Der Ansatz basiert auf zwei Faktoren: der Ableitung des Studienerfolgs (oder -misserfolgs) aus der Struktur der in einem Prüfungsjahr bestandenen Abschlussprüfungen und der daraus resultierenden

Zusammenstellung einer entsprechenden Gruppe von Studienanfängern aus verschiedenen Jahren des Studienbeginns.

[4] Die Zahlen in diesem Abschnitt beziehen sich auf die Hochschulen Universität Potsdam, FH Potsdam, Filmuniversität, TH Wildau und TH Brandenburg – nicht aber auf den gesamten brandenburgischen Hochschulsektor.

[5] Auch ausländische Studierende mit einer Niederlassungserlaubnis oder Aussicht auf den Erwerb des Daueraufenthaltsrechts nach dem EU-Freizügigkeitsgesetz können BAföG beantragen.

[6] Voraussetzung für eine Förderung nach dem BAföG ist, dass das Studium bis zum 30. Lebensjahr begonnen wurde. Für Masterstudiengänge liegt die Altersgrenze für den Studienbeginn bei 35 Jahren.

[7] Eine Darlehensaufnahme im Rahmen dieser Regelung ist nur für Studierende unter 36 Jahren und vor Ende des zwölften Studiensemesters möglich. Diese Einschränkungen schließen einen großen Teil der Brandenburger Studierenden aus. Das Darlehen wird verzinst, sobald es ausgezahlt wird. Die Zinsen werden jedoch automatisch bis zum Beginn der Rückzahlung gestundet.

6 Leistung des Hochschulsystems: Absolventenlaufbahnen

In diesem Kapitel geht es um die Brandenburger Hochschulabsolventen. Es wird untersucht, wie leicht ihnen der Übergang in den Arbeitsmarkt fällt, welche Karrierewege sie einschlagen und welche Berufsaussichten sie haben. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Arbeitsplatzqualität unter Absolventen verschiedener Fachrichtungen werden ebenfalls untersucht. Darüber hinaus wird beurteilt, welche Herausforderungen die Abwanderung dieser Absolventen für das Land Brandenburg mit sich bringt. Dabei geht es im Detail etwa um den Trend der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in Berlin und anderen Bundesländern. In der Auswertung und den Politikempfehlungen werden Strategien vorgeschlagen, wie Brandenburg Nutzen aus seiner Nähe zu Berlin ziehen kann und gleichzeitig die inländisch herangezogenen Fachkräfte dazu bewegt werden können, einen produktiven Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu leisten.

Qualifikationen und Berufserfahrung

Brandenburgs Hochschulabsolventen sind durch ihre Praxiserfahrung gut für den Einstieg in den Arbeitsmarkt gerüstet

Brandenburgs Hochschulabsolventen sind aufgrund ihrer Praxiserfahrung gut für den Einstieg in den Arbeitsmarkt gerüstet (siehe Abbildung 6.1). Von allen Absolventen haben 63 % ein Pflichtpraktikum absolviert, 30 % verfügen über Erfahrungen aus freiwilligen Praktika und 52 % haben neben dem Studium in einem fachbezogenen Beruf gearbeitet. Ein Drittel der Absolventen war zu Bildungszwecken im Ausland und ein Viertel hat vor dem Hochschulstudium eine Berufsausbildung absolviert. Im bundesweiten Vergleich haben die Brandenburger Absolventen seltener ein Pflichtpraktikum, jedoch häufiger ein freiwilliges Praktikum durchgeführt. Insbesondere bei Absolventen der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik (MINT) sind Pflichtpraktika seltener als im übrigen Bundesgebiet. Absolventen der Geisteswissenschaften, deren Studium in der Regel als weniger arbeitsmarktrelevant angesehen wird, haben unabhängig von der Region weniger Möglichkeiten für Pflichtpraktika. Allerdings nehmen die Brandenburger Absolventen geisteswissenschaftlicher Studiengänge häufiger an freiwilligen Praktika und am internationalen Bildungsaustausch teil. In Kasten 6.1 werden die Informationen aufgeführt, die den in diesem Kapitel vorgestellten Ergebnissen zugrunde liegen.

Kasten 6.1. Informationen über die frischgebackenen Absolventen der brandenburgischen Hochschulen

Das Absolventenpanel 2013 war die bundesweite Befragung der deutschen Hochschulabsolventen. Durchgeführt wurde es vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW).

Die Grundgesamtheit der Befragung

Die Stichprobe war repräsentativ für alle Hochschulabsolventen, die im Wintersemester 2012/13 oder im Sommersemester 2013 an einer staatlich anerkannten Hochschule in Deutschland einen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss (Bachelor, Staatsexamen oder einen Abschluss in darstellender Kunst) oder einen Masterabschluss erworben haben. Absolventen von Bundeswehrhochschulen, von Verwaltungsfachhochschulen und Absolventen von dualen, berufsbegleitenden oder Fernstudiengängen waren nicht Teil der Grundgesamtheit.

Der Erhebungskonzept

Die Umfrageteilnehmenden wurden zwischen März 2014 und März 2015 zum ersten Mal befragt, also etwa ein bis eineinhalb Jahre nach dem Studienabschluss. In diesem ersten Interview wurden rückblickende Informationen über das Studium und detaillierte Informationen über die aktuelle Beschäftigung gesammelt. Darüber hinaus wurde der allgemeine Beschäftigungsverlauf seit dem Studienabschluss bewertet. Daten aus der zweiten Erhebungswelle liegen noch nicht vor.

Die Stichprobe des Absolventenpanels lässt keine verlässlichen Analysen auf Bundesländerebene zu. Die Analyse für Brandenburg stützt sich daher auf Daten aus der Absolventenbefragung der Universität Potsdam, kombiniert mit Befragungsdaten zu Absolventen der Technischen Fachhochschule Wildau und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Die letztgenannten Befragungen sind Teil des Kooperationsprojekts Absolventenstudien (KOAB), das vom Internationalen Zentrum für Hochschulforschung Kassel koordiniert wird (Krücken and Flöther, 2015[1]) (International Centre for Higher Education Research, 2015[2]).

Die Absolventenbefragung der Universität Potsdam (Potsdamer Evaluationsportal, 2013[3]) wurde 2013 mit Absolventen durchgeführt, die zwischen 2010 und 2012 einen Bachelor- oder Masterabschluss oder

einen gleichwertigen Abschluss erworben haben. Die Analyse beschränkte sich auf Befragte, die ihren Abschluss ein bis eineinhalb Jahre vor der Befragung gemacht haben. Die KOAB-Daten zur TU Wildau kommen von Absolventen der Jahre 2012 und 2013, die in den Jahren 2014 und 2015 befragt wurden. Die Daten zu den Cottbuser Absolventen stammten aus zwei Erhebungen (2015 und 2013) unter Befragten aus den Absolventenjahrgängen 2013 und 2011.

In allen Erhebungen wurden nahezu identische Fragebögen wie im Absolventenpanel des DZHW verwendet. Dies ermöglicht das Zusammenführen der Daten aus den verschiedenen Brandenburger Erhebungen und den Vergleich der empirischen Ergebnisse mit nationalen Benchmarks aus der bundesweiten Absolventenbefragung des DZHW.

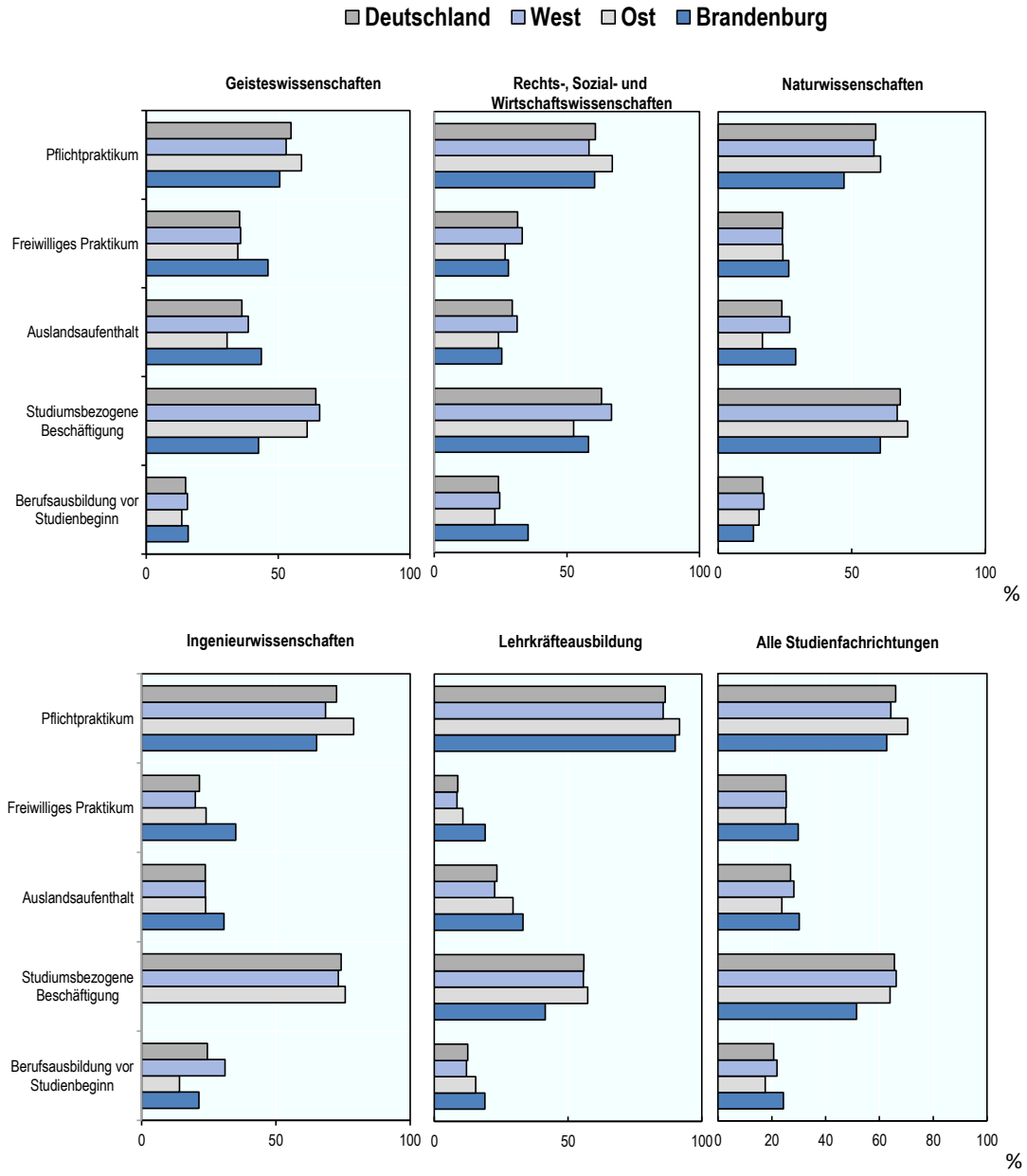
Schwerpunkt der Analyse

Da der Übergang von der Hochschule in den Arbeitsmarkt von zentralem Interesse ist, beschränken sich alle Analysen auf Absolventen mit Master- und gleichwertigem Abschluss sowie auf Absolventen mit Bachelorabschluss, die nach ihrem Abschluss kein Masterstudium anschließen. In Deutschland tritt weniger als ein Drittel der Bachelorabsolventen in den Arbeitsmarkt ein anstatt ein Masterstudium zu absolvieren. Dementsprechend ist die Zahl der Absolventen mit Bachelorabschluss in der Stichprobe gering, so dass eine detaillierte Analyse nach Fächern nicht möglich ist. Insgesamt besteht die Stichprobe aus 1.848 Brandenburger Absolventen mit Bachelor- und Master- und gleichwertigem Abschluss (aus den Befragungen der Einrichtungen in Potsdam, Wildau und Cottbus), 1.378 Befragten aus Ostdeutschland und 3.488 Befragten aus Westdeutschland (aus dem DZHW-Absolventenpanel 2013).

Quelle: Hoffstätter and Vietgen (2020[4]), DZHW-Absolventenpanel 2013. Daten- und Methodenbericht zur Absolvent(inn)enkohorte 2013 (1. Befragungswelle), Hannover, DZHW; Krücken and Flöther (2015[1]), Generation Hochschulabschluss: Vielfältige Perspektiven auf Studium und Berufseinstieg. Analysen aus der Absolventenforschung, Waxmann; International Centre for Higher Education Research (2015[2]), Kooperationsprojekt Absolventenstudien (KOAB), https://istat.de/de/koab_a.html; Potsdamer Evaluationsportal (2013[3]), Absolventenbefragung, Universität Potsdam, https://pep.uni-potsdam.de/articles/absol.html.

Innerhalb aller Fächergruppen haben die Brandenburger Absolventen weniger Erfahrung in fachbezogenen Tätigkeiten. Das Absolvieren eines fachbezogenen Praktikums erhöht jedoch die Aussichten auf eine Beschäftigung nach dem Studium (siehe Abbildung 6.2). In Brandenburg, wie auch im übrigen Bundesgebiet, ist die Ausübung einer fachbezogenen Tätigkeit während des Studiums mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit verbunden, sich nach dem Studienabschluss weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in irgendeiner Art der Ausbildung (NEET) zu befinden oder einer Gelegenheitsarbeit nachgehen zu müssen, wobei die akademischen Leistungen, das Studienfach, die Art der Einrichtung, das Alter und das Geschlecht berücksichtigt wurden. Ein ähnlicher Zusammenhang besteht zwischen dem Absolvieren eines Pflichtpraktikums und dem Schutz vor dem Risiko, sich in Ostdeutschland, jedoch nicht in anderen Regionen, weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in irgendeiner Art der Ausbildung zu befinden.

Abbildung 6.1. Arbeitsmarktbezogene Erfahrungen frischgebackener Absolventen nach Fachrichtung und Bildungsniveau

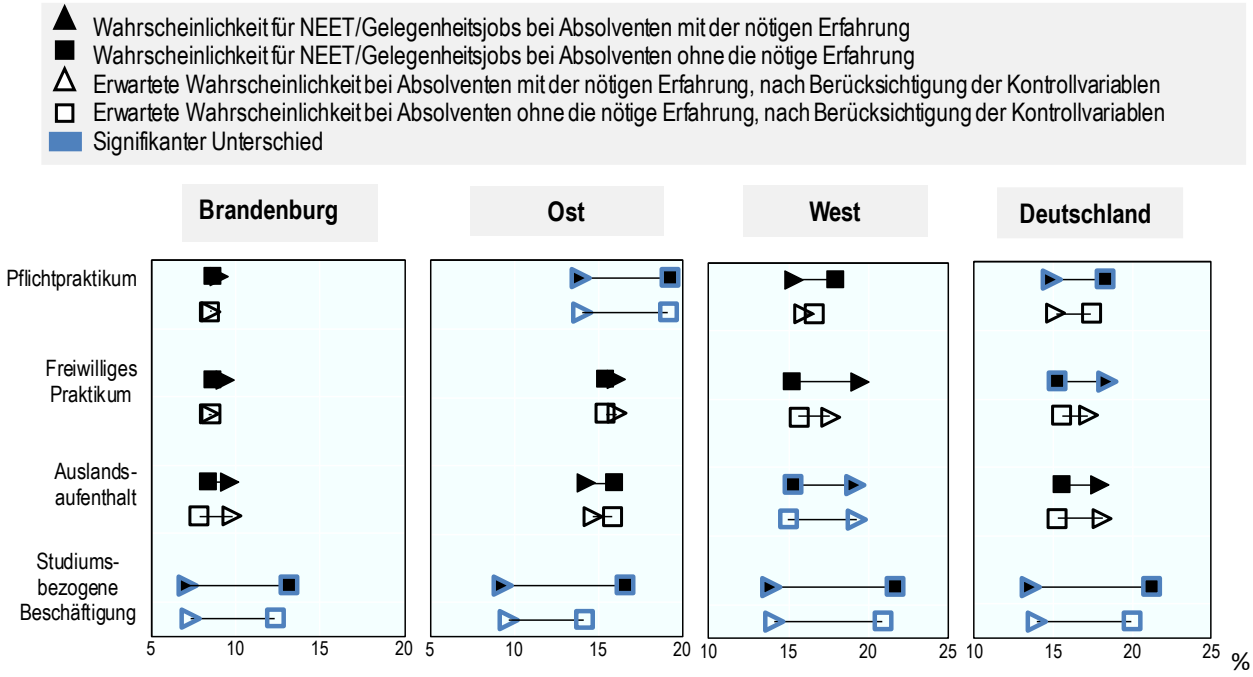


Anmerkung: Die Daten des Kooperationsprojekts Absolventenstudien enthalten keine Informationen über fachbezogene Tätigkeiten.
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Absolventenpanel 2013, der KOAB-Absolventenbefragung 2015 und der Absolventenbefragung der Universität Potsdam 2013.

StatLink https://stat.link/txfb9r

Abbildung 6.2. Zusammenhang zwischen arbeitsmarktbezogener Erfahrung während des Studiums und NEET oder Gelegenheitsarbeit nach dem Studium

Prognostizierte Wahrscheinlichkeiten vor und nach Berücksichtigung von Abschlussnoten, Fach, Art der Einrichtung, Geschlecht und Alter



Anmerkung: Absolventen der Lehrkräfteausbildung wurden ausgeschlossen.
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Absolventenpanel 2013, der KOAB-Absolventenbefragung 2015 und der Absolventenbefragung der Universität Potsdam 2013.

StatLink https://stat.link/d4sng2

Die beruflichen Werdegänge der Hochschulabsolventen

Die Berufsaussichten für Hochschulabsolventen sind insgesamt positiv, mit geringfügigen Unterschieden je nach Bildungsniveau und Studienfachrichtung

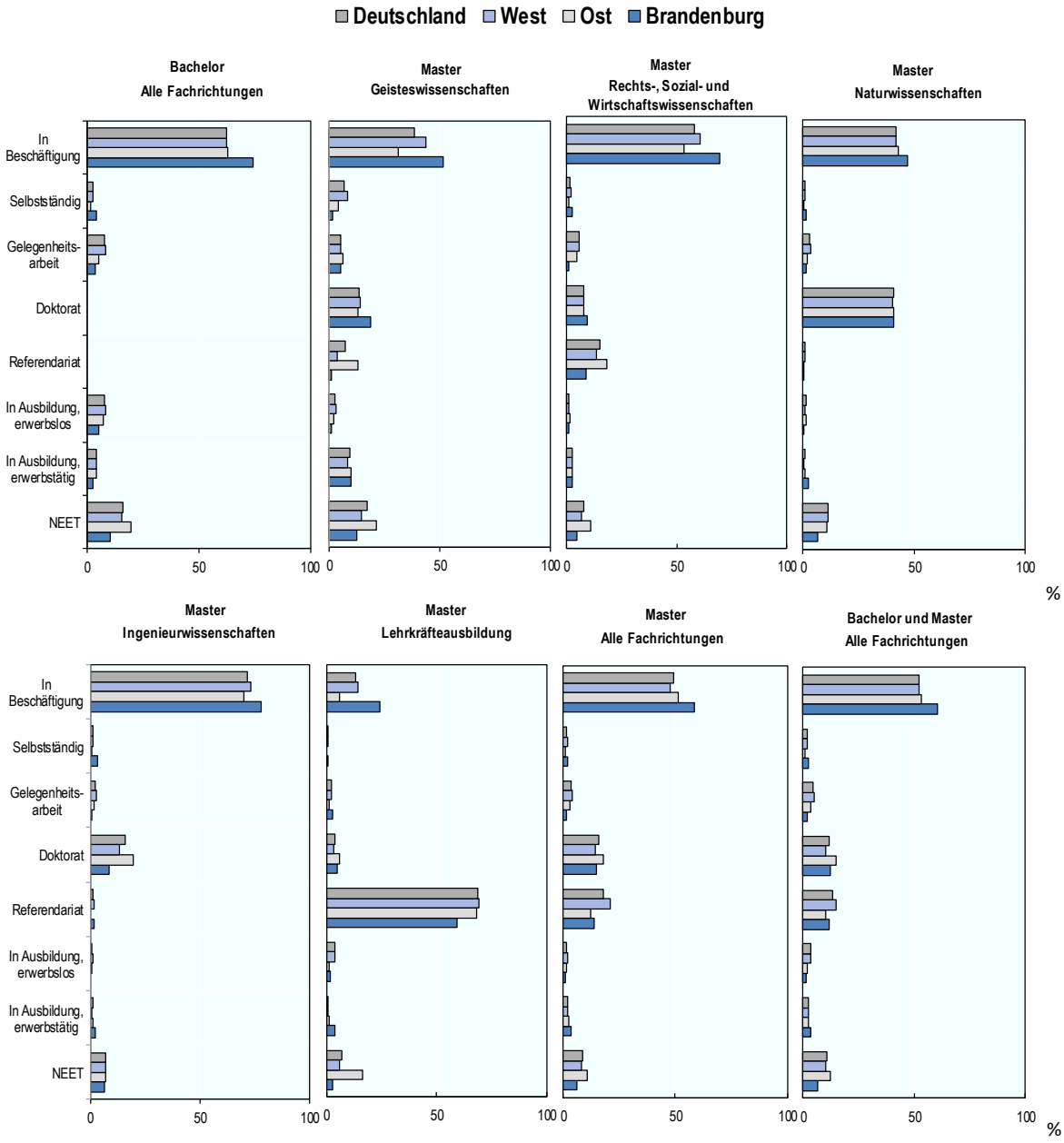
Brandenburgs Hochschulabsolventen erzielen vergleichsweise gute Beschäftigungsergebnisse beim Eintritt in den Arbeitsmarkt. Ein bis eineinhalb Jahre nach ihrem Abschluss ist die Mehrheit der brandenburgischen Hochschulabsolventen erwerbstätig (61 %) oder in der Weiterbildung (13 % Promotion und 10 % Referendariat, siehe Abbildung 6.3, unten rechts). Nur wenige Absolventen sind weder erwerbstätig noch in irgendeiner Ausbildung (6 %) oder haben einen Gelegenheitsjob (2 %). Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ist die durchschnittliche Beschäftigungsquote von frischgebackenen Hochschulabsolventen niedriger und die Arbeitslosenquote höher als in Brandenburg.

In Brandenburg unterscheiden sich die Beschäftigungsergebnisse der Absolventen mit Master- oder gleichwertigen Abschlüssen nicht wesentlich von denen der Bachelorabsolventen, die kein Masterstudium absolvieren (Abbildung 6.3). Bachelorabsolventen befinden sich häufiger nicht in allgemeiner bzw. beruflicher Ausbildung oder Beschäftigung (NEET) (10 % gegenüber 6 % bei Master- und gleichwertigen Abschlüssen), wohingegen Gelegenheitsarbeit unter den Masterabsolventen häufiger vorkommt (2 % bei Bachelor- gegenüber 4 % bei Master- und gleichwertigen Abschlüssen). Insgesamt schneiden die Brandenburger Absolventen im Durchschnitt etwas besser ab als die Absolventen mit demselben

Abschluss in West und Ost. So liegt die NEET-Quote in Ostdeutschland bei 20 % für Absolventen mit Bachelorabschluss gegenüber 11 % für Absolventen mit Master- und gleichwertigen Abschlüssen, während in Westdeutschland die Zahlen bei 16 % für Absolventen mit Bachelorabschluss gegenüber 8 % für Absolventen mit Master- und gleichwertigen Abschlüssen liegen.

Abbildung 6.3. Beschäftigungsstatus von Hochschulabsolventen nach Art des Hochschulabschlusses und Fachrichtung

Ungefähr ein bis eineinhalb Jahre nach dem Studienabschluss



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Absolventenpanels 2013, der KOAB-Absolventenbefragung 2015 und der Absolventenstudie der Universität Potsdam 2013.

StatLink https://stat.link/nmyfkh

Hochschulabsolventen streben mit größerer Wahrscheinlichkeit einen höheren Studienabschluss an als Absolventen von Fachhochschulen, wobei Bachelorabsolventen von Fachhochschulen mit größerer Wahrscheinlichkeit direkt in den Arbeitsmarkt eintreten.

Absolventen mit Master- und gleichwertigen Abschlüssen aus verschiedenen Studienbereichen weisen unterschiedliche Beschäftigungsmuster auf. Absolventen der Geisteswissenschaften weisen niedrigere Beschäftigungsquoten und höhere Nichtbeschäftigungsquoten auf als Absolventen anderer Fachrichtungen. Absolventen der Natur- und Geisteswissenschaften sowie der Ingenieurwissenschaften absolvieren mit größerer Wahrscheinlichkeit ein weiterführendes Studium als Absolventen anderer Fachrichtungen.

Es gibt regionale Unterschiede bei der Beschäftigung von Hochschulabsolventen je nach Studienfach. In den Geistes- und Sozialwissenschaften, den Wirtschaftswissenschaften und den Rechtswissenschaften weisen die Brandenburger Absolventen beispielsweise höhere Beschäftigungsquoten auf als ihre westlichen Kommilitonen, deren Beschäftigungsquote wiederum über dem ostdeutschen Durchschnitt liegt. Absolventen, die sich für den Lehrkräfteberuf entscheiden, absolvieren in der Regel ein bis eineinhalb Jahre nach dem Abschluss noch den obligatorischen Vorbereitungsdienst (Referendariat).

Brandenburger Absolventen finden eine erste Anstellung schneller als ihre Studienkollegen aus dem übrigen Bundesgebiet

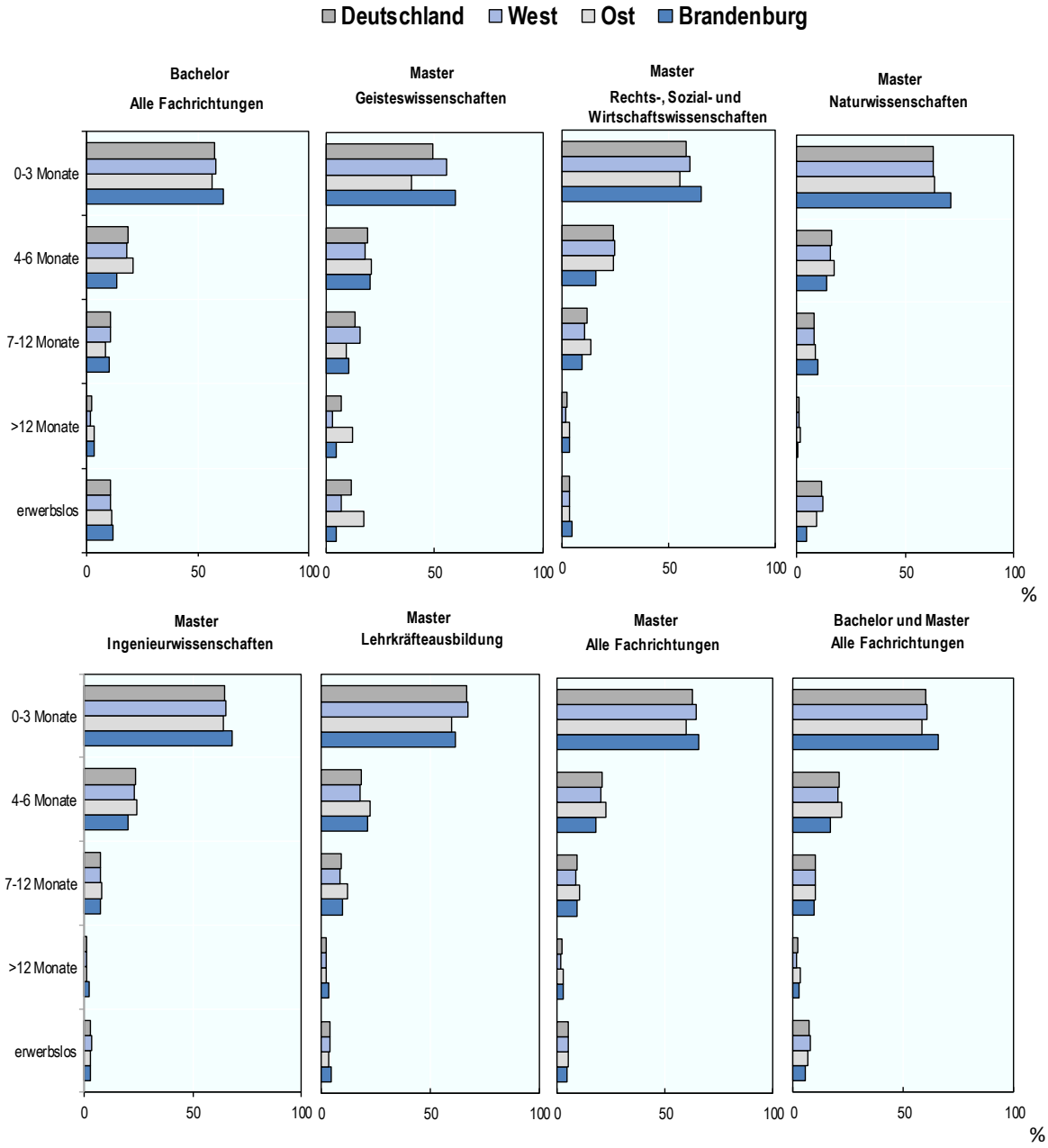
Brandenburgs Absolventen finden im Durchschnitt schneller ihren ersten Job als Absolventen aus anderen Teilen Deutschlands (Abbildung 6.4). Von den Absolventenjahrgängen 2011-2013 gaben 66 % der Befragten an, dass sie zwischen 0 und 3 Monaten nach ihrem Abschluss auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz waren. In Ost- und Westdeutschland belaufen sich diese Anteile auf 58 % und 61 %. Die vergleichsweise kürzere Dauer der Arbeitsplatzsuche unter Brandenburger Absolventen trifft sowohl auf Masterabsolventen (mit Ausnahme der Lehramtsabsolventen) als auch auf Bachelorabsolventen zu (61 % von ihnen finden nach maximal 3 Monaten einen Arbeitsplatz).

Die Rolle der Arbeitsplatzsuche für den Beschäftigungsstatus von frischgebackenen Hochschulabsolventen

Die meisten deutschen Hochschulabsolventen finden ihren ersten Arbeitsplatz nach dem Studium, indem sie sich auf offene Stellen bewerben oder eine Bewerbung bei einem Arbeitgeber abgeben (Abbildung 6.5). Einige Absolventen nutzen Praktika, Nebenjobs oder persönliche Kontakte als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt. Berufsberatungsangebote an der jeweiligen Hochschule werden selten in Anspruch genommen. Die Unterschiede zwischen den Regionen hinsichtlich der Methoden der Arbeitsplatzsuche sind gering. Nicht überraschend ist, dass die Absolventen mit Staatsexamen eher über ihr Referendariat einen Arbeitsplatz finden. Mit Ausnahme der Staatsexamensabsolventen ist es für Bachelorabsolventen wahrscheinlicher als für Masterabsolventen oder Absolventen eines gleichwertigen Abschlusses, eine erste Anstellung über Kontakte, Praktika oder frühere Tätigkeiten zu finden. Ein Grund dafür könnte sein, dass Bachelorabsolventen in dem hier untersuchten Zeitraum noch relativ neu auf dem deutschen Arbeitsmarkt waren und die Arbeitgeber es möglicherweise vorzogen, ihre Fähigkeiten im Rahmen von Praktika oder befristeten Arbeitsverhältnissen zu „prüfen“, bevor sie sie einstellten.

Abbildung 6.4. Dauer der Arbeitsplatzsuche von Hochschulabsolventen nach Art des Hochschulabschlusses und Fachrichtung

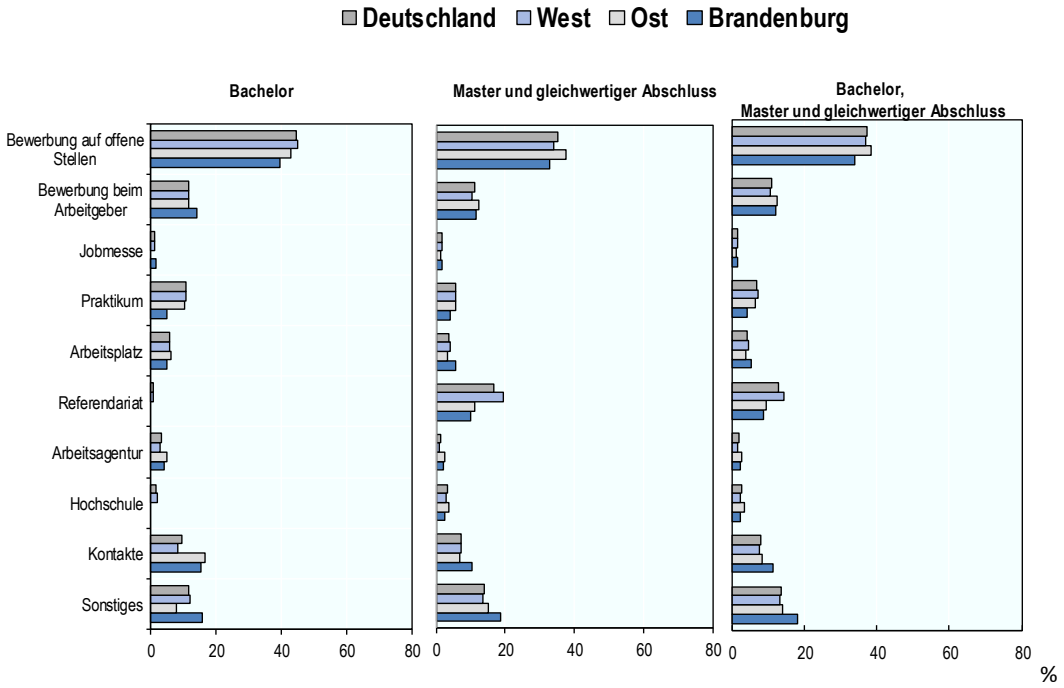
Selbstangaben zur Dauer der Suche nach dem ersten Arbeitsplatz nach Studienabschluss



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Absolventenpanels 2013, der KOAB-Absolventenbefragung 2015 und der Absolventenstudie der Universität Potsdam 2013.

StatLink https://stat.link/4mxwra

Abbildung 6.5. Methode der zu einer ersten Anstellung führenden Arbeitsplatzsuche nach Art des Hochschulabschlusses



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Absolventenpanels 2013, der KOAB-Absolventenbefragung 2015 und der Absolventenstudie der Universität Potsdam 2013.

StatLink https://stat.link/3wnbt0

Der Dienstleistungssektor beschäftigt Absolventen aller Fachrichtungen

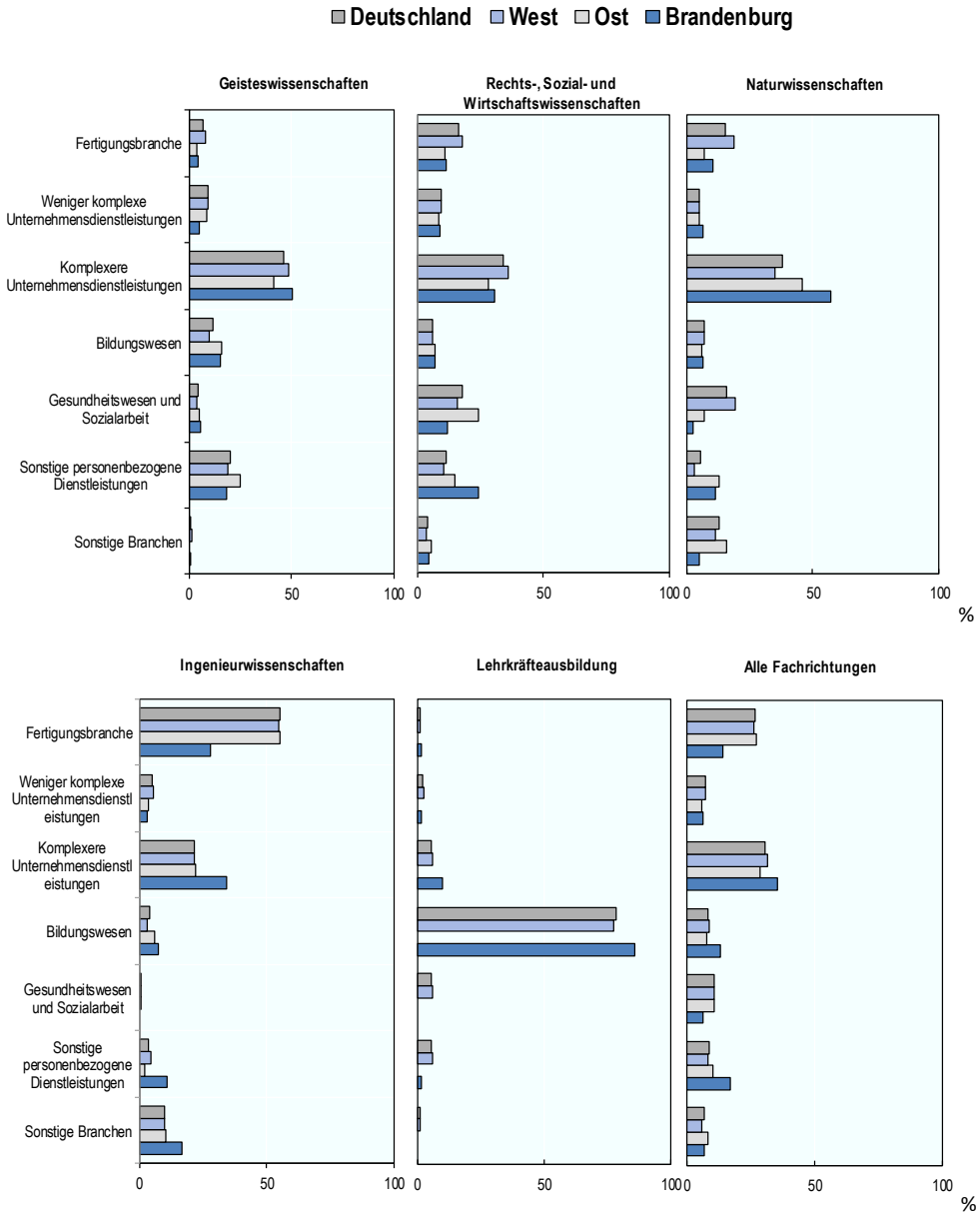
Etwa jeder dritte Absolvent der brandenburgischen Hochschulen arbeitet im Unternehmensdienstleistungssektor (Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungswesen, Immobilienwesen sowie freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen) und fast jeder fünfte Absolvent ist in der öffentlichen Verwaltung und im sonstigen Dienstleistungssektor beschäftigt (Abbildung 6.6). Nur 14 % der Brandenburger Hochschulabsolventen arbeiten in der Fertigungsbranche, verglichen mit 28 % in Ost- und 27 % in Westdeutschland. Dieser relativ geringe Anteil der Beschäftigung von Hochschulabsolventen in der Fertigungsbranche ist auf die Industriestruktur des Landes zurückzuführen, wo es weniger hochqualifizierte Arbeitsplätze in diesem Gewerbe gibt. Infolgedessen sind Absolventen der Natur- und Ingenieurwissenschaften eher im Dienstleistungssektor tätig als ihre Studienkollegen in anderen Teilen Deutschlands.

Die wahrgenommene Arbeitsplatzqualität ist hoch bei Absolventen mit einem Masterabschluss in Natur- und Ingenieurwissenschaften, aber niedriger bei anderen Fachrichtungen und Absolventen mit einem Bachelorabschluss

Die meisten frischgebackenen Hochschulabsolventen in Brandenburg befinden sich in einer Beschäftigung, die ihren Qualifikationen entsprechen, und zwar in Bezug auf die Leistungserwartungen und ihre berufliche Position. D. h., eine Beschäftigung wird als „passend“ zu den Qualifikationen eines Stelleninhabers angesehen, wenn es sich um eine Funktion handelt, bei der die der Qualifikation des Absolventen entsprechenden Fähigkeiten und/oder Kenntnisse zum Einsatz kommen (Abbildung 6.7).

Abbildung 6.6. Wirtschaftszweig der beruflichen Tätigkeit der frischgebackenen Hochschulabsolventen nach Fachrichtung

Ungefähr ein bis eineinhalb Jahre nach dem Studienabschluss, nur erwerbstätige Absolventen



Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Absolventenpanels 2013, der KOAB-Absolventenbefragung 2015 und der Absolventenstudie der Universität Potsdam 2013.

StatLink https://stat.link/yszcga

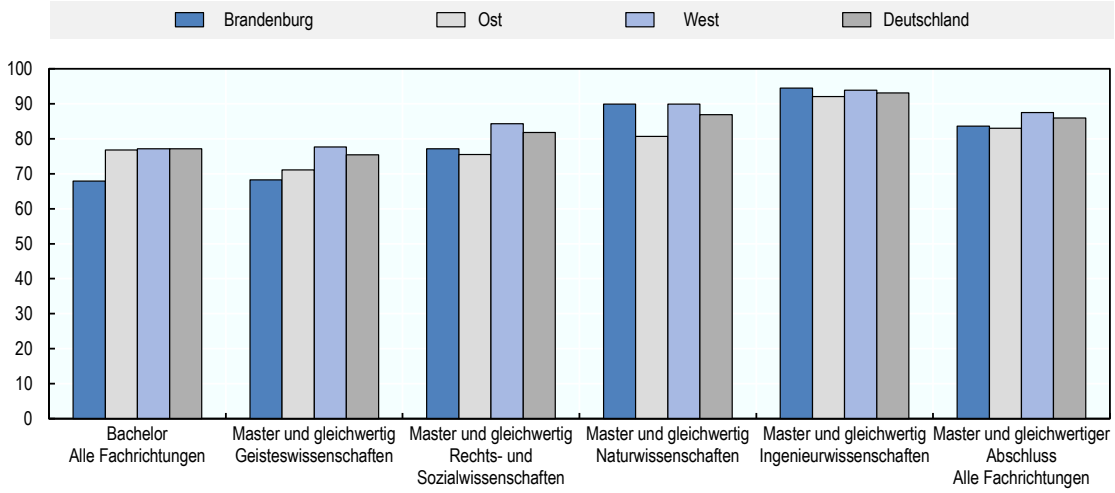
Der Anteil der Absolventen mit einer qualifikationsadäquaten Beschäftigung ist am höchsten bei Absolventen mit Master- oder gleichwertigem Abschluss in den Natur- und Ingenieurwissenschaften und niedriger bei Absolventen mit Master- oder gleichwertigem Abschluss in den Geistes-, Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie bei Bachelorabsolventen. Innerhalb der drei letztgenannten Gruppen ist die Wahrscheinlichkeit, dass Brandenburger Absolventen in einem entsprechenden Job beschäftigt sind, geringer als bei vergleichbaren Absolventen anderer Hochschulen in Deutschland. Dies könnte darauf hindeuten, dass die oben angegebenen relativ hohen Beschäftigungsquoten und schnellen Übergänge

von Bachelorabsolventen sowie Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften in Brandenburg in eine erste Beschäftigung dadurch zustande kommen, dass diese Absolventen eher als Absolventen aus anderen Regionen Kompromisse bei der Qualität der Beschäftigung im Hinblick auf die Qualifikationsangemessenheit eingehen, anstatt ohne Beschäftigung zu bleiben, bis sie eine qualifikationsadäquate Beschäftigung finden.

Bei der Interpretation der Ergebnisse sind einige Vorbehalte anzubringen. Erstens sind Studienfächer mit der qualifikationsadäquatesten Beschäftigung die der Ingenieur- und Naturwissenschaften. In diesen Fächern ist eher die Anwendung von im Studium erworbenem Wissen (im Gegensatz zu Kompetenzen) gefragt. Die Befragten werden immer erkennen, wann sie fortgeschrittenes Wissen anwenden. Das Erkennen der Anwendung von Kompetenzen (insbesondere von allgemeinen, zwischen Aufgaben und Kontexten übertragbaren Fertigkeiten, wie z. B. kritisches Denken oder die Analyse und Kommunikation komplexer Ideen) ist jedoch möglicherweise weniger sicher. Es ist nicht klar, ob die Arbeitnehmenden erkennen werden, wann sie die während bzw. aufgrund des Hochschulstudiums entwickelten intellektuellen Ressourcen anwenden. Darüber hinaus könnte die Formulierung der Fragen die Befragten nicht dazu veranlassen, den Beitrag der im Laufe des Studiums erworbenen sozialen/emotionalen und weiteren nicht-kognitiven Kompetenzen zu ihrer Arbeit zu erkennen.

Abbildung 6.7. Hochschulabsolventen mit qualifikationsadäquater Beschäftigung nach Fachrichtung und Art des Hochschulabschlusses

Ungefähr ein bis eineinhalb Jahre nach dem Studienabschluss, nur erwerbstätige Absolventen



Anmerkung: Den Befragten des DZHW-Absolventenpanels und der Absolventenbefragung der Universität Potsdam wurde folgende Frage in Bezug auf die Qualifikationsangemessenheit ihrer Beschäftigung gestellt: Würden Sie sagen, dass Sie entsprechend Ihrer Hochschulqualifikation beschäftigt sind? Hinsichtlich der beruflichen Position (1 „ja, auf jeden Fall“ bis 5 „nein, auf keinen Fall“); hinsichtlich des Niveaus der Arbeitsaufgaben (1–5); hinsichtlich der fachlichen Qualifikation (1–5). Eine Beschäftigung wird als qualifikationsadäquat bezeichnet, wenn die von den Befragten hinsichtlich der drei Kriterien angegebenen Bewertungen im Durchschnitt unter 3 liegen. Die Befragten der KOAB-Absolventenstudien mussten folgende Frage beantworten: Wenn Sie alle Aspekte Ihrer derzeitigen beruflichen Situation (Status, Position, Einkommen, Arbeitsaufgaben, usw.) berücksichtigen: In welchem Maße ist Ihre berufliche Situation Ihrer Ausbildung angemessen? (1 „In sehr hohem Maße“ bis 5 „Gar nicht“). Eine Beschäftigung wird als ausbildungsadäquat bezeichnet, wenn die Befragten die Bewertungen 1 oder 2 abgeben.
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Absolventenpanels 2013, der KOAB-Absolventenbefragung 2015 und der Absolventenstudie der Universität Potsdam 2013.

StatLink https://stat.link/euy2bj

Die Problematik der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte

Der Arbeitsmarkt in Brandenburg leidet unter der Abwanderung von Fachkräften, da viele brandenburgische Hochschulabsolventen in Berlin oder anderswo eine Stelle annehmen

Das Land Brandenburg verzeichnet im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht nur die höchste Abwanderung von Studienberechtigten, sondern auch von Hochschulabsolventen: Nur 34 % der Absolventen arbeiten oder wohnen ein bis eineinhalb Jahre nach Studienabschluss in Brandenburg (Tabelle 6.1). Dieser Sachverhalt ergänzt die in Kapitel 2 gemachte Beobachtung einer Abwanderung der 25- bis 65-Jährigen aus Brandenburg, die zu einem prognostizierten Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den nächsten 20 Jahren beiträgt. In Ost- und Westdeutschland liegen die entsprechenden Anteile bei 57 % und 72 %. Die meisten Hochschulabsolventen, die in Brandenburg bleiben und dort arbeiten, haben auch ihren Sekundarschulabschluss im Bundesland erworben – das sind 23 % der Absolventen des brandenburgischen Hochschulsystems. Im Gegensatz dazu haben 54 % der deutschen Hochschulabsolventen im selben Bundesland sowohl ihre sekundäre und tertiäre Ausbildung abgeschlossen als auch eine Beschäftigung aufgenommen. Unter den brandenburgischen Absolventen, die außerhalb des Bundeslandes arbeiten, nehmen die meisten eine Stelle in Berlin an.

Tabelle 6.1. Mobilitätsverhalten frischgebackener Hochschulabsolventen

		Brandenburg	Ost	West	Deutschland
Mobilität zwischen Hochschulbildung und Beschäftigung/Wohnort	Arbeiten/Wohnen im selben Bundesland wie Hochschulbildung	34%	57%	72%	66%
Mobilität zwischen Sekundarbildung, Hochschulbildung und Beschäftigung/Wohnort	Arbeiten/Wohnen im selben Bundesland wie Hochschulbildung und Sekundarbildung	23%	41%	59%	54%

Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf die Absolventen des Absolventenpanels 2013. Die Daten zu Hochschulabsolventen, die keine Arbeit aufnehmen, beziehen sich auf ihren Wohnort in dem Jahr/den anderthalb Jahren nach dem Studienabschluss.
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Absolventenpanels 2013, der KOAB-Absolventenbefragung 2015 und der Absolventenstudie der Universität Potsdam 2013.

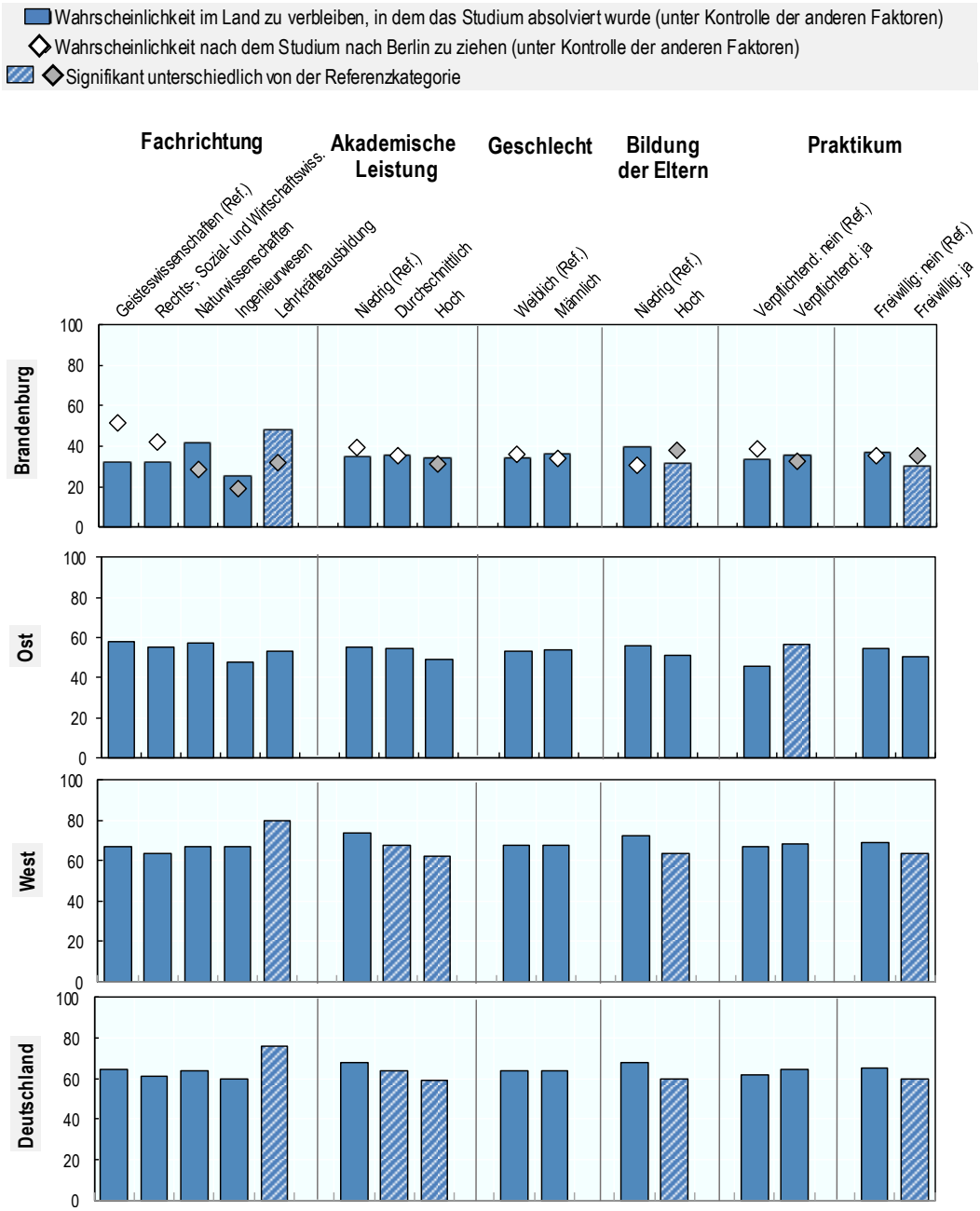
Einige befragte regionale Wirtschaftsakteure sprachen über die Zurückhaltung von Mitarbeitern hinsichtlich eines Umzugs nach Brandenburg. Dies wird in den folgenden Beispielen beschrieben:

- Ein Unternehmen mit Hauptsitz in einer ländlichen Region in Brandenburg betreibt ein Büro in Berlin für Mitarbeiter, die nicht aus Berlin wegziehen wollen.
- Ein zweites Unternehmen ermöglichte einem jungen Mitarbeiter ein Studium an einer Hochschule in Berlin, während er gleichzeitig vor Ort in Brandenburg arbeitete. Nach Abschluss des Studiums kehrte der junge Mann nicht mehr in das Unternehmen zurück.
- Ein drittes Unternehmen berichtete, dass viele Mitarbeiter, die ihren Hochschulabschluss in anderen Teilen Deutschlands erworben haben, am Standort des Unternehmens in Brandenburg arbeiten. Sie wohnen jedoch in Dresden und nehmen regelmäßiges Pendeln in Kauf. Das Unternehmen hat sogar Büroarbeitsplätze in einem Coworking-Space in Dresden angemietet, damit die Mitarbeiter weniger pendeln müssen.

Seit Beginn der COVID-19-Pandemie waren die Hochschulen die meiste Zeit über geschlossen. Daher ist das Studium von zu Hause oder als Fernstudium sehr verbreitet, was dazu führt, dass viele Studierende in ihr Elternhaus in und außerhalb Brandenburgs zurückkehren. Viele Brandenburger Unternehmen sehen die Gefahr, dass nicht alle Studierenden nach der Pandemie an ihren Studienort zurückkehren.

Brandenburger Absolventen tendieren eher als Absolventen anderer Bundesländer dazu, das Bundesland nach dem Studium zu verlassen

Abbildung 6.8. Faktoren im Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit, im Bundesland zu bleiben, in dem das Studium abgeschlossen wurde



Anmerkung: Erwartete Wahrscheinlichkeiten aus logistischen Regressionen für jede Region. Das Ergebnis ist eine Beschäftigung in dem Bundesland, in dem das Studium abgeschlossen wurde, ungefähr ein bis eineinhalb Jahre nach dem Studienabschluss. Für Absolventen, die zu diesem Zeitpunkt nicht erwerbstätig sind, wird der Wohnort herangezogen. Jedes Modell enthält alle sechs Faktoren.
Quelle: OECD-Berechnungen auf der Grundlage des DZHW-Absolventenpanels 2013, der KOAB-Absolventenbefragung 2015 und der Absolventenstudie der Universität Potsdam 2013.

StatLink https://stat.link/fw7o90

Abbildung 6.8 zeigt die Wahrscheinlichkeit, mit der die Absolventen beabsichtigen, aus dem Bundesland, in dem sie ihr Studium absolviert haben, wegzuziehen oder in diesem Bundesland zu bleiben. Brandenburg sticht als Bundesland mit einem hohen Risiko hinsichtlich der Abwanderung von Absolventen hervor.

Freiwillige Praktika scheinen für Brandenburger Hochschulabsolventen ein Sprungbrett zu einem Arbeitsplatz sowohl im Bundesland als auch außerhalb der Landesgrenzen, insbesondere in Berlin, zu sein. Während andererseits in Ostdeutschland Pflichtpraktika die Absolventen an den lokalen Arbeitsmarkt zu binden scheinen, ist in Brandenburg der Zusammenhang zwischen Pflichtpraktika und einer Beschäftigung im Land nach dem Studienabschluss nicht signifikant.

Darüber hinaus scheinen sowohl die Studienrichtung als auch der sozioökonomische Hintergrund der Absolventen eine Rolle bei der Entscheidung zu spielen, nach dem Studium im Bundesland zu arbeiten. Studierende von Eltern mit hohem Bildungsniveau bleiben seltener in Brandenburg und ziehen eher nach Berlin als Absolventen mit Eltern ohne Hochschulbildung, wobei andere Faktoren konstant bleiben. Darüber hinaus verlassen viele Absolventen der MINT-Fächer für bessere Chancen in den westlichen Bundesländern die Region Berlin-Brandenburg, während viele Absolventen der Geisteswissenschaften für ihre erste Beschäftigung nach Berlin ziehen, wobei die Faktoren Studienerfolg, Geschlecht, sozioökonomischer Hintergrund und Praktika berücksichtigt werden. Die Absolventen der Rechtswissenschaften bleiben hingegen häufig in Brandenburg, da sie in der Justiz des Landes eine Beschäftigungsperspektive finden. Auch Brandenburgs angehende Lehrkräfte bleiben, ähnlich wie Lehramtsabsolventen aus Westdeutschland, aufgrund der landesspezifischen Regelungen für den Lehrkräfteberuf in der Regel in dem Bundesland, in dem sie studiert haben. Darüber hinaus wird erwartet, dass die Entscheidung in Berlin über die Abschaffung des Beamtenstatus für Lehrkräfte mehr brandenburgische Lehramtsabsolventen zum Verbleib im Land bewegen wird. Allerdings sind nur wenige Lehramtsabsolventen bereit, in die ländlichen Gegenden zu ziehen, obwohl die Nachfrage dort am größten ist.

Der Platz der internationalen Absolventen

Es wurde festgestellt, dass Brandenburg nach Berlin den zweithöchsten Anteil an internationalen Studierenden hat. Die Mehrheit der internationalen Studierenden in Brandenburg studiert MINT und Wirtschaft – auf dem Arbeitsmarkt des Landes gefragte Fächer – und kompensiert damit weitgehend die rückläufige Nachfrage der einheimischen Studierenden nach diesen Fächern. Diese internationalen Studierenden haben das Potenzial, nach ihrem Abschluss einen wichtigen Beitrag zum Arbeitsmarkt des Landes zu leisten; sie stellen einen potenziellen Pool an Humankapital dar, der angesichts des demografischen Wandels und des Bedarfs an fortgeschrittenen Qualifikationen für die Transformation der brandenburgischen Wirtschaft von unschätzbarem Wert sein könnte. Diese Studierenden könnten zudem den Übergang in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Leben, Studieren und Arbeiten in Deutschland besser meistern als andere Zuwanderer.

Auswertung und Politikempfehlungen

Die Nähe zur Bundeshauptstadt macht Brandenburg zu einem attraktiven Sitz für Gesellschaften, unternehmerisch Tätige und Fachkräfte, die von der Wirtschaftsleistung Berlins profitieren und gleichzeitig die Standortkosten der Hauptstadt vermeiden möchten. Die Nähe zu Berlin ist Segen und Fluch zugleich, denn die in Brandenburg herangezogenen Talente – Hochschulabsolventen und ausgebildete Fachkräfte – wandern in die Hauptstadt ab. Die Herausforderung für Brandenburg besteht nun darin, aus dem genannten Vorteil Kapital zu schlagen und gleichzeitig ein Umfeld zu schaffen, das die im Bundesland ausgebildeten Kompetenzträger ermutigt, produktiv zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beizutragen.

Die Förderung von praxisorientiertem Lernen und Unternehmertum im Hochschulsystem

Der Aufbau von Beziehungen zwischen Hochschulen und der Arbeitswelt bietet sowohl den Hochschulen als auch den Arbeitgebern Vorteile. Das Wissen um die Bedarfe der Arbeitgeber hilft den Leitern der Studiengänge an den Hochschulen bei der praxisorientierteren Gestaltung ihrer Studienprogramme und trägt somit dazu bei, dass die Absolventen besser auf die Arbeitswelt vorbereitet sind und schneller einen Mehrwert für ihre Arbeitgeber schaffen können. Brandenburgs Arbeitgeber müssen lernen, wie sie von der Zusammenarbeit mit Hochschulen profitieren können. Die Hochschulen können sowohl als Quelle von Fachwissen und Forschungsinformationen als auch als Anbieter von Aus- und Weiterbildung für die Beschäftigten eines Unternehmens fungieren, was zu einer besseren Nutzung der Fähigkeiten der Menschen (und damit zu einer größeren Nachfrage nach höheren Qualifikationen) und zu einer höheren Produktivität führen kann. Dadurch wird die Qualität der lokalen Arbeitsplätze in Bezug auf Gehalt und Aufstiegsmöglichkeiten erhöht, was sich wiederum zur Bindung der Hochschulabsolventen an Brandenburg und zur Gewinnung hochqualifizierter Menschen für das Bundesland beitragen wird. Derzeit gehen viele Hochschulabsolventen einer Beschäftigung außerhalb des Bundeslandes, insbesondere in Berlin, nach und belasten das brandenburgische Fachkräftesystem.

Praktika

Praktika sind eine Möglichkeit, die Attraktivität von Hochschulprogrammen für Arbeitgeber zu erhöhen und Beziehungen zwischen Hochschulen und Unternehmen aufzubauen. Praktika geben Arbeitgebern die Möglichkeit, eine Beziehung zu einem Studierenden aufzubauen, der dann eventuell nach seinem Abschluss in diesem Unternehmen weiterarbeitet. Gleichzeitig werden die Hochschulen durch das Wissen um die Bedarfe der Arbeitgeber zur praxisorientierteren Gestaltung ihrer Studienprogramme angeregt, was dazu beiträgt, dass die Absolventen besser auf die Arbeitswelt vorbereitet sind und schneller einen Mehrwert für ihre Arbeitgeber schaffen können.

Gegenwärtig bieten öffentliche Institutionen wie Ministerien und lokale Behörden nicht gezielt Praktika für Hochschulstudierende an. Die Art der Arbeit von Behörden kann jedoch für Praktikanten, insbesondere für Praktikanten aus weniger berufsbezogenen Studiengängen, wie den Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften, attraktiv sein.

Wie bereits erwähnt, bevorzugen die Unternehmen oft Pflichtpraktika von längerer Dauer, und da Praktika integrale Bestandteile eines Studiums sind, müssen die Praktikanten nicht bezahlt werden. Kleineren Unternehmen fehlen oft die finanziellen Mittel zur Anwerbung von Praktikanten, obwohl sie damit eine hohe Rendite erzielen können. Da die meisten Brandenburger Studierenden jedoch während ihres Studiums Geld verdienen müssen, bevorzugt ein Großteil von ihnen bezahlte freiwillige Praktika.

Auch scheinen die Studierenden keine Informationen über lokale Praktikumsmöglichkeiten von den Berufsberatungsstellen ihrer Hochschulen zu erhalten. Befragungen von Beteiligten durch das OECD-Review-Team deuten darauf hin, dass die Verbindungen zwischen Hochschulen und Unternehmen häufig auf persönlicher Ebene – zwischen einzelnen Akademikern und einzelnen Unternehmensvertretern – und nicht auf organisatorischer Ebene hergestellt werden.

Erkannte Defizite in der Karriereberatung an Hochschulen, insbesondere bei der Berufsorientierung und -entwicklung von Postdocs, greift die Landesregierung mit ihrer Initiative „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ auf. Im Jahr 2018 haben sich die vier staatlichen Hochschulen des Landes im Postdoc-Netzwerk Brandenburg zusammengeschlossen, um Forschenden in der Postdoc-Phase gezielte Hilfestellung bei der wissenschaftlichen Laufbahn, Karriereberatung, Coaching- und Mentoringprogramme anzubieten. In dieser Struktur werden interessierten Forschenden in der Postdoc-Phase Kontakte für den Einstieg in den außeruniversitären Arbeitsmarkt vermittelt – alles notwendige Orientierungsmaßnahmen für Forschende in der Postdoc-Phase angesichts der Tatsache, dass nicht alle in der Wissenschaft bleiben können oder wollen.

Die Hochschulen sind offenbar gut mit der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft und Unternehmensverbänden vernetzt

Alle brandenburgischen Hochschulen unterhalten Kooperationsvereinbarungen mit Wirtschaftsverbänden und einigen lokalen Unternehmen. Jede Hochschule verfügt über bilaterale Kooperationsvereinbarungen mit den Handelskammern (siehe Kasten 6.2 mit einigen Beispielen), der Agentur für Arbeit sowie mit öffentlichen Partnern, insbesondere der Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WFBB). Diese hat mit allen brandenburgischen Hochschulen Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen, in denen Umfang und Reichweite der Zusammenarbeit geregelt sind. Die WFBB führt mit allen Hochschulen eine jährliche Bilanz- und Planungssitzung durch. Darüber hinaus ist sie an weiteren Gremien beteiligt, die Kontakte zu den Hochschulen ermöglichen, z. B. dem Beirat „Duales Studium“ an der BTU Cottbus-Senftenberg.

Kasten 6.2. Zusammenarbeit zwischen Hochschulen sowie Handels- und Handwerkskammern in Brandenburg

Die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern fördern die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen vor Ort durch eine Vielzahl von Initiativen und Veranstaltungen, die die Aktivitäten der Transferstellen und Präsenzstellen ergänzen. Die bekannteste dieser Initiativen ist das Projekt „PerspektivWechsel“.

PerspektivWechsel

Das von der IHK Potsdam geleitete Projekt „PerspektivWechsel“ wurde 2007 von den drei brandenburgischen Industrie- und Handelskammern in Zusammenarbeit mit dem MWFK und den Hochschulen des Landes initiiert. Es bietet unternehmerisch Tätigen und Führungskräften aus klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) die Möglichkeit, für einen Tag ihre Arbeitsplätze mit Fachleuten aus der Wissenschaft zu tauschen mit dem Ziel, neue Einblicke zu gewinnen und gemeinsame Projekte, wie z. B. studentische Abschlussarbeiten, und im besten Fall innovationsbezogene Aktivitäten, zu entwickeln. Die Aktivitäten haben zum Beispiel zu Projekten geführt, die vom ZIM (Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand) und vom BIG (Brandenburgischer Innovationsgutschein) gefördert wurden. Ein kürzlich durchgeführtes Projekt brachte ein neues Unternehmen im Bereich der Landwirtschaft hervor (InterEnviroCon GmbH; siehe www.bodenbalsam.de).

Jedes Jahr nehmen etwa 5 bis 7 unternehmerisch Tätige/KMU-Führungskräfte und 5 bis 7 Forschende, also insgesamt etwa 12 bis 14 Fachleute, an diesem Projekt teil, so dass in den Jahren seit Beginn des Projekts etwa 150 Teilnehmende zu verzeichnen waren. Im Frühjahr werden die Hochschulen vom MWFK und den IHKs zur Teilnahme eingeladen. Im Laufe der darauffolgenden Wochen werden „Tandempaare“ aus je einem Partner aus Wissenschaft und Wirtschaft gebildet. Die Teilnehmenden treffen sich, um Ideen zu entwickeln und das Unternehmen zu besuchen. Alle zwei Jahre werden die Projektteilnehmenden dann zu einer Veranstaltung eingeladen, um ihre Erfahrungen im Rahmen des Projekts auszutauschen, dessen Auswirkungen zu diskutieren und die künftige Gestaltung des Projekts zu besprechen.

„PerspektivWechsel“ ist eine Low-Budget-Initiative. Die anfallenden Kosten werden von den IHKs getragen. Die durch die gegenseitigen Besuche entstehenden Kosten werden von den unternehmerisch Tätigen und den Forschenden selbst übernommen.

„PerspektivWechsel“ wurde inspiriert von „Sichtwechseln“, einem ähnlichen Projekt der IHK Lüneburg-Wolfsburg in Niedersachsen. Es hat inzwischen auch IHKs in anderen Bundesländern wie z. B. in Thüringen zu ähnlichen Initiativen angespornt.

Weitere Initiativen

Die Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg kooperiert mit der TH Wildau im Projekt "#talents". "#talents" ist ein Wettbewerb, bei dem kleine Gruppen von Studierenden in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen neue digitale Anwendungen entwickeln. Die befragten Wirtschaftsakteure würden mehr Projekte wie "#talents" begrüßen.

Seit 2011 organisieren die Handwerkskammer Frankfurt (Oder) und die HNEE (Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde) Werkstattgespräche zum gezielten fachlichen Austausch zwischen Wissenschaftlern und Praxisvertretern aus dem Bereich der Holzverarbeitung. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Aspekte der Digitalisierung im Handwerk.

Quelle: Industrie- und Handelskammer Potsdam (n.d.[5]), "*Forschung & Innovation*" (Research & Innovation), https://www.ihk-potsdam.de/ihk-service-und-beratung/innovation-forschung/perspektivwechsel-3907056, (aufgerufen am 13 Mai 2021). Von der IHK Potsdam zur Verfügung gestellte Dokumente, Juli 2021.

KMU benötigen Unterstützung bei der Zusammenarbeit mit dem Hochschulsektor

Brandenburgs KMU begrüßen die externe Unterstützung bei der Vermittlung von Praktika für Studierende. Die ansässigen Unternehmen schätzen insbesondere das Landesförderprogramm „Innovationsfachkräfte“, das die Entgelte für hochqualifizierte Absolventen sowie Werkstudierende bezuschusst. Das Programm hat sich bewährt, um einheimische Studierende und Hochschulabsolventen für den brandenburgischen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Das Handwerk, die Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH WFBB und das MWAE sollten dieses Programm weiter fördern und seine nachhaltige Fortführung sicherstellen. Die Hochschulen unterstützen Unternehmen durch Initiativen wie Mittelstand 4.0, das Kompetenzzentrum Cottbus und den InnoHub 13. Sie sollten jedoch ihre Kapazitäten weiter ausbauen, um eine solche maßgeschneiderte Unterstützung über ihre Transfer- und Präsenzstellen anzubieten.

Öffentliche Akteure, insbesondere die Industrie- und Handwerkskammern und die WFBB, fördern die Zusammenarbeit zwischen KMU, damit diese sich die Verwaltungskosten teilen und durch das Anbieten von Praktika, Forschungsprojekten, Weiterbildungsmaßnahmen und anderen Möglichkeiten den Kontakt zu Hochschulen verbessern können. Die Formate „Students on Tour“ und „Profs on Tour“ der WFBB wurden von den befragten Wirtschaftsakteuren gelobt, weil sie Studierende/Akademiker in ansässige Unternehmen bringen. PerspektivWechsel scheint ebenfalls gut geeignet zu sein, um KMU mit zukünftigen Fachkräften in Kontakt zu bringen, aber auch, um KMU dabei zu helfen, sich mit dem Studienangebot und den Forschungseinrichtungen der Hochschulen vertraut zu machen. Dieses Programm kann ausgebaut werden, um landesweit mehr Tandempaaren aus Forschenden und unternehmerisch Tätigen pro Jahr Möglichkeiten für den gegenseitigen Austausch zu geben.

Das Bundesprogramm „Förderung von Weiterbildungsverbünden“, das das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Rahmen der aktuellen Weiterbildungsstrategie des Bundes aufgelegt hat, unterstützt Unternehmen bei der Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmenden. Die Weiterbildungsverbünde sind Netzwerke, in denen mehrere Unternehmen und Akteure der Weiterbildungslandschaft, darunter auch Hochschulen, sowie regionale Arbeitsmarktakteure zusammenarbeiten, damit Weiterbildungsmaßnahmen über Unternehmensgrenzen hinweg organisiert und durchgeführt werden können. Im Mittelpunkt stehen der Austausch zwischen den Partnern eines Netzwerks, die Ermittlung des Weiterbildungsbedarfs in den Unternehmen sowie die Beratung und Recherche nach geeigneten Weiterbildungsangeboten, die den ermittelten Bedarfen der Unternehmen entsprechen. Die Förderung für teilnehmende Unternehmen kann bis zu 70 % der Teilnahmekosten an einer Weiterbildungsmaßnahme betragen.

Die Zusammenarbeit zwischen Brandenburgs Arbeitgebern und dem Hochschulsektor kann darüber hinaus zu einer gezielten Ausbildung von Führungskräften für KMU führen, die mit multinationalen Unternehmen zusammenarbeiten oder das Potenzial haben, Verbindungen zu diesen aufzubauen. Sprachkenntnisse sind ebenfalls besonders wichtig, und der Mangel an englischsprachigen KMU-Eigentümern und Mitarbeitern mit entsprechenden Management- und Fachkenntnissen könnte internationale Akteure davon abhalten, mit ansässigen KMU zusammenzuarbeiten.

Umfangreiche unternehmerische Aktivitäten an Brandenburger Hochschulen

Die brandenburgischen Hochschulen unterstützen zunehmend den unternehmerische Initiative ihrer Studierenden und haben sich zu einem unternehmerfreundlichen Umfeld entwickelt, wie Daten aus dem Gründungsradar und EXIST-Gründerstipendien zeigen. Einige Hochschulen führen (allein oder gemeinsam mit regionalen Wirtschaftsakteuren und öffentlichen Stellen) ergänzende Förderangebote, wie z. B. Mentoring, die aktive Einbindung von Studierenden in Forschungsaktivitäten, Co-Working-Spaces und Inkubationseinrichtungen (z. B. InnovationCampus Schwedt/Oder) ein, jedoch bedürfen diese Maßnahmen weiterer finanzieller Förderung durch die staatlichen Innovations- oder Transferstrategien oder durch regionale Wirtschaftsstrukturen wie die Cluster.

Optimierung der Rahmenbedingungen für die Internationalisierung des Hochschulsystems

Die Notwendigkeit einer internationalen Perspektive

Aufgrund der fortschreitenden Internationalisierung der brandenburgischen Wirtschaft haben die Unternehmen einen größeren Bedarf an Absolventen mit Fremdsprachenkenntnissen, insbesondere Englisch, weshalb die Hochschulen ihren Absolventen Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen vermitteln müssen. Die Beteiligung an internationalen Austauschprogrammen ist an den brandenburgischen Hochschulen (insbesondere an den Fachhochschulen) jedoch gering (Schirmer, H., 2017[6]). Daher ist die Einbindung der internationalen Dimension in den Lehrplan der Hochschulen wichtig. Dies erfordert die Integration von interkulturellen und internationalen Kompetenzen in den Lehrplan sowie andere Lern- und Lehrkonzepte durch englischsprachige Programme und Kurse, ergänzende Studienmaterialien in englischer Sprache, aber auch eine aktivere Einbindung deutscher Studierender in den Austausch mit ihren internationalen Kommilitonen. Darüber hinaus müssen das Finanzierungsmodell und die institutionellen Rahmenverträge auf ihre Effizienz bei der Förderung der Auslandsmobilität von Studierenden hin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Internationale Studierende und ihre Eingewöhnung in Deutschland

Viele internationale Studierende haben Schwierigkeiten, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern, sich mit neuen Lerntechnologien und -methoden vertraut zu machen, ein berufliches Netzwerk und soziale Kontakte aufzubauen und ihr Studium zu finanzieren. Die brandenburgischen Hochschulen haben Maßnahmen ergriffen, um internationalen Studierenden die Eingewöhnung in das studentische Leben im Land zu erleichtern – z. B. durch Buddy-Programme, die internationale Studierende mit einheimischen Kommilitonen zusammenbringen, sowie Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache und zur Vermittlung deutscher Geschichte und Kultur. Einige brandenburgische Hochschulen organisieren Aufenthalte in deutschen Gastfamilien und Patenschaftsprogramme zur Verringerung der sozialen Isolation.

Trotz der Deutschkurse stellen die Sprachkenntnisse nach wie vor eine große Hürde für internationale Studierende beim Übergang in den Arbeitsmarkt dar. Viele internationale Studierende studieren in Studiengängen, die in englischer Sprache angeboten werden, und sie entwickeln nicht unbedingt gute Deutschkenntnisse. Aus diesem Grund kann es für sie schwierig sein, nach ihrem Studienabschluss eine Beschäftigung zu finden oder erfolgreich auf dem brandenburgischen und deutschen Arbeitsmarkt zu

agieren. Probleme mit der deutschen Sprache werden auch von KMU als Hauptgrund für die Nichteinstellung internationaler Absolventen genannt. Fehlende Kenntnisse über die deutsche Arbeitskultur und Befürchtungen hinsichtlich des angeblich hohen Verwaltungs- und Integrationsaufwand stellen weitere Hindernisse für die Beschäftigung internationaler Studierender in Brandenburg dar.

Europaweite Umfragen zeigen, dass internationale Studierende in Deutschland eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Unterstützung durch die Hochschulen erwarten (European Commission, 2019[7]). Die Zusammenführung internationaler Studierender mit lokalen Arbeitgebern über Praktika, die von den Hochschulen und Handelskammern vermittelt werden, sowie die WFBB-Initiative „Students on Tour“ können dazu beitragen, die Kultur- und Sprachbarrieren zu überwinden und eine reibungslosere Integration in den heimischen Arbeitsmarkt zu ermöglichen (siehe Kasten 6.3 mit Beispielen aus Europa).

Kasten 6.3. Maßnahmen zur Bindung internationaler Hochschulabsolventen innerhalb der EU

Um internationale Hochschulabsolventen in Deutschland zu halten, brauchen sie die Möglichkeit, sich nach dem Studienabschluss eine Arbeit suchen zu können. Gemäß Artikel 25(1) der Richtlinie (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit haben Hochschulabsolventen in den meisten EU-Staaten Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis, um sich nach Abschluss des Studiums eine Beschäftigung zu suchen oder eine selbständige Tätigkeit auszuüben. In Deutschland ist die Aufenthaltserlaubnis nach Artikel 25 auf 18 Monate befristet. Die andere häufigste Maßnahme zur Bindung von internationalen Studierenden umfasst die Befreiung von Arbeitsmarkttests, die Befreiung von Gehaltsschwellen und die Befreiung von der Notwendigkeit einer Arbeitserlaubnis.

Die von den Hochschulen durchgeführten Bindungsmaßnahmen zielen im Allgemeinen darauf ab, die Zeit zwischen dem Studienabschluss und der Aufnahme einer Beschäftigung zu überbrücken, indem sie Berufsberatung anbieten und bei der Suche nach Praktika und einer Beschäftigung behilflich sind. Hochschulen arbeiten oft mit Unternehmen zusammen, um internationalen Absolventen die Arbeitssuche zu erleichtern.

In Schweden beispielsweise bieten die Hochschulen Alumni-Programme an, darunter auch Mentorenprogramme, die den Studierenden beim Aufbau von Netzwerken und Kontakten zu Arbeitgebern helfen können. In Estland können ausländische Studierende, die an estnischen Hochschulen eingeschrieben sind, Mitarbeiter aus verschiedensten Unternehmen auf Schritt und Tritt bei ihrer Arbeit begleiten.

Zu den gemeinsamen Herausforderungen der EU-Staaten hinsichtlich der Bindung internationaler Hochschulabsolventen gehören die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der auf dem Arbeitsmarkt angebotenen Bedingungen, der Lebensstandard, die hohe nationale Arbeitslosenquote, die ungünstige wirtschaftliche Lage und die langen Bearbeitungszeiten für die Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen.

Auf der Ebene der einzelnen EU-Staaten behindern zudem das Fehlen des für den Eintritt in den jeweiligen Arbeitsmarkt erforderlichen Sprachniveaus und das Fehlen von Netzwerken zur professionellen Unterstützung eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt.

Quelle: European Commission (2019[7]), “Attracting and Retaining International Students in the EU”, https://ec.europa.eu/home-affairs/news/emn-study-attracting-and-retaining-international-students-eu-2019-09-04_en.

Diskriminierung und Rassismus

Eine Willkommenskultur und ein diskriminierungsfreies gesellschaftliches Klima sind wichtig, um Studierende aus dem Ausland nach Brandenburg zu holen. Die Landesregierung hat Landesbeauftragte zur Förderung von Vielfalt und gegen Diskriminierung eingesetzt. Der Lehrplan für die Lehramtsstudiengänge wurde überarbeitet, um angehende Lehrkräfte und Schüler für das Problem des Rassismus an Brandenburgs Schulen zu sensibilisieren. Auch das MWFK hat Antidiskriminierung als Handlungsschwerpunkt festgelegt und einige Hochschulen haben Antidiskriminierungsbeauftragte ernannt, die als Anlaufstelle für Studierende und Beschäftigte dienen, die sich aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Religion oder Weltanschauung benachteiligt fühlen.

Die Gewinnung von internationalen Spitzenforschenden für Brandenburg

Die Gewinnung von internationalem Spitzenforschungspersonal für Brandenburg würde die Internationalisierung des Hochschulsystems vorantreiben und die Attraktivität der brandenburgischen Hochschulen als Standort für hochwertige Studien und Forschung weiter steigern. Um internationale Forscher für die Hochschulen zu gewinnen, muss die Hochschule eine überzeugende Forschungsbilanz in dem betreffenden Bereich vorweisen können. Auch die Beratung über eine potenzielle Visa-Förderung, die Bereitstellung klarer Informationen in Bezug auf das potenzielle Umzugspaket und die Karriereaussichten sind wichtige Voraussetzungen für die Gewinnung von Spitzenpersonal. Das Flämische Institut für Biotechnologie (VIB) in Leuven, Belgien, wird häufig als bestes Beispiel für die Anwerbung internationaler Forscher angeführt, u. a. wegen seines umfassenden Coachings für junge Fakultätsmitglieder, einschließlich der Schulung von Sprach-, Kommunikations-, Lehr- und Managementkompetenzen, und der Bewerbung des Angebots bei der richtigen wissenschaftlichen Zielgruppe (VIB, n.d.[8]).

Politikempfehlungen

Kasten 6.4. Politikempfehlungen zur Förderung von praxisorientiertem Lernen und Unternehmertum im Hochschulsystem und zur Optimierung der Rahmenbedingungen für die Internationalisierung des Hochschulsystems

Praxisorientiertes Lernen

- Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) sollte die Fortführung des Förderprogramms „Innovation Expert“ für die Beschäftigung von Absolventen sowie von Werkstudierenden sicherstellen.
- Der gesamte öffentliche Verwaltungssektor sollte mehr praxisorientierte Lernmöglichkeiten für Hochschulstudierende schaffen, einschließlich freiwilliger bezahlter Praktika.
- Die Industrie- und Handelskammern und die Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WFBB) sollten weiterhin aktiv die Zusammenarbeit zwischen den klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) fördern, damit diese sich die Verwaltungskosten teilen und mit den Hochschulen zusammenarbeiten können, um das (gemeinsame) Angebot an Praktika und Forschungsprojekten zu erhöhen und KMU und Hochschulen zusammenzubringen.

Unternehmerische Aktivitäten und Transfer von Wissen und Technologie

- Aufrechterhaltung der Fähigkeit der Hochschulen, über Transfer- und Präsenzstellen eine maßgeschneiderte Beratung und Betreuung für lokale KMU anzubieten.

- Verstärkte finanzielle Unterstützung für unternehmerische Aktivitäten der Hochschulen im Rahmen der Transferstrategie. Erwägung der Einbeziehung eines expliziten Leistungsindikators in Bezug auf unternehmerische Aktivitäten in das Finanzierungsmodell.
- Unterstützung gemeinsamer Initiativen von Hochschulen und lokalen Akteuren zur Förderung unternehmerischer Aktivitäten durch die staatliche Innovationsstrategie und regionale Wirtschaftsstrukturen, wie z. B. die Cluster.
- Aufrechterhaltung des Programms „PerspektivWechsel“ mit einem womöglich größeren Angebot an gegenseitigen Austauschmöglichkeiten für Forscher-Unternehmer-Paare.

Verbesserung der Bedingungen für die Internationalisierung

- Bemühungen zur Schaffung und Aufrechterhaltung einer Willkommenskultur und eines diskriminierungsfreien gesellschaftlichen Klimas in der gesamten Landesregierung sowie im Schul- und Hochschulsystem. Sicherstellen, dass die Antidiskriminierungsbeauftragten an den Hochschulen mit ausreichenden Ressourcen und Befugnissen ausgestattet werden, um Beschwerde- und Sanktionsmechanismen einzuführen.
- Bemühungen der Hochschulen, Handelskammern und der WFBB zur Zusammenarbeit mit dem Ziel, internationale Studierende über Praktika und andere Formen des praxisorientierten Lernens mit lokalen Arbeitgebern zusammenzubringen.
- Bewertung der Wirksamkeit des Finanzierungsmodells und der institutionellen Rahmenverträge zur Förderung der Auslandsmobilität von Studierenden. Ermutigung der Hochschulen und insbesondere der Fachhochschulen durch Rahmenverträge, die Vermittlung interkultureller und internationaler Kompetenzen in den Lehrplan zu übernehmen, einschließlich von Fremdsprachenkenntnissen für inländische Studierende.
- Für eine erfolgreiche Anwerbung internationaler Spitzenforschenden durch die Brandenburger Hochschulen: Entwicklung ehrgeiziger Forschungsprojekte; Beratung zu möglichen Visumsförderungen; Bereitstellung klarer Informationen über potenzielle Umzugspakete und Karriereaussichten; Erstellung detaillierter Stellenbeschreibungen, die trotz des Standorts das Interesse von Bewerbenden wecken; Angebot von Schulungen zur Vermittlung von Sprach-, Kommunikations-, Lehr- und Managementkompetenzen sowie Bewerbung des Angebots bei der richtigen wissenschaftlichen Zielgruppe.

Quellennachweise

European Commission (2019), *Attracting and Retaining International Students in the EU*, European Commission, Brussels, https://ec.europa.eu/home-affairs/news/emn-study-attracting-and-retaining-international-students-eu-2019-09-04_en. [7]

Hoffstätter, U. and S. Vietgen (2020), *DZHW-Absolventenpanel 2013. Daten- und Methodenbericht zur Absolvent(inn)enkohorte 2013 (1. Befragungswelle)*, Hannover, DZHW. [4]

Industrie- und Handelskammer Potsdam (n.d.), *Forschung & Innovation - Vernetzung Wirtschaft/Wissenschaft*, https://www.ihk-potsdam.de/ihk-service-und-beratung/innovation-forschung/perspektivwechsel-3907056 (accessed on 13 May 2021). [5]

International Centre for Higher Education Research (2015), *Kooperationsprojekt Absolventenstudien (KOAB)*, https://istat.de/de/koab_a.html. [2]

Krücken and Flöther (2015), *Generation Hochschulabschluss: Vielfältige Perspektiven auf Studium und Berufseinstieg. Analysen aus der Absolventenforschung*, Waxmann. [1]

Potsdamer Evaluationsportal (2013), *Absolventenbefragung*, Universität Potsdam, https://pep.uni-potsdam.de/articles/absol.html. [3]

Schirmer, H. (2017), *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Potsdam 2016. Regionalauswertung der 21. Sozialerhebung durchgeführt vom DZHW für das Studentenwerk Potsdam.*, DZHW. [6]

VIB (n.d.), *Home - About*, https://vib.be/ (accessed on 2 January 2022). [8]

7 Strategien und Maßnahmen zur Fachkräftesicherung

In diesem Kapitel werden die Strategien der brandenburgischen Landesregierung zusammengefasst, mit denen Fachkräfte in Brandenburg ausgebildet, gewonnen und gebunden werden sollen. Zudem wird die Rolle des Hochschulsystems bei der Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wandel zur modernen Fertigungsindustrie und dem Fachkräftemangel beleuchtet. Hierbei wird insbesondere die Funktion der verschiedenen Landesbehörden, Nichtregierungsorganisationen und Industrieverbände aufgezeigt und die Ausrichtung ihrer Methoden und Ansätze untersucht. In diesem Kapitel wird ebenfalls erörtert, wie die strategischen Prioritäten der Regierung die Hochschulpolitik und damit auch die Prioritäten der Hochschulen beeinflussen. Besonderes Augenmerk gilt den Bildungsmöglichkeiten, Karrieren und Studien in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Das Kapitel endet mit einer Auswertung und Politikempfehlungen.

Die drei wichtigsten Herausforderungen, die das brandenburgische Hochschulsystem angesichts der sich verändernden Anforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes zu bewältigen hat, betreffen:

1. Die Aufrechterhaltung einer hohen Studiennachfrage und die Förderung von Höher- und Umqualifizierungsmaßnahmen
2. Die Verbesserung der Abschlussquoten der Studierenden an brandenburgischen Hochschulen
3. Die private und berufliche Bindung frischgebackener und früherer Absolventen an das Land Brandenburg.

Die Landesregierung, die Hochschulen und die Sozial- und Wirtschaftspartner gehen diese drei zusammenhängenden Schwerpunkte anhand einer Kombination aus klaren Strategien, Maßnahmen und Initiativen an. In diesem Kapitel wird bewertet, wie gut das derzeitige politische Umfeld und die institutionellen Methoden auf die ermittelten Prioritäten zugeschnitten sind.

Strategische Planung und Koordinierung

Die strategische Agenda des MWFK für die Hochschulbildung ist stark am Bedarf der Wirtschaft des Landes ausgerichtet

Brandenburg hat eine strategische Agenda zur Steuerung der Hochschulpolitik erarbeitet, deren Schwerpunkt auf der Verknüpfung der Hochschulbildung mit dem Arbeitsmarkt und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes liegt. Neben der Hochschulentwicklungsplanung (2013–2025) steuert das MWFK die brandenburgischen Hochschulen anhand einer fünfjährlich ausgearbeiteten Rahmenvereinbarung, in der die Ziele für den Hochschulbereich und die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele festgelegt werden. Das allgemeine Ziel der derzeitigen von 2019 bis 2023 gültigen Vereinbarung ist es, dass Brandenburg das (Aus-)Bildungs- und Forschungspotenzial der Hochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes noch stärker nutzt und die Leistungskraft der Hochschulen insgesamt und dauerhaft stärkt. Die übergreifenden, aus verschiedenen Strategiedokumenten zusammengetragenen Ziele lassen sich unter sieben Hauptthemen zusammenfassen (Kasten 7.1).

Der Auftrag der staatlichen Hochschulen des Landes besteht nicht nur darin, den Fachkräftebedarf der regionalen Wirtschaft zu decken. Sie müssen ihre Absolventen zudem auf die nationalen und internationalen Arbeitsmärkte vorbereiten und sich im globalen Wettbewerb in den Bereichen Forschung und Innovation behaupten. Diese Faktoren können wiederum die Entwicklung der regionalen Wirtschaft durch Wissens- und Technologietransfer unterstützen.

Kasten 7.1. Strategische Themenfelder der brandenburgischen Hochschulpolitik

Die im Folgenden beschriebenen Themenfelder sind eine Zusammenfassung der Ziele und Maßnahmen aus der Hochschulentwicklungsplanung 2013–2025, den aktuellen Verträgen des MWFK mit den Hochschulen und der Unterrichtung der Landesregierung durch den Landtag über die Rahmenvereinbarung 2019–2023.

1. Anpassung des Studienangebots an den Qualifikationsbedarf und Qualitätssicherung

i) Kontinuierliche Verbesserung und Weiterentwicklung der Qualitätssicherungssysteme an den Hochschulen, um den sich ständig wandelnden Anforderungen gerecht zu werden; ii) Entwicklung weiterer dualer Studiengänge mit Schwerpunkt auf den Sozial-, Gesundheits- sowie technischen Berufen an möglichst vielen Hochschulstandorten; iii) Aufbau von Studienplatzkapazitäten in von Studierenden und Arbeitgebern stark nachgefragten Studiengängen; iv) Erhöhung der Attraktivität der

weniger stark nachgefragten Fächer, damit die Ausbildung von genügend Fachkräften in wichtigen Wirtschaftsbranchen gewährleistet ist; v) Bewertung des Angebots wissenschaftlicher Weiterbildungsprogramme und dessen Ausbau in Übereinstimmung mit dem Qualifikationsbedarf.

2. Verringerung der Studienabbruchquote

Weiterentwicklung von Maßnahmen und Strukturen zur Studienorientierung und -vorbereitung (wie z. B. College-Strukturen, Orientierungsstudium u. ä.) ohne Herabsetzen der fachlichen Anforderungen.

3. Stärkung der Forschung sowie des Technologie- und Wissenstransfers

i) Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und (wenn möglich) auch mit den Forschungseinrichtungen im Land; ii) Stärkung der Kultur des Wissenstransfers und Intensivierung der Leistungen für die regionale und gesellschaftliche Entwicklung; iii) Schaffung von Strukturen für die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Verbänden und der Zivilgesellschaft.

4. Stärkung der Position der Fachhochschulen

i) Stärkung der Attraktivität von Fachhochschulprofessuren durch die Einrichtung von Forschungsprofessuren; ii) Erhöhung der Zahl dieser Professuren, damit die Fachhochschulen ihrer Rolle als regionale Partner für die Deckung des Fachkräftebedarfs und zur Generierung von Wachstum und Innovationen auch künftig gerecht werden; iii) Überdenken des Promotionsrechts der Fachhochschulen, dem sich derzeit die Universitäten verwehren.

5. Digitalisierungsvorbereitung und -ausbau

i) Modernisierung der digitalen Infrastruktur an den Hochschulen durch die Gründung eines Zentrums für Digitale Transformation; ii) Entwicklung und Ausbau des Angebots an digitalen Lehr- und Lernformaten; iii) Ausbau der Forschungskapazitäten im Bereich der Digitalisierung.

6. Förderung nachhaltiger Entwicklung

i) Förderung der nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen Bildung, Forschung, Wissenstransfer und institutionelle Governance; ii) Bildung einer institutionenübergreifenden Arbeitsgruppe zu diesem Thema unter der Leitung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE).

7. Förderung von Inklusion und guten Arbeits- und Studienbedingungen

i) Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie für die Studierenden und der Work-Life-Balance für die Hochschulbeschäftigten; ii) Chancengleichheit für alle und insbesondere für Frauen; iii) Schaffung von Strukturen zur Erkennung und Bekämpfung von, insbesondere auch rassistisch motivierter, Diskriminierung; iv) Verbesserung der Strukturen für die Karriereentwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses, um besonders talentierte Nachwuchskräfte für das brandenburgische Hochschulsystem zu gewinnen und an das Land zu binden; v) Anpassung der Stellenausschreibungen an den Hochschulen an die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Postdoktoranden über ein institutionsübergreifendes Netzwerk; vi) verstärkte Einstellung von Menschen mit Behinderungen; vii) Verbesserung des Gesundheitsmanagements an den Hochschulen.

Anmerkung: Diese Informationen wurden aus mehreren Strategiedokumenten des Landes Brandenburg über die Hochschulbildung zusammengetragen.
Quelle: Landtag Brandenburg (2019[1]), Rahmenvereinbarung 2019 - 2023 zwischen dem Land Brandenburg und den Hochschulen des Landes Brandenburg, Unterrichtung der Landesregierung, Drucksache 6/9167; Zugriff auf die Verträge des MWFK mit den Hochschulen über https://mwfk.brandenburg.de/mwfk/de/wissenschaft/rechtliche-grundlagen-zentrale-dokumente/#; MWFK (2013[2]), Hochschulentwicklungsplanung des Landes Brandenburg bis 2025 Potsdam, März 2013, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Zur Erreichung einiger Ziele im Hochschulsektor hat das MWFK in letzter Zeit über Arbeitsgruppen und beratende Gremien umfangreiche Beratungsgespräche mit den Hochschulen geführt. Anhand dieses Dialogs sollen etwa folgende Ziele erreicht werden: Beibehaltung der Nachfrage nach Studienplätzen, Stärkung der Forschungsleistung der Hochschulen und Ausbau der Beziehungen zu Vertretern aus Regierung und Wirtschaft. Dadurch können Entscheidungsprozesse in der Hochschulpolitik transparenter gemacht und Vertrauen zwischen den Hochschulen und dem MWFK aufgebaut werden. Die halbjährlichen Treffen zwischen der Ministerin und den Hochschulpräsidenten, der Arbeitsgruppe mit den Hochschulpräsidenten zur Entwicklung und Finanzierung der Hochschulbildung und der Untergruppen mit den Hochschulkanzlern zum institutionellen Finanzierungsmodell sind nur einige der kürzlich auf den Weg gebrachten Initiativen. Zusätzlich sollen beratende Gremien und Ausschüsse die Arbeit der gemeinsamen Zentren und Netzwerke der staatlichen Hochschulen begleiten, unterstützen und auswerten:

- Zu den Netzwerken in Brandenburg gehören u. a. Netzwerk Studienorientierung, Netzwerk Studienqualität, Netzwerk Erfolgreicher Studieneinstieg für internationale Studierende (ESiSt) und das Netzwerk Zukunft. Schule und Wirtschaft für Brandenburg.
- Das Qualitätsnetzwerk Duales Studium, das Zentrum für Medienwissenschaften (ZeM) und das Zentrum für Nachhaltigkeit an der HNE Eberswalde.
- Das Digitalwerk ist ein Zentrum für die Digitalisierung von KMU, das vom Institut für Innovation und Informationsmanagement an der TH Brandenburg betrieben wird. Es ermöglicht in Brandenburg ansässigen KMU das Testen neuer digitaler Technologien.
- Die Präsenzstellen der Hochschulen mit einer Koordinierungsstelle an der TH Brandenburg.

Das MWFK regt u a. die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Hochschulen an, um seine strategischen Ziele zu erreichen. Da viele dieser Projekte jedoch durch befristete Förderprogramme finanziert und nur selten ausgewertet werden, ist die Kontinuität der Ergebnisse gefährdet. Zudem erschwert die Heterogenität des Hochschulbereichs die institutionsübergreifende Zusammenarbeit in Brandenburg. Diese Schwierigkeit wird dadurch verstärkt, dass alle Hochschulen (mit Ausnahme der Universität Potsdam) relativ klein und ihre Kapazitäten daher begrenzt sind.

Die Fachhochschulen scheinen an einer Zusammenarbeit mit lokalen Institutionen eher interessiert zu sein als Universitäten, die nationale und internationale Kooperationen bevorzugen. Dies ist verständlich, da die Fachhochschulen in der Regel praxisorientierter agieren und Kontakte zu regionalen Unternehmen und Akteuren pflegen. Von der Universität Potsdam wird oft erwartet, dass sie die regionalen Kooperationsbemühungen anführt, obwohl sie groß genug ist, um viele der Projekte allein durchzuführen.

Auch wenn das MWFK die Zusammenarbeit im Hochschulbereich begrüßt, hat es bis auf wenige Ausnahmen noch keine Erfahrung mit der Förderung von Bottom-up-Initiativen. Ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche institutionsübergreifende Zusammenarbeit, die von den Hochschulen selbst initiiert und vom MWFK unterstützt wird, ist etwa das Netzwerk Studienqualität. Das über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) finanzierte StaF-Förderprogramm (Stärkung der technologischen und anwendungsnahen Forschung an Wissenschaftseinrichtungen) unterstützt gemeinsame Projekte zwischen Hochschulen sowie zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und soll zu verstärkter institutionsübergreifender Zusammenarbeit führen.

Die derzeitige strategische Agenda des MWFK in Verbindung mit den in der Rahmenvereinbarung festgelegten Zielen und den derzeitigen Netzwerken und Strukturen befasst sich mit vielen Aspekten der drei zu Beginn des Kapitels ermittelten zentralen Herausforderungen und schafft einen Rahmen, innerhalb dessen spezifische Maßnahmen und Programme zur Erreichung der übergeordneten Ziele erarbeitet und umgesetzt werden können. Dennoch müssen neben Hochschulen und dem MWFK noch andere Akteure aktiv werden.

Verschiedene Landesministerien sind an der Kompetenzentwicklung beteiligt, aber ihre Anstrengungen sind nicht vollständig aufeinander abgestimmt

Während das MWFK die Bemühungen um den Ausbau seines Hochschulsystems koordiniert, sind andere Behörden des Landes zumeist in Zusammenarbeit mit nicht staatlichen Akteuren in ein breiteres Aufgabengebiet der Kompetenzentwicklung eingebunden. Die wichtigsten unter ihnen sind das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS), das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE), die Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH (WFBB), die Bundesagentur für Arbeit und ihre Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, die Industrie- und Handelskammern (IHK) und die Cluster.

Jede dieser Organisationen hat ihr eigene institutionelle Strategie und ihre eigenen Ansichten über die Rolle der Hochschulbildung bei der Entwicklung von Kompetenzen:

- Das MWAE ist für die Entwicklung qualifizierter Arbeitskräfte im Einklang mit der Wirtschaftspolitik des Landes zuständig. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem dualen Studium, das in Brandenburg nur einen kleinen Teil des Hochschulangebots ausmacht. Das MWAE ist zudem für die Fachkräftestrategie des Landes zuständig.
- Das MBJS konzentriert sich auf die schulische und berufliche Bildung und ist zuständig für die Berufs- und Studienorientierung an Brandenburgs Schulen.
- Die WFBB bietet umfangreiche Beratung und Unterstützung bei der Unternehmensansiedlung, Fachkräftebeschaffung, Beantragung von Fördermitteln und Kontaktierung von technologieorientierten Partnern. Neben anderen Akteuren ist die Gesellschaft in der Vermittlung von Fachkräften und Weiterbildungsmaßnahmen für Angestellte tätig.
- Die IHKs sind für die Gestaltung und abschließende Prüfung vieler Berufsbildungsabschlüsse sowie die Vernetzung lokaler Unternehmen mit Auszubildenden in der Berufsausbildung zuständig.
- Die Bundesagentur für Arbeit konzentriert sich größtenteils auf die Unterstützung von Personen mit geringen Qualifikationen beim Zugang zu einer entsprechenden Ausbildung und Beschäftigung. Die Arbeitsagentur vernetzt bei Bedarf lokale Unternehmen mit Fachkräften, bietet Hochschulabbrechern mögliche Berufsausbildungen an und unterstützt diese Berufsbildungsmaßnahmen finanziell.

Verschiedene regionale und lokale Partner stellen Informationen über Arbeitsmarktchancen oder Ausbildungs- und Studienprogramme in Brandenburg zur Verfügung, darunter auch Clustermanagement-Geschäftsstellen und Regionale Wachstumskerne (RWK). Jeder dieser Partner verfolgt dabei ein eigenes Programm. Regionale Wachstumskerne sind Gebiete mit besonderem wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Potenzial. In Brandenburg existieren insgesamt 15 solcher Wachstumskerne. Diese Einstufung geschah 2004 aus der Motivation heraus, ihren Wachstum zu stärken, ihre Arbeitsplätze zu sichern und ihre Ressourcen effizienter einzusetzen. Darüber hinaus werden sie sicherlich die regionale Entwicklung vorantreiben und sich positiv auf die umliegenden Regionen auswirken. Die RWK haben Vorrang in verschiedenen entwicklungsbezogenen Förderprogrammen des Landes.

Aufgrund der zahlreichen Akteure und der verschiedenen Schwerpunkte ihrer Programme kommt es zu einem „Produktwirrwarr“, bei dem mehrere ähnliche Programme unabhängig voneinander laufen. Dadurch besteht auch die Gefahr, dass diese Stellen unkoordiniert handeln. Die für die OECD-Untersuchung befragten Interessenvertreter schlugen eine bessere Koordinierung zwischen diesen Gruppen und den verschiedenen Organisationen vor. Die Interaktion zwischen den einzelnen Ministerien gilt als ziemlich begrenzt. Dennoch existieren Chancen für mehr Klarheit und Ergänzung: Das Programm des MWFK ist auf die Hochschulbildung ausgerichtet und betont die Notwendigkeit des Erwerbs fortgeschrittener Fähigkeiten und Fertigkeiten, das MWAE und das MBJS konzentrieren sich auf die Entwicklung mittlerer berufsbezogener Fähigkeiten und Fertigkeiten und die Arbeitsagentur unterstützt Menschen mit niedrigen Qualifikationen.

Die Hochschulbildung hat keine Priorität in der übergreifenden strategischen Agenda der Regierung zur Kompetenzentwicklung

Seit den 2000er-Jahren verfolgt Brandenburg unter der Leitung des MWAE eine strategische Agenda zur Unterstützung der Entwicklung und Bindung von Fachkräften im Land. Die 2012 auf den Weg gebrachte Fachkräftestrategie zielt auf die Ausbildung, Bindung und Gewinnung von Fachkräften ab. Für die Amtszeit 2015–2019 wurde sie um die Festlegung fünf übergreifender Themen und konkreter unterstützender Maßnahmen zu deren Umsetzung erweitert (siehe Kasten 7.2). Der im Oktober 2019 unterzeichnete Koalitionsvertrag sieht eine Weiterentwicklung der Strategie, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung, zu einer umfassenden Kompetenzentwicklungsstrategie für Brandenburg vor, die unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Land Berlin umgesetzt werden soll (Land Brandenburg, 2019[3]). Das MWAE überarbeitet derzeit die Strategie und bittet andere Landesministerien um Beiträge.

Kasten 7.2. Brandenburgs strategische Agenda zur Fachkräftesicherung seit 2012

Die Strategie „Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen“ (2012)

Das Land Brandenburg hat 2012 seine erste umfassende Strategie zur Fachkräfteentwicklung „Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen“ verabschiedet und mit einem Handlungsplan unterlegt. Vorausgegangen war eine grundlegende Analyse der Fertigungs- und der Tourismusbranche sowie des Gesundheitswesens, einschließlich einer Schätzung des zukünftigen Qualifikationsbedarfs in diesen Bereichen. Die Strategie umfasst acht Handlungsfelder:

- Verbesserung der Berufsorientierung und des Übergangs in die Weiterbildung
- Verstärkung der Anreize für ein Studium
- Quantitativer und qualitativer Ausbau der ersten Berufsausbildung
- Förderung der Kompetenzentwicklung in Unternehmen und der Qualifizierung von Arbeitnehmenden
- Verbesserung der Arbeitsmarktperspektiven für Erwerbslose durch bedarfsorientierte Qualifizierung
- Verbesserung der Zusammenarbeit und des Transfers zwischen Forschung und Wirtschaft
- Förderung von Unternehmensgründungen
- Erarbeitung strukturierter Maßnahmen.

Fortschreibung der Strategie (2015–2019)

2015 wurde die Strategie zur Fachkräftesicherung an die neueren Entwicklungen angepasst, etwa im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, dem zunehmenden Fachkräftemangel und zuletzt der Digitalisierung. Zu diesem Zweck wurden fünf Schlüsselthemen festgelegt:

- **Fachkräfte und Cluster:** Die Thematik ist als Querschnittsaufgabe in allen neun Clustern verankert (siehe Kapitel 2) und wird von jedem Cluster in seiner eigenen Strategie bedarfsgerecht erarbeitet.
- **Übergang Schule–Beruf einschließlich Berufs- und Studienorientierung:** Mit diesem Schlüsselthema sollen Schüler und junge Menschen über die verschiedenen postsekundären beruflichen und akademischen Ausbildungsgänge nach dem Schulabschluss informiert werden, damit sie eine berufsbezogene Qualifikation erwerben können.
- **Ausbau des dualen Studienangebots an Hochschulen:** Die Thematik unterliegt der Verantwortung des MWFK und dient dem Aufbau neuer dualer Studienangebote. Um die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Unternehmen sowie weiteren Akteuren zu

erleichtern, hat das MWFK die Agentur Duales Studium im Land Brandenburg an der Technischen Hochschule Brandenburg eingerichtet.

- **Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung:** Besonders auf der Facharbeiterebene wird ein Fachkräftemangel erwartet. Die kontinuierliche individuelle und betriebliche Weiterbildung wird als wichtig für die Karriereaussichten der Beschäftigten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erachtet.
- **Gute Arbeit und Wandel der Arbeit:** An dieser Thematik arbeitet die Landesregierung gemeinsam mit verschiedenen Sozialpartnern. Sie vertreten die Ansicht, dass nur ein fairer Umgang mit den Folgen von technischen Veränderungen, wie Technologien der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz, sowie faire Arbeitsbedingungen Brandenburg zu einem attraktiven Standort für qualifizierte Fachkräfte macht.

Die Fachkräftestrategie wird derzeit vom MWAE überarbeitet.

Quelle: MSGIV (n.d.[4]), Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen: Die Strategie des Landes Brandenburg zur Fachkräftesicherung, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz.

Mit der Festlegung auf fünf Schlüsselthemen möchte die Landesregierung ihre unterstützenden Maßnahmen und Aktivitäten sichtbar machen, effizient gestalten und die Zusammenarbeit mit entsprechenden Partnern insbesondere aus dem Bündnis für Gute Arbeit stärken. Als Nachfolger des Arbeitskreises für Fachkräftesicherung konstituierte sich 2016 das Bündnis für Gute Arbeit als oberstes arbeitsmarktpolitisches Gremium im Land Brandenburg unter Federführung des MWAE in Zusammenarbeit mit dem MBJS und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV). Eine der Hauptaufgaben ist die Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie und die Umsetzung ihrer Schlüsselthemen. Weitere Beteiligte sind Vertreter der Wirtschaft, der Handels- und Handwerkskammern, der Gewerkschaften, des Landeselternrates, der Hochschulen, der Schulbehörden, des Landkreistags, der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie Abteilungen der brandenburgischen Landesregierung (MWAE, n.d.[5]).

Zur Umsetzung dieser Aktivitäten stellt die Landesregierung verschiedene durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanzierte Förderprogramme zur Verfügung. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Förderung und Unterstützung:

- der betrieblichen Weiterbildung in den KMU;
- der beruflichen Ausbildung mit dem „Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem“;
- des Berufseinstiegs von Studierenden und Hochschulabsolventen in die brandenburgischen Unternehmen mit dem Programm „Brandenburger Innovationsfachkräfte*“.*

Auch für den Zeitraum von 2021 bis 2027 wird Brandenburg vorrangig ESF-Fördermittel zur Finanzierung von Maßnahmen, die dieser Strategie dienlich sind, verwenden. Im Einklang mit dem allumfassenden Motto des ESF für diesen Zeitraum „Für ein sozialeres und inklusiveres Europa“ und gemäß dem Koalitionsvertrag von 2019 hat die Landesregierung die „inklusive Bildung und bessere Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials“ zu einer ihrer vier politischen Prioritäten gemacht. Bei der inklusiven Bildung wird auf die Verbesserung folgender Bereiche abgezielt: i) Lese- und Schreibkompetenz und Grundbildung, ii) Berufs- und Studienorientierung, iii) Bildungsmaßnahmen an den Hochschulen, iv) kulturelle Bildung von Kindern und Erwachsenen und v) fremdsprachliche und interkulturelle Kompetenzen. Der zweite Teil konzentriert sich besonders auf die Berufs- und Studienorientierung junger Leute und deren Übergang von der Schule in die berufliche oder höhere Bildung. Mit weiteren Maßnahmen sollen bspw. Rückkehrende und Fachkräfte aus dem Ausland angeworben und Arbeitnehmende allgemein auf die sich ständig verändernde Arbeitswelt vorbereitet werden (insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung).

Die Fachkräftestrategie von Brandenburg unter der Federführung des MWAE nimmt abgesehen von dem eindeutigen Schwerpunkt auf duale Studien nur einen begrenzten Bezug auf die Hochschulbildung. Sie ist durch die Masterpläne der Cluster, die Transferstrategie und die strategischen Prioritäten der Regionalen Wachstumskerne zu ergänzen. Bei einigen Clustern steht die Hochschulbildung im Hinblick auf die Kompetenzentwicklung und die Bindung von Absolventen im Einklang mit den Innovationsstrategien[1] des Landes im Mittelpunkt (siehe Tabelle 7.1).

In der 2017 durch das MWFK auf den Weg gebrachten Transferstrategie für Brandenburg wurden ebenfalls drei konkrete Maßnahmen festgelegt: i) Erweiterung der dualen Studienangebote, ii) Ausbau des Förderprogramms „Brandenburger Innovationsfachkräfte“ (BIF) und iii) bessere Vernetzung von Absolventen mit lokalen Unternehmen zur Förderung der Kompetenzentwicklung und der Bindung von Hochschulabsolventen an das Land Brandenburg (MWFK, 2017[6]). Die Strategie wird vorrangig durch die Technologie- und Wissenstransferstellen sowie die Präsenzstellen der staatlichen Hochschulen umgesetzt (siehe weiter unten in diesem Kapitel). Die Regionalen Wachstumskerne können mit den ihnen bereitgestellten Mitteln ebenfalls Maßnahmen zur Fachkräftesicherung finanzieren. Im November 2019 wurde die Verantwortung für den RWK-Prozess und die damit verbundenen interministeriellen Arbeitsgruppen vom MWAE auf die Brandenburger Staatskanzlei übertragen.

Tabelle 7.1. Bezug zur Hochschulbildung in den Masterplänen der Cluster

	Brandenburg-Berlin Cluster					Brandenburger Cluster			
	Energie-technik	Biowissen-schaften & Gesund-heitswesen	IKT, Medien & Kreativ-wirtschaft	Optik & Photonik	Verkehr, Mobilität & Logistik	Ernährungs-wirtschaft	Kunst-stoffe & Chemie	Metall	Tourismus
1. Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und anderen (Aus-)Bildungsanbietern bei der Entwicklung und Gestaltung von Studien- und Ausbildungsangeboten		X						X	
2a. Vorbereitung und Ansporn der Schüler für ein Studium, eine Ausbildung und die Arbeit in einschlägigen Bereichen (z. B. Naturwissenschaften, Mathematik, Informationstechnologie und Ingenieurwesen)		X					X	X	
2b. Frauen als Zielgruppe			X				X	X	
3. Benachrichtigung von Hochschul- und Berufsschulabsolventen über entsprechende Stellenangebote in Brandenburg			X					X	
4. Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen im Bereich Forschung			X						
5. Stärkung einschlägiger angewandter Forschung an den Hochschulen				X					

6. Ausbau des Studienangebots, einschließlich im Bereich der Weiterbildung an Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen in verwandten Bereichen			X	X			X	X	
7. Kein spezifischer Bezug zur Hochschulbildung					X	X			

Quelle: Berlin Partner and WFBB (2020[7]), Berlin-Brandenburg – Zukunft der Gesundheit: Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH; WFBB (2020[8]), Masterplan Cluster Metall Brandenburg: Allein stark, gemeinsam stärker, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH; WFBB (2014[9]), Brandenburg hat Geschmack: Masterplan für das Cluster Ernährungswirtschaft Brandenburg, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH; Berlin Partner and WFBB (2020[10]), Masterplan Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik Berlin Brandenburg, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH; WFBB (2020[11]), Masterplan Kunststoffe und Chemie: Nachhaltige Entwicklung in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH; Berlin Partner and WFBB (2017[12]), Die Region voller Energie: Masterplan für das Cluster Energietechnik Berlin-Brandenburg, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH; Berlin Partner and WFBB (2020[13]), Masterplan für das Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft Berlin-Brandenburg, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH; Berlin Partner and WFBB (2019[14]), Masterplan Optik und Photonik: Optische Technologien und Mikrosystemtechnik in Berlin und Brandenburg, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH; WFBB (2016[15]), Landestourismuskonzeption Brandenburg: Wir machen Lust auf Land, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH.

Gewinnung und Bindung von Fachkräften

Zur Information und Gewinnung von Fachkräften für Brandenburg wurden Initiativen erarbeitet

Im Rahmen der Strategie zur Fachkräfteentwicklung in Brandenburg finanziert die Landesregierung verschiedene Beratungsstellen, die Information über arbeitsmarkt- und qualifikationsbezogenen Themen zur Verfügung stellen:

- Das Team WFBB Arbeit – Fachkräfte & Qualifizierung informiert und berät lokale Unternehmen in verschiedenen Zweigstellen darüber, wie sie, etwa anhand von verfügbaren Förderprogrammen, ihre Fachkräfte bilden und binden. Zudem erleichtern sie die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen regionalen Arbeitsmarktakteuren.
- Ihr Service Weiterbildung Brandenburg berät Unternehmen und Einzelpersonen über die berufliche Weiterbildung und stellt eine regelmäßig aktualisierte Datenbank über Weiterbildungsmöglichkeiten in Brandenburg zur Verfügung.
- Die Servicestelle Arbeitswelt und Elternzeit (SEA) beriet bis zum 31.12.2021 Beschäftigte, werdende Eltern und Unternehmen über rechtliche und organisatorische Belange mit Bezug auf die Vereinbarung von Familie und Beruf.
- Der Fachkräftemonitor Brandenburg liefert regionalen Unternehmen und anderen Interessenvertretern Informationen, die als Grundlage für die Entwicklung gezielter Handlungsmaßnahmen dienen.
- Das Fachkräfteportal Brandenburg bietet aktuelle Job- und Ausbildungsplatzangebote im Land Brandenburg sowie weitere hilfreiche Informationen für Neu-Brandenburger, Rückkehrende, Studieninteressierte und andere Gruppen.

Eine 2017 durchgeführte Bewertung der ersten drei dieser Förderprogramme ergab, dass die Projekte ihre qualitativen Ziele erreicht und in einigen Fällen die quantitativen Ziele deutlich übertroffen hatten. Die Service-Nutzer zeigten sich mit dem Angebot höchst zufrieden (Wirtschaftsregion Lausitz GmbH, 2020[16]).

In ganz Brandenburg und auch deutschlandweit erstellen verschiedene Organisationen umfangreiche Arbeitsmarktinformationen. Allerdings sind diese Informationen politischen Entscheidungsträgern, Arbeitgebern und -suchenden nicht leicht zugänglich und werden nicht gemeinsam und systematisch im Prozess der Bewertung und Erwartung von Qualifikationen verwendet. Das Fachkräfteportal Brandenburg stellt den Versuch dar, Informationen zur Arbeitsmarktsituation und über Studienangebote und andere verwandte Themen in Brandenburg zu bündeln (WFBB, n.d.[17]). Allerdings wurde bislang nicht untersucht, wie gut sich das Portal zur Erreichung der damit bezweckten Ziele, wie etwa sein Nutzen für die Zielgruppen, eignet.

Ein weiteres Programm, das den Studierenden den Arbeits- und Wohnort Brandenburg näher bringen soll, wird für niedergelassene Zahnärzte der Universität Greifswald angeboten (Zahnärzte Schwedt, 2022[18]). Da keine der Universitäten in Brandenburg Studiengänge der Zahnmedizin anbietet, hat die Universität Greifswald eine Übereinkunft mit dem Verein der Zahnärzte Schwedt getroffen, dass Studierende einmal im Jahr eine Woche lang Praxiserfahrung in Zahnarztpraxen in Schwedt sammeln können. Durch diese Kooperation sollen die Studierenden einen Überblick über die Anforderungen des Berufsalltags in einer Zahnarztpraxis sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und sonstigen Anforderungen eines selbstständigen Zahnarztes erhalten. Außerdem möchte der Verein die Stadt Schwedt und ihre Umgebung als Wohn- und Arbeitsort vorstellen. Studierende verbringen eine ganze Woche in Schwedt. In dieser Zeit besuchen sie Praxen und Labore sowie ausgewählte Orte in der Stadt, erfahren mehr über den Verein der Zahnärzte und lernen Menschen kennen, die in Schwedt aufgewachsen und später wieder nach Brandenburg zurückgekommen sind. Die Studierenden, die an diesem Projekt teilgenommen haben, bewerten es als positiv und lohnenswert.

Das Land hat auch Anstrengungen unternommen, um Absolventen und junge Fachkräfte aus anderen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland, einschließlich Rückkehrende und ehemalige Studierende für Brandenburg zu gewinnen. Das Informationsangebot des Fachkräfteportals enthält 16 Initiativen für Interessierte, die in Erwägung ziehen, sich dauerhaft in Brandenburg niederzulassen (WFBB, n.d.[17]). Außerdem werden Werbekampagnen durchgeführt, um bei nicht mehr in Brandenburg ansässigen Menschen Interesse an Arbeitsplätzen in Brandenburg zu wecken. Zwischen 1992 und 2015 zogen knapp 800.000 Menschen in ein anderes Bundesland. Sollte sich eine große Zahl unter ihnen für eine Rückkehr nach Brandenburg entscheiden, wäre das eine Riesenchance für das Land.

2018 brachte die Staatskanzlei die Kampagne „Brandenburg. Es kann so einfach sein auf den Weg. Darin wird das Land Brandenburg als ein lebenswerter Ort dargestellt, was das Vertrauen der Ansässigen stärken und Menschen aus anderen (Bundes-)Ländern anziehen soll. Die Kampagne umfasst etwa Pressemitteilungen, TV- und Radiospots, Plakate und die Website www.es-kann-so-einfach-sein.de. In einer repräsentativen Online-Umfrage sagte jeder zehnte Deutsche, er kenne den Slogan, in Brandenburg sagte das jeder dritte Befragte. Drei Viertel der Befragten waren überzeugt, dass der Slogan im Gedächtnis bleibt und 79 % meinten, er sei passend für Brandenburg (Brandenburg State Marketing, n.d.[19]).

Alle brandenburgischen Hochschulen pflegen noch ausbaufähige Netzwerke und Services für Alumni. Die ehemaligen Studierenden könnten als Sprachrohre für Brandenburg als lohnenswertes Bundesland zum Studieren, Arbeiten und Leben dienen und Menschen zur Rückkehr nach Brandenburg bewegen. In den meisten Hochschulen gib es Ansprechpersonen für Alumni. Die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder organisiert bspw. regelmäßig Alumni-Treffen in Städten weltweit. Die BTU verfügt über einen speziellen Alumni-Verein (Alumni Club BTU Cottbus-Senftenberg e.V.). Andere Hochschulen laden ihre Alumni ein, Mitglied in sogenannten Freundeskreisen bzw. -gesellschaften zu werden, wie etwa in der Universitätsgesellschaft Potsdam e.V. an der Universität Potsdam, in der Gesellschaft von Freundinnen und Freunden der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf e.V. oder in der Eberswalder Hochschulgesellschaft e.V. an der HNEE. Einige Hochschulen ermöglichen ihren Alumni die Nutzung von Hochschuleinrichtungen und Services. So seht z. B. der Startup-Service der Universität Potsdam Alumni kostenfrei zur Verfügung. Auch die Alumni der HNEE können Gründungsberatungsdienste bis zu sieben Jahre nach ihrem Abschluss kostenfrei in Anspruch nehmen. Die TH Wildau gestattet ihren Alumni die

Nutzung des Startup Centers, der Bibliothek und der Sporteinrichtungen. Regionale Wirtschaftsakteure betrachten Alumni als „einen noch nicht entdeckten Schatz“ für Brandenburg.

Der Ausbau der Bildungsmöglichkeiten im technischen Bereich, insbesondere im Ingenieurwesen, hat bei der Landesregierung und den Hochschulen hohe Priorität

In Brandenburg sind Absolventen der Ingenieurwissenschaften sehr gefragt. Ihnen wird ein hohes Maß an Kompetenz nachgesagt. Allerdings geht ihre Zahl zurück. Im Wintersemester 2019/20 stiegen die Studierendenzahlen aufgrund eines hohen Anteils an ausländischen Studierenden erstmals seit 2015 wieder an. Die insgesamt fünf technischen Hochschulen in Brandenburg sehen sich starker Konkurrenz durch die viel größeren technisch orientierten Hochschulen in Berlin und anderen angrenzenden Bundesländern ausgesetzt.

Um für Studierende attraktiver zu werden und besser mit der Wirtschaft verbunden zu sein, haben sie ihr Studienangebot umstrukturiert und ihre Forschungsaktivitäten neu ausgerichtet. So hat sich die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde einen Namen in der Holztechnik gemacht und die Fachhochschule Potsdam auf Bauingenieurwesen spezialisiert. Die BTU, TH Brandenburg und TH Wildau bieten ein breites Spektrum an Fachrichtungen an, wobei sich einige überschneiden und ähneln. Viele der Studiengänge werden durch Forschungsprogramme untermauert, die Potenzial bieten, und sind für den künftigen Fachkräftebedarf von Bedeutung, auch wenn die Nachfrage der Studierenden nach diesen Studiengängen derzeit begrenzt ist.

Viele verschiedene staatliche Akteure und Interessengruppen bieten gemeinsam oder unabhängig voneinander Aktivitäten in den Bereichen Naturwissenschaften, Technik, Ingenieurwesen und Mathematik[2] auf verschiedenen Bildungsebenen an, anhand derer die Kompetenzen junger Leute in diesen Bereichen ausgebaut und das Bewusstsein für diese Berufe geschärft werden soll (siehe Kasten 7.3). Das MWFK wirkt an verschiedenen länderübergreifenden Ausschüssen mit (z. B. dem Länder-Round-Table MINT-Regionen und dem Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen), wodurch es vom Fachwissen anderer Bundesländer profitieren kann. Um die verschiedenen Akteure besser miteinander zu verbinden, unterstützt das MWFK die Schaffung einer MINT-Koordinationsstelle innerhalb des Netzwerks Studienorientierung, die 2022 ihre Arbeit aufnehmen soll.

Kasten 7.3. Initiativen zur Förderung von MINT-Berufen und MINT-Studiengängen

Anhand verschiedener bundesweiter und länderspezifischer Initiativen sollen junge Menschen MINT-Kompetenzen erlangen und auf die Berufe in diesen Bereichen aufmerksam gemacht werden. Zudem soll die Zahl der (insbesondere weiblichen) Studierenden von Studiengängen im technischen Bereich an deutschen Hochschulen erhöht und die Qualifikationen der Absolventen dieser Studiengänge verbessert werden. Auch brandenburgische Schulen nehmen an vielen der MINT-Initiativen und -Wettbewerben teil, die entweder bundesweit oder in staatlichen Netzwerken und Plattformen beworben werden (z. B. mintnetz.de und mint-lausitz.de).

MINT – Zukunft schaffen

Dem größten deutschen MINT-Netzwerk gehören viele große (deutsche) Unternehmen an. Es wurde konzipiert, um mehr qualifizierte Fachkräfte für MINT-Fächer zu gewinnen. Es bietet eine Plattform für MINT-Aktivitäten und -Initiativen. Ziel ist es, die breite Öffentlichkeit auf MINT-bezogene Themen aufmerksam zu machen und das Interesse junger Menschen für diesen Bereich zu wecken.

In Zusammenarbeit mit seinen Partnern, Hochschulen und Landesarbeitgeberverbänden bewertet das Netzwerk seit 2011 Schulen, deren Schwerpunkt auf MINT-Fächern liegt, und ehrt sie mit dem Signet „MINT-freundliche Schule“. Das Siegel geht nicht an die besten MINT-Schulen, sondern an jene, die

erste wichtige Schritte in diesem Bereich tun. In einem bundesweiten Bewerbungsprozess werden die Schulen nach bestimmten Kriterien bewertet. MINT-freundliche Schulen beweisen, dass sie mind. 10 der 14 Kriterien erfüllen. Mit der Initiative sollen 10 % der deutschen Sekundarschulen erreicht werden.

2017 wurde das neue Programm „Digitale Schule“ ins Leben gerufen. Die Bewertung der Schulen erfolgt nach fünf Kriterien: Pädagogik und Lernkultur; Qualifizierung der Lehrkräfte; regionale Vernetzung; Konzept und Verstetigung; Technik und Ausstattung. 2021 wurden in Brandenburg acht Schulen als „MINT-freundliche Schule“ und fünf als „digitale Schule“ ausgezeichnet.

MINT-EC Zertifikat

MINT-EC ist das Exzellenznetzwerk von 339 Schulen mit Sekundarstufe II und hervorragendem MINT-Schulprofil. Dem Netzwerk gehören auch acht brandenburgische Schulen an. Ziel ist es, die Schulen bei ihrer Entwicklung zu MINT-Talentschmieden mit Angeboten für Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen zu fördern. Das Netzwerk bietet: mehrtägige Forschungsveranstaltungen für Schüler in Kooperation mit Schulen, Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen; Wettbewerbe für Schüler sowie für Schulleitungen; Schulleitertagungen; Fachtagungen und Fortbildungen für Fachlehrkräfte; die Entwicklung einer digitalen Lehr- und Lernplattform unter Einbezug der MINT-EC-Schulen; und ein Alumni-Netzwerk.

TuWas! Technik und Naturwissenschaften an Schulen

Diese Initiative, an der vier Bundesländer teilnehmen, wurde 2007 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Freien Universität Berlin gestartet. Sie soll Grundschüler für ein Studium/einen Beruf im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich begeistern.

Die Bertold-Brecht-Schule in Schwedt/Oder in der Uckermark nimmt seit 2008 an diesem Projekt teil. Seit dem Schuljahr 2016/17 sind noch weitere brandenburgische Schulen zunächst mit Unterstützung des MBJS und des Cluster Chemie und Kunststoffe dazugekommen. Das Projekt bietet Experimentier- und Lehrmaterial zu lehrplanrelevanten Themen in Naturwissenschaften und Technik für die Klassen 1 bis 6. Die Schulkinder stellen Hypothesen auf, experimentieren in Teams und dokumentieren und diskutieren ihre Ergebnisse. Auf spielerische Art und Weise lernen sie wissenschaftliche Arbeitsweisen kennen, entwickeln Teamfähigkeit, verbessern ihre Lese- und Schreibfähigkeiten und erweitern ihren naturwissenschaftlichen Wortschatz. Zu jeder Experimentiereinheit werden Fortbildungen angeboten, um die Lehrkräfte auf den Unterricht vorzubereiten.

Quelle: MINT Zukunft e.V. (n.d.[20]), MINT Zukunft Schaffen: Kategorie: Brandenburg, https://mintzukunftschaffen.de/category/deutschlandweit/brandenburg/; MINT-EC (n.d.[21]), MINT-EC-Zertifikat, MINT-EC - Das nationale Excellence-Schulnetzwerk, https://www.mint-ec.de/angebote/schuelerinnen-und-schueler/zertifikat/; TuWaS! (n.d.[22]), Willkommen bei TuWaS!, TuWaS! – Technik und Naturwissenschaften an Schulen, https://tuwas-deutschland.de/.

Lehrkräfteausbildung

In Brandenburg mangelt es weiterhin an Lehrkräften. Die derzeitige Kapazität der Lehrkräftebildungsprogramme deckt nur die Hälfte des Bedarfs an neuen Lehrkräften (etwa 600 Absolventen). Um dieses Problem anzugehen, hat die Landesregierung der Universität Potsdam beträchtliche Fördermittel zugewiesen, um das Studienangebot und die Studienplätze weiter auszubauen und die Infrastruktur und Kapazitäten zu verbessern. Das Studienangebot der Universität Potsdam sollte eventuell auch Studieninteressierten in weiter von Potsdam entfernten Orten näher gebracht werden. Brandenburgische Hochschulen scheinen auch gut auf die Ausbildung von Lehrkräften an Berufsschulen vorbereitet zu sein, wenn die Landesregierung ihnen dafür den Auftrag und die notwendigen Mittel erteilen würde.

In der Zwischenzeit werden anhand eines Programms des MBJS besonders in ländlichen Gegenden Quereinsteigende eingestellt, wenn sich keine Lehrkräfte mit einer an einer Hochschule erworbenen Lehrkräfteausbildung auf eine offene Stelle an einer bestimmten Schule bewerben. Alle Quereinsteigende werden mit einer pädagogischen Grundqualifizierung auf ihren Einsatz im Unterricht vorbereitet, bevor sie an einer Schule eingestellt werden. Die Grundvoraussetzung für den Quereinstieg in das brandenburgische Schulsystem ist in der Regel ein Abschluss an einer Hochschule oder Fachhochschule (Diplom oder Master). Die pädagogische Grundqualifizierung wird im Bereich der zuständigen Landesschulbehörde organisiert. Seminarleiter und Berater des Beratungs- und Unterstützungssystems für Schulen und Schulaufsicht (BUSS) vermitteln Quereinsteigenden Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu wesentlichen Abläufen des Schulalltags und der Unterrichtsgestaltung (MBJS, n.d.[23]).

Auswertung und Politikempfehlungen

Koordinierung der Kompetenzentwicklung innerhalb der gesamten Landesregierung

Die Landes- und die Bundesregierung stellen die Weichen für den Strukturwandel in Wirtschaft und Arbeitsmarkt als Reaktion auf die geplante Einstellung des Kohleabbaus in der Lausitz. Gleichzeitig schreitet die vierte industrielle Revolution (Industrie 4.0) in Brandenburg voran und so muss sich das Land darauf vorbereiten, von diesen Veränderungen zu profitieren (anstatt sie als Risiko zu betrachten). Zudem hat die Covid-19-Pandemie die Art und Weise verändert, wie die Gesellschaft (insbesondere am Arbeitsplatz) funktioniert, was sich auf zukünftige Arbeitsweisen auswirkt.

Die Ungleichgewichte bei den Fachkräften stellen heute die größte Herausforderung für Brandenburgs wirtschaftliche Entwicklung dar und die eben erwähnten Veränderungen werden diese Schieflage noch verstärken. Brandenburg muss in die allgemeine und berufliche Bildung investieren, um auf diesen sich verändernden Qualifikationsbedarf zu reagieren. Brandenburg hat das Potenzial, ein Standort für Forschung und Innovation zu werden. Dazu bedarf es jedoch einer umfassenden strategischen Planung unter Beteiligung aller Ministerien und staatlichen Behörden sowie Arbeitgeber und Bildungsträger des Landes.

Der Hochschulbildung kommt in diesem Transformationsprozess eine Schlüsselrolle zu und zwar in größerem Maße als es in den aktuellen Strategiepapieren und besonders in der Fachkräftestrategie vorgesehen ist. Derzeit verweisen staatliche Strategien zur Kompetenz- und Wirtschaftsentwicklung nur begrenzt auf höhere Bildung. Ein leistungsfähiges Hochschulsystem ist jedoch notwendig, um die für eine wissensintensivere Wirtschaft erforderlichen Kompetenzen zu entwickeln und Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationskapazitäten aufzubauen. Hochschulen sollten daher befähigt werden, eine starke Kompetenzgrundlage für den lokalen, regionalen, nationalen und globalen Arbeitsmarkt zu schaffen und Spitzenleistungen in Forschung und Innovation zu erbringen, wodurch wiederum die regionale und lokale Wirtschaftsentwicklung durch Wissens- und Technologietransfer unterstützt wird.

Das MWFK berät sich bereits mit den anderen für die Kompetenz- und Wirtschaftsentwicklung zuständigen Ministerien. Für seinen Beitrag im Entwicklungsprozess der Nationalen Weiterbildungsstrategie wurde Brandenburg als guter Kooperationspartner eingestuft. Darüber hinaus gibt es interministerielle Arbeitsgruppen zu speziellen Themen wie der Sicherung des Fachkräftebedarfs durch duale Studiengänge. Zurzeit wird die Fachkräftestrategie des Landes durch das MWAE überarbeitet. Weitere Ministerien und Behörden des Landes werden um Mitwirkung gebeten.

Es wurde bereits erwähnt, wie wichtig die Kompetenzentwicklung zukünftig für Brandenburg sein wird und dass ihre zentrale Rolle in der strategischen Planung des Landes zu einer Reihe von Plänen und Initiativen geführt hat. Viele Ministerien und Behörden der Landesregierung haben Interesse an dieser Agenda. Auch nichtstaatliche Organisationen und Netzwerke (wie Industrie- und Handelskammern sowie Sozialpartner) sind beteiligt. Das Ergebnis sind viele verschiedene Netzwerke und ebenso viele Pläne. Diese Netzwerke

haben unweigerlich ihre eigenen Vorstellungen der Agenda vorangebracht. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass es an Klarheit und Koordination mangelt.

Um den laufenden Entwicklungsprozess der Fachkräftestrategie zu fördern, kann die brandenburgische Staatskanzlei ein Mehrparteiengremium bestehend aus dem MWFK und weiteren Fachministerien, den Hochschulen sowie den Industrie- und Handelskammern mit der Schaffung eines Landeskompetenzrats einschließlich seiner Struktur, seines Mandats und seiner Finanzierung beauftragen. Letzterer wird ein ständiges Koordinationsforum für die beteiligten Parteien darstellen, ähnlich wie in Norwegen geschehen (siehe Kasten 7.4). Der Kompetenzrat sollte einen vorausschauenden Ansatz verfolgen, Daten zum Qualifikationsbedarf erheben, um wissensbasierte Entscheidungen zu treffen, Analysen selbst erstellen oder in Auftrag geben und den Landesbehörden Empfehlungen zu a) dem Bildungssystem, einschließlich schulischer und beruflicher Bildung sowie Hochschul- und Weiterbildung und b) dem Arbeitsmarkt aussprechen. Interessenvertreter müssten gemeinsam Brandenburgs Vision realisieren, sich mit den langfristigen zukunftsgerichteten Zielen identifizieren und auf die Empfehlungen des Landeskompetenzrats reagieren.

Kasten 7.4. Entwicklung einer Kompetenzstrategie in Norwegen

Im Rahmen seiner Strategie für die Qualifikationspolitik 2017–2021 hat Norwegen die Governance seines Qualifikationssystems gestärkt. Dafür hat das Land zwei neue Governance-Gremien geschaffen: den Rat für Qualifikationspolitik und den Ausschuss für den zukünftigen Qualifikationsbedarf.

Der Rat für Qualifikationspolitik hat einen übergreifenden Koordinierungsausschuss für den zuvor zersplitterten Bereich der Qualifikationspolitik eingerichtet. Dieser verfolgt einen regierungsweiten Ansatz. Der Rat besteht nicht nur aus den traditionellen dreigliedrigen Partnern (Regierung, Arbeitgeber und Vertreter der Arbeitnehmenden), sondern auch aus Sozialunternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Wohltätigkeitsverbänden.

Der Ausschuss für den zukünftigen Qualifikationsbedarf hat Informationssysteme verbessert, indem er den politischen Entscheidungsträgern ein gemeinsames Verständnis der Daten zum Qualifikationsbedarf und eine kohärente, gemeinsame Definition der Herausforderungen in der Qualifikationspolitik vermittelte. Diese Informationen beruhen sowohl auf der wissenschaftlichen Datenanalyse als auch auf dem Fachwissen der Sozialpartner.

Quelle: OECD (2020[24]), Strengthening the Governance of Skills Systems: Lessons from Six OECD Countries, OECD Skills Studies, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/3a4bb6ea-en.

Entwicklung von Strategien zur Maßnahmenbewertung

In Brandenburg werden viele Handlungsinitiativen aus befristeten Mitteln finanziert. Darüber hinaus werden diese Initiativen nur selten bewertet. Folglich gibt es keine Garantie, dass erfolgreiche Programme fortgeführt werden. Formelle Bewertungen sind zwar wichtig, aber sehr kostspielig und zeitaufwendig. Eine bewertende und dauerhafte Überwachung ist ebenso wichtig. Damit können nicht zielführende Programme schneller beendet und Konzeptionsschwierigkeiten erkannt werden. Ihre wichtigste Aufgabe ist jedoch die Ausrichtung und die Konzeption der Bewertung. Die Einbeziehung von Überwachungs- und Bewertungsstrategien in die Konzeption der Handlungsinitiativen sollte fundiertere Entscheidungen über die Fortführung und die Finanzierung dieser Programme ermöglichen und veränderungsbedürftige Bereiche in der Konzeption und Umsetzung dieser Programme anzeigen.

Der etablierte Dialog zwischen dem MWFK und den brandenburgischen Hochschulen ist sehr wertvoll für die Diskussion und zeitnahe Anpassung von Handlungsinitiativen. Die kürzlich eingesetzte Arbeitsgruppe für Hochschulplanung und die Untergruppe für das Finanzierungsmodell der Hochschulen wurden von den Hochschulen begrüßt. Das MWFK sollte eventuell in Betracht ziehen, eine Arbeitsgruppe für die Bundesfinanzierung der Lausitz einzurichten und die Arbeitsgruppe Weiterbildung wiedereinzuberufen, denn die Hochschulen spielen eine wichtige Rolle im Dialog und bei der Klärung dieser Themen.

Politikempfehlungen

Kasten 7.5. Politikempfehlungen zur Koordinierung der Kompetenzentwicklung innerhalb der gesamten Landesregierung und zur Entwicklung von Strategien zur Maßnahmenbewertung

Koordinierung der Kompetenzentwicklung innerhalb der gesamten Landesregierung

- Die Staatskanzlei des Landes Brandenburg sollte ein Gremium aus Vertretern verschiedener Parteien, einschließlich des MWFK und weiterer zuständiger Ministerien und Akteure, nominieren und es mit der Gründung eines Landesrates für Kompetenzentwicklung, einschließlich dessen Struktur, Auftrag und Finanzierung, beauftragen. Dieser Rat sollte ein Zukunftsbild von Brandenburg als Forschungs- und Innovationsstandort erstellen und die Landesregierung hinsichtlich einer Strategie zur Entwicklung der für die Verwirklichung dieses Bildes notwendigen Kompetenzen beraten.
- Pflege enger Verbindungen zu öffentlichen Einrichtungen und sozialen Partnern, um die einzelnen qualifikationstechnischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der verschiedenen Regionen zu bewältigen. Gewährleistung des Fortbestehens der Präsenzstellen an den Hochschulen (die innovative Formen der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und lokalen Sozial- und Geschäftspartnern auf den Weg gebracht haben).

Entwicklung von Strategien zur Maßnahmenbewertung

- Das MWFK sollte Überwachungs- und Bewertungsstrategien in die Konzeption von staatlichen Handlungsinitiativen einbeziehen und unabhängige Bewertungen bestehender Maßnahmen und Programme beauftragen.
- Zudem sollte das MWFK erwägen, eine Arbeitsgruppe für die Bundesfinanzierung der Lausitz einzusetzen und die Arbeitsgruppe für Weiterbildung wieder einzuberufen. Immerhin besteht seitens der Hochschulen ein hoher Gesprächs- und Klärungsbedarf bezüglich dieser zukunftsweisenden Themen.

Quellennachweise

Berlin Partner and WFBB (2020), *Berlin-Brandenburg – Zukunft der Gesundheit: Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg*, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [7]

Berlin Partner and WFBB (2020), *Masterplan Cluster Verkehr, Mobilität und Logistik Berlin Brandenburg*, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [10]

Berlin Partner and WFBB (2020), *Masterplan für das Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft Berlin-Brandenburg*, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [13]

Berlin Partner and WFBB (2019), *Masterplan Optik und Photonik: Optische Technologien und Mikrosystemtechnik in Berlin und Brandenburg*, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [14]

Berlin Partner and WFBB (2017), *Die Region voller Energie: Masterplan für das Cluster Energietechnik Berlin-Brandenburg*, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [12]

Brandenburg State Marketing (n.d.), *Über die Landesmarketing-Kampagne für Brandenburg [About the state marketing campaign for Brandenburg]*, webpage, https://www.es-kann-so-einfach-sein.de/die-kampagne (accessed on 1 November 2021). [19]

Land Brandenburg (2019), *Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit: Ein neues Kapitel für Brandenburg, Gemeinsamer Koalitionsvertrag von SPD in Brandenburg (EIN Brandenburg); CDU Brandenburg; Bündnis 90/Die Grünen*, https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf. [3]

Landtag Brandenburg (2019), *Rahmenvereinbarung 2019 - 2023 zwischen dem Land Brandenburg und den Hochschulen des Landes Brandenburg, Unterrichtung der Landesregierung, Drucksache 6/9167*, Landtag Brandenburg, https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/RV_BRBHS.pdf. [1]

MBJS (n.d.), *Seinteneinstieg in den Schuldienst*, https://mbjs.brandenburg.de/bildung/lehrerin-lehrer-in-brandenburg/seiteneinstieg-in-den-schuldienst.html (accessed on 15 March 2021). [23]

MINT Zukunft e.V. (n.d.), *MINT Zukunft Schaffen: Kategorie: Brandenburg*, MINT Zukunft e.V., https://mintzukunftschaffen.de/category/deutschlandweit/brandenburg/ (accessed on 15 March 2021). [20]

MINT-EC (n.d.), *MINT-EC-Zertifikat*, MINT-EC - Das nationale Excellence-Schulnetzwerk, https://www.mint-ec.de/angebote/schuelerinnen-und-schueler/zertifikat/ (accessed on 15 March 2021). [21]

MSGIV (n.d.), *Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen: Die Strategie des Landes Brandenburg zur Fachkräftesicherung*, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, https://msgiv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Broschuere_Strategie_Fachkraeftesicherung_Brandenburg.pdf. [4]

MWAE (n.d.), *Gemeinsam für Gute Arbeit: Brandenburger Bündnis für Gute Arbeit*, webpage, https://mwae.brandenburg.de/de/gemeinsam-f%C3%BCr-gute-arbeit/bb1.c.659499.de (accessed on 2 December 2021). [5]

MWFK (2017), *Transferstrategie Brandenburg: Verbesserung der Zusammenarbeit von Wissenschaft mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft*, Ministerium für WIssenschaft, Forschung und Kultur, https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/MWFK_Transferstrategie_DIN_A4_2019-12-13.pdf. [6]

MWFK (2013), *Hochschulentwicklungsplanung des Landes Brandenburg bis 2025 Potsdam, März 2013 [University development plan of the state of Brandenburg until 2025 Potsdam, March 2013]*, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. [2]

OECD (2020), *Strengthening the Governance of Skills Systems: Lessons from Six OECD Countries*, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/3a4bb6ea-en. [24]

TuWaS! (n.d.), *Willkommen bei TuWaS!*, TuWaS! – Technik und Naturwissenschaften an Schulen, https://tuwas-deutschland.de/ (accessed on 15 March 2021). [22]

WFBB (2020), *Masterplan Cluster Metall Brandenburg: Allein stark, gemeinsam stärker*, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [8]

WFBB (2020), *Masterplan Kunststoffe und Chemie: Nachhaltige Entwicklung in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg*, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [11]

WFBB (2016), *Landestourismuskonzeption Brandenburg: Wir machen Lust auf Land*, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [15]

WFBB (2014), *Brandenburg hat Geschmack: Masterplan für das Cluster Ernährungswirtschaft Brandenburg*, Wirtschaftsförderung Brandenburg GmbH. [9]

WFBB (n.d.), *Fachkräfteportal Brandenburg*, Wirtschaftsförderung Brandenburg, https://www.fachkraefteportal-brandenburg.de/ (accessed on 15 March 2021). [17]

Wirtschaftsregion Lausitz GmBH (2020), *Erarbeitung von Konzepten zur nachhaltigen Sicherung des Fachkräftepotenzials in der Lausitz Endbericht*. [16]

Zahnärzte Schwedt (2022), *Studentenbesuch*, Zahnärzte Schwedt, https://www.zahnaerzte-schwedt.de/ (accessed on 15 March 2021). [18]

Endnoten

1 Darüber hinaus können Hochschulen von besonderen clusterbezogenen Förderprogrammen, wie z. B. der StaF-Richtlinie („Stärkung der technologischen und anwendungsnahen Forschung an Wissenschaftseinrichtungen im Land Brandenburg“) und der ProFIT-Richtlinie (Programm zur Förderung von Forschung, Innovationen und Technologien) profitieren.

2 Die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik).

Zugang zu Hochschulbildung im Bundesland Brandenburg

Brandenburg erlebt derzeit einen Strukturwandel, der hochqualifizierten Arbeitskräften spannende neue Perspektiven eröffnet. Im Zuge dessen hat das Bundesland seine Bemühungen um eine Diversifizierung der Wirtschaft in Richtung saubererer und stärker wissensintensiver Branchen intensiviert. Dazu gehören die Entwicklung moderner Fertigungsverfahren, die Förderung unternehmerischer Aktivitäten an landeseigenen Hochschuleinrichtungen sowie innovativer Arbeits- und Lebensorte und der schrittweise Ausstieg aus der Kohleförderung zugunsten von Technologien der nächsten Generation. Dies wird ergänzt durch Spillover-Effekte aus der Berliner Startup-Szene. Bei diesen Bemühungen spielt das Hochschulsystem als Motor von Kompetenzentwicklung und Forschung eine wichtige Rolle. Um die Hochschulen dabei bestmöglich zu unterstützen, hat das Land Brandenburg die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beauftragt, Empfehlungen zu erarbeiten, wie das Programmangebot der Hochschulen des Landes sichtbarer gemacht, auf den Bedarf an Kompetenzen und Innovationen zugeschnitten und für potenzielle Studierende aus dem Bundesland und darüber hinaus attraktiver gestaltet werden kann. Dieses Projekt wird von der Europäischen Union finanziert und erfolgt in enger Kooperation mit der Generaldirektion für die Unterstützung von Strukturreformen der Europäischen Kommission.

Kofinanziert von der Europäischen Union

PRINT ISBN 978-92-64-35342-8
PDF ISBN 978-92-64-93712-3

9 789264 353428